DM 6,00

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Das Ende der sowjetischen Bruderhilfe

blätter des iz3w

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Mechtild Maurer, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Klaus Schreiner, Jörg Späler, Ulrike Steckkönig, Detlev Vogel, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: 55,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 167:
03.07.1990

Anzeigenschluß für Nr. 167:
(Druckfertige Vorlagen) 10.07.1990

Inhaltsverzeichnis

"In sechs Monaten werden wir wissen, wer unsere Feinde sind"

Interview mit Hans-Joachim Döring von Inkota [1] Ostberlin, April 1990

Die Mauer ist schon ein paar Monate offen: wie fühlt ihr euch als Gruppe oder Menschen, die solidarisch sind mit der Zwei-Drittel-Welt in der DDR heute, intern und emotional?

Hans-Joachim Döring (H.J.): Ich denke, wir aus der Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und Zwei-Drittel-Welt-Bewegung erleben uns in diesem Einigungsprozeß ausgesprochen gespalten. Auf der einen Seite gibt es viele gute Möglichkeiten und ehrliche Kontakte, wir erleben jetzt das, was wir uns oft gewünscht haben: Menschen kommen unkompliziert zu uns, der Austausch läuft zwanglos, wir können gut miteinander kommunizieren, wir erleben Fremde als unsere Freunde, die unsere Sorgen, aber auch unsere Euphorie mit geteilt haben. Und trotzdem gehen Werte verloren. Vor allem, daß wir als Bewegung und als Einzelne ein festgefahrenes, ein marodes System verändern konnten bzw. Initialenergien zusammenbringen konnten durch lange Arbeit, durch programmatische Vorüberlegungen, aber auch sehr stark durch persönlichen Einsatz. Nach fast einem halben Jahr erleben wir, daß wir weiterhin eine extreme Minderheit sind, daß wir von der Bevölkerung und noch viel mehr von der Politik benutzt wurden.
Wir erleben uns auch so, daß wir dem geschäftlichen Aufschwung und dem politischen Gestaltungswillen nicht gewachsen sind. Weniger, weil wir die Fähigkeiten dazu nicht haben, sondern weil wir durch unseren sozialen Ort in den Gruppen an lange Gespräche und Konsensbildung gewöhnt sind und in schnellen, zeitdrängenden Entscheidungen wenig Übung haben. Moralisch und emotional haben wir Schwierigkeiten, die Welt als Markt zu erleben, die Menschen lediglich als Käuferpotentiale, als Mitgliedspotentiale zu definieren. Für uns ist der Mensch der Träger einer Idee, der Träger von Engagement, in dem er sich selber eine solidarische, eine bessere Welt schafft, in der er mit anderen gemeinsam ein Ziel verfolgt. Und da müssen wir uns auf für uns neue Verhältnisse - für die westliche Welt wohl übliche Verhältnisse - einstellen. Weggenommen wurde uns die Illusion des Oktober und des November, daß wir mit guten Ideen, mit lustigen Plakaten, mit gewaltfreien, aber kräftigen Demonstrationen ein Ausdruck und eine Form unserer Bevölkerung, also ein Bestandteil unserer Gesellschaft sind. Und wir erleben uns jetzt in aller Öffentlichkeit, bei all den Möglichkeiten, uns darzustellen, wiederum als die wenigen, die wir immer waren. Wir in der Solidaritätsbewegung sind auch sehr erschrocken über die Sogkraft des Geldes, der Deutschen Mark. Da müssen wir uns als Idealisten, als gefährliche Idealisten selbst erkennen. Genommen wurde uns auch das Gefühl "wir sind das Volk, wir sind der Souverän", und es muß die Erkenntnis Raum gewinnen, daß wir neue Gegenüber haben - daß wir zwar jetzt alles sagen können, aber daß wir nicht mehr so gehört werden.

Auf der Jahrestagung 1990 von Inkota hat ja Professor Nuscheler von der Universität Duisburg gesagt, die Dritte-Welt-Solidaritätsszene in der Bundesrepublik kann von den Gruppen in der DDR etwas lernen. Was könnte das sein?

H.J.: Da werde ich immer unsicherer, was die Dritte-Welt-Bewegung der BRD von der DDR lernen kann. Vielleicht am ehesten, daß die DDR-Solidaritätsbewegung nicht so an politische Konjunkturen gebunden war. Aber ich denke, das ist kein eigener Wert, sondern hängt mit den praktischen DDR-Bezügen zusammen. Gab es z.B. ein Projekt in Afrika, das man nach zwei bis drei Jahren brieflich stabilisiert hatte, dann wollte man es weiterführen und ist nicht sofort auf die nächste, auch ideell mitgetragene politische Bewegung, Revolution oder Bedrohung eingestiegen. Was man bestimmt lernen könnte, das trifft auf alle Fälle für den kirchlichen Bereich zu, ist die Verbindung zwischen Solidaritätsarbeit und Entwicklungspolitik oder Entwicklungszusammenarbeit. Wir haben immer versucht, eine Verbindung zwischen beiden herzustellen, nicht zu trennen. Aber auch da ist uns von außen letztlich Erkenntnis zugewachsen, weil die DDR-Politik bis vor kurzem noch der Meinung war, daß sie mit der Unterentwicklung und dem Elend in der Zwei-Drittel-Welt nichts zu tun hatte, da sie weder über eine koloniale Vergangenheit verfügte noch eine ausbeuterische Praxis offiziell ausübte. Deshalb war der Südbereich des Globus letztlich auch "nur" Solidaritäts- und oft genug Argumentationsfeld für die Formationslehre, daß nach dem Kapitalismus logischerweise der Sozialismus folgt. In dem Sinne war bei uns eine auf die gesamte Menschheit und auf die Nord-Süd-Problematik eingehende Entwicklungspolitik auch immer ein kritisches Element in der Öffentlichkeit. Den Begriff "Entwicklungsländer" gab es bis 1985 offiziell gar nicht und dann erst nach und nach. Was wäre noch zu lernen? Daß viele junge Leute ohne Ausbildung in politischer Ökonomie oder in Regionalwissenschaften sich eine hohe Fachkompetenz erwerben können. Dadurch, daß die Gesellschaftswissenschaften und damit auch die Regionalwissenschaften und die Politikwissenschaften als Systemträgerwissenschaften verstanden wurden, war es für kritische Leute in der Regel nicht möglich, diese Studiengänge zu belegen. Und trotzdem hat sich eine kleine engagierte und auch qualifizierte Anzahl von Leuten gefunden. Wir haben viel ohne "ABM" und Zivildienstleistende, mit einfachsten Formen, die oft dem Gegenstand nicht gerecht wurden, gearbeitet und manches bewirkt.

Heißt das für Sie, daß die Motive, aus denen die Leute in der DDR sich für die Dritte Welt engagiert haben, andere sind als hier?

H.J.: Ich vermute, die Motive sind ganz ähnlich. Aber ich habe der BRD-Bewegung noch zu wenig unter die Schädeldecke geschaut. Unsere Arbeit jedenfalls ist stark vom christlichen Engagement geprägt. Also qualifizierte, politisch geformte Nächstenliebe, aber natürlich auch aus dem ganz individuellen Gefühl der Würde heraus: daß man in einer Welt leben will, in der es möglichst für viele Zugang zu den Grundressourcen gibt. Wir haben uns in der DDR immer als reiche Bevölkerung und wohlhabende Gesellschaft verstanden. Und ich denke, wird sind das auch noch heute. Auch wenn der andere Teil Deutschlands überreich und unverschämt, nein besser: unangemessen wohlhabend ist. Ein weiteres Motiv war Fernweh: unseren Provinzialismus, unsere Eingeengtheit wollten wir durch die Beschäftigung mit anderen Ländern, mit anderen politischen Strömungen überwinden. Hier haben wir gerade Basisorganisationen und Arbeitsformen ent-

deckt, die wir kühn mit den unsrigen verglichen haben. Jedenfalls für die Nicaragua-Arbeit kann man das sagen: wir haben den Aufbau eines partizipatorischen Gesellschaftsmodells nach einer Diktatur als Impuls für unsere festgefahrene Gesellschaftsdebatte erlebt. Und die staatlichen Stellen haben dies damals sehr schnell erkannt und reagiert.

Habt ihr das Empfinden, daß die BRD-Szene (überhaupt) etwas lernen will von der DDR?

H.J.: Ich kenne nur einzelne Vertreter aus der BRD-Solidaritätsszene. Da ist es gut gemischt. Es gibt Menschen, die schon länger Kontakt zu uns gesucht haben und dies bei all den Schwierigkeiten, Zwangsumtausch und einseitiger Reisemöglichkeit.
Auf der anderen Seite erleben wir jetzt mit und durch die neuen Kontaktmöglichkeiten, daß uns plötzlich Konzepte angeboten werden - in einer Form, daß wir sagen: "Fragt doch erst mal, was wir einbringen können oder was wir zur Zeit verkraften können in all dem gesellschaftlichen und politischen Umdenken."

Mein Eindruck ist, daß die westdeutsche Solidaritätsszene und die großen Hilfsorganisationen nicht einen Gedanken an die Zwei-Drittel-Welt-Szene in der DDR verschwendet haben - vor der Öffnung der Mauer. Plötzlich, nach dem 9. November, sieht das ganz anders aus, jeder scheint heute Inkota zu kennen. Können Sie uns einmal beschreiben, wie das für Sie tagtäglich aussieht, wie und mit welchen Anliegen kommen Menschen aus dem Westen zu Euch?

H.J.: Das ist sehr unterschiedlich. Da kommen Leute in unser Büro und wollen sich nur erkundigen. Da schreiben uns Leute, weil sie mittlerweile in ihren BRD-Büros einige DDR-Post erhalten, sie suchen nun nach Kooperationspartnern oder wollen Informationen haben.
Da kommen aber auch Leute, die noch vor zwei, drei Jahren - wenn es uns um Kooperation ging - gesagt haben: "Wir wollen jetzt kein Ostprojekt." Sie dachten damals wohl, wenn wir mit ihnen in Kontakt treten, wollen wir bloß Uhu-Klebestifte oder Schreibmaschinenpapier und nicht einen Austausch. Wir erleben jetzt natürlich auch, daß große westliche Spendenorganisationen Strategien entwickeln für die 16 Millionen DDR-Bürger. Sie haben den gutbesattelten Spendenmarkt der Wohlstandsdeutschen im Blick. Uns, als eine vor allem bewußtseinsbildend arbeitende Organisation wird dies auch treffen. Aber es ist vor allem ein Indiz für ihr Verständnis von Entwicklungspolitik, für ihr Verständnis von Hilfe, und wie weit sie wollen, daß hier angesiedelte Organisationen und Strukturen sich entfalten können. Das Potential der zu Erreichenden und Engagierten ist nicht sehr groß.
Es kam weiterhin zu einer Reihe von Anfragen, wo die Leute einfach nur unsere Kartei, die Anschriften wollten. Für Seminare wurden uns vorgefertigte Briefentwürfe zugeschickt, die wir dann an alle Interessierten weiterversenden sollten. Wir mußten das Gefühl bekommen, einige Einrichtungen der westdeutschen Solidaritätsszene



H.J. Döring: ... keine Blackbox-Aktionen

wollen mal eben kurz die Gruppen in der DDR-Landschaft durchkoordinieren. Und das haben wir als nicht nur verwunderlich, sondern auch als Angriff auf unsere Souveränität verstanden. Wir haben auch ganz souverän reagiert: gar nicht.

Auf der Ebene des Kapitals findet zur Zeit die Unterwerfung der DDR statt. Parallel dazu wiederholt sich etwas ganz ähnliches, das ist zumindest unser Eindruck, nämlich auf der Ebene der westdeutschen Solidaritätsszene. Ihre Vertreter gehen in dem Selbstbewußtsein auf die DDR-Gruppen zu, daß man alles richtig macht und das ganze Wissen gepachtet hat, und sie versuchen, diese Gruppen zu vereinnahmen.

H.J.: Etliche VertreterInnen der Solidaritätsbewegung verhielten sich wie Marktstrategen oder Gründer von Ladenketten. Aber - vielleicht sind wir von Inkota da etwas übersensibel, weil es in einer bestimmten Phase nach dem 9. November sehr stark war und unser Büro sehr beschäftigt hat, inzwischen hat es sich etwas versachlicht. Wir mußten auch lernen, daß die gesamte BRD sehr nervös und gespannt und aktionsgeladen auf unser Land schaute und das hat sich auch in einigen Vertretern der Solidaritätsbewegung widergespiegelt. Und da waren wir verwundert.
Auf der anderen Seite hat sich ja auch die politische Landschaft verändert. Wir erleben jetzt leider, daß nur noch Anpassungsstrukturen geschaffen werden. Auch von der DDR-Gesetzgebung, von den Kommunen, von den Ländern, vom Denken der Bevölkerung. Wir müssen das realistisch einschätzen. Noch versuchen wir natürlich, eigenes einzubringen, ohne gleichzeitig wieder in eine Verweigerungshaltung zu gelangen. Ich habe gestern ein schönes Plakat gelesen auf einer großen - für uns neuen - Zigarettenreklame auf vier mal sechs Metern Hochglanzpapier. Da war ein kleiner Zettel aufgeklebt: "Wollt ihr die totale Kopie?" Wir haben Angst vor der totalen Kopie. Denn nicht nur die DDR ist gescheitert. Auf dem entwicklungspolitischen Feld ist jedenfalls auch die gesamte westliche Welt und damit auch die BRD gescheitert. Jedenfalls hat sie die vorgegebenen moralischen und globalen Ziele nicht erreicht. Wir müssen uns jetzt gemeinsam zusammensetzen, um für die Menschen in der Zwei-Drittel-Welt und für unsere eigene Gesellschaft neue Strukturen zu schaffen, die für uns an eine effektive Marktwirtschaft gebunden sein können, die aber nicht die globalen Probleme des Nord-Süd-Konflikts verstärken dürfen. Gemeinsam mit anderen haben wir am entwicklungspolitischen Runden Tisch versucht, in die noch bestehende Verfassungsdiskussion den Grundsatz einer solidarischen Gesellschaft, einer solidarischen Gemeinschaft als Verfassungsgrundsatz einzubringen.

Fühlt ihr euch als gleichberechtigt angesehen, wenn Leute aus der Soliszene oder von den Westorganisationen zu euch kommen?

H.J.: Im Grunde ist die Kommunikation und der Austausch partnerschaftlich. Bis auf beschriebene Ausnahmen. Wir erleben und wissen natürlich auch, daß man sich jetzt im Westen mit einem Ostkontakt oder mit einem Partner in der DDR ganz gut schmücken kann und daß es dafür ein Gemisch von Motivationen geben wird. Das plötzliche Interesse an unserer Arbeit und auch an der Arbeit der Gruppen im Lande verwundert uns etwas, denn man hätte uns schon vor drei, fünf oder vielleicht schon vor zehn Jahren zur Kenntnis nehmen können, wenn man gewollt hätte. Das gilt ebenso für viele Friedens- und Ökologiegruppen. Was uns enttäuscht, ist, daß das neue Interesse der "anderen" (alternativen) BRD-Gesellschaft mit dem allgemeinen politischen Interesse der massenhaften BRD-Gesellschaft wächst. Daß es nicht schon früher die sachliche, inhaltliche und auch solidarische Zusammenarbeit gegeben hat. Diese Tatsache zu werten, fällt mir schwer, aber ich erlebe halt auch da, daß ihr Teil eurer Gesellschaft seid. Bei all eurem Bestreben, kritische Öffentlichkeit oder gar Gegenmacht zu sein, existiert ihr doch sehr verwoben und verstrickt.

Glauben Sie, daß die Gruppen und Organisationen in der DDR jetzt dazu benutzt werden, um Eingang in die DDR-Szene zu finden, und daß man nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten diese Gruppen und Organisationen dann einfach rechts oder links liegen läßt?

H.J.: Das ist sehr schwer einzuschätzen. Wir haben uns einen Satz zurechtgelegt, der lautet: die guten Freunde erkennt man in sechs bis zwölf Monaten. Wir denken, daß die Karten neu gemischt werden in dem Sinne, daß in der Solidaritätsbewegung der BRD sehr viel Fachkompetenz, sehr viel Fachwissen und auch "Vorort"-Kenntnis vorhanden ist, ebenso Sprachkenntnis, wo wir die nächsten vier, fünf, sechs Jahre sehr

viel nachholen müssen, um ein gleichberechtigter Partner sein zu können. Da haben wir schon Ängste. Aber dem müssen wir uns stellen, wir müssen aufholen, wir können nicht romantisch in unserer bisherigen, ehrenwerten, kleinen Arbeit verharren, sondern müssen uns auch hier den guten Herausforderungen stellen.

Wird sich so etwas wie eine eigene Identität der DDR-Zwei-Drittel-Welt-Szene bewahren lassen - auch mit der soeben beschriebenen Weiterentwicklung? Wird es so etwas auch in fünf oder zehn Jahren noch geben, von unterscheidbarer, anderer Qualität als das, was in der BRD da ist?

H.J.: Ich denke, in fünf Jahren lassen sich die Unterschiede nicht mehr feststellen, vielleicht noch in einzelnen Personen. Was mich mit zu dieser Prognose veranlaßt, ist, daß wir aus den Zwei-Drittel-Welt-Gruppen mit Erschrecken feststellen, wie die bisherigen Träger des Solidaritäts- und entwicklungspolitischen Gedankens der offiziellen Politik, also die Ökonomie-Institute und die regionalwissenschaftlichen Einrichtungen ihre dreißigjährigen Lehraussagen und -inhalte kühn und opportunistisch über Bord werfen, ganz aktiv nach etablierten gesellschaftlichen Partnern suchen und mit einem starren Blick nach vorn versuchen, den "BRD-Standard" in der Entwicklungspolitik zu erreichen. Wir werden in der DDR eine ähnliche linksalternative Szene entwickeln - mit einzelnen wissenschaftlichen Persönlichkeiten, mit einem Geflecht von Gruppen. Wir werden uns einrichten und vergleichbar werden - und unerkennbar wohl leider auch.

Was die Prognose auch sehr erschwert, ist, daß wir nicht wissen, wie weit die zu erwartende Währungsumstellung unsere Bevölkerung und deren Verhalten verändert. Bisher hatten wir in der DDR allgemein eine relativ hohe Spendenbereitschaft, vielleicht begünstigt durch den großen Kaufkraftüberhang unserer Währung. Und wir hatten bisher eine Öffentlichkeit, aus der die Nord-Süd-Problematik und die Solidaritätsproblematik ausgesperrt war. Es gab kaum Bücher, es gab keine Zeitschriften, es gab in den Medien, in den elektronischen Medien äußerst knappe politische Berichte, keine Auseinandersetzung mit dem Thema. Gleichzeitig habe ich bei aller Unsicherheit die Hoffnung, daß etliche aufstehen werden in den Kommunen und in der Politik, um den Gedanken weltweiter Solidarität und die Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen und in der Politik einzuklagen. Wir bekommen jetzt öfters Briefe von uns bisher Unbekannten und Fremden, die uns ihre Mitarbeit anbieten, die Informationen suchen, weil sie sehr genau spüren, daß man Lebenssinn nicht mit der Westmark eintauschen kann.

Zurück zur Identität. Es könnte doch sein, daß die DDR-Solidaritätsbewegung eigenständig bleibt und sogar zu einem Schwenk innerhalb der gesamtdeutschen Solidaritätsbewegung beitragen kann: wenn sie sich ihre Stärke erhält, könnte dies auf der praktischen Ebene so aussehen, daß ihr Entwicklungsarbeit hier im Land unter dem Blickwinkel Antirassismus macht und nicht auf das Pferd setzt, das bei uns seit zwanzig, dreißig Jahren läuft: Projektunterstützung in der dritten Welt.



H.J.: Ich denke, auch hier verbietet sich jede falsche Hoffnung auf eine Eigenständigkeit als Staat oder Gesellschaft. Denn die Anzahl der Gruppen und der Engagierten ist gering, auch die Zahl der Hauptamtlichen, die somit als Gesprächspartner mit Profil in das gesamtdeutsche Gespräch eintreten könnten. Um eine Zahl zu nennen: in den Kirchen der DDR gibt es zehn bis zwölf Leute, die sowohl theoretisch als auch praktisch Entwicklungs- und Solidaritätsarbeit leisten. In den Kirchen der BRD sind es fast 200. Wie soll man da Identität bewahren? In den nichtkirchlichen Bereichen sind diese Zahlenverhältnisse ähnlich.

Meine Frage zur Identität bezog sich mehr auf die Ebene der Gruppen. Bei uns ist es ja häufig so, daß Gruppen sich mit ihren Themen, mit ihren Kampagnen gegenseitig aushebeln. Also das Konkurrenzverhalten, das unsere gesamte Gesellschaft prägt, kommt auch dort durch.

H.J.: Unsere scheinbare Homogenität basiert vor allem auf dem recht geschlossenen Gegendruck, der grob besagte, das Thema Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit ist als antiimperialistische Hilfe von den staatlichen Stellen gepachtet. Jegliche Außenpolitik und jegliches außenpolitisches Wirken selbst in kleinen Gruppen kann nur funktionieren, wenn man die Außenpolitik und die Gesellschaftskonzeption der DDR mitträgt. Und wir haben uns vor allem aus praktischen Gründen zusammengeschlossen. Mit dem Wegfall der Arbeits- und Kommunikationsschwierigkeiten mit den Partnern in der Zwei-Drittel-Welt werden wir jetzt wohl auch zu einer euerer Situation vergleichbaren Differenzierung kommen: sowohl ideologisch als auch von der Motivation her wird es eine Differenzierung in die mehr christlich orientierten und die mehr säkular orientierten Leute oder Gruppen geben, was ich bedauern würde, denn diese "scheinbaren" Unterschiede waren immer sehr produktiv. Z.B. benötigen die Probleme in Afrika, Asien und Lateinamerika sowohl eine religiöse als auch eine säkulare Analyse, weil diese Länder als religiöse Gesellschaften mit säkularer Zivilisation konfrontiert sind.

Wollt ihr auch "Westhilfe"?

H.J.: ... ja, wir müssen wohl wollen, denn wenn jeder Fleischermeister seinen Sponsor findet, dann müßten für eine kritische Öffentlichkeit auch Mittel bereitgestellt werden. Wir erleben, daß zu uns in die DDR jetzt Industriebetriebe kommen, die in Afrika und in Lateinamerika ausbeuterisch vorgehen. Unsere wirtschaftliche Naivität als DDR haben wir - wenn wir sie je hatten - verloren. Wir sind jetzt auch einer neuen Publizistik ausgesetzt. Mit Spenden alleine können wir die inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen kaum meistern. Wir hoffen, nicht jeder "Wachstumschance" zu erliegen und nicht auf jedes Glanzpapier hereinzufallen. Und wir sollten den Mut zur Lücke beibehalten. Wir dürfen nicht dem Wahn verfallen, alles machen zu müssen. Wer einen souveränen Partner in der DDR für wenigstens die nächsten zwei Jahre wünscht, sollte unterstützend auftreten und helfen.

Wo wird der künftige Platz von Inkota sein?

H.J.: Die Frage steht im Raum .... Mit dem zu erwartenden oder in Aussicht gestellten Bezuschussungswesen über die Gemeinnützigkeitsklausel werden auch wir, werden auch die Gruppen untereinander und die verschiedenen entwicklungspolitischen Aktivitäten wohl zu Konkurrenten werden. Ich hoffe, es gelingt uns, solche Strukturen zu schaffen, daß als Minimum wenigstens ein Informationsaustausch stattfindet, daß es wenig Verheimlichungen, keine Blackbox Aktionen gibt und daß wir uns bei nun endlich möglichen öffentlichen Kampagnen auch immer wieder gut zusammenfinden und das Ziel und die Sache und damit immer die Menschen in der Zwei-Drittel-Welt in den Vordergrund stellen und nicht die eigene Befindlichkeit oder unsere Abgrenzungsnotwendigkeiten in einem proppevollen Solimarkt.

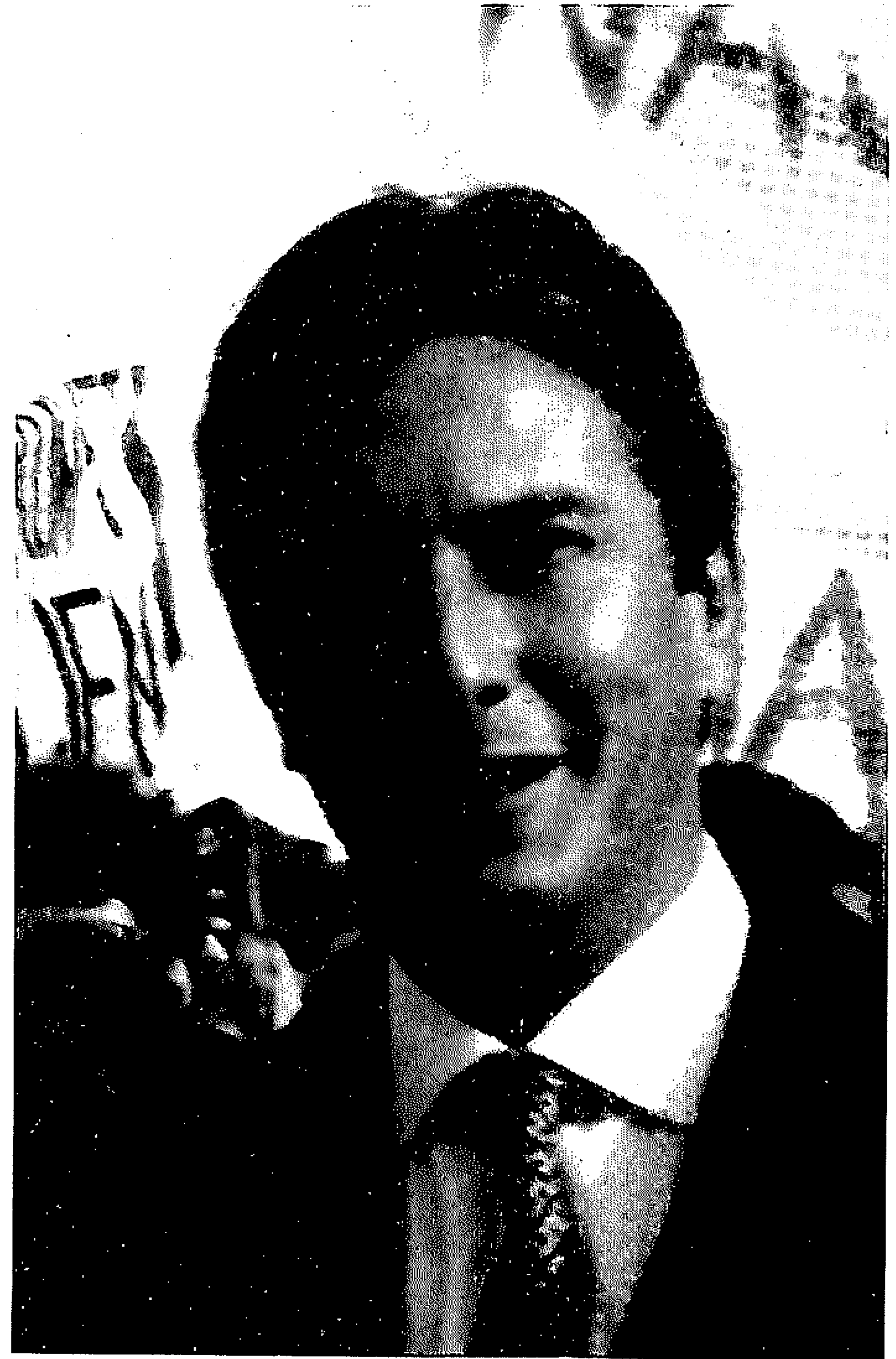
Aber Informationsaustausch, Koordination und Begegnung (Tagungen) wird es immer geben müssen. Vielleicht als öffentlicher Dachverband, vielleicht als für Bewußtseinsbildung engagierter Mitgliederverein, vielleicht als Stachel in einer immer konservativer werdenden Gesellschaft und Kirche. Vielleicht von allem ein wenig. Also unvollständig und verletzlich und damit möglicherweise sehr lebendig.

Das Interview führten Walter Hättig und Jani Rolshoven.

Anmerkung:
Inkota steht für INformation, KOordination und TAgungen und ist als ökumenischer Arbeitskreis ein Zusammenschluß von Dritte Welt Gruppen in der DDR.

Volltreffer oder Schuß ins Leere?

Das Wirtschaftsprogramm des neuen Präsidenten



Fernando Collar de Mello (Foto: Peter Feldmann)

Die Überraschung war groß, als der eben vereidigte Präsident am 16. März im Parlament und übers Fernsehen sein Wirtschaftsprogramm vorstellte, das er anspruchsvoll 'Neues Brasilien' (Plano Novo Brasil) nannte. War doch gerade das Fehlen eines Programmes während des gesamten Wahlkampfes Collors größtes Handicap, welches er durch sein selbstbewußtes Auftreten und einen ausgeprägten Personenkult zu kompensieren suchte.

In dieser mit besonders viel Spannung erwarteten Regierungserklärung, in der er ganz persönlich die volle Verantwortung auf sich nahm, wollte er die vollmundig gegebenen Wahlversprechen einlösen. Der Schock war daher gerade bei seiner eigenen Klientel im rechten Lager besonders groß. Um die *Hyperinflation*, die zuletzt monatlich mehr als 80 % erreicht hatte, zu *stoppen*, war in der Tat einige Kreativität gefordert.

Schocktherapie

Das Herzstück des Pakets ist folgerichtig, wie jedes klassische Ökonomielehrbuch predigt, die Reduzierung der *Geldmenge*. Sie fiel im 'Neuen Brasilien' allerdings so drastisch aus, daß zunächst annähernd 4/5 der umlaufenden Geldmenge zwangsweise festgelegt wurden. Nur bis zu 50.000 Cruzados pro Person (etwa 2.000,- DM) durften von den Konten abgehoben werden; die gesamten Guthaben darüber sind für 18 Monate zu 6 % festgelegt - insgesamt mehr als 100 Mrd. US-$. Da rund 90 % aller Brasilianer ohnehin nicht mehr als diese Summe auf dem Konto haben, wenn überhaupt, fand das Programm besonders wegen dieses Punktes eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Preise und Mindestlohn, die sich in letzter Zeit ein besonders hitziges Inflationsduell geliefert hatten, wurden auf dem Niveau vom 12. März eingefroren. Alle künftigen Anpassungen werden von der Regierung entsprechend der staatlich fixierten Inflationsrate festgesetzt. Für April legte die Regierung eine Steigerung von 0 %

fest, womit sie sich gleichzeitig in Sachen Inflationsbekämpfung ein offizielles Eigenlob ausstellte, obwohl die Preise weiter stiegen.
Um bei der Bevölkerung den *Preiskontrollen* den notwendigen Vertrauensbonus zu verleihen, wurden gleichzeitig umfangreiche Kontrollen beim Einzelhandel angekündigt. Mit Blitzaktionen der Polizei sollen Unternehmer und Geschäftsführer überrascht und bei Verstößen sofort verhaftet werden. Die drakonischen Haftstrafen und die saftigen Geldbußen, die in einigen Fällen auch verhängt wurden, sollen abschreckend wirken. Polizei und Justiz werden bei der Wirtschaftspolitik mit zur Verantwortung herangezogen. Obwohl die Ankündigung dieser Maßnahmen über alle Medien ihre Wirkung nicht verfehlt hat, bleibt der allgemeine Zweifel an der längerfristigen Wirksamkeit solcher Aktionen. Bisher haben die Händler immer Wege gefunden, die Preise trotz aller Preisfestsetzungen doch zu erhöhen oder die Waren zurückzuhalten. Die *Händler* sind eine mächtige Gruppe mit einer starken Lobby, gegen die zu regieren sich schon manche Regierung die Zähne ausgebissen hat. Zwei Monate 'Plano Collor' zeigen, daß es einerseits doch erstaunlich viele Waren gibt, die nicht in die Liste für Höchstpreise aufgenommen wurden und deren Preise munter weiter steigen und daß andererseits die Regale nicht mehr regelmäßig nachgefüllt werden, wie noch im Februar. Schließlich hoffen die Händler langfristig auf die totale Freigabe der Preise, denn Collor und seine Wirtschaftsministerin Zelia Cardoso de Mello wollen die Indexierung der brasilianischen Wirtschaft, die praktisch das gesamte Preissystem ersetzte, beenden und dem Markt eine Chance geben.

In dieses neoliberale Denkraster paßt auch die pauschale Suspendierung der *Subventionen* einschließlich derer für regionale Entwicklungsprogramme. Allerdings passen die zahlreichen, im gleichen Paket verordneten spürbaren Preisanhebungen für öffentliche Dienstleistungen und Gebühren nicht in diese Systematik der Inflationsbekämpfung, sie sind aber mit den immensen Liquiditätsproblemen der Staatskasse zu erklären. Diese Preisanhebungen von 30 % und mehr auf einmal haben auf jeden Fall zu Beginn des Planes noch einmal für einen kräftigen *Inflationsschub* gesorgt. In den Statistiken und den daraus berechneten Inflationsraten für März, bzw. der Mindestlohnquote, findet dieser Preisschub praktisch keinen Niederschlag.
Bei der notwendigen Sanierung der Staatsfinanzen sollten Zeichen gesetzt werden, indem vor allem bei der öffentlichen Hand gespart wird und eine einschneidende Verwaltungsreform unproduktive Einrichtungen und Horte von Korruption und Vetternwirtschaft einfach schließt. Deshalb wurden 20 staatliche Stiftungen, Institutionen und Unternehmen *per Dekret aufgelöst* und die Beschäftigten zum großen Teil entlassen. Mittlerweise liegt die Zahl derer, die insgesamt aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden sollen, bei 300.000, ohne daß bisher auch nur ein Wort über einen Sozialplan vernommen wurde. Wo bleiben denn in diesem Fall die Wahlversprechen? Als ganz besondere Einsparung der Regierung wurde die Reduzierung der Ministerien verkauft. Statt bisher mit 23 regiert Collor nur noch mit 12 Ministern. Ob allerdings die Zusammenlegung von Ministerien und die Schaffung neuer Staatssekretariate, z.B. für Umwelt oder Verwaltungsreform, per Saldo wirklich eine Einsparung mit sich bringen, ist sehr fraglich.
Ein deutlicher Hinweis auf das grundsätzlich liberale Wirtschaftsverständnis der neuen Regierung ist die Ankündigung umfangreicher *Privatisierungen* von staatlichen Unternehmen. Erfolgreiche Firmen, wie die von den Militärregierungen mit viel Aufwand ausgebaute Flugzeugindustrie, will der Staat verkaufen. Nur strategisch wichtige Bereiche, wie z.B. die Atomindustrie, sollen weiterhin unter Regierungskontrolle bleiben. Damit soll einerseits der Staatsanteil in der Wirtschaft deutlich gesenkt werden und andererseits das enorme Defizit im Staatshaushalt ausgeglichen werden können.

Die Gewichte liegen eindeutig auf der binnenwirtschaftlichen Situation, so daß der *außenwirtschaftliche* Teil relativ knapp ausgefallen ist. Beim Wechselkurs wurde die Dollarbindung abgeschafft, womit die amtliche Notierung zunächst wegfiel. Sie wurde ersetzt durch den fluktuierenden Dollarkurs, der an der Börse seine Notierung findet. Damit sollte der Parallelkurs, der etwa doppelt so hoch lag, hinfällig werden. Dies hatte zur Folge, daß in den ersten beiden Wochen praktisch kein Kapitaltransfer stattfand, weil der Kurs für die US-Währung von fast 90 Cruzados für einen US-$ plötzlich auf unter 30 Cruzados sank. Zwar entsprach dieser Kurs keinesfalls dem realen Tauschverhältnis, aber es gab im Land keinerlei Nachfrage nach ausländischer Währung, weil die von der Regierung zugestandene Kaufkraft kaum für die alltäglichen Ausgaben im Land ausreichte. Erst nach und nach pendelte sich der Kurs wieder auf ein Niveau ein, das inzwischen nur wenig unter dem früheren Parallelkurs liegt, der also die Marktverhältnisse gar nicht so schlecht wiedergab. Unerwähnt bleibt bisher der Kapitaltransfer ins Ausland, also der gesamte Komplex des Gewinnrücktransfers und der Kapitalflucht.
Erstaunlich wenig Worte verlor Collor auch über die *Auslandsverschuldung*, obwohl Brasilien nach den USA das am stärksten im Ausland verschuldete Land der Welt ist. Mit der vielsagenden, aber wenig konkreten Formel 'Neuverhandlungen' war dieses Thema zunächst abgehandelt. Wenig später, auf einer Tagung des IWF, bestätigte sich die Vermutung, daß die neue brasilianische Regierung gegenüber den internationalen Finanzorganisationen auf keinen Fall einen Konfrontationskurs ansteuern will. Dies ist auch gar nicht nötig, denn für ihr Wirtschaftsprogramm erntete die Ministerin im Ausland viel Lob. Typische Auflagen der bekannten IWF-Sanierungsprogramme (auch bekannt als Hungerprogramme) wurden von der brasilianischen Regierung im 'Plano Collor' bereits vorweggenommen: Streichung von Subventionen, Einsparungen im Staatshaushalt und Entlassung sog. unproduktiv Beschäftigter. Die Regierung wird also bei den in nächster Zeit anstehenden Neuverhandlungen der Schulden mit einigem Wohlwollen rechnen können.
Viel spekuliert wird immer noch über die Liberalisierung des *Außenhandels*, vor allem, weil Collor als designierter Präsident auch auf seiner Weltreise dazu einige Ankündigungen machte. Abgeschafft werden sollen die begünstigten Exportzonen, und geplant ist der Abbau der Zollschranken, um Importe zu erleichtern. Bislang war einer der Eckpfeiler des brasilianischen Industrialisierungsmodells die Zollmauer, die Produkte der 'industria brasileira' vor ausländischer Konkurrenz schützte. Noch heute ist Brasilien eines der ganz wenigen Länder, wo beispielweise kaum japanische Autos fahren. Nur den Toyota Land Cruiser gibt es zu kaufen, aber mit brasilianischem Mercedes-Motor. Trotzdem störte sich die ausländische Konkurrenz bisher wenig an den Zollmauern. Ausländische Firmen und transnationale Konzerne investierten in Brasilien und erhielten damit die Auszeichnung 'industria brasileira'. Die Zollmauern waren damit eher zu ihrem Nutzen als ein Hindernis. Ein abgeschotteter großer Binnenmarkt stand ihnen zur Verfügung, ein ideales Terrain, um mit ausgedienten *Technologien* noch einen Extragewinn zu machen. Bisher schwebt also die Freigabe der Importe noch als Damoklesschwert über der vom neuen Plan stark gebeutelten Wirtschaft. Weil der 'Plano Collor' zu einer von der Regierung sicher nicht in diesem Ausmaß erwarteten Rezession mit Massenentlassungen geführt hat, soll sie sich vor dem nächsten Schock erst etwas erholen können.

Ordnungspolitisches Umbauprogramm

Die Art, in der Collor nach dem aufwendigen Spektakel der Ministerpräsentation im Fernsehen als Krönung seinen Sanierungsplan vorstellte, paßt zu seinem Stil, sich als jung-dynamischer Präsident mit einschlägigen Karatekenntnissen zu präsentieren. Doch es wäre zu kurz gegriffen, wenn man den *Überraschungseffekt* nur mit seinem Sensationalismus oder mit dem anstehenden Wahlkampf erklären wollte, auch wenn beides durchaus mitspielt. Soll ein Wirtschaftspaket wirklich greifen, dann muß es, besonders in Brasilien, als Schock ankommen. Sobald stufenweise Maßnahmen durchgesetzt werden sollen oder entsprechende Vorbereitungen getroffen werden, stellen sich genau jene, die eigentlich Opfer bringen müssen oder Einfluß einzubüßen haben, mit den entsprechenden Abwehrmechanismen darauf ein und lassen die

Maßnahmen ins Leere laufen. Der Verfilzung und der Korruption, die zu bekämpfen Collor angetreten ist, kann man wirklich nur mit einem Überraschungscoup beikommen. Insofern war das Programm ganz geschickt lanciert. Vor diesem Hintergrund ist ein Ausspruch zu verstehen, er habe nur einen Schuß, um den Tiger (die Inflation) zu erlegen, und der müsse treffen.

Damit hat der Präsident hoch gereizt, vor allem weil er alle Verantwortung selbst übernehmen wollte. Ob aber nicht das Laden der Flinte doch etwas zu geräuschvoll vor sich ging, so daß es zumindest in seinem näheren Umkreis gehört werden konnte? Der Gouverneur von Alagoas jedenfalls muß es gehört haben, denn er hat am 12. März, einen Tag vor der landesweiten Bankenschließung, 1,5 Mrd. Novos Cruzados (die Währung bis dato) von seinem Privatkonto abgehoben.



Dieses inzwischen vielkritisierte Programm zeichnet sich aber trotz aller Schwächen dadurch aus, daß es *in sich durchaus logisch* und *geschlossen* ist. Sicher erfüllt es nicht die Wünsche aller Brasilianer, auch wenn der Präsident wortgewaltig dies im Fernsehen immer wieder als sein Ziel hinstellt. Interessant ist deshalb die Einschätzung der Fachleute, wo keineswegs eine Riege von Befürwortern nach dem Rechts-Links-Schema den Gegnern gegenübersteht. Die Einschätzungen sind so unterschiedlich, daß aus dem rechten Lager Vorwürfe der Unausgewogenheit kommen, aber gleichzeitig auch Anerkennung und Zustimmung bis weit nach links zu vernehmen ist. Das Ziel dieses Präsidenten und der Gruppe, die ihn zum ersten Mann im Staat gemacht hat, ist ein ganz anderes: Es geht darum, in Brasilien die Bedingungen **für einen modernen Kapitalismus** zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung will sich ganz besonders durch ihre Ordnungspolitik auszeichnen. Dazu muß aber in Brasilien das kapitalistische System erst einmal vor einem Kollaps bewahrt werden. In einer Volkswirtschaft, in der die Inflation derartige Blüten treibt, daß grundsätzlich jede Geldanlage auf der Bank eine höhere Rendite einbringt als eine Anlage in Produktivkapital, ist die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft auf Dauer gefährdet und der Kulminationspunkt der Krise noch nicht erreicht.

Wenn sich die Produktion nicht mehr rentiert, das Kapital entweder abwandert oder auf dem Finanzmarkt *spekuliert* - wie es selbst der kleine Mann der Mittelschichten gemacht hat - wird der technologische Stand des *Produktionsapparates* immer niedriger. Als Strukturdefekt haftet dem brasilianischen Industrialisierungsmodell die *Innovationsschwäche* ohnehin schon an, der Effekt der technologischen Überalterung wird dann noch zusätzlich verstärkt, wenn nicht einmal mehr fällige Ersatzinvestitionen vorgenommen werden. Die Inflation wird immer weiter in die Höhe getrieben, weil immer weniger Waren der weiterhin reichhaltigen Geldmenge gegenüberstehen.

Die Wirtschaft ist der Regierung Sarnay immer mehr aus dem Ruder geraten. Trotzdem hat sie bei der *Finanzspekulation* zu schwindelerregenden Zinsen kräftig mitgespielt, weil sie die bei der jetzt unabhängigen Zentralbank deponierten Gelder zum Stopfen der größten Liquidationslücken dringend benötigte. Immer größere Bereiche koppelten sich ab oder wurden abgekoppelt, um in den informellen Bereich abzuwandern. Bei dieser Inflationsschraube gab es nämlich eindeutige Verlierer: alle diejenigen, die über kein Geldeinkommen verfügen, und dies ist im hochindustrialisierten Brasilien ein erschreckend hoher Anteil der Bevölkerung, der in die Millionen geht.

Ein wichtiger Teil des Rettungsprogramms ist die Wiedererlangung der *politischen Kontrolle über die Volkswirtschaft.* Auch diesen Effekt sollte der 'Plano Collor' haben. Deshalb war das zunächst als undifferenziert erscheinende Zuschnappen der Falle systemimmanent gar nicht so ungeschickt. Außerdem hat der Präsident ohne eigene parlamentarische Basis sicher auch deshalb besonders hoch gepokert, um durch eventuelle Zugeständnisse im Kongreß - die letztendlich aber doch kaum nötig waren - sein Programm nicht total verwässert zu bekommen. Der springende Punkt liegt aber sicher in der Politik der Zugeständnisse an verschiedene Gruppen, für die beispielsweise die zwangsweise Einfrierung der Gelder für 18 Monate absolut unzumutbar ist. Dadurch, daß diese Sektoren oder Gruppen sich artikulieren, erkennen sie ihre Kontrolle durch die Regierung an oder sie bekommen sie mit den Bedingungen für die Zugeständnisse zu spüren. Großzügig wird mehr Geld zugestanden und dabei werden die Zügel straffer in die Hand genommen. Hier liegt *scheinbar* ein *Widerspruch:* Ein Plan, der die Liberalisierung der Wirtschaft und den Rückzug des Staates beabsichtigt, zeichnet sich durch die vielleicht massivsten staatlichen Eingriffe in der brasilianischen Wirtschaftsgeschichte aus. Aber um den tiefgreifenden Umbau der Wirtschaft gegen die in solchen Fällen immer auftretenden Widerstände durchsetzen zu können, muß der Staat vorübergehend mit starker Hand eingreifen.

Ein typisches Beispiel dafür, wie die Regierung die Kontrolle wiedererlangen will, sind die *Lohnzahlungen.* Entsprechend der Regierungspropaganda, daß dieses Programm nicht die Armen und die Arbeiter, sondern die Reichen treffen soll, wurden pünktlich zum Monatsbeginn April die Gelder für die Lohnzahlungen freigegeben. Allerdings konnte jeder Arbeitgeber nur für die Beschäftigten die Lohntüte füllen, die er angemeldet hatte und für die er Steuern und Sozialversicherung zahlte. Bald darauf bekamen auch die philantropischen Organisationen, wie wohltätige Vereine, Sozialdienste, Kirchen etc. eine Freigabe für ihre Gelder zugestanden, um weiterarbeiten zu können. All diese Nichtregierungsorganisationen, zu denen auch die fortschrittlichen und oppositionellen Gruppen gehören, mußten aber ihre Registrierung vorweisen, um in den Genuß dieses gezielten Zugeständnisses, das inzwischen bereits wieder abgelaufen ist, zu kommen.

Ein langfristig angelegtes Projekt

Es liegt nahe, den direkten Vergleich mit dem 'Plano Cruzado' I und II der Sarnay-Regierung anzustellen. Doch bei näheren Hinsehen wird der substantielle Unterschied deutlich: Während die Regierung

Sarnay im wesentlichen an Symptomen herumkurierte (Wechselkurs, Preis- und Lohnkontrollen), *greift* der neue Plan viel konsequenter *in die wirtschaftlichen Strukturen ein.* Die Radikalkur der jungen Wirtschaftsministerin bekommt nicht einmal allen Reichen sehr gut. Die höhere Besteuerung der Finanzgeschäfte und der Kapitalerträge beschneidet ihre Möglichkeiten der unkontrollierten Supergewinne. Die wilden Zustände des Raubritterkapitalismus sollen total umstrukturiert werden in Rahmenbedingungen für einen wohlstrukturierten modernen Kapitalismus. Dies ist das Vorhaben und das Projekt der eben angetretenen Regierung, wozu das Wirtschaftsprogramm vom März nur der Einstieg sein soll.

Das oft an die Reinform von Populismus erinnernde Auftreten und Agieren des Präsidenten dient ihm dabei als Verkaufsmethode für seine Wirtschaftspolitik. Bisher sprechen die Anzeichen eher dafür, daß Collor und seine Berater oder Förderer aus der *populistischen* Trickkiste das gesamte *Instrumentarium,* nicht aber das Wirtschaftskonzept entnehmen. Die propagierte liberale Wirtschaftsordnung und der angekündigte Rückzug des Staates aus der Wirtschaft deuten eher auf Vorstellungen von einem klassisch kapitalistischen Modell als auf autokratische Strukturen eines corporativistischen Systems hin, wie sie typische populistische Regierungen auszeichnen. Das autoritäre Gesicht der neuen Herrscher in Brasilien hat eher den Zweck, keine Schwächen, sondern besondere Ernsthaftigkeit bei der Durchsetzung der neuen Strukturen zu demonstrieren. Bei jeder *Umbruchsituation* liegt der Schlüssel zum Erfolg darin, inwieweit es gelingt, mit den Widerständen derer umzugehen, die durch die neue Ordnung ihren Einfluß verlieren. Deshalb ist es wichtig, die Macht der Maharadschas zu beenden, aber nicht, um die Korruption zu beseitigen und die kleinen Leute bei der neuen Verteilung des Reichtums mitzubedenken, sondern um die unproduktiven Profiteure, die einem modernen Kapitalismus im Wege stehen, zu entmachten.

Die *wirklichen Akteure* bei diesem Spiel sind bisher allerdings noch nicht offen auf die Bühne aufgetreten. Vielmehr findet dort eine aufwendige Show mit dem Hauptdarsteller Collor statt, die von den Drahtziehern hinter den Kulissen ablenken soll. Die Frage, wer trägt dieses Projekt und welches ist die *ökonomische Basis* des Modells, läßt sich bisher noch nicht ganz präzise beantworten. Hinter der Regierung steht sicher jene Gruppe, die eine offene, voll ins internationale System integrierte Wirtschaft anstrebt und denen die Rolle des reinen Rohstofflieferanten und Exporteurs von Industrieproduktionen der immer nur zweiten technischen Generation nicht ausreicht. Hat nicht Collor in Europa schon vor Amtsantritt verkündet, er werde Brasilien aus den Reihen der Entwicklungsländer herausführen und während seiner Regierung würde sich Brasilien ins Lager der modernen industrialisierten Saaten einreihen? Die noch reichlich undifferenzierte Antwort zu den gesellschaftlichen Stützen der geplanten Ordnung bedarf einer ausgiebigen Analyse, die allerdings den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Es bleibt aber sicher in nächster Zeit spannend zu beobachten, welche Kapitalfraktionen und -gruppierungen die Oberhand gewinnen oder behalten werden und ob die alten Machtstrukturen unversehrt erhalten bleiben, wenn das Programm erfolglos bleibt.

Soviel steht aber fest: dieses Projekt läuft auf eine Demontage des vom Militärregime ausgebauten Modells mit stark nationalistischer Orientierung hinaus. In Zukunft, vor allem wenn der Erfolg ausbleiben sollte, wird es interessant sein, wie sich das *Militär,* deren Stellung auch in der neuen Verfassung ungebrochen ist, verhalten wird. Es gibt genug Stimmen, die meinen, daß die Streitkräfte längst eingegriffen hätten, wenn der Kandidat der Linken, Lula, ein nur annähernd weitreichendes Programm verkündet hätte.

Der Regierungsantritt im *Wahljahr* 1990 zeichnet sich aber auch dadurch aus, daß der *Präsident* eigentlich *keine Mehrheit* im Kongreß hat. Seine eigene Partei ist eine Minderheitsfraktion, die bis zu seiner Wahl vollkommen unbedeutend war. Da sich im Wahljahr jeder Abgeordnete, besonders in Brasilien, sehr wahltaktisch verhält und ungern offen unpopuläre Maßnahmen mitträgt, konnte sich Collor bis zuletzt nicht ganz sicher sein, ob seine Absprachen mit anderen Parteien dem Wirtschaftspaket die erforderliche Abstimmungsmehrheit garantieren. Folgerichtig und passend zu seinem Stil wollte er ein politisches Zeichen setzen, reizte voll auf eine Karte und übernahm ganz persönlich die gesamte Verantwortung.

Mit diesem einleitenden Sanierungsprogramm soll nicht nur eine Rettungsaktion vor sich gehen, sondern zugleich ein heilsamer *Reinigungsprozeß* eingeleitet werden. In der Rezession, die unmittelbare Folge der so drastischen Nachfragebeschneidung ist und die von den Wirtschaftsplanern voll in Kauf genommen wird, bleiben neben den Arbeitern auch viele Mittel- und Kleinbetriebe auf der Strecke. Die Interessen der verschiedenen Kapitalfraktionen sind nun eben mal nicht einheitlich, und so werden die Schwächeren geopfert, um den Widerstandsfähigen bessere Chancen zu geben, um im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen, wenn die Zollmauern abgetragen werden.



Das Geschick einer populistisch verpackten Präsentation zeigt sich darin, daß die zunächst Getroffenen nur scheinbar den Schaden tragen. Auf Dauer tragen die *indirekt Betroffenen* viel schwerer an den Folgen der Wirtschaftsmaßnahmen. Zwar hat die Einfrierung der Bankkonten der Reichen landesweit zunächst einige Schadenfreude ausgelöst, aber gleich im nächsten Atemzug verging den Arbeitern das Lachen, weil sie als Folge der Geldknappheit in Scharen entlassen wurden, nach den Devise, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Außerdem hat sich die Wirtschaftsministerin mit Geldern gleichzeitig ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument ins Kühlfach gelegt. Nach erfolgtem Umbau kann das Geld gezielt aufgetaut werden, um das junge Pflänzchen dosiert mit zusätzlicher Nachfrage zu gießen. Mit dem gesteuerten Geldregen in 18 Monaten kann man das neue Gewächs 'moderner Kapitalismus' ökonomisch stärken und mit der *erwarteten Nachfragesteigerung* der Mittelschichten die Legitimierung nachreichen, um sie für die Zukunft zu sichern.



Die *sozialen Folgen* jetzt sind bisher nicht voll abschätzbar. Selbst diejenigen, die ihren Arbeitsplatz noch nicht verloren haben, müssen stärkere Kaufkrafteinbußen hinnehmen als vor dem 15. März. Diese konjunkturellen Einbrüche verstärken in einigen Regionen die prekäre Wirtschaftssituation noch durch andere Faktoren, wie Klima, unzureichende Infrastruktur, regionalplanerische Fehler etc.. In einigen Gegenden kann das soweit gehen, daß das Überleben vieler Leute in Frage gestellt ist. Im Nordosten beispielsweise, dem Armenhaus Brasiliens, hat das Einsetzen einer erneuten Trockenheit die Ernte weitgehend ausfallen lassen. Da bei der Politik des knappen Geldes trotz Wahljahr bisher keine Nothilfegelder zur Verfügung gestellt wurden, sind dort die Konsequenzen, wenn auch nicht so direkt, besonders deutlich zu spüren. Das ordnungspolitische Oberziel einer neuen Wirtschaftsstruktur ist der Regierung viel wichtiger als die soziale Befriedung, so daß sie die drastischen Auswirkungen für die Bevölkerung als notwendige Friktionsverluste in Kauf nimmt.

Collor persönlich, aber auch seine Regierungsequipe, spielen mit hohem Einsatz und zugleich großem *Risiko*, womit sie quasi *zum Erfolg verdammt* sind. Trotzdem ist der Erfolg gerade der ersten Etappe noch alles andere als sicher. Das in sich zwar konsistente Wirtschaftsprogramm hat doch die politischen Kräfteverhältnisse und die gesellschaftlichen Strukturen nicht ausreichend berücksichtigt oder hat *Schwierigkeiten*, mit ihnen fertig zu werden. Letztendlich liegt ein zentrales Problem darin, daß die *bestehende Ordnung* im Prinzip erhalten bzw. reformiert werden soll, d.h. es soll vieles beim Alten bleiben und doch soll eine Umschichtung der Kräfteverhältnisse zugunsten der dynamischen, modernen Fraktionen stattfinden. Aber selbst dazu ist die auf absehbare Zeit aufgeschobene Agrarreform unabdingbar, denn sie bringt nicht nur größere Gerechtigkeit für die Bauern, sondern per Saldo auch einen Produktivitätszuwachs. Solange die auf den *Weltmarkt* orientierte großflächige Agrarproduktion vorherrscht, bleibt der Beitrag der Landwirtschaft zum Nationalprodukt dem Einfluß der Börsenmakler an den internationalen Rohstoffbörsen überlassen. Es ist auch noch nicht abzusehen, wie gut die brasilianische Industrie die kalte Dusche der internationalen Konkurrenz vertragen wird, die ihr verordnet werden soll. Insgesamt hat sicher die Rezession die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stärker beeinträchtigt als die Mannschaft um Zelia Cardoso einkalkulierte. Dadurch kann das gesamte Gebäude von Maßnahmen ins Wanken geraten.

Ob sich also Opfer der Bevölkerung gelohnt haben werden, wird bereits in den nächsten Monaten erkennbar sein. Noch sind viele Brasilianer voller Hoffnung, daß es endlich einmal besser werde und insofern hat Collor einen gewaltigen Vertrauensvorschuß. Wird das 'Neue Brasilien', das er als Vision hat, für die Mehrheit der Brasilianer wirklich bessere Lebensbedingungen mit sich bringen?

Da sich die Erfolge noch nicht serienweise einstellen, wie das die Regierung versprochen hat, mehren sich bereits die ersten Zweifel am möglichen Erfolg des Plans. Dies wirft unmittelbar die Frage nach der Rolle des Militärs ebenso wie die Frage nach der Durchsetzung tiefgreifender Strukturveränderungen unter demokratischen Bedingungen auf. Vielleicht könnte ja ein General auf die Idee kommen, einmal die chilenische Variante zu versuchen.

Theo Mutter

Zu Beginn des Jahres kehrten 8500 salvadorianische Flüchtlinge aus dem hondurenischen Flüchtlingslager Colomoncagua als Gemeinschaft zurück in ihre Heimat Meanguera in der Provinz Morazan. Sie bringen ihre gesamte wirtschaftliche Infrastruktur mit, die sie in 9 Jahren Exil entwikkelt haben - und damit ein Modell, welches die ehemaligen Flüchtlinge selbst als Alternative für das vom Krieg ruinierte Land begreifen.

"Wir sind die Alternative für die Zukunft"

Der Fluß Torola im Nordosten El Salvadors teilt nicht nur geographisch die Provinz Morazan in zwei Teile. Der Norden Morazans ist seit Jahren von der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN kontrolliert. Südlich des Flusses haben die Militärs einen Sperring errichtet, der nur mit einer speziellen Genehmigung des Oberkommandos der Streitkräfte passiert werden darf. Jeder Gütertransport wird kontrolliert, Lebensmittel und Medikamente mit der Begründung beschlagnahmt, sie würden als Nachschub für die Guerilla dienen. Leidtragende ist in erster Linie die Zivilbevölkerung. Wie kaum eine andere Provinz ist die Region nördlich des Rio Torola von den Folgen des Krieges betroffen. Die Isolation und die Regierungspolitik der 'Verbrannten Erde' haben eine wirtschaftliche Entwicklung in der Zone unmöglich gemacht.

Anfang der achtziger Jahre flohen mehr als 20.000 Menschen aus den Nordprovinzen El Salvadors in das benachbarte Honduras. Hier suchten sie Schutz vor den Bombardements der salvadorianischen Luftwaffe und den Massakern der Armee. Zum größten Teil Frauen und Kinder kamen nach oft monatelanger Flucht und Verfolgung über die Grenze - der Krieg hatte die Familien auseinandergerissen, viele der Männer waren tot, einige schlossen sich der Guerilla an. Neun Jahre mußten sie im hondurenischen Exil ausharren. Während dieser Zeit entwickelten sie ein starkes Gemeinwesen und kehren heute als Gemeinschaft zurück in ihre Heimat, mit einer eigenen Gesundheitsversorgung, einem Erziehungswesen und einer Reihe von Werkstätten, die in Colomoncagua 8500 Menschen mit dem Nötigsten versorgen konnten. Aus den Campesinos/as wurden SchreinerInnen, SchusterInnen oder MechanikerInnen. 85 % der Flüchtlinge können lesen und schreiben - für große Teile der salvadorianischen Landbevölkerung immer noch die Ausnahme.

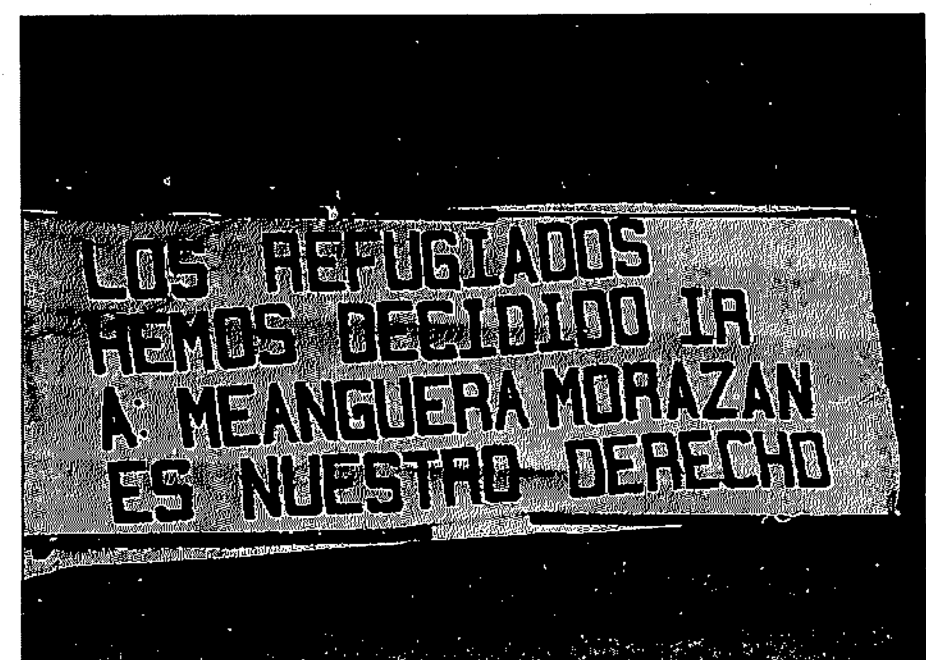
Gemeinsam mit den in Morazan verbliebenen Menschen wollen die ehemaligen Flüchtlinge ihr Modell wieder aufbauen und sie an ihren Erfahrungen und Errungenschaften teilhaben lassen. Die Gemeinden Morazans haben sich vor zwei Jahren im 'Patronato para el desarollo de las Comunidades en Morazan y San Miguel', PADECOMSM, zusammengeschlossen, um wenigstens Minimalstrukturen aufrechtzuerhalten. So gibt es dort eine provisorische Gesundheitsversorgung in Form einer ärztlichen Beratungsstelle, Schulunterricht bis zur dritten Klasse, eine kollektiv organisierte Nahrungsmittelproduktion und Programme zur Wiederaufforstung des durch Bomben zerstörten Waldes, bei denen z.B. im letzten Jahr 30.000 Bäume gepflanzt wurden. Angesichts der fehlenden staatlichen Unterstützung ein mühsamer Prozeß, zumal für jedes Paar Schuhe, für jedes Medikament oder Kleidungsstück eine Genehmigung bei der örtlichen Militärbehörde eingeholt werden muß. Es existiert weder eine Strom- noch Trinkwasserversorgung, wovon letzteres Ursache für eine Reihe von Krankheiten ist, unter denen zumeist die Kinder zu leiden haben.



(Foto: Uwe Brück)

Das soll sich mit der Rückkehr der Flüchtlinge aus Colomoncagua ändern. Schon während des Repatriierungsprozesses arbeitete zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder ein staatliches Ministerium im Norden Morazans, das einen Teil der einzigen asphaltierten Straße instandsetzte. In Verhandlungen der Flüchtlinge mit der Regierung konnte durchgesetzt werden, daß auch internationale Organisationen in der Zone arbeiten dürfen. El Salvadors Vize-Präsident Francisco Merino, der mit einer hochrangigen Ministerriege die Wiederansiedlungen im Februar besuchte, versprach zudem Hilfe bei der Errichtung einer Elektrizitätsversorgung, im Erziehungswesen, beim Bau einer Brücke über den Fluß Torola sowie vor allem den freien Handel. Was von derlei Versprechen zu halten ist, zeigt die Tatsache, daß noch immer Lebensmittel und Medikamente, die zur Versorgung der Gemeinde dienen, von den Militärs beschlagnahmt werden. Im April wurden drei Mitglieder der Gemeinde beim Einkauf in der Provinzhauptstadt San Francisco Gotera südlich des Flusses festgenommen, zwei von ihnen u.a. mit Elektroschocks gefoltert. Über hundert der ehemaligen Flüchtlinge zogen daraufhin nach San Francisco Gotera und forderten - schließlich mit Erfolg - die Freilassung der Verhafteten.

Nicht zuletzt deswegen setzen die RückkehrerInnen auf die Stärke ihrer Gemeinschaft und Eigeninitiative. Sie verfügen über ein Elektrizitätswerk, bestehend aus mehreren Dieselgeneratoren, die den notwendigen Strom für die Maschinen in den Werkstätten liefern. Architekten vermessen das Terrain und planen den Wiederaufbau der Häuser und einer Brücke. In drei Kliniken können selbst schwere Krankheiten behandelt werden. Eine kommunale Bank wurde gegründet, deren Gelder wei-



„Wir Flüchtlinge haben beschlossen, nach Meangra zu gehen. Es ist unser Recht, in Morazan zu leben." (Foto: Uwe Brück)

teren Entwicklungsprojekten zufließen und so der Gemeinschaft wieder zugute kommen werden. Auf der technischen Schule werden die FacharbeiterInnen für die Werkstätten ausgebildet. Sie sollen in Zukunft allen Menschen in Morazan offenstehen, die damit erstmals die Möglichkeit haben werden, einen Beruf zu erlernen oder sich fortzubilden. Bisher leben die Menschen der Region ausschließlich von der Landwirtschaft und müssen viele Waren auf dem Markt teuer einkaufen, die nun in den Werkstätten der ehemaligen Flüchtlinge selbst produziert werden können.
Am 25. März weihten die Repatriierten die aus den vier Wiederansiedlungen Quebrachos, San Luis, Los Hatos und El Barrial gebildete Stadt Segundo Montes ein, benannt nach einem der sechs Jesuitenpater, die im November 1989 von Teilen der regulären Streitkräfte ermordet worden waren. Segundo Montes hatte mehrmals das Flüchtlingslager Colomoncagua besucht und sah in dem Modell der Flüchtlinge Hoffnung für ganz El Salvador.
So wollen auch die BewohnerInnen der Stadt Segundo Montes die Entwicklung, die sie in Gang setzen, nicht nur auf den Norden Morazans beschränkt wissen. Eingebettet in die von PADECOMSM geschaffenen sozialen Strukturen soll über den Eigenbedarf hinaus in Zukunft auch für den Handel auf dem salvadorianischen Markt produziert werden. Rohstoffe können in Werkstätten verarbeitet werden. Die Abhängigkeit vom bloßen Rohstoffexport ist damit aufgehoben. Neben dem traditionellen Anbausektor entsteht ein industrieller Sektor. Die wichtigsten Gebrauchsgüter können selbst hergestellt werden, andere im Tausch gegen überschüssig produzierte Ware auf dem Markt erworben werden. Dies sichert nicht nur eine gewisse wirtschaftliche Autonomie für die BewohnerInnen Morazans, sondern auch für ähnlich produzierende Gemeinden in El Salvador.
Unter den Bedingungen des Krieges ist in Morazan ein basisdemokratisches System entstanden, das garantiert, daß jede/r Einzelne an Entscheidungen, welche die Gemeinschaft betreffen, teilhaben kann - ähnlich demjenigen, welches von den Flüchtlingen in Colomoncagua entwickelt wurde. Beide, das soziale wie das wirtschaftliche Modell, beruhen auf einem starken Gemeinwesen und einem hohen Organisationsgrad der Bevölkerung. Sie haben das Überleben in der vom Krieg zerstörten Region und im hondurenischen Exil ermöglicht und machen den Norden Morazans zu einem Beispiel für andere Gemeinden in El Salvador. Die Ursachen des Krieges in El Salvador sind noch nicht beseitigt. Noch immer wird die Zivilbevölkerung Opfer von Bombardements durch Flugzeuge der Armee, noch immer gelten dieselben Beschränkungen für die BewohnerInnen Morazans. Sie fordern deswegen den Frieden und eine politische Lösung des Konfliktes. Vom Norden Morazans werden nach Rückkehr der Flüchtlinge aus Colomoncagua Impulse für einen Demokratisierungsprozeß ausgehen. Und so sagen seine BewohnerInnen denn auch ganz selbstbewußt: "Wir sind die Alternative für die Zukunft El Salvadors!"

Uwe Brück

Für Informationen über Möglichkeiten der Unterstützung des Projektes Ciudad Segundo Montes steht der Autor zur Verfügung.
Uwe Brück, c/o Nofug Multimedia, Mehringdamm 61, 1000 Berlin 61

Nicaragua fue libre - der Krieg geht weiter



"Vor einigen Tagen sagte mir die Tochter von Enrique Schmidt, Maite Schmidt, mit ihren 14 oder 15 Jahren, daß das, was sie am meisten schmerzt bei all dem, der Tod ihres Vaters ist, denn ihr Vater ist nicht für das gestorben, was jetzt geschieht."

Dieser Teil der Abschiedsrede von Tomas Borge vor den MitarbeiterInnen und KämpferInnen des ehemaligen Innenministeriums am 20. April 1990 beschreibt den Schmerz, den viele NicaraguanerInnen durchleben.

Es lastet wie ein Trauma auf hunderten von Familien, und es ist nach wie vor kaum zu begreifen, daß dieser jahrelange Kampf mit all seinen Opfern und Kosten umsonst gewesen sein soll, daß aufgrund des Wahlergebnisses wieder diejenigen im Land das Sagen haben, die mit unterschiedlichsten Mitteln diesen dreckigen Contra-Krieg gegen das sandinistisch-revolutionäre Projekt geführt und unterstützt haben.

Die vielbesungene alegria, die Fröhlichkeit der Nicaraguaner, ist Angst und lähmender Ohnmacht gewichen.

Bis jetzt ist nicht absehbar, was es heißt oder heißen kann, daß die FSLN als Opposition 'von unten regieren' und dabei die Errungenschaften der Revolution verteidigen wird und wie sich dazu ihre gut organisierte Basis verhalten wird.

Es ist auch nicht absehbar, ob angesichts des massiven Drucks, den die neu erstarkte Contra mittlerweile wieder ausübt, eine militärische Auseinandersetzung, die dann den Namen Bürgerkrieg erhalten würde, abwendbar ist.

Innerhalb der Führungsriege der U.N.O. (Nationale Oppositionsunion) gibt es Strömungen, die der Contra liebend gerne dazu verhelfen würden, zur einzigen militärischen Kraft des Landes zu werden. Dies wird nicht nur von den sogenannten Hardlinern vertreten, die sich um den Vizepräsidenten Virgilo Godoy zusammengeschlossen haben. Derartige Töne sind auch von den Unterstützern der "Violetistas", der Regierungsclique um die Präsidentin Violeta Chamorro, zu hören.

So antwortete Dr. Zelaya Roja, Abgeordneter der National-Konservativen Partei, auf die Frage, ob er eine Regierungsbeteiligung der Contra akzeptieren würde:

"Die haben das weder gefordert noch erbeten, noch sind sie interessiert daran. Aber wenn ich eine politische Leitungsfunktion hätte, und mir Gehör verschaffen könnte - und ich bedauere vor Ihnen, daß das nicht der Fall ist - würde ich dies auf jeden Fall anerkennen und einige Kräfte des nicaraguanischen Widerstandes mit wichtigen Regierungspositionen bedenken."

Von der mittelamerikanischen Krise zum nationalen Problem

Die Zeit zwischen der Wahl und der Machtübergabe in Nicaragua war für viele AktivistInnen der FSLN und MitarbeiterInnen verschiedenster Behörden sehr arbeitsintensiv. Jahrelange Versäumnisse bei der Legalisierung der nachrevolutionären Verhältnisse mußten in zwei Monaten nachgeholt werden, Eigentumstitel für Nutz- und Wohnland mußten geschrieben werden, gesetzliche Grundlagen erarbeitet, diskutiert und abgestimmt werden. Gleichzeitig verwandelte sich Managua in ein einziges großes Baugrundstück. Sämtliche leerstehenden Flächen wurden in rasender Geschwindigkeit von hunderten von Familien mit Karton- oder Holzhäusern bebaut. Jede wollte noch die letzte Chance nutzen, Tatsachen zu schaffen. Alle möglichen Berufszweige bzw. Fabriken streikten für höhere Löhne, die in der Regel dann auch bewilligt wurden, und es deutete alles darauf hin, daß auf diese Art und Weise bereits das Regieren von Unten nach Übergabe der Macht vorbereitet werden sollte.

Es mußte nur noch das Problem mit der Contra gelöst werden. Bereits zwei Tage nach der Wahlniederlage verkündete Daniel Ortega für die FSLN, daß die Macht nur übergeben würde, wenn die Contra sich bis zur Machtübergabe entwaffnet und aufgelöst habe. Diese Aussage war für viele Nicaraguaner eine wichtige Orientierung, die jedoch durch immer wieder auftretende Schwankungen der FSLN-Führung zu bröckeln anfing. Während die FSLN mehr und mehr auch in dieser Frage in die Defensive ging oder gedrängt wurde, gewann die Contra, eine eigentlich schon totgesagte Kraft, wieder enormes Oberwasser.

Unmittelbar nach der Wahlniederlage der FSLN drangen tausende von bewaffneten

Contra-Kämpfern nach Nicaragua ein. Damit schufen sie entscheidende Fakten. Möglich war dies vor allem, weil die FSLN nach wie vor einseitig den Waffenstillstand einhielt. In den Contra-Lagern in Honduras verblieben die Kriegsverletzten und Familienangehörigen, über deren Demobilisierung und Entwaffnung dann tatsächlich auch noch ernsthaft verhandelt wurde. Das Einsickern nach Nicaragua und ihre Reorganisation innerhalb Nicaraguas war auch gleichzeitig der Einstieg in die Nationalisierung des Konflikts. Für die Contra gibt es keinen Grund bzw. äußeren Druck, jetzt, so kurz vor ihrem Endziel, sich selbst zu entwaffnen bzw. aufzulösen. Das Ziel der US-Strategie ist, die Sandinisten vollkommen von der Bildfläche zu vertreiben und die US-Söldner zur Nationalen Sicherheitspolizei - so nennen sie es nach dem Vorbild von Costa Rica - zu machen.

Von einer der vielen Verhandlungsrunden in Honduras über eventuelle Auflösungsmodalitäten kommt Obando y Bravo, hauptberuflich katholischer Kirchenfürst, seit Jahren allerdings mehr und mehr Sprecher der Contra, mit der Erkenntnis nach Managua zurück, daß diese Contras patriotische Kämpfer seien, deren Einsatz für das Vaterland auch entsprechend gewürdigt werden müsse.

Tatsache ist, daß die US-Counter-Strategen die Contra politisch durchgesetzt haben. Sie hat als militärische Kraft die sandinistische Regierungszeit überlebt und damit das letzte Druckmittel zu ihrer Auflösung, nämlich die Nichtübergabe der Macht durch die Sandinisten, entkräftet. Doch nicht nur das. Sie haben es auch geschafft, daß im Vorfeld der Machtübergabe innerhalb Nicaraguas fünf Sicherheitszonen geschaffen wurden, aus denen sich das Sandinistische Heer zurückziehen mußte und wo gleichzeitig die Entwaffnung der Bauern begonnen wurde. Dies alles als Voraussetzung für ihre Entwaffnung.

Die Überwachungskommissionen von ONUCA und Obando y Bravo waren so auch sehr darauf bedacht, daß von Seiten der Sandinisten und von Seiten der Bauern diese Punkte erfüllt wurden. Die Contra konnte und kann nach Herzenslust schalten und walten, was konkret bedeutet: herrschen und überfallen. Ganze Landstriche sind dadurch zu Territorien der Contra geworden, die recht schnell großkotzig verkündete, daß sie an Entwaffnung nicht denke, vor allem, solange es noch ein EPS (Sandinistisches Volksheer) mit Humberto Ortega an der Spitze gebe. Auch sei ihr Vertrauen zur neuen Regierung nicht gerade das größte.

Ob nun das jüngste Abkommen, unterschrieben von Contra-Chef Franklin (mit bürgerlichem Namen Israel Galeano) und Präsidentin Chamorro höchstpersönlich, zu einer Entwaffnung bzw. Auflösung dieser Bande führen wird, ist zu bezweifeln. Weitere medienwirksame Show-Übergaben von alten ausgesonderten Waffen werden lediglich die politische Bedeutung der Contra verstärken.

Die Probleme der US—Büttel

Die US-Regierung, die bis zum Schluß an der Contra als militärischem Druckmittel zur Niedermachung der Sandinisten festgehalten hat, hat es geschafft, sich als aggressive imperialistische Kraft aus dem internationalen Schußfeld herauszumanövrieren. Sollte es nun noch zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Contra und den Sandinisten kommen, dann werden es nationale Auseinandersetzungen sein. D.h., wenn es wieder zu Kriegshandlungen kommt, dann wird dies einzig als nationaler Bürgerkrieg gehandelt werden, dessen Ursachen immer schwerer durchschaubar sein werden. Von daher wird auch im Ausland das Interesse an den Entwicklungen in diesem sich dann selbst zerfleischenden Land nachlassen. Viele Nicaraguaner nennen dies heute schon die "Libanisierung" des Konflikts.

Der Blick in die nahe Zukunft läßt wenig Raum für optimistische Sichtweisen. Um überhaupt mit ihrem Regierungsprogramm des wirtschaftlichen Aufbaus anfangen zu können, muß die Chamorro-Clique erstmal dafür sorgen, daß eine Basis für Investitionsbereitschaft vorhanden ist, sprich, die Contra als Ursache innerer Unsicherheit muß weg. Es zeigt sich, daß es keine friedliche Koexistenz zwischen dem Sandinistischen Heer und den US-Söldnern geben kann. Noch kann sich die von den USA auserkorene Präsidentin nicht offen gegen das Sandinistische Heer stellen. Dazu sitzt sie nicht fest genug im Sattel. Auch wenn sie das Sandinistische Heer augenblicklich als verfassungsmäßiges Organ respektiert, so fordert sie doch klar die Volksentwaffung, d.h., sie liefert in der derzeitigen Situation vor allem die Kooperativen der Willkür der Contra aus. Sollte die nach wie vor mit US-Waffen bestens ausgerüstete Contra sich auch gegen ihre Politik wenden, liegt es im Bereich des Möglichen, daß sie das Sandinistische Heer beauftragt, die Contra zu entwaffnen, um damit den inneren Frieden zu sichern. Nach dieser Möglichkeit befragt, antworten viele sandinistische Aktivisten frustriert, was es denn noch für einen Sinn mache dafür zu kämpfen, daß die Rechten, gesichert durch ein Sandinistisches Heer, letztlich gegen die Sandinisten agieren können. Und Joaquin Cuadra, Major des EPS, meinte dazu wenig optimistisch: "Wir hoffen, daß das nicht passiert."

Die Auseinandersetzung zwischen der Las—Palmas—Gruppe und dem Godoy-Flügel

Die Siegesparole der Nationalen Oppositions-Union war bis zum 25.2. noch das doppelte V, Violeta und Virgilio, das auch für Victoria stand. Diese Einheit fing jedoch sehr schnell nach dem Wahlsieg an, in sich zusammenzubrechen. Da gibt es einmal die sog. "Violetistas" oder Las-Palmas-Gruppe.[1] Gemeint ist damit die unmittelbar machthabende Gruppe um Violeta Chamorro, deren engster Kreis sich zusammensetzt aus Antonio Lacayo, einem dynamischen Jungunternehmer, der heute den Posten des sehr einflußreichen Ministers des Präsidialamts (vergleichbar dem bundesdeutschen Kanzleramtsminister) innehat sowie Alfredo Cesar, ehemaliges Direktoriumsmitglied der Contra, der, CIA-geschult, als bester Verbindungsmann zu den US-Strategen fungiert und ein politisches Mandat als 1. Sekretär der Nationalversammlung innehat. Carlos Hurtado, sein bester Freund und Kampfgefährte bei den Contras und seit langem eng befreundet mit der Chamorro, ist der Nachfolger von Tomas Borge im Innenministerium, das jetzt Regierungsministerium heißt. Von dieser kleinen Mannschaft wurde denn auch das, was es bisher an Regierungsprogramm gibt, ausgearbeitet, ohne Rücksprache mit dem politischen Direktorium der U.N.O.-Parteien. Von dieser Las-Palmas-Gruppe wurde auch das Kabinett der Chamorro-Regierung aufgestellt. Die politischen Führungskräfte der einzelnen Parteien der U.N.O. wurden dabei nicht berücksichtigt. Dieser Chamorro-Gruppe steht die Truppe um den Vizepräsidenten und Schützling der Friedrich-Naumann-Stiftung, Virgilio Godoy, entgegen. Dieser Flügel setzt sich zum Großteil aus Mitgliedern des Politischen Rats der U.N.O. zusammen. Deren Meinung nach hat die Las-Palmas-Gruppe einen Staatsstreich innerhalb der U.N.O. gemacht, indem sie die Macht an sich riß und den politischen Rat zu Handlangern degradierte. Der Godoy-Flügel mobilisierte seine Kräfte für die Wahl der Präsidentschaft der Nationalversammlung und stellte eine Liste mit 6 KandidatInnen dafür auf. Vize-Präsident Godoy's enge Verbündete, Miriam Argüello, an der Spitze der Liste sollte diese ultra-rechte Gegenkraft zum Präsidentschaftsflügel anführen. Zwar wurde die konservative Miriam Argüello zur Präsidentin der Nationalversammlung mit den Stimmen der U.N.O. gewählt, der Gesamtliste aber verweigerten viele U.N.O.-Mitglieder ihre Stimme. Mit dem Scheitern dieser Liste bei der Wahl des Präsidiums der Nationalversammlung scheiterte auch die U.N.O. als Bündnis. Dieser Bruch erfolgte durch ein taktisches Bündnis der FSLN mit der Las-Palmas-Gruppe innerhalb der Nationalversammlung.

Die neue US-Statthalterin verfügt damit schon ab dem ersten Tag ihrer Regierung nicht mehr über die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Ihr Vizepräsident Godoy sprach denn auch davon, daß die U.N.O. weiterhin eine Oppositions-Allianz bleibe, da ihre Interessen in der jetzigen Regierung nicht vertreten würden. Ausgebootet fühlen sich ebenfalls der rechte Unternehmerverband COSEP und die Mitgliedsorganisationen der Coordinadora Democratica, die jahrelang als "frente interno" (innere Front), unterstützt aus den USA und der BRD den Kampf gegen die Sandinisten aufs schärfste betrieben hatten.



Demobilisierung der Contra - ein schöner Traum

Vize Godoy, der sich mehr und mehr als ultrarechte Führungskraft offenbart, erhielt von Chamorro nicht mal ein Büro im Regierungsgebäude. Er hat auch keinen Ministerposten erhalten, angeblich, weil Chamorro noch abwarten will, was aus den gegen ihn erhobenen Vorwürfen wird, Gelder der Friedrich-Naumann-Stiftung unterschlagen zu haben.

Die Genschman Connection — Korruption und Parteienfinanzierung

Die Korruptionsaffäre um Godoy schien zunächst nur ein parteiinterner Streit der Unabhängigen Liberalen Partei, PLI, zu sein. Nach und nach wurden jedoch immer mehr Fakten über das Finanzgebaren von Godoy bekannt. Mit den von der Friedrich-Naumann-Stiftung erhaltenen Geldern und Sachwerten in Millionenhöhe gelang es Godoy, weite Teile der PLI durch Teilnahme an der Korruption an sich zu binden und der unangefochtene Führer der PLI zu bleiben. Die Friedrich-Naumann-Stiftung geht mehr und mehr auf Distanz zu ihrem Günstling, da bekannt wurde, daß sie illegal Gelder des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit an Godoy geleitet hat. Die Friedrich-Naumann-Stiftung ist sicherlich nur ein Beispiel für die Untergrund-Arbeit bundesdeutscher und US-amerikanischer Stiftungen. Aber es lohnt sich schon, um ihre Geheimdienstarbeit zu verdeutlichen, ein wenig näher darauf einzugehen.

Das Berliner *Radio 100* sprach mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Ausland der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS).

Auf die Feststellung, daß nach Godoys eigenen Aussagen ihr angeblicher Kooperationspartner das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut CEIS nie existiert habe, antwortete er:

Also, ich würde nicht so weit gehen, Interpretationen solcher Aussagen zu wagen. Da müssen Sie schon die Betreffenden selber fragen. Wir haben natürlich unsere Einschätzung dazu. Unsere Einschätzung besagt, daß offenbar, was die Registrierung von CEIS angeht, zumindest Zweifel bestehen, ob alle rechtlichen Erfordernisse beachtet worden sind, und daß offenbar die Informationen, die wir bekommen haben, auch nicht immer ganz zutreffend oder zureichend waren. Also insofern gibt es in

manchen Punkten einen Dissens. Worüber es keinen Zweifel gibt, ist, daß wir die Partei nicht gefördert haben, ich habe selber mehrfach längere Gespräche mit Herrn Godoy in Managua geführt, und da habe ich nicht den geringsten Zweifel.
Es war mehr der Hintergrund, Sie müssen sehen, als er damals als Arbeitsminister aus dem Kabinett ausstieg, das war ja '84, hatte er die Sorge, daß er damit selbstverständlich in die Schußlinie der FSLN geraten könnte, was ja dann auch geschehen ist. Und, insofern wurde er dann extrem vorsichtig und hat auch die - ... es gab ja eine Vorläuferorganisation von CEIS

Frage:
SERENA?

FNS:
SERENA, genau. Da begann eigentlich schon das Problem, daß er bei SERENA auch nur drei oder vier Mitarbeiter ins Vertrauen zog, was also die Herkunft der Mittel und die Verwendung der Mittel anbelangte, weil er die Befürchtung hatte, daß das sonst einerseits als Munition für die Sandinisten dienen könnte, andererseits - wie es ja auch später geschehen ist, und so muß man das wohl sehen - von innerparteilichen Rivalen gegen ihn verwendet werden könnte.
(Das Vorhalten eines konkreten Beispiels von Parteienfinanzierung bereitete dem Herrn dann doch arge Kopfschmerzen.)
Das mag ja alles sein, das können wir nur sehr bedauerlich finden, denn da wir genau wissen, und das ist ja auch die Geschäftsgrundlage mit dem BMZ, daß wir Parteien nicht fördern können und auch gar nicht wollen, nur aus diesem Grunde haben wir ja überhaupt die sogenannten Vorfeldorganisationen, wie CEIS oder SERENA, geschaffen, damit eben solche Dinge nicht stattfinden.

Frage:
Sie haben die geschaffen?

FNS:
Es wäre absolut absurd, jetzt anzunehmen, obwohl es CEIS oder SERENA gegeben hat, daß wir dann gleichwohl Mittel direkt an die Partei PLI fließen lassen.

Frage:
Ja, aber dann frage ich mich doch, wenn Sie Sachmittel schicken, warum Sie dort nicht als Spendenannehmer das CEIS benennen, warum Sie dort Dr. Virgilio Godoy benennen.

FNS:
Ich sagte Ihnen ja, das Problem hat mit dem Konto sicherlich zu tun.

Frage:
Ja, es geht aber gar nicht um Konto, es geht um Sachspenden.

FNS:
Also, ich kann zu den Einzelheiten dieser Sendung nichts sagen, weil ich das nicht adressiert habe, und ich müßte da jetzt nachforschen. Ich kann Ihnen nur die große Linie sagen, daß das Problem, aus meiner Sicht, hier konstruiert ist. Denn, wie gesagt, wir haben aus der Erwägung heraus, daß wir eine Partei nicht fördern können und wollen, immer mit Vorfeldorganisationen in gleich welchem Land zusammengearbeitet."

Frage:
... Also, da sind sehr viele Merkwürdigkeiten gelaufen und scheinbar haben Sie die überhaupt nicht kontrolliert?

FNS:
Wir haben die schon gesehen, und haben deswegen auch die Förderung extrem und drastisch runtergefahren, und haben Forderungen gestellt an die Partnerseite, die Dinger aufzuklären.

Frage:
Und sind die jetzt aufgeklärt?

FNS:
Der Prozeß läuft noch. Wir haben also einen ganzen Katalog von Fragen drüben präsentiert. Wir hatten kürzlich ein Zweier-Team drüben, und es haben intensive Gespräche stattgefunden. Wir haben auch ganz klargemacht, bevor das nicht geklärt ist, kann auch überhaupt nicht daran gedacht werden an eine Weiterförderung.

Jetzt mischt auch die DDR—Rechte mit

Eine der Besonderheiten des historischen Ereignisses der Machtübernahme des Chamorro-Clans war, daß sich unter den ausländischen Delegationen auch die in der Bundeswehrmaschine angereiste deutsch-deutsche Kombination von CSU-Warnke und DSU-Ebeling befand. Während Warnke sich damit hervortut, daß die BRD ja seit Anfang der 80er aktiv an diesem Friedensprozeß beteiligt gewesen sei und ermutigt durch die Ereignisse von daher jetzt die Verpflichtung zur unkonventionellen Hilfe verspüre, setzte sich Ebeling vehement für die Entideologisierung der Namen ein. Womit er das Karl-Marx-Krankenhaus und das Ernst-Thälmann Ausbildungszentrum meinte. Während die Rechte weltweit triumphalistisch ihren Sieg feiert, sind revolutionäre Bewegungen mehr und mehr gezwungen, sich mit Perspektivfragen, mit Kräfteverhältnissen und Strategien auseinanderzusetzen.
Offensichtlich ist, daß sich die FSLN über ihre zukünftige Kampflinie noch keine einheitliche Position erarbeitet hat. Daß jedoch eine tiefgreifende Analyse der Situation nottut wurde nicht nur von T. Borge bei seiner Abschiedsrede betont. Schon Ende März äußerte sich erstmals Victor Tirado als einer der neun Kommandanten zu der anstehenden Diskussion:
"Wenn wir von der Zukunft sprechen, müssen wir die Erfahrungen der Vergangenheit berücksichtigen. Was ist zum Beispiel die Lehre aus der Wahlniederlage des Sandinismus? Das Volk möchte Frieden, und wir können nicht weiter auf kriegerische Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Widersprüche setzen....
Der Antiimperialismus ist der Kern des Sandinismus. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erfordern die Wahlen vom 25. Februar von uns eine gründliche Analyse der antiimperialistischen Revolution, nicht nur in Nicaragua, sondern auch in anderen Ländern, die diesen Weg eingeschlagen haben. Man muß die antiimperialistischen Revolutionen vor dem Hintergrund der Großoffensive der US-Regierung betrachten, mit der sie die revolutionäre Entwicklung aufhalten will. Als Großmacht, die über vielfältige Mittel verfügt, kann sie sich gegenwärtig durchsetzen.

> ***"Mehr als je zuvor müssen wir gegen die Tendenz kämpfen, zu vergessen, daß wir geboren wurden, um dem Volk zu dienen. Mehr als je zuvor müssen wir das Bewußtsein schärfen, um gegen die Vergiftung, die Erpressung und den Ausverkauf der Werte gefeit zu sein."***
> ***Tomas Borge***

Wegen der Krise im sozialistischen Lager verfügen wir außerdem über keine Verbündeten mehr, mit denen wir unseren Weg fortsetzen könnten. Deshalb müssen wir unseren Kurs überprüfen. Ich glaube, der Zyklus antiimperialistischer Revolutionen als totale militärische und ökonomische Konfrontation mit dem Imperialismus geht zu Ende. Andere Möglichkeiten müssen gesucht werden. Unterentwickelte Länder wie Äthiopien, Mozambique, Angola, Afghanistan und auch wir können nicht ständig im Krieg leben. Es muß eine Diskussion einsetzen, die neue Ideen in die revolutionäre Entwicklung bringt. Das heißt, zu einer Friedenspolitik zu kommen, die schließlich die Koexistenz der Revolution mit den USA ermöglicht."
Die hier von Victor Tirado aufgezeigte Schlußfolgerung der Möglichkeiten einer Revolution entspricht haargenau dem, was sozialdemokratische Linie gegenüber revolutionären Bewegungen seit Jahren ist und im November '84 von SPD-MdB Günter Herterich folgendermaßen zusammengefaßt wurde:
"In unserem Interesse würde das liegen, was wir in Portugal gemacht haben, nämlich die Revolution zu beeinflussen. Was wir machen müßten, wäre, auf diese Revolution Einfluß zu nehmen, und dafür zu sorgen, daß sie einen Weg nimmt, der auf der einen Seite den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung nach sozialer Besserstellung gerecht und auf der anderen Seite auf Dauer ein freiheitliches System etabliert wird, mit dem wir und insbesondere die Vereinigten Staaten leben können."[2]
Dazu fällt uns nur noch ein:
"Wer hat uns verraten..."

AutorInnenkollektiv CoCo-Piranhas

Anmerkungen:
[1] Nach dem Stadtviertel, in dem die Präsidentin wohnt.
[2] Zitiert nach: Krisenherd Mittelamerika. Gesellschaft für Auslandskunde 1985

Wer ist Buthelezi?
Ideologie und Anhängerschaft der Inkatha-Organisation

Die Legalisierung des ANC und die Freilassung Mandelas haben bislang nicht zur Beruhigung der Lage in den townships geführt; insbesondere in Natal sind die Kämpfe zwischen den Anhängern Mangosuthu Gatsha Buthelezis und seinen Gegnern noch weiter eskaliert. Im März 1990 wurden dabei in den townships bei Pietermaritzburg mehr Menschen als je zuvor innerhalb eines Monats getötet. Buthelezi kämpft derzeit um seine Vormachtstellung in Natal und um seine politische Zukunft. Diese steht und fällt aber mit der Rolle ,die er in den geplanten Verhandlungen zwischen der Regierung in Pretoria und den Widerstandsorganisationen spielen wird.



Buhelezi auf der Jahreskonferenz Inkathas 1987

Zu Beginn der 80er Jahre galt Buthelezi noch als der entscheidende Verhandlungsgegner der herrschenden NP. Seine Sonderstellung in der südafrikanischen Politik verdankte er der Tatsache, daß er als einziger schwarzer Politiker eine gemäßigte Haltung gegenüber Pretoria einnahm und trotzdem seit den 70er Jahren über eine bedeutende und anscheinend sogar wachsende schwarze Anhängerschaft verfügte. Beides hängt mit seiner Stellung als Premierminister KwaZulus zusammen.

Buthelezis Entwicklung zum Verfechter einer Verhandlungslösung

Buthelezis Aufstieg war seit den 50er Jahren verbunden mit der Herausbildung einer politischen Klasse in KwaZulu, deren dominierende Gruppe die Chiefs und deren Machtgrundlage die Regierungsorgane des Homelands und dessen Budget waren. Mit Hilfe der 1975 gegründeten Inkathaorganisation gelang es ihm, auch die Geschäftselite der townships Natals auf seine Seite zu ziehen.[1] Die politische Klasse KwaZulus und die Händler der townships stellten schließlich einträchtig den größten Teil der Führung Inkathas und der staatseigenen Entwicklungsgesellschaft KwaZulus und gründeten 1979 einen Inkatha-eigenen Konzern, der mit weißen Konzernen zusammenzuarbeiten begann.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum überraschend, daß Buthelezi stets den Kompromiß gesucht hat. Er hat einerseits die Apartheid verurteilt und die Unabhängigkeit nach dem Muster der Transkei für KwaZulu abgelehnt. Dabei spielte auch eine Rolle, daß KwaZulu das am stärksten zersplitterte und in die Wirtschaft der umliegenden Gebiete am weitesten integrierte Homeland ist. Andererseits ist Buthelezi immer gegen Wirtschaftssanktionen und für das freie Unternehmertum eingetreten. Er hat den bewaffneten Kampf abgelehnt (auch wenn er zeitweise Verständnis dafür äußerte, um der NP zu drohen) und hat für eine Verhandlungslösung und für Kompromisse mit Pretoria plädiert; wegen seiner Position als Führer eines völlig von Pretoria abhängigen Homelands mußte er einen wirklich ernsten Konflikt mit dem Regime vermeiden.

Diese Haltung machte Buthelezi zu dem Partner der südafrikanischen Liberalen und des aufgeklärten Teils der weißen Geschäftswelt, wo sich nach dem Sowetoaufstand (1976) immer mehr die Einsicht verbreitete, daß die politische Ordnung Südafrikas unter den Schwarzen legitimiert

und diese deshalb politische Rechte erhalten mußten. Buthelezi suchte bewußt das Bündnis mit diesen Kreisen. So entstand eine Reformallianz aus Inkatha, der liberalen Progressive Federal Party und Reformbefürwortern aus dem Big Business, das in Natal besonders einflußreich war und ein konkordanzdemokratisches Lösungsmodell vertrat.[2]

Sein Grundgedanke ist, daß in Südafrika die Gegensätze zwischen den Gruppen — Weißen, Farbigen, Indern und Afrikanern — mit (partei)politischen Gegensätzen im wesentlichen zusammenfallen und deshalb aus Wahlen immer dieselbe Partei, die der größten Gruppe, als Sieger hervorgehen würde. Daher sollte zwar die zwangsweise Einteilung der Bevölkerung in Rassengruppen beseitigt und das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden, zugleich aber festgelegt werden, daß alle Parteien ab einer bestimmten Größe ein Minderheitenveto erhalten und in der Exekutive vertreten sein sollten. Die NP lehnte das bis vor kurzem strikt ab, weil es dem Grundsatz der Bindung politischer Rechte an Rassengruppen widerspricht. Das Konzept sollte daher nicht als Abwandlung der Apartheid, sondern als Modell zu ihrer Überwindung angesehen werden. Es ist allerdings ein sehr suspektes Übergangsmodell, denn es würde verhindern, daß eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende schwarze Regierung ohne Zustimmung der Weißen eine wirtschaftliche Umverteilung durchführen oder das freie Unternehmertum angreifen könnte.

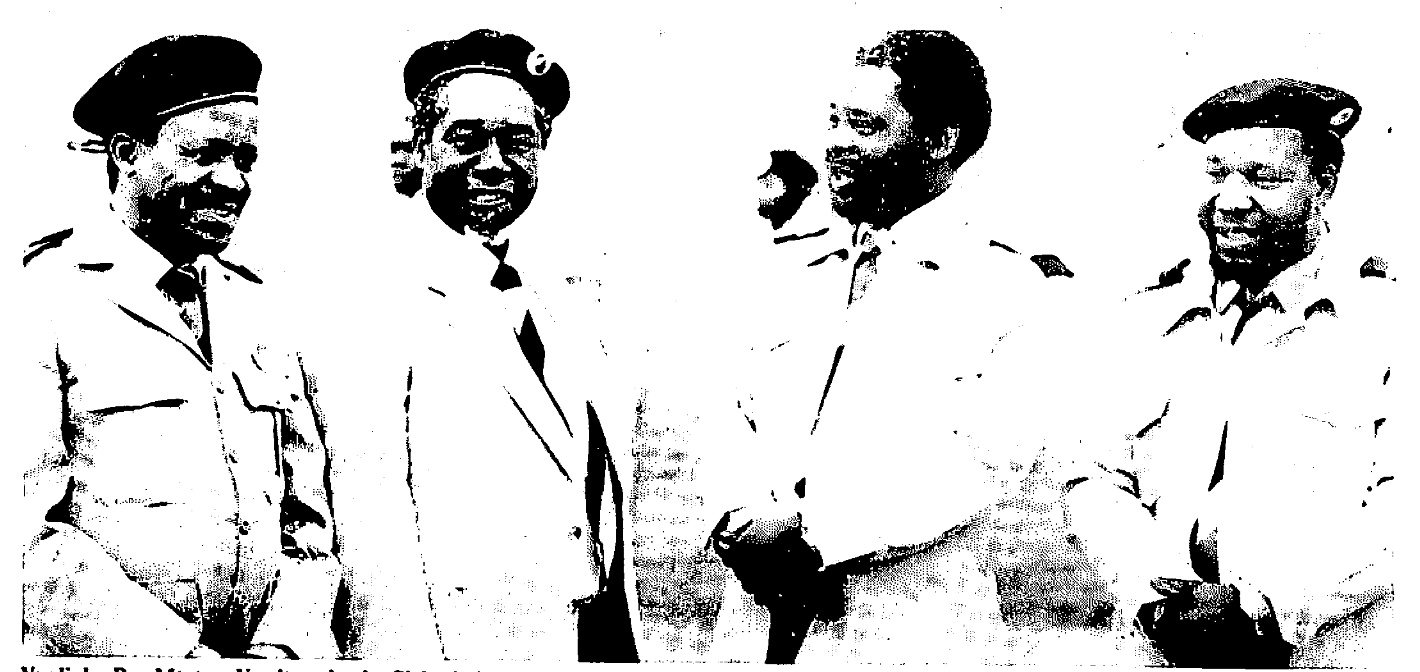
Dieses Konzept vertritt Buthelezi bis heute. Die Buthelezikommission, an der hauptsächlich Akademiker und Vertreter der in der Reformallianz verbundenen Interessengruppen teilnahmen, empfahl 1982, eine Konkordanzdemokratie zunächst in Natal auszuprobieren, wo die Bedingungen besonders günstig seien. Die NP lehnte dies damals entschieden ab. Um den Plan trotzdem durchzusetzen, setzte Buthelezi auf den Einfluß des Big Business und versuchte vergeblich, auch den ANC zur Teilnahme an der Buthelezikommission zu bewegen. Sein wichtigster Trumpf, um das Regime unter Druck zu setzen, war aber sein Einfluß unter den Afrikanern.

Die Zusammensetzung von Buthelezis Gefolgschaft

Buthelezi konnte als einziger Homelandführer mit Inkatha eine Massenorganisation aufbauen, die eine seltsame Mischung aus Staatspartei KwaZulus und populistischer sozialer Bewegung darstellt. Ihre offizielle Mitgliederzahl von heute 1,7 Mio. (1980: ca. 0,3 Mio., 1985: ca. 1,5 Mio.) ist zwar mit Sicherheit übertrieben, aber die Organisation hat unbestreitbar eine bedeutende Gefolgschaft, die allerdings auf die Ethnie der Zulu und die Provinz Natal konzentriert ist. Zu erklären ist das einmal damit, daß die Chiefs in KwaZulu und die Stadträte der townships Natals sich mit Hilfe von Patronage eine Klientel aufbauen und Druck ausüben konnten. In KwaZulu sind die Staatsbediensteten praktisch zur Mitgliedschaft verpflichtet, und in den Schulen wird die Ideologie der Organisation propagiert. Andererseits gewann Inkatha Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre dadurch eine beträchtliche Attraktivität, daß Buthelezi sie als Erbe der Ideale des ANC von vor 1960 darstellen konnte und zugleich an den Nationalstolz der Zulu appelierte. Er stellte sich nicht nur als Befreiungskämfer, ehemaliges ANC-mitglied und Freund Mandelas dar, sondern vor Inkathaversammlungen in Natal auch als Erbe der Zulukönige und ihres Widerstands gegen die weiße Eroberung, so daß seine Führerschaft einen fast religiösen Glanz erhielt. Unter anderem wegen der sozialen Erschütterungen durch die rasante Verstädterung fiel dieser Appell an „alte Werte", die Buthelezi geschickt manipulierte, auf fruchtbaren Boden. Dazu trug bei, daß fast alle Afrikaner Natals Zulu sind und verwandtschaftliche Bindungen an das Homeland haben. Außerdem haben sich bis 1985 die Gewerkschaften Natals auf die Arbeit in den Betrieben konzentriert, so daß zwischen ihnen und Inkatha eine Art Koexistenz bestand; viele Arbeiter waren Mitglied in beiden Organisationen.[3] Buthelezis Einfluß auf die Afrikaner außerhalb Natals, wo er nicht über Patronagestrukturen verfügte, beruhte vor allem auf seiner Popularität. Diese befand sich nach dem Verbot des Black Consciousness (1977) und vor Buthelezis Bruch mit dem ANC (1980) auf ihrem Höhepunkt.

Das Anwachsen und die Radikalisierung des Widerstands in den 80er Jahren hatte für Buthelezis Stellung daher zwei entscheidende Folgen. Erstens suchten immer größere Kreise der weißen Oligarchie immer intensiver nach Möglichkeiten zur Legitimierung des politischen Systems. 1984 akzeptierte die in Natal regierende, inzwischen aufgelöste New Republic Party die Empfehlungen des Buthelezi-Reports; 1985 hörte man erste vorsichtig positive Stimmen dazu aus der NP. 1986 arbeitete die Natal indaba, eine Versammlung der Eliten der Provinz, eine detaillierte konkordanzdemokratische Verfassung aus, und Pretoria akzeptierte eine gemeinsame Exekutive für KwaZulu und Natal, die Ende 1987 ihre Arbeit begann. Eine gemeinsame Legislative und damit ein allgemeines Wahlrecht für Natal lehnte das Regime aber weiter ab. Trotzdem, die Chancen für eine Verwirklichung von Buthelezis Verfassungsmodell stiegen.

Zweitens wurde aber gleichzeitig Buthelezis Einfluß unter den Afrikanern von den Widerstandsgruppen zunehmend unter-



Von links: Rev. Mtetwa, Vorsitzender des Sicherheitskomitees der Inkatha, Dr. Mdlalose, Vorsitzender des Nationalrats der Inkatha, Dr.Dhlomo, Generalsekretär, Chief Gumede.



Buthelezi (rechts) und König Godwill (links) während der Feiern zum Nationalfeiertag „Shaka Day", Sept. 1989

graben und damit einer konkordanzdemokratischen Lösung mit ihm als Vertreter der Afrikaner die wichtigste Voraussetzung entzogen. Sein Einflußverlust verlief dabei auf nationaler und regionaler Ebene unterschiedlich. National begann er im Grunde schon 1980, als der ANC, dessen Popularität wuchs, erstmals klar gegen Buthelezi und für das Black Consciousness Stellung nahm. Als die United Democratic Front (UDF) kurz nach ihrer Gründung 1983 in Konflikt mit Buthelezi geriet und ihm erfolgreich die Meinungsführerschaft in der Kampagne gegen die neue Verfassung streitig machte, war klar, daß dieser nur noch in Natal die Vorherrschaft unter den Afrikanern besaß.[4]

Der Bürgerkrieg in Natal

In Natal war Buthelezis Einflußverlust mit der Geschichte des Bürgerkriegs verflochten. Er begann 1983/84, als die Bevölkerung zweier townships bei Durban eine der UDF angeschlossene Organisation bildete, um sich gegen die Eingliederung nach KwaZulu zu wehren. Die Organisation wurde von Inkatha mit Billigung der Polizei terrorisiert und bis 1985 gewaltsam zerschlagen. In anderen townships Natals blieb die UDF jedoch schwach organisiert; hier wurden die Gewerkschaften nach ihrer Politisierung zum Hauptgegner Inkathas. Im Juli/August 1985 kam es wegen einer Massenentlassung Streikender in Pietermaritzburg zu ersten gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften und Bürgerorganisationen, darunter ein trotz Inkathas Widerstand erfolgreicher Konsumboykott. Die Gründung des neuen Gewerkschaftsverbandes COSATU Ende 1985, der die Teilnahme an der indaba ablehnte und unter dem Ausnahmezustand landesweit eine führende Rolle im Widerstand übernahm, beantwortete Inkatha mit der Bildung einer eigenen Gewerkschaft namens UWUSA. Die offene Aufkündigung der Koexistenz mit den Gewerkschaften erwies sich aber als Bumerang. Obwohl UWUSA wegen ihrer prokapitalistischen Haltung in den Betrieben begünstigt wurde, brachte sie es nie auf eine größere Mitgliedschaft. Dafür standen die Arbeiter jetzt vor der Wahl zwischen Inkatha und COSATU und entschieden sich mehrheitlich für den besseren Vertreter ihrer materiellen Interessen, für COSATU. Dessen Aufrufe zu stayaways wurden trotz der Ablehnung durch Inkatha auch in Natal befolgt — so im Mai 1986 und 1987, im Juni 1988 und im September 1989.
Der Konflikt mit COSATU eröffnete den Bürgerkrieg in Natal[5]. Er ist zweifellos von den elenden Lebensbedingungen der Afrikaner, von wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation und durch die Fehden rivalisierender Gangs mitverursacht. Wesentlich sind aber die politischen Ursachen, nämlich die Überlagerung der Rivalität zwischen Inkatha sowie COSATU und der UDF mit lokalen Konflikten. Etablierte Eliten wie Stadträte, Händler und Chiefs sahen ihre Stellung durch Bürger- und Gewerkschaftskommittees bedroht, die meist COSATU oder der UDF angehörten, und begannen, diese mit Hilfe bewaffneter Banden (impis) zu terrorisieren, die sie aus ihrer Klientel rekrutierten. Ähnliches gab es auch in anderen Landeszteilen. Da aber in Natal diese Eliten oft einflußreiche Inkathamitglieder waren, benutzten sie Inkatha und innerhalb des Homelands die Polizei KwaZulus gegen ihre Gegner. Das Regime schürte diese Kämpfe und begünstigte Inkatha massiv. Als im Mai 1987 Inkathaführer, sogenannte warlords, in Hochburgen der UDF bei Pietermaritzburg gewaltsam Mitglieder rekrutieren wollten, organisierten sich die betroffenen townships und schlugen zurück. Seitdem bekämpfen sich Gebiete, die verfeindeten Gruppen angehören.
Alle Versuche, durch ein Abkommen zwischen Inkatha, der UDF und COSATU die Gewalt zu beenden, sind entweder an Inter-

ventionen Pretorias gescheitert oder aber an dubiosen Manövern Buthelezis und daran, daß sich Inkatha nicht an getroffene Vereinbarungen hielt. Das führte Ende 1987 sogar zum Streit Buthelezis mit der weißen Handelskammer in Pietermaritzburg. Buthelezi hat offenbar versucht,die Vorherrschaft über die Provinz mit Hilfe der warlords gewaltsam zurückzugewinnen. Trotz kurzzeitiger Gewinne ist das aber gescheitert. Je mehr der Krieg eine Eigendynamik entwickelte, desto klarer wurde, daß Buthelezi ihn nicht kontrollieren kann und/oder es nicht will.

Inzwischen hatten sich weitere Einbrüche in seiner Machtbasis abgezeichnet. Teile des Big Business suchten ab 1985 Kontakte zum ANC, dessen Popularität ständig wuchs. Der Krieg in Natal konnte sie nur in der Einschätzung bestätigen, daß für die Wiederherstellung politischer Stabilität eine Einigung mit dem ANC wichtiger war als mit Buthelezi, denn dieser war nicht mehr in der Lage, Proteste der Schwarzen zu kontrollieren. 1986 nahm die nationale afrikanische Handelskammer Kontakt zum ANC auf, und das führte nach heftigen Attacken Buthelezis zur Spaltung der Kammer in Natal, wo sich vor allem städtische Händler von dem Premier KwaZulus abwandten. 1989 liefen sogar einige Zuluchiefs und ein Mitglied der Königsfamilie zu dem 1987 gegründeten, der UDF angeschlossenen Council of Traditional Leaders of South Africa über. Die Erklärung für dieses Verhalten ist einfach: Zwar entsprach Buthelezis Programm eher den Interessen der afrikanischen Eliten als das des ANC, aber da Inkatha ihnen nicht mehr wirksam gegen den Druck lokaler Widerstandsgruppen beistehen konnte und sein Konzept nicht mehr durchsetzbar schien, war es lohnender, auf die Seite des Stärkeren überzugehen. Der ANC warb im übrigen geschickt um die Unterstützung gerade dieser Gruppen. Daß sich innerhalb des Kongresses nach 1986 die Kräfte durchsetzten, die unter bestimmten Vorbedingungen für Verhandlungen eintreten, machte diesen endgültig zur entscheidenden Kraft für eine Verhandlungslösung und zwang auch die NP, anzuerkennen, daß eine Lösung ohne den ANC nicht mehr möglich ist.

Auf dem Weg zum Savimbi Südafrikas?

Eine erste nun denkbare Option für Buthelezi ist unter diesen Umständen, weiter eine regionale Lösung unter seiner Führung zu suchen. Angesichts des Bürgerkriegs in Natal und der Auflösungserscheinungen selbst im Kern seiner Anhängerschaft dürfte das aussichtslos sein und nur das Töten sinnlos verlängern. Eine zweite Möglichkeit ist, im Bündnis mit anderen gemäßigten Kräften wie den Parlamentsparteien der Farbigen und Inder sowie den Homelandführern eine Dritte Kraft zu bilden. Da die Homelandführer, die nicht die Verständigung mit dem ANC suchen, entweder kürzlich durch Militärputsche gestürzt worden sind oder Volksaufständen gegenüberstehen, während der ANC das Kleinbürgertum auf seine Seite zu ziehen scheint (vor kurzem verständigte er sich sogar mit einer der Vereinigungen der schwarzen Stadträte!), ist auch diese Option wenig erfolgversprechend.[6]

Am meisten könnte Buthelezi gewinnen, wenn er sich mit dem ANC versöhnen würde. Seit längerem versucht er, ihn als Vermittler in Natal einzuschalten, aber unter Bedingungen, die auf die Anerkennung Inkathas als gleichberechtigter Befreiungsbewegung hinauslaufen. Das aber kann der ANC nicht akzeptieren. Wenn Buthelezi sich nicht bald mit der Rolle als Juniorpartner bescheidet, dürfte er zu hoch pokern, denn die ANC-Führung riskiert ohnehin seit den Gesprächen mit dem Regime, daß ihre Anhänger zu den militanten Organisationen um den PAC überlaufen.[7] Als Mandela im März ein riesiges Publikum in Natal aufforderte, die Waffen ins Meer zu werfen, wurde er ausgebuht. Buthelezi honorierte Mandelas versöhnliche Töne nicht und drohte sogar, wenn er seinen Anhängern freie Hand gebe, werde es „ein furchteinflößendes Spektakel absoluter brutaler Macht geben, das den ganzen Mist [gemeint war COSATU!] aus dem Pietermaritzburggebiet wegwischen wird".[8] Jetzt scheint der ANC verstärkt auf eine Spaltung Inkathas zu setzen; er hat Inkathamitglieder eingeladen, sich seinen neuen Basisorganisationen in Natal anzuschließen.

Nachdem Buthelezi sich unter den Schwarzen zunehmend in die Isolation manövriert hat, bleibt ihm als letzte Option noch das Bündnis mit der NP. Auf den ersten Blick scheint das Sinn zu machen: De Klerk erklärte im April, er suche Bündnispartner und erwähnte ausdrücklich Buthelezi. Sein neues Verfassungskonzept für diese Verhandlungen könnte — welche Ironie! — aus dem Buthelezi-Report abgeschrieben sein. Inkathas Generalsekretär Dhlomo hat seinerseits ein Bündnis mit der NP vor Abschaffung der Apartheid ausgeschlossen, aber nicht danach, und auf Übereinstimmungen in der Wirtschaftspolitik beider Partner verwiesen. Auf den zweiten Blick allerdings scheint es, daß Buthelezi durch ein Zusammengehen mit der NP wenig gewinnen kann. Dieser Schritt dürfte ihn den letzten Rest Popularität kosten und den Zusammenhalt Inkathas weiter gefährden. Dazu liefe er Gefahr, daß die NP ihn wieder fallenläßt, denn De Klerk ist auf eine schnelle Einigung mit dem ANC angewiesen, und der lehnt Minderheitenrechte ab und dürfte kaum eine einflußreiche Rolle Buthelezis hinnehmen.

Eine Versöhnung mit dem ANC, auch zu dessen Bedingungen, wäre in Buthelezis Situation das klügste.Doch sie ist wohl unmöglich geworden,seit Buthelezi Ende März offen zum Krieg gegen seine Widersacher aufgerufen hat und der Bürgerkrieg darauf hin erneut eskaliert ist. Der Führer KwaZulus scheint sich auf den Weg begeben zu haben, der Savimbi Südafrikas zu werden.

Bernd Ludermann

Anmerkungen

[1] Die Händler wollten im Gegensatz zu Buthelezi weiße Investoren aus KwaZulu ausschließen, um das Homeland als exklusiven Markt zu behalten. Daher unterstützten sie 1974/75 eine Gruppe von Chiefs, die für die Unabhängigkeit KwaZulus unter Führung des Zulukönigs Goodwill eintrat, der von Buthelezi auf eine rein repräsentative Rolle beschränkt worden war. Mit Hilfe Inkathas setzte sich Buthelezi dagegen durch. Einzelheiten dazu bei G.Maré / G.Hamilton, An Appetite for Power. Buthelezi's Inkatha and the Politics of Loyal Resistance, Johannesburg 1987 und A.Sitas, Inanda 1985, in: South African Labour Bulletin (SALB) vol 11 nr 4, 1986.

[2] Ein Prinzip der Konkordanz ist im Gegensatz zur Apartheid, daß die Gruppenspaltung durch freiwillige Assoziation (Parteibildung u.ä.) zum Ausdruck kommen soll und das Anwachsen gruppenübergreifender Strukturen und Loyalitäten erlaubt sein muß. Für Einzelheiten siehe A.Lijphart, Power Sharing in South Africa, Berkley 1985; zur Bewertung vgl. R.Southall, Consociationalism in South Africa: The Buthelezi Commission and Beyond, in: Journal of Modern African Studies vol 21 nr 2, 1983.

[3] Vgl. S.Meer, Community and Unions in Natal, in: SALB vol 13 nr 4/5 und nr 6 (1988). Der Stolz, ein Zulu zu sein, und die Unterstützung für die Gewerkschaften und den ANC müssen sich im populären Verständnis nicht widersprechen.

[4] Buthelezis Anhängerschaft unter städtischen Afrikanern war im Gebiet Johannesburgs von 28% (1977) über 17% (1981) auf 5% (1985) zurückgegangen, in Natal von 78% über 48% auf 33%; dort war sie allerdings noch immer dreimal so groß wie die der UDF und doppelt so groß wie die des ANC (M.Orkin, Disinvestment, the Struggle and the Future, Johannesburg 1986: 37ff).

[5] Abgesehen von dem Gewaltausbruch in Inanda bei Durban im August 1985, dem kein Konflikt zwischen politischen Organisationen zugrundelag. Eine Demonstration mündete in Plünderungen von Geschäften und Übergriffe auf Inder, und Inkatha stellte die Ruhe wieder her — im Interesse der Geschäftselite, aber mit Billigung erheblicher Teile der Bevölkerung (H.Hughes, Violence at Inanda, August 1985, in: Journal of Southern African Studies vol 13 nr 3 (1987)). Über den Bürgerkrieg vgl. J.Aitchison, The Civil War in Natal, in: South African Review 5, Cape Town 1989; J.Jeffreys, Rocky Path to Peace in Natal, in: SALB vol 14 nr 5, 1989.

[6] Bezeichnend ist, daß sich sämtliche Homelandführer außer Buthelezi und Mopeli (QwaQwa) vom ANC überzeugen ließen, dem letzten Treffen mit De Klerk am 6.4.1990 fernzubleiben.

[7] Der ANC steht damit vor einem ähnlichen Dilemma wie zuvor Buthelezi, nämlich die Einigung mit dem Regime suchen und zugleich Popularität bei den Schwarzen behalten zu müssen. Augfgrund der Stärke und der demokratischen Strukturen der UDF und besonders der Gewerkschafsbewegung sowie wegen der weitergehenden Zugeständnisse Pretorias, das an einem raschen Erfolg von Verhandlungen interessiert sein muß, ist die Chance, daß der ANC mit diesem Dilemma demokratisch und produktiv umgeht, aber viel besser als im Fall Buthelezis.

[8] Zitiert nach Weekly Mail, 20.4.1990.

Zwei Monate lang waren tausende von Nepalis für die Demokratisierung ihres Landes auf die Straße gegangen, bis König Birendra Anfang April endlich einlenkte: In einem ersten Schritt hob er das Parteienverbot auf. Nach zähen Verhandlungen zwischen Opposition und dem König wurde am 19. April schließlich eine Parteienregierung ins Leben gerufen und das Panchayat-System aufgelöst, das 30 Jahre lang die Grundlage des nepalischen Staates gebildet hatte.

Nepal auf dem Weg zur Demokratie

Ziel der neuen Übergangsregierung ist es, sich innerhalb von 90 Tage eine neue Verfassung als Handlungsgrundlage zu verschaffen, innerhalb eines Jahres freieParlamentswahlen durchzuführen und das seit über einem Jahr angespannte Verhältnis zu Indien zu verbessern. Ungeklärt ist z.Z. noch die Rolle von König Birendra, dem die an der Regierung beteiligten Parteien nur noch eine konstitutionelle Aufgabe mit beschränkter Macht zuerkennen wollen. Aus dem Palast werden jedoch nach wie vor immer wieder Versuche unternommen, die absolute Macht zu erhalten.



Seit März nahmen die Proteste gegen das Königshaus zu. (Foto: Krämer)

Die Herausbildung des Panchayat-Systems

Der heutige Staat Nepal wurde vor gut 200 Jahren von Prithvinarayan Shah, dem Herrscher des kleinen Königreichs Gorkha, und seinen Nachfolgern durch militärische Erorberung begründet. Zuvor existierten auf dem Gebiet des heutigen Nepal etwa 80 kleine und kleinste Staatsgebilde, an deren Spitze jeweils ein raja (König) stand. Dieser militärischen und politischen Einigung folgte ein längerer Prozeß der administrativen und gesetzlichen Einigung, welcher durch die Übertragung des Hindu-Rechts auf den neuen Gesamtstaat geprägt war. Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Abschluß in dem ersten nepalischen Gesetzeskodex, dem muluki ain von König Surendra Bikram Shah aus dem Jahre 1854, der aber letztlich ein Werk des Premierministers Jang Bahadur Rana, des Begründers der Rana-Autokratie, war.
Die Rana-Familie, die Nepal von 1846 bis 1951 beherrschte, verstand es, die Königsfamilie der Shah ins politische Abseits zu drängen, mit Hilfe der britischen Indienregierung das Land völlig von der Außenwelt abzuschließen und das Volk in Unwissenheit und politischer Unmündigkeit zu halten. Nach der Unabhängigkeit Indiens war auch der Freiheitswille des nepalischen Volkes nicht mehr länger zu unterdrücken. Es kam Ende der vierziger Jahre auf indischem Boden zur Bildung einer Reihe nepalischer Parteien, die entscheidend zum Erfolg der Revolution von 1950/51 gegen das Rana- Regime beitrugen. In der Folge dieser Revolution kehrte König Tribhuvan in seine traditionelle absolute Stellung zurück, bekannte sich jedoch in der von ihm verkündeten Übergangsverfassung zur raschen Durchführung von Parlamentswahlen und zum Verzicht auf seine absoluten Rechte bereit.
In der Folge zeigten jedoch sowohl er als auch sein Sohn und Nachfolger auf dem Königsthron, Mahendra, wenig Ehrgeiz, die hochgesteckten Ziele der Übergangsverfassung zu verwirklichen. Als sich König Mahendra dann endlich doch bereiterklärte, Wahlen durchführen zu lassen, waren die Parteien allgemein so froh, daß überhaupt Wahlen stattfanden, daß sie sich auch damit abfanden, daß der König 1959 dem Land unmittelbar vor den Wahlen eine neue Verfassung verpaßte, mit der die meisten Parteipolitiker in dieser Form nicht unbedingt einverstanden waren. Nach ihrer Meinung hätte eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden sollen, die dann in gemeinsamen Beratungen und Diskussionen eine demokratische Verfassung hätte erarbeiten können. So aber hatte König Mahendra eine Verfassung geschaffen, die man zwar mit gewissen Einschränkungen als demokratisch bezeichnen konnte, die dem König aber jederzeit das Recht zum Einschreiten einräumte, wenn die Interessen der Monarchie bedroht waren.
Die Notstandsartikel 55 und 56 der Verfassung von 1959 waren für König Mahendra ein letztes Pfand, falls ihm die Zügel der Macht trotz der zahlreichen Einschränkungen der Rechte der demokratischen Parteien entgleiten sollten. Sie waren die Rechtsgrundlage, auf die sich der König am 15. Dezember 1960 berief, als er die Nepali Congress-Regierung, die über mehr als zwei Drittel der Sitze im Parlament verfügte, verhaften ließ, das parlamentarische System Nepals nach nur eineinhalb Jahren mittels dieses Staatsstreichs von oben wieder abschaffte, alle politischen Parteien verbot, ihre Führer teilweise mehr als 14 Jahre lang ins Gefängnis steckte und dem Land das heutige Panchayat-System verlieh.

'Alle Gewalt geht vom König aus'

Dieses Panchayat-System und seine Verfassung sind/waren seit nun fast dreißig Jahren die Grundlage des nepalischen Staates. Was den politischen Teil der Verfassung ausmacht, so ist diese ganz auf die Person des nepalischen Königs zugeschnitten. Es heißt in Artikel 20 Abs.2 der Panchayat-Verfassung wörtlich: „Die Souver-

HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL

Unterstützt die Menschenrechtsbewegung in Nepal

Die Ereignisse der letzten Monate haben bewiesen, daß das Schicksal des gesamten nepalischen Volkes auf dem Spiel steht. Auf Bitte des FORUM FOR PROTECTION OF HUMAN RIGHTS NEPAL (FOPHUR) haben wir daher Mitte März, auf dem Höhepunkt der Unterdrückung der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Nepal, eine NEPAL SUPPORT GROUP gegründet, um die nepalischen Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen.
Nepal befindet sich in einem Zustand der Mißachtung grundlegender Menschenrechte. Das nepalische Volk bemüht sich um einen Weg, auf dem Folter, alle Arten von Diskriminierung, Verletzungen der Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt vermieden werden. Demokratie sowie Rede- und Pressefreiheit müssen in Zukunft garantiert und die Rechte aller ethnischen Gruppen, der Gefangenen, der Jugendlichen und der Frauen beachtet und die Natur als menschliches Grundrecht geschützt werden.
Die nepalischen Menschenrechtsbewegungen sind sich der Schwere der bevorstehenden Aufgaben voll bewußt. Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende von FOPHUR und heutige Gesundheitsminister, hat die Notwendigkeit der Unterstützung aus dem Ausland betont und uns eindringlich gebeten, unsere Arbeit fortzusetzen. Da dies nur in Form einer dauerhaften Organisation möglich ist, haben wir am 13.05.1990 die NEPAL SUPPORT GROUP in einen rechtsfähigen Verein unter dem Namen HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL e.V. umgewandelt. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit unseres Vereins ist beantragt.
HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL unterstützt die Bestrebungen des nepalischen Volkes nach Demokratie und Menschenrechten durch intensive Öffentlichkeitsarbeit unter Ausnutzung der Medien, Informierung von Regierung und Organisationen in der BRD, enge Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit den nepalischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, Kontakte zu allen in der BRD lebenden Nepali und Freunden Nepals, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, sowie Gedankenaustausch mit den in Nepal tätigen deutschen und internationalen Hilfsorganisationen und den auf Nepal bezogenen Vereinen in der BRD und anderen europäischen Ländern.
Wer im HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen. Wir suchen dringend Multiplikatoren für unsere Arbeit. Die Mitglieder werden regelmäßig über die Aktivitäten und die Ereignisse in Nepal informiert. Sie können unsere Arbeit auch in Form einer Fördermitgliedschaft unterstützen. Interessenten werden gebeten, an folgende Adresse zu schreiben:
HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL, Funkgasse 15, 5202 Hennef 1

änität Nepals ruht in Seiner Majestät und alle Macht — exekutiv, legislativ und judikativ — gehen von ihm aus." Wie anders kann man eine solche Machtfülle deklarieren als mit dem Wort „absolut"? In Anbetracht dieses Artikels 20 werden alle übrigen Artikel der nepalischen Panchayat-Verfassung im Grunde überflüssig; sie sind nur ausschmückendes Beiwerk. Sie betonen immer wieder nur, daß Macht und Recht dem König zustehen und er diese Macht persönlich ausübt und sich der sonstigen in der Verfassung vorgesehenen Organe und Institutionen nur zu bedienen braucht, wenn es ihm beliebt. Ich will hier als Beispiel nur Artikel 24 Abs.1 zitieren, der die Ausübung der exekutiven Macht näher beschreibt. Dort heißt es: „Die exekutive Macht in Nepal soll ausgeübt werden.... entweder direkt durch Seine Majestät oder durch ihm untergebene Minister oder andere Beamte."
Zwar kennt die Panchayat-Verfassung eine ganze Reihe von Institutionen, die auf den ersten Blick demokratisch anmuten, die aber letztendlich lediglich (für sich selbst machtlose) Instrumente des Königs sind, die dazu dienen, die traditionelle Macht und die Interessen des Königs zu erhalten und zu wahren. So ist in der Verfassung auch nicht im geringsten die Rede von einem demokratischen Regierungssystem, wenn vom Staat Nepal gesprochen wird. Schon die Präambel der Verfassung spricht nur vom „Königreich Nepal". Noch eindeutiger äußert sich Artikel 3 Abs.1, wo es heißt: „Nepal ist ein unabhängiges, unteilbares und souveränes monarchisches Hin-



Kundgebung am Welt-Menschenrechtstag in Kathmandu. Dritte von links: Dr. Shrestha, neuer Gesundheitsminister (Foto: Krämer)

dukönigreich." Von einem demokratischen Staatswesen ist hier überhaupt keine Rede. Vielmehr wird in dreifacher Weise das Königtum als die nepalische Staatsform schlechthin hervorgehoben. Es hätte im Prinzip der Begriff „Königreich" ausgereicht. Bis zur dritten Verfassungsänderung vom 15. Dezember 1980 stand an dieser Stelle noch das Wort „Hindu-Staat". Entsprechend den alten Hinduschriften von Staat und Gesellschaft steht an der Spitze eines jeden Hindu-Staates ein raja (König). Ein Staat, der sich als Hindu-Staat definiert, ist mithin immer ein Königreich.

Der Widerstand gegen des Königs Regiment

Die Geschichte seit 1961 hat bewiesen, daß das Volk diese absolute Herrschaft des Königs nicht akzeptierte. In unzähligen Protesten, Aufständen und Bewegungen versuchte das Volk, seine ihm nach international anerkannten Richtlinien zustehenden Menschenrechte durchzusetzen. Dabei griff es phasenweise auch zum Mittel der Gewalt, meist aber verfolgte es den Weg von Satyagraha, von passiven Widerstandsbewegungen. Immer aber wurden diese berechtigten Ansprüche des Volkes mit eiserner Hand unterdrückt. Bestes Beispiel für den verzweifelten Kampf des Volkes und die brutale Gegenwehr des Systems ist die jüngste Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die ja zumindest zu einem vorläufigen Erfolg geführt hat.

Nach der Niederlage Rajiv Gandhis bei den indischen Parlamentswahlen und der Lokkerung der am 19.März 1989 von Indien über Nepal verhängten Wirtschaftsblockade unter der neuen indischen Regierung konnten auch die verbotenen nepalischen Parteien wieder freier agitieren. Das nepalische Volk hatte insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten sehr unter den Auswirkungen der indischen Wirtschaftsblockade zu leiden. Dies verschärfte den Haß und die Wut auf die Panchayat-Regierung, der man völlige Unfähigkeit in der Lösung des wahnwitzigen Konfliktes vorwarf, noch mehr. Daher war es wohl ein idealer Zeitpunkt, als ein Koordinationskomitee aus dem Nepali Congress, der United Left Front, einem Bündnis von sieben Linksparteien, und FOPHUR, dem Forum for Protection of Human Rights Nepal, einer seit 1985 bestehenden unabhängigen Menschenrechtsorganisation, für den 18.02.1990, den nationalen „Demokratietag", zu einer Satyagraha- Bewegung aufrief.

Diese Bewegung wurde von allen Schichten des Volkes begrüßt und entwickelte sich daher rasch zu einer Volksbewegung. In den letzten Tagen bedurfte es schon gar nicht mehr des Aufrufs der Organisatoren; Proteste und Demonstrationen fanden spontan an allen Ecken und Enden Nepals statt, nicht nur im Kathmandutal.



Proteste der Bevölkerung werden niedergeknüppelt. (Foto: Krämer)

Auf der anderen Seite wußte die Regierung sich nicht anders als durch gravierende Verstöße gegen die fundamentalen Menschenrechte zu erwehren. Der Vorsitzende der Nepal Law Society, Kusum Shrestha, nennt in einem Artikel die ganze Palette an Verbrechen, die sich das Regime zu Schulden kommen lassen hat. Sie reichen von Folter über Verhaftungen ohne Rechtsgrundlage, Verschwindenlassen unliebsamer Personen, Tötung unbewaffneter Demonstranten bis hin zu allgemeinem Terror und Einschüchterung.

Welchen Anteil der König persönlich an all diesen Verbrechen hatte, läßt sich nur schwer beurteilen. Zur Beantwortung der Frage nach der politischen Verantwortung genügt jedoch ein Verweis auf die oben zitierten Artikel 20 Abs. 2 und 24 Abs. 1 der Panchayat-Verfassung, unter deren Deckmantel all dies geschehen ist.

Der König lenkt ein

Anfang April nahm König Birendra erstmals selbst Stellung zu den Ereignissen und rang sich unter dem übermäßigen Druck des Volkes zu Entscheidungen durch, die er schon längst hätte treffen können. Man fragt sich, warum das Volk erst so leiden mußte. Nacheinander wurden die politischen Parteien wieder zugelassen, der National-Panchayat aufgelöst und eine Regierung gebildet, der neben 2 Vertrauten des Königs 2 Unabhängige und 7 Vertreter der an der Bewegung beteiligten Parteien angehören. Damit ist ein erster Schritt hin zu einer Demokratisierung als Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal getan.

Die neue Regierung ist jedoch nicht um die Aufgaben zu beneiden, die vor ihr stehen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß all dies immer noch unter den Rahmenbedingungen der Panchayat-Verfassung abläuft, nach denen der Ministerrat im Prinzip machtlos ist. Die Macht der Regierung basiert allein auf der vollen Unterstützung durch das Volk. Die neue Regierung hat sich zum Ziele gesetzt, innerhalb von drei Monaten eine neue Verfassung auszuarbeiten und vor Ablauf eines Jahres allgemeine freie Parlamentswahlen durchführen zu lassen.

Der wichtigste Schritt wird dabei die Ausarbeitung der neuen Verfassung sein. Über ihre Qualität entscheidet, welche Rolle der König in ihr zugeteilt bekommt. Es gibt Hinweise, daß der König sich zu einer streng konstitutionell-monarchischen Rolle bereit erklärt. Öffentlich hat er dazu jedoch bisher nicht Stellung bezogen. Während jedoch Regierung und Juristen mit ausländischen Verfassungsrechtlern über eine neue Verfassung berieten, bildete König Birendra am 10.Mai seinerseits eine Verfassungskommission, die er aber bereits fünf Tage später nach massiven Protesten wieder auflösen mußte. Ein großes Erschwernis für die Arbeit der neuen Regierung ist auch die Tatsache, daß entsprechend der noch gültigen Panchayat-Verfassung Polizei und Militär direkt dem König unterstehen. Dies wurde vom Palast wiederholt ausgenutzt, um den Eindruck einer Regierungsunfähigkeit zu erwecken. Im Volk steigerte sich daher der Unmut gegen den Palast. Im Verlauf einer Demonstration kam es am 23. April zu Ausschreitungen; aufgeregte Demonstranten griffen Polizisten und — wie es hieß — als Polizisten verkleidete Mandaliya an, lynchten einige von ihnen und schleiften sie vor den Königspalast. Wie schon bei früheren Demonstrationen eröffnete die Polizei das Feuer. Es gab wieder zahlreiche Opfer; man sprach von bis zu 15 Toten und über 70 Verletzten. Es wurde eine nächtliche Ausgangssperre über Kathmandu verhängt, die erst am 10. Mai wieder aufgehoben wurde, und das Militär kontrollierte die Straßen.

Das Übel der 'Mandaliya'

Die im Volk verhaßten Randaliererbanden waren von der Panchayat- Regierung während der Demokratiebewegung bewußt eingesetzt worden, um die Bewegung in Verruf zu bringen. Bereits bei den Unruhen von 1979, die damals zum Referendum über das Panchayat- System führten, war die Regierung ähnlich verfahren. Die Mandaliya haben ihren Ursprung in den sechziger Jahren, als die Panchayat-Regierung Schüler und Studenten kaufte, um sie als Spitzel gegen Sympathisanten der verbotenen Parteien an Universität und Schulen einzusetzen. Da diese Gruppen später im „Rastravadi Svatantra Vidyarthi Mandal" (RSVM), der Studentenvereinigung des Panchayat-Systems institutionalisiert wurden, werden sie allgemein als „Mandaliya" bezeichnet. Auch nach der Beendigung des Panchayat-Systems am 16.April streiften diese Banden nachts durch die Stadt, drangen in Privathäuser ein, raubten und plünderten. Die Bevölkerung traute sich kaum noch zu schlafen. Es mehrten sich die Aussagen, daß diese Banden ihren Auftrag vom Palast erhielten, und man bildete daher in den Stadtbezirken und Dörfern eigene Zivilschutztruppen, die sogenannten „Tol Raksya Sangh" oder „Vigilance Groups". Ein besonderes Problem war auch, daß viele Polizisten ihre Ausweise nicht mit sich führten und sich daher bei Zusammenstößen mit den Tol Raksya Sangh nicht als tatsächliche Polizisten ausweisen konnten. Oft genügte es schon, wenn einer rief: „Das sind Mandaliya", um eine gewalttätige Auseinandersetzung anzuzetteln.

Die neuen Koalitionen

Eine andere Frage ist, wielange das derzeitige Regierungsbündnis wohl halten wird. Nur das gemeinsame Vorgehen von Nepali Congress und linken Gruppen konnte den Erfolg der Volksbewegung herbeiführen. Darin sind sich die Parteiführer allgemein einig und sie betonen daher auch immer wieder ihren guten Willen. So erklärte Man Mohan Adhikari (Nepal Communist Party): „DiesesBündnis ist das Ergebnis unserer Erfahrungen aus den vergangenen 30 Jahren. In der Vergangenheit gab es nicht einmal unter den kommunistischen Gruppen Einigkeit, und der Vorteil lag daher immer auf der Seite des Königs."

Dennoch lassen sich Meinungsverschiedenheiten auch zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien und Gruppen nicht leugnen. Ein entscheidendes Argument ist insbesondere immer wieder die Einstellung zur Monarchie. Während einige radikale kommunistische Gruppen das Königtum völlig abgeschafft wissen wollen, bekennen sich die wichtigsten der an der Regierung beteiligten Parteien zur geplanten Einführung einer konstitutionellen Monarchie. Hier werfen die linken Gruppen dem Nepali Congress einen zu liberalen Standpunkt vor. „Der Congress macht Kompromisse, indem er mit dem Palast so und mit dem Volk wieder anders verhandelt. Wir wollen die absolute Macht des Königs auf die eines konstitutionellen Monarchen reduzieren, aber K.P.Bhattarai läßt sich ganz einfach zu viel Zeit für Verhandlungen mit Birendra", sagte Madhav Kumar Nepal, einer der Führer der marxistisch-leninistischen Fraktion der Nepal Communist Party.

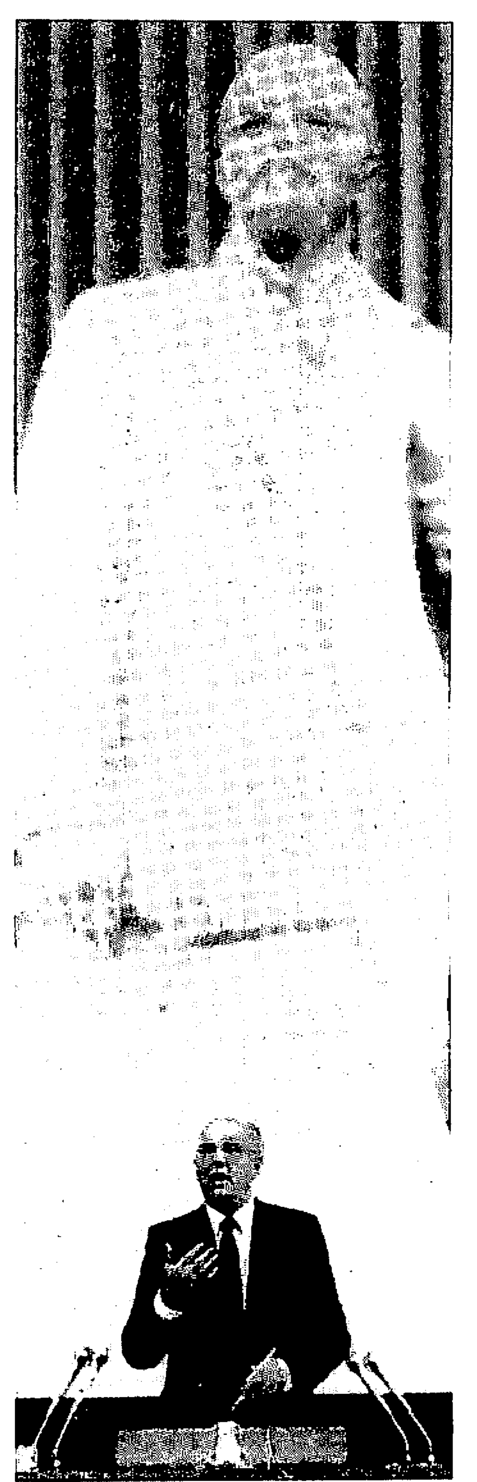
Neben der United Left Front, an der sieben kommunistische Gruppen beteiligt sind, gibt es noch ein weiteres Bündnis von fünf Linksparteien, die nicht an der Demokratiebewegung teilgenommen haben und heute nicht Mitglied der Regierung sind. Dieses Bündnis, das sich United National People's Movement (UNPM) nennt, verurteilte die Ausschreitungen der Randaliererbanden in der Hauptstadt als eine Verschwörung, die darauf ausgerichtet sei, das Volk der Rechte zu berauben, die es gerade durch die Demokratiebewegung erlangt habe. Man verlangte die sofortige Entlassung der vom König ernannten Zonenkommissare, die in den 14 Zonen Nepals für die Ausschreitungen der Sicherheitskräfte verantwortlich waren, und anderer leitender Beamter, „die als Schutzhüter des tyrannischen Panchayat-Systems" gehandelt hätten, sowie die Bildung einer unparteiischen Kommission zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Die UNPM forderte wiederholt eine groß angelegte politischen Konferenz zur Diskussion und Abstimmung über die aktuellen Probleme.

Nach seinem gescheiterten Versuch hat König Birendra nun die Verantwortung für den Entwurf einer neuen Verfassung ganz in die Hände des Ministerrats gelegt. Letzterer scheint nach neuesten Meldungen auf den Rat ausländischer Verfassungsexperten verzichten zu wollen. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß die nepalischen Juristen und Parteien mit der neuen Verfassung eine Grundlage schaffen, in der das nepalische Volk alle international anerkannten menschlichen Grundrechte genießen kann. Dazu bedarf es jedoch auch eines Umdenkens und Wandels in manchen Bereichen der nepalischen Gesellschaft.

Karl-Keinz Krämer

Ende der sozialistischen Bruderhilfe

Kürzlich äußerten zwei sowjetische Wissenschaftler, daß die Sowjetunion auf dem besten Wege zu einem "Entwicklungsland mit Atombombe" sei. Tatsächlich ist die wirtschaftliche und innenpolitische Situation alles andere als rosig. Und beklagt wird nicht nur der ins Stocken geratene Umbau der sowjetischen Wirtschaft. Die Nationalitätenkonflikte in den sowjetischen Republiken zeugen von der Unzufriedenheit der Bevölkerung. Wohin die Entwicklung in der Sowjetunion führt, läßt sich allerdings noch nicht endgültig absehen. Dafür sind die Informationen über die innenpolitischen Kräfteverhältnisse und die sowjetischen Rahmenbedingungen zu widersprüchlich.
Ein Aspekt, der angesichts der rasanten Umbruchprozesse der sowjetischen Gesellschaft aus dem Blickfeld geraten ist, ist die veränderte Politik gegenüber den Ländern des Trikonts. Dabei hat die sowjetische Politik im wesentlichen zwei zentrale Faktoren geändert. Zum einen skizzieren die Schlagwörter vom "Neuen Denken", von der "Interdependenz" der Länder und der Interessensidentität von Ost und West, daß der Sowjetunion weniger denn je an Konflikten mit dem Westen gelegen ist. Zum anderen hat sie sich von dem, wie auch immer definierten "sozialistischen Entwicklungsmodell" als Vorbild für die Länder der Dritten Welt verabschiedet. Heute orientiert sie sich stärker an marktwirtschaftlichen Kriterien.
Lothar Jung beschreibt in seinem Beitrag grundlegende Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik. Die Vermeidung von Konflikten zwischen Ost und West in den Ländern des Südens, der Ruf nach internationalen Institutionen und einer neuen Weltwirtschaftsordnung stehen dabei im Mittelpunkt.
Mit Indien hat die Sowjetunion seit langem feste und umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen. So gehört Indien zu den ersten Ländern, die von der Neuorientierung der sowjetischen Politik betroffen sind. Klaus Fritsche analysiert den Wandel der wirtschaftlichen Beziehungen und der sowjetischen Entwicklungspolitik.
Die chinesische Führung fühlt sich von Glasnost und Perestroika bedroht und gibt der Sowjetunion die alleinige Schuld für den Zerfall des sozialistischen Lagers. Nach dem Massaker auf dem Tiananmen im Juni letzten Jahres wurden die gerade aufgenommenen Beziehungen wieder auf Eis gelegt.



Erst im Frühjahr 1990 wurden die abgebrochenen Beziehungen mit dem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in Mokaus erneuert. Thomas Heberer beschreibt in seinem Beitrag das Verhältnis zwischen den beiden Ländern und erläutert die Bruchstellen.

Mit der Parole "Sozialismus oder Tod" hat sich Fidel Castro einen Namen als Durchhaltepolitiker gemacht. Horst Brezinski schildert die Situation in Kuba mit der immer geringer werdenden Hilfe der Sowjetunion.
Von den gleichen Sparmaßnahmen und von politischen Druck seitens der Sowjetunion sind die Verbündeten im südlichen Afrika betroffen. Werena Rosenke erläutert die Rolle der Sowjetunion in der Beilegung der Konflikte in dieser Region.
Schließlich gibt Reinhart Kößler einen Überblick über die ethnischen Konflikte in der Sowjetunion. Dabei wird deutlich, daß es sich nicht immer um eine Kolonisation dieser Gebiete handelte. Der Preis für die Modernisierung war die fortgesetzte Unterdrückung der Völker in den ehemaligen Kolonien Rußlands.
Wir danken den Autoren für Ihre Mitarbeit.

Aufbruch zu neuen Ufern

Umdenken in der sowjetischen Außenpolitik

"Es liegt uns fern zu glauben, alle Fortschritte in der Welt seien nur dem Sozialismus zu verdanken". Mit dieser Erklärung anläßlich der Siebzigjahrfeier der Sowjetunion weist Gorbatschow einen neuen Weg. Nicht das sozialistische Gesellschaftsmodell soll Vorbild für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sein, allein die Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann die Unterentwicklung dieser Länder beenden. Ein neuen Konzept der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der 3. Welt muß gefunden werden, die bislang bevorzugten sozialistischen Entwicklungsländer treten mehr und mehr in den Hintergrund.

Der militärische Rückzug aus Afghanistan markierte einen Wendepunkt in der sowjetischen Weltpolitik. "Das gab es in der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion selten", bekannte jüngst Außenminister Schewardnadse in einer Wahlrede und gab zu, daß er nach der Unterzeichnung des Afghanistan-Abkommens in "starke Depression" verfallen sei. "Außerdem gab mir der Gedanke an die Menschen keine Ruhe, die wir selbst zur Revolution ermuntert hatten und die wir jetzt Angesicht zu Angesicht mit dem Todfeind allein ließen.Aber, so gab Schewardnadse zu bedenken, "ich weiß wieviel uns der Krieg in Afghanistan gekostet hat. Wer aber hat je berechnet, was uns die Konfrontation mit den USA gekostet hat?"[1]
Von Anfang an standen die russischen Revolutionäre um Lenin vor einem Zielkonflikt, der bis Afghanistan nachgewirkt hat: einerseits dem ideologischen Anspruch, die Revolution in anderen Ländern der Welt zu fördern und andererseits der nationalen Erfordernis, das Land wirtschaftlich zu entwickeln, die neue Gesellschaft aufzubauen und normale Beziehungen zu den anderen Staaten zu entwickeln. Dies wurde besonders am Ende des Bürgerkriegs notwendig, als deutlich wurde, daß sich die Revolution nur in Rußland durchsetzen konnte. Dadurch erhielt die Unterstützung der Befreiungsbewegungen der kolonialen Völker für die Sowjetführungen einen besonderen Stellenwert. Bereits Lenin sah diese als eine Art "Sicherheitspolice" für das eigene Überleben an. "Der Ausgang des Kampfes" zwischen Sozialismus und Kapitalismus, schrieb er 1923, "hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Erdbevölkerung stellen ... In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert."[2]

Der Sieg der Kommunisten in China 1949, die Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien, der Zerfall des französischen Kolonialreichs in Indochina und Holländisch-Indonesien in den fünfziger Jahren überzeugten die sowjetischen Führer unter Chruschtschow von einem neuen Aufschwung der antikolonialen nationalen Befreiungsbewegungen, die zu unterstützen "heilige Pflicht" des Sowjetvolkes sei, wie es optimistisch im Parteiprogramm von 1961 heißt. Die Sowjetunion bot sich als natürlicher Verbündeter an und gewährte "brüderliche Hilfe". Allerdings trat in den sechziger Jahren die VR China als Konkurrent Moskaus auf. Die jungen Nationen orientierten sich jedoch umso bereitwilliger an der Sowjetunion, als sie von dem in den sechziger und siebziger Jahren erstarkenden Industriegiganten UdSSR weitreichende Aufbauhilfe erwarteten - zumal der Westen, vor allem die USA, regelmäßig mit einer Wirtschaftsblockade auf die Unabhängigkeitsproklamationen reagierten. Außerdem sahen die neuen Eliten der jungen Staaten in einem politischen und wirtschaftlichen Zentralismus sozialistischer Prägung ein geeignetes Modell zur raschen Überwindung der kolonialen Rückständigkeit. Zweifellos war die sowjetische Hilfe in den sechziger und siebziger Jahren ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der unabhängig gewordenen Staaten. Eine allzu schematische, unflexible und repressive Handhabung der neuen Macht durch die Führungseliten führte die sozialistisch orientierten jungen Staaten jedoch in den achtziger Jahren in die Krise. Hinzu kamen Widerstandskräfte, die ab Beginn der achtziger Jahre wieder von den USA gestützt wurden. Hatte die Regierung des Präsidenten Jimmy Carter Nicaragua 1979 noch 40 Mill. Dollar Entwicklungshilfe gewährt, so baute die Reagan-Administration eine Contra-Truppe auf, um die Sandinisten zu stürzen. In Afghanistan versuchte die Sowjetunion eine solche Entwicklung zu verhindern und entsandte Truppen in das Land, um das extrem repressive Taraki-Amin-Regime zu beseitigen und eine Phase der nationalen Konsolidierung einzuleiten.

In Verbindung mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua und dem Umsturz im Iran sahen große Teile der amerikanischen Bevölkerung die Interessen der USA angegriffen. Die neue antisowjetische Politik der Reagan-Administration vom "Zurückrollen des roten Imperiums von der Peripherie

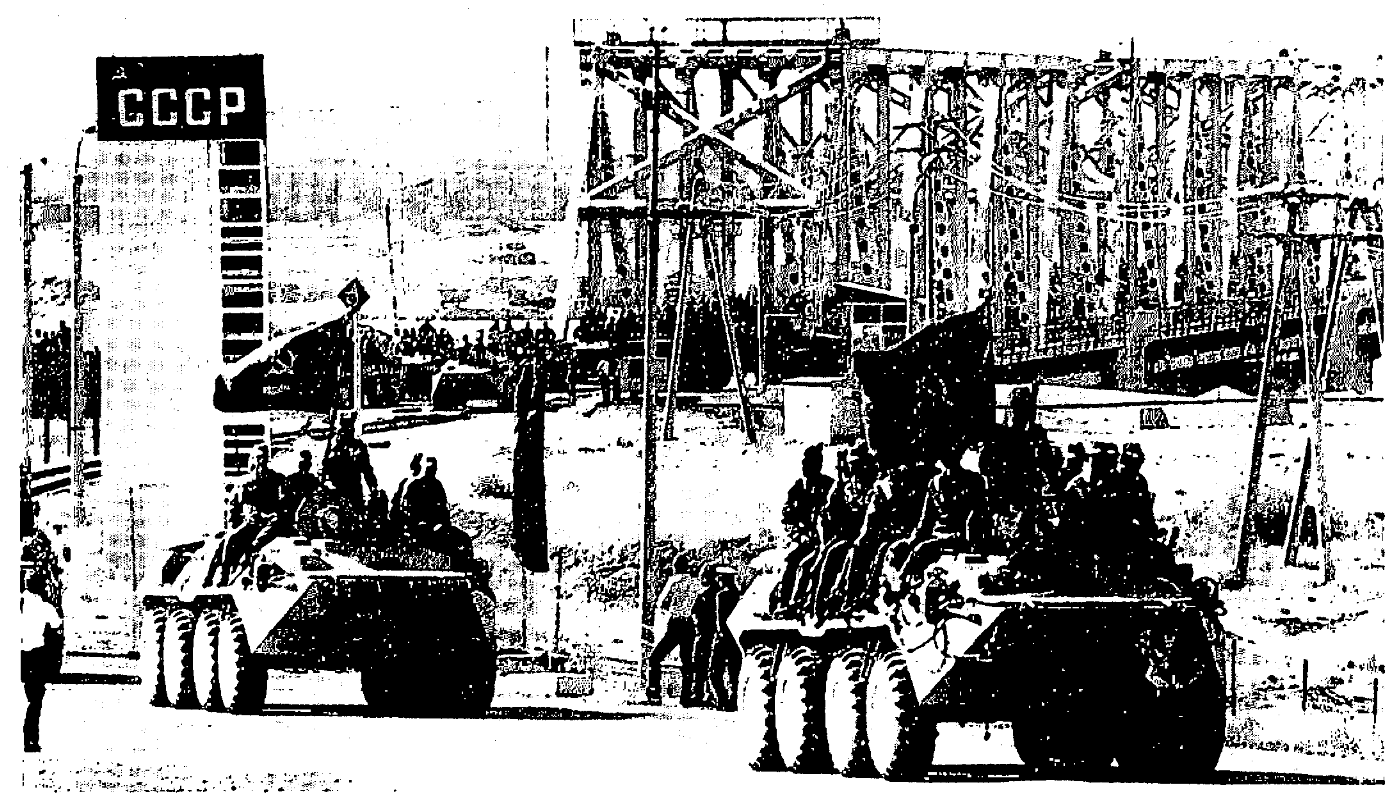
her" konnte sich daher auf breite Unterstützung berufen.

Abschied vom alten Denken

Zu Beginn der achtziger Jahre kam aus sowjetischer Sicht die revolutionäre Bewegung in der Dritten Welt zu einem gewissen Abschluß. Auf dem XXVI. Parteitag 1981 erklärte Breschnew, daß die Liquidierung der Kolonialreiche im wesentlichen abgeschlossen sei. Es seien Dutzende junger Staaten entstanden, die sich überwiegend in Richtung Sozialismus entwickelten, bzw. sich dies zum Ziel gesetzt hätten. Die KPdSU werde weiterhin konsequent den Kurs auf Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den befreiten Ländern, auf Festigung des Bündnisses des Weltsozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung verfolgen. Von den ersten Anfängen unter Lenin spannte sich mithin ein jahrzehntelanger Bogen der internationalen Solidarität. Wie selbstverständlich gingen die Sowjetführer davon aus, daß die jungen "sozialistisch orientierten" Staaten Verbündete und Bestandteil der weltweiten sozialistischen Bewegung seien und sich am Vorbild der großen Sowjetunion ausrichteten. Im Entwurf des überarbeiteten Parteiprogramms von 1986 heißt es, daß immer mehr Völker beharrlich nach einem Typ der Gesellschaftsordnung streben, nach solchen sozialen Verhältnissen, die sich in den sozialistischen Ländern bereits herausgebildet haben.
Inzwischen hatte Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs übernommen. In der auf dem XXVII. Parteitag im Februar 1986 verabschiedeten Fassung findet sich diese Formulierung nicht mehr. Vielmehr heißt es jetzt, daß die jungen Völker "Wege zur sozialistischen Umgestaltung" suchen. Damit wurde deutlich, daß Gorbatschow und seine Mitarbeiter nicht mehr erwarteten, daß sich die jungen Staaten am sowjetischen Vorbild orientierten, sondern ihnen eigene Wege zugestanden. Gleichzeitig wurde der langjährige Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees, das die Verbindung und "Koordinierung" mit der revolutionären Weltbewegung organisierte, Boris Ponomarjow, in Pension geschickt. Damit endete auch personell eine "Epoche". An seine Stelle wurde der langjährige sowjetische Botschafter in den USA, Anatoli Dobrynin berufen, was die Neuorientierung der Abteilung verdeutlichte.
Im Zielkonflikt zwischen den nationalen Interessen der Sowjetunion und dem revolutionären Internationalismus setzte sich erstere erneut durch. In einem Gutachten für die Partei zur 19. Parteikonferenz (Juni 1988) schrieb Professor Daschitschew dazu: "Es fehlten genauere Vorstellungen von den wirklichen nationalen Interessen der Sowjetunion. Diese Interessen bestanden aber durchaus nicht darin, kleine, faktisch formelle Gewinne zu erzielen, die mit Palastrevolutionen in einzelnen Entwicklungsländern zusammenhingen." Das "wirkliche" nationale Interesse sei vielmehr gewesen, für eine tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umgestaltung in der UdSSR günstige internationale Bedingungen zu gewährleisten.[3] Anläßlich der Siebzigjahrfeier der Oktoberrevolution erklärte Gorbatschow: "Es liegt uns fern zu glauben, alle Fortschritte in der Welt seien nur dem Sozialismus zu verdanken (..). Wir haben uns auch überzeugt, daß der Sozialismus kein 'Modell' hat, nach dem sich alle richten würden, und auch keines haben kann."[4]
Dies bedeutete das Ende, die Veränderungen in der Welt ideologisch als einen einheitlichen historischen Prozeß zu stilisieren, dem die UdSSR die geschichtliche Bahn bricht. Und das kann angesichts der neuen "Anschauung der Welt", wie sie im neuen Denken zum Ausdruck kommt, nicht überraschen. Es will mit ideologischen Klischees und überkommenen Vorstellungen brechen.

Neues Denken und Dritte Welt

Grundgedanke und Ausgangspunkt des neuen Denkens ist die Erkenntnis, daß unter den veränderten nationalen und globalen Bedingungen der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der internationalen Politik dauerhaft überwunden werden muß. Neue globale Gefahren erfordern zur Verteidung der allgemeinmenschlichen Werte (Umwelt, Frieden, sozialer Fortschritt usw.) eine intensive Kooperation aller Staaten über die Systemgrenzen hinweg. Für einen Kampf der Systeme, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstung, ist in der Welt von heute und morgen kein Platz mehr.[5] Die dafür vergeudeten Ressourcen sollen zur sozialen Entwicklung im Lande und in der Dritten Welt umgeleitet werden. Konflikte sollen politisch und auf friedlichem Wege gelöst werden. Was die Gesellschaftsordnung anbetrifft, soll jedem Volk die Möglichkeit bleiben, diese selbst zu wählen. Zum Ausdruck kommt dies in dem von Gorbatschow geprägten Begriff von der "freien Wahl des sozialpolitischen Entwicklungsweges", der auf die KSZE-Schlußakte zurückgeht. Wie wir zur Zeit in Osteuropa beobachten können, gilt



Rückzug aus Afghanistan - Wende in der Außenpolitik

dieser Begriff nicht nur für die jungen Staaten der Dritten Welt. Schließlich führt die Entwicklung der Perestroika in der UdSSR selbst zu einer Gesellschaftsstruktur, die nicht mehr im klassischen marxistisch-leninistischen Sinne als "sozialistisch" bezeichnet werden kann. Ein sowjetischer Wissenschaftler hat daher auch schon den Begriff "Postsozialismus" vorgeschlagen. Es ist eine Gesellschaftsordnung, die den Sozialismus ablösen wird.[6]

Die Übernahme des ideologisch neutralen Begriffs "Entwicklungsländer" in den offiziellen Sprachgebrauch zeigt, daß die Gorbatschow-Führung die Staaten der Dritten Welt nicht mehr unter ideologischen Gesichtspunkten betrachten will. Anstatt der antagonistisch einander gegenüberstehenden Staatenblöcke (dem sozialistischen und kapitalistischen "Weltsystem") spricht man heute von einer "Weltgemeinschaft". Dies entspricht der Erkenntnis, daß die gesamte Menschheit heute in einer "Schicksalsgemeinschaft" lebt und unabhängig vom politischen und sozialen System von der Katastrophe eines alles zerstörenden Atomkrieges, globalen Natur- und Umweltkatastrophen bedroht ist. In diesem Sinne ist auch die Unterentwicklung keine systembedingte Frage mehr, sondern ein globales Problem. Gorbatschow hat in seinem Referat auf dem XXVII. Parteitag deutlich herausgestellt, daß künftig alle Staaten zusammenarbeiten müssen, um diese Probleme zu bewältigen.

Überwindung des Ost-West-Konfliktes

Jüngst kehrte Außenminister Schewardnadse von seiner Reise durch Afrika - der ersten eines sowjetischen Außenministers seit dreißig Jahren - völlig erschüttert zurück. Seinen Wählern berichtete er: "Wir sahen Angola und Mocambique. Dort haben einige Genossen wohl einst an ihre eigenen Interessen gedacht und sie als Landes- und Klasseninteressen ausgegeben. Jetzt gibt es in diesen Ländern die größten und bestbewaffneten Armeen der Region und die größte Armut unter der Bevölkerung und eine völlig kaputte Wirtschaft (..). Stolz müßten bei uns einwandfrei arbeitende sowjetische Betriebe in den afrikanischen Ländern hervorrufen, Überfluß und hohe Qualität der sowjetischen Waren auf diesen Märkten. Damit ist aber nichts." Ironisch fährt er fort: "Dafür haben wir die uns ruinierende Politik der Pseudounterstützung, hauptsächlich mit Waffen und Rüstung betrieben. Ich will damit nicht sagen, daß alles nicht nötig gewesen wäre. Während des Befreiungskampfes war eine derartige Politik gerechtfertigt. Man hätte aber parallel dazu andere Strukturen schaffen und helfen müssen, die Wirtschaft aufzubauen, eine soziale Infrastruktur usw.. Damit hängen wir weit zurück."[7]

Die neue sowjetische Diplomatie der "friedlichen Beilegung regionaler Konflikte" kann beachtliche Erfolge vorweisen. Sie ermöglichte nicht nur den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan, sondern trug auch zur Unabhängigkeit Namibias und zum Rückzug der Vietnamesen aus Kampuchea bei. Allerdings ist diese Politik nicht unumstritten. Schewardnadse beklagt, daß man ihn mit einer "Atmosphäre der Verdächtigungen und Beschuldigungen" selbst in der Sowjetunion umgebe und behaupte, er verriete die Ideale.[8] Gleichzeitig wuchs in der UdSSR der wirtschaftliche Druck die "Kosten der Außenpolitik" zu reduzieren. Die 19. Parteikonferenz vom Juli 1988 richtete eine entsprechende Forderung an das Außenministerium. Alle, die heute den Kurs Schewardnadses kritisieren, fragt der Außenminister: Sollen wir zu einer Politik zurückkehren, die uns an den Rand des Abgrundes führte?[9] Dies bedeutet indes nicht, daß die Sowjetunion ihre Verbündeten in der Dritten Welt fallenließe und jede Militärhilfe einstelle. Dazu nochmals Schewardnadse: "Wir müssen mit unseren Partnern einen Dialog über die defensive Hinlänglichkeit führen. Wieviel Rüstung braucht jedes Land? Wenn wir davon sprechen, hören sie doch auf uns. Auch sie verstehen, daß man nicht ewig Krieg führen kann. Kein einziger Staat ist dem gewachsen (...). Gegenwärtig wird im ganzen südlichen Afrika die Kriegsbedrohung beseitigt, die Republik Südafrika demokratisiert sich, die natürliche Kriegsgefahr wird gemindert. Es ist jedoch unfair, jede Zusammenarbeit im militärischen Bereich über Nacht einzustellen (...). Neue Formen der Zusammenarbeit, die auch den Militärs passend erscheinen, entstehen." Im übrigen teilte der Außenminister mit, daß die UdSSR und die USA sich geeinigt hätten, den Waffenexport in die Dritte Welt einzuschränken. So sei man sich einig, keine Technologie für den Bau von Raketen und anderen Waffen zu übergeben.[10]

Neue Konzepte gesucht

Die Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf die Dritte Welt hat zwangsläufig auch die ökonomischen Beziehungen militarisiert. Die Bereitschaft, die Waffenlieferungen einzudämmen, wird durch den Umstand erleichtert, daß die Empfängerländer am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs stehen und diese nicht mehr bezahlen können.

Die Sowjetunion hofft darauf, daß die Beilegung der Konflikte und die Sanierung der Wirtschaft dieser Länder die Voraussetzung dafür schafft, daß diese wenigstens einen Teil ihrer Schulden zurückzahlen können. Allein Angola schuldet der UdSSR 4 Mrd. Dollar.[11] Neben der Verbesserung der Beziehungen zu den USA hat sie daher auch ein erhebliches ökonomisches Interesse an der Beilegung der Konflikte in der Dritten Welt. Aber auch die Beziehungen zu den anderen Staaten der Dritten Welt bedürfen neuer Konzepte, um den künftigen ökonomischen Anforderungen gerecht zu werden. Nach dem Konzept des "sozialistisch orientierten Weges" wurde bisher der staatliche Sektor in den jungen Staaten immer weiter ausgebaut. Die Errichtung von Großbetrieben sollte die fehlende Arbeiterklasse schaffen. Dagegen wurde die Klein- und Individualproduktion diskriminiert und eingeschränkt. Heute wird dies in der UdSSR als Fehler erkannt. Deshalb soll künftig der genossenschaftliche Sektor gefördert und die lange Zeit ideologisch motivierte Hilfe zugunsten des staatlichen Sektors zurückgenommen werden. Vor allem aber muß künftig die Hilfe auf ihre Effektivität hin geprüft werden. Hier soll der Oberste Sowjet künftig eine neue Rolle spielen, indem er die Projekte der Regierung kritisch analysiert, genehmigt und eine Erfolgskontrolle durchführt. Bisher fehlt es jedoch noch an einem entsprechend qualifiziertem Ausschuß.

Ein neues Konzept der Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern wird sich an den Bedingungen der Perestroika in der Sowjetunion orientieren müssen. Dies gilt besonders für die veränderten Außenhandelsstrukturen. Bisher unterhielt ausschließlich das staatliche Außenhandelsministerium Beziehungen zum staatlichen Sektor der Partnerländer. Seit 1989 ist das Handelsmonopol jedoch praktisch abgeschafft. Die sowjetischen Betriebe und Kolchosen haben das Recht, selbständig und direkt mit ihren ausländischen Partnern in Beziehung zu treten. Die Wirtschaftsunternehmen wiederum dürfen die in Auslandsgeschäften verdienten Devisen zum großen Teil behalten. Die neue Freiheit birgt natürlich die Gefahr in sich, daß die sowjetischen Betriebe sich nunmehr vorzugsweise potente Partner im Westen suchen, modernes know how erlangen und harte Devisen erwirtschaften wollen.[12] Für die Entwicklungsländer endet damit der bisherige staatliche Handel auf Naturalbasis. Die politische Motivation des Außenhandels in der Vergangenheit und die hohen Deviseneinnahmen aus dem Verkauf sowjetischen Rohöls auf den Weltmärkten ermöglichten es der UdSSR Landeserzeugnisse als "Zahlungsmittel" zu akzeptieren.

Verbindlichkeiten anderer Staaten gegenüber der Sowjetunion (in Mill.Rubel)

Länder	Stand vom 1.11.1989
insgesamt	85845,6
darunter	
Kuba	15490,6
Mongolei	9542,7
Vietnam	9131,2
Indien	8907,5
Syrien	6742,6
Polen	4955,0
Afghanistan	3055,0
Äthiopien	2860,5
Angola	2028,9
Moçambique	808,6
China	6,2

Quelle: "Tschas Pik" (Zeitung der Leningrader Vereinigung des UdSSR-Journalistenverbandes), Nr. 1, 26. Februar 1990)

Die angestrebte Konvertierbarkeit des Rubels, die Schaffung eines offenen Binnenmarktes und die Orientierung auf den Weltmarkt und seine Preise durch die Politik der Perestroika wird zwangsläufig den Sonderbeziehungen zu den bisher bevorzugten sozialistisch orientierten Entwicklungsländern ein Ende bereiten. Darin liegt aber auch für diese eine Chance, zu neuen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion zu kommen. Die Öffnung des sowjetischen Marktes und seine Unterversorgung bietet neue Absatzchancen. Die Konvertierbarkeit des Rubels kann sich daher vor allem gegenüber der Dritten Welt günstig auswirken, da sie dann umgekehrt mit den Rubeln wieder auf dem sowjetischen Markt einkaufen kann.

Neue Weltwirtschaftsordnung

Ziel der Gorbatschow-Führung ist es, den sozialistischen Wirtschaftsraum der Weltwirtschaft zu öffnen und an die Weltmärkte anzuschließen. Davon erhofft man sich die nötigen Impulse an Kapital und Technologie für die eigene Entwicklung. Ein gesonderter sozialistischer Entwicklungsweg wird als überholt betrachtet. Die Weltwirtschaft wird von Gorbatschow als ein einheitliches Ganzes begriffen, dessen einzelne Elemente durch eine Vielzahl von Beziehungen miteinander verflochten sind und aufeinander einwirken. Daher unterstützt die Sowjetführung auch eine neue Weltwirtschaftsordnung, um die Regeln des Austausches gerechter zu gestalten. In diesem Sinne steht die UdSSR nach wie vor auf der Seite der Entwicklungsländer.

Allerdings bleiben ihr hierfür die nötigen Einflußmöglichkeiten vorläufig verschlossen. Sie gehört keinem der dominierenden Weltwirtschaftsgremien (IWF, Weltbank, GATT usw.) an. Bleibt ihr als Einflußmöglichkeit vorläufig lediglich die UNO. Die Gorbatschow-Führung ist daher bemüht, diesem Forum der Staaten der Weltgemeinschaft neues Gewicht und neue Rechte zu verschaffen.

Aber auch für die anderen Institutionen hat Moskau Aufnahmeanträge gestellt oder strebt den Beobachterstatus an. Für die Gorbatschow-Führung gibt es keine Alternative zur bedingungslosen Integration in die Weltwirtschaftmehr.

Lothar Jung

Sowjetunion und IWF

Als im September letzten Jahres der stellvertretende sowjetische Außenminister Waldimir Petrowski verlauteten ließ, daß die Sowjetunion beim Internationalen Währungsfond (IWF) den Aufnahmeantrag stellen will, war dies nicht mehr verwunderlich. Immerhin sind die (noch) Mitgliedsstaaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Polen, Rumänien und Ungarn längst Mitglied beim IWF. Und auch in der DDR wurde im letzten Jahr die Mitgliedschaft beim IWF diskutiert, was jetzt allerdings hinfällig ist.

Ausgehend von der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten der Welt formulierte in der Neuen Zeit (Moskau) Nr. 46/1988 Prof. Dr. Georgi Skortow ein strategisches und ein taktisches Ziel der Sowjetunion hinsichtlich eines Beitritts. Dabei geht es einerseits um "eine aktive Teilnahme an der Ausarbeitung und Verwirklichung der näher rückenden Reform des Devisen- und Finanzsystems" und andererseits um die Möglichkeit "zusätzliche Finanzmittel zu niedrigeren Zinssätzen als bei Anleihen von Privatbanken erhalten zu können". Die von ihm aufgeworfene Frage eines Beitritts oder Nicht-Beitritts war nur rethorischer Art. Seinen Kritikern widerlegte er gleich die zu erwartenden Argumente. So könne nicht die Beitragszahlung an den IWF als zusätzliche Last angesehen werden. Der Beitrag erfolgt schließlich zu drei Viertel in einheimischer Währung (und wenn die Sowjetunion von etwas genügend hat, dann sind dies Rubel) und zu einem Viertel in harten Devisen bzw. Gold, und die Sowjetunion hat erhebliche Goldreserven. Auch die Furcht vor einer vom IWF diktierten Politik setzt voraus, daß man bei der Höhe eines Kredits in harten Währungen mindestens ein Viertel seiner Quote (Einlagenhöhe) übersteigt. Ein weiteres Argument war die mit einem Beitritt verbundene Veröffentlichung bislang geheimgehaltener Daten. Inzwischen werden die statistischen Angaben in den einzelnen Bereichen (Militär, Goldreserven, Schulden etc.) von der sowjetischen Regierung bekanntgegeben. Schließlich scheint auch die Aufnahmebereitschaft des IWF größer als es beim GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) der Fall war, bei dem der Aufnahmeantrag der Sowjetunion vor Jahren abgelehnt wurde.

Der IWF ist schon 1982 in einer unveröffentlichten Studie zu dem Schluß gekommen, daß planwirtschaftliche Systeme und die Anpassungsempfehlungen des Fonds kompatibel sind (s. taz 1.11.89). Interessant wäre, welchen Status die Sowjetunion im Falle eines Beitritts einnehmen würde. Bei den Verhandlungen über die Gründung des IWF in Bretton Woods 1944 wurde die Sowjetunion auf den 3. Platz hinter den USA und Großbritannien gesetzt. Realistische Schätzungen von Wirtschaftsexperten sehen die Sowjetunion im Falle eines Beitritts heute eher auf Rang vier, zumindest aber unter den fünf wichtigsten Fondsmitgliedern. Dies hätte schon beachtliche Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Sowjetunion zur Folge, vorausgesetzt, sie würde auch noch die schon mehrmals angedeutete Konvertibilität des Rubels verwirklichen. Erst dann hätte sie einen festen Status in den Reihen des IWF. Ein Zeitraum von zehn Jahren sei dafür nötig, gab 1988 der stellvertretende Direktor des Europa-Instituts an der Akademie der Wissenschaften, Vladimir Senaev, zu Protokoll (s. Osteuropa Wirtschaft Nr. 4/1988).

Die sowjetische Bereitschaft, mit den westlichen Industriestaaten zusammenzuarbeiten, sich zu einem Großteil sogar auf ihre Bedingungen einzulassen, und schließlich auch das (zumindest langfristige) Interesse des Westens an einem Ausbau des Osthandels, dürfte die jetzigen Fondsmitglieder zu einer positiven Entscheidung bewegen.

Bei der Forderung nach einer radikalen Schuldenstreichung hat sich die Sowjetunion bislang reserviert verhalten. Und auch die Anpassungsprogramme finden Zustimmung in der Sowjetunion. So sagte der sowjetische Wirtschaftsexperte der Akademie der Wissenschaften, Sergej Schalatow, gegenüber der Londoner Zeitung Africa Analysis, April 1989: "Eine ganze Reihe von Elementen der Programme sind hilfreich. Ihre frühere negative Beurteilung in unserer Presse war etwas fehlgeleitet. (...) Selbst die Teile der Anpassung, die, wie der Abbau der Lebensmittelsubventionen, offensichtlich enorme soziale Kosten verursachen, sind für die wirtschaftliche Erholung unverzichtbar." Die hohe Inflation (nach Schätzung 10 % im Jahr 1989), die anhaltend defizitäre Leistungsbilanz und eine steigende Bruttoverschuldung (1987: 39,0 Mrd. $, 1988: 42,0 Mrd, $, 1989: 54,0 Mrd. $ (für 1989 geschätzt), nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung) sowie die innenpolitischen Unruhen werden vermutlich einen Beitritt der Sowjetunion forcieren.

uju

Anmerkungen

1 Novoe Vremija Nr. 18/1990, S. 33
2 Lenin, W.I.: Lieber weniger aber besser, in: Werke Bd. 33, S. 218.
3 In: Literaturnaja Gazeta vom 18. Mai 1988, S. 13/14.
4 Prawda 5. November 1987.
5 Vgl. dazu: Jung, Lothar: Wir haben begonnen umzudenken - Michail Gorbatschows Reformkonzept für die UdSSR, Köln 1987, S. 191ff.
6 Nersessjanz, N.: Kapitalismus, Sozialismus, Postsozialismus, in: Novoe Vremija Nr. 12/1990, S. 36-38.
7 Novoe Vremija Nr. 18/1990, S. 33.
8 Ebenda.
9 Ebenda.
10 Novoe Vremija Nr. 16/1990, S. 16.
11 Ebenda.
12 Popow, Juri: Von welchen Blüten soll man Nektar saugen, in: Neue Zeit Nr. 11/1990, S. 24-26.

Joint Ventures im Kommen

Wirtschaftsbeziehungen Indien - Sowjetunion

Indien ist für die Sowjetunion nach wie vor ein wichtiger Handelspartner. Seit 1955 stellt die Sowjetunion Kredite und technische Hilfe für den Subkontinent bereit. Im Zuge der sowjetischen Selbstkritik an den Wirtschaftsbeziehungen werden die neuen Konzepte gerade gegenüber Indien berücksichtigt. Für die Zukunft bedeutet das eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, Einrichtung von Joint-Venture-Unternehmen und Ausweitung der Kredithilfen.

Das „neue Denken" hat Folgen auch für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den Entwicklungsländern. Angesichts der eigenen ökonomischen Krise sollen Finanzhilfen eingespart und/oder effizienter im sowjetischen Interesse eingesetzt werden. Im Zuge der Außenwirtschaftsreformen werden neue Formen der Zusammenarbeit angewandt. Besonderes Interesse hat die sowjetische Führung daran, die verlustbringenden Beziehungen mit den sozialistischen Entwicklungsländern zu reduzieren und eine verstärkte Arbeitsteilung mit den industriell weiterentwickelten Ländern anzustreben.
Um welche neuen Formen der Zusammenarbeit es dabei geht, und was sich die UdSSR davon verspricht, zeigen deutlich die Veränderungen, die gegenwärtig zwischen der UdSSR und Indien vor sich gehen. Die südasiatische Großmacht ist schon seit Mitte der 50er Jahre ein bevorzugter Partner Moskaus, und der größte Handelspartner unter den nicht-sozialistischen Entwicklungsländern. Und da die politischen Beziehungen zwischen beiden Seiten über die Jahre hinweg stabil waren, gibt es dort heute kaum politische Hemmnisse zur Einführung neuer Methoden der Zusammenarbeit.
Indien war schon in früheren Jahren ein Sonderfall der sowjetischen Außenwirtschaftspolitik. „Überraschenderweise .. erwies sich die sowjetische Unterstützung am effektivsten in den Ländern, die einem kapitalistischen Weg folgten, wie Indien"[1], und nicht in denen, die einen schnellen Durchbruch zum Sozialismus anstrebten. Die negativsten Folgen der sowjetischen Entwicklungshilfe finden sich dann auch eher in Vietnam oder Äthiopien (z.B. bezüglich der Verschuldung), als in Indien. Dennoch haben auch Moskau und Neu Delhi die bisherige Zusammenarbeit überprüft.

Als sich Moskau 1955 bereit erklärte, die indische Industrialisierungsstrategie zu unterstützen, die im übrigen viel Ähnlichkeiten mit der sowjetischen aufwies, wurde über Probleme kaum nachgedacht. Die Sowjetunion stellte umfangreiche Kredite zur Verfügung. Und obwohl nur ca. 10 Prozent der von Indien erhaltenen Hilfskredite aus der UdSSR stammten, gewann Moskau ein weit über das finanzielle Engagement hinausgehendes Vertrauen. Der Kreml war nämlich bereit, auch solche Projekte zu fördern, bei denen sich der Westen verweigerte (z.B. beim Bau des Stahlwerks von Bhilai oder bei der Erdölindustrie).
Bis Mitte der 80er Jahre hatte die Sowjetunion Indien Hilfe beim Bau von über 70 großen Industrieunternehmen gewährt oder angeboten. Diese Unternehmen produzierten 80 Prozent der metallurgischen Ausrüstungen Indiens, über 50 Prozent seiner Ölproduktion, 30 Prozent der Ölverarbeitung und 30 Prozent der Stahlproduktion des Landes.[2]

Aber es war nicht alles Gold was glänzte. Zwar bildeten die von der Sowjetunion gewährten Kredite eine gute Grundlage für die Entwicklung des indisch-sowjetischen Außenhandels (die Sowjetunion wurde zu einem der wichtigsten Exportländer Indiens), sie verdeckten aber gleichzeitig die sich in den 60er Jahren entwickelnden Probleme. Von 1964 bis 1973 nahmen die sowjetischen Exporte nach Indien beständig ab. Was aber noch schwerer wog: die Ölexporte stiegen ab 1973 in Menge und Wert unaufhaltsam an und erreichten 1982/83 einen Anteil von fast 80 Prozent an den sowjetischen Gesamtexporten. Die Ausfuhr von Maschinen und Ausrüstungen war auf 10 Prozent gesunken. Die UdSSR war auf dem Weg, zu einem Rohstofflieferanten Indiens zu werden.
Der Schock kam 1986. Bedingt durch den weltweiten Verfall der Ölpreise erlebten die sowjetischen Exporte nach Indien einen dramatischen Einbruch. Sie fielen um fast 40 Prozent, von 1,57 Mrd. auf 957 Mio. Rubel. Dieser Rückgang konnte bis heute nicht wettgemacht werden. Und da im Handel zwischen beiden Länder ein jährlicher Ausgleich der Handelsbilanz angestrebt wird, sanken auch die indischen Exporte in die UdSSR, und zwar von 1,5 auf 1,2 Mrd. Rubel.

An indischen Bedürfnissen vorbei

Für diese negative Entwicklung gibt es eine Reihe von Ursachen. Als Grundproblem stellte sich auch in Indien heraus, daß die Zusammenarbeit fast ausschließlich auf den staatlichen Sektor konzentriert war und nach wie vor ist. Dieser umfaßt zwar einige Schlüsselbereiche der indischen Ökonomie, produziert aber nur ein Viertel des Nettosozialprodukts. 75 Prozent entstammen dem Privatsektor. Dennoch gingen nahezu 100 Prozent der bereitgestellten Kredite und über 90 Prozent der sowjetischen Exporte in den staatlichen Sektor. Die Bedeutung des privaten Sektors spiegelt sich auch darin wieder, daß fast 70 Prozent der indischen Exporte in die UdSSR vom Privatsektor getätigt werden. Diese finanzieren also im wesentlichen die staatlichen Importe aus der UdSSR.
Der Grund für diese Prioritätensetzung war nicht nur, daß es für den planwirtschaftlichen Apparat in der Sowjetunion einfacher ist, mit dem indischen Staatsapparat statt mit indischen Privatkapitalisten Austausch zu betreiben. Die Konzentration auf den staatlichen Sektor entsprach gleichzeitig einer ideologischen Konzeption, die den „Staat als Motor der Entwicklung" und einen starken staatlichen Sektor als „Garanten des Fortschritts" betrachtete.
Als Hemmnis hat sich auch die Größe der von der UdSSR lieferbaren Projekte her-

ausgestellt, die selbst für den indischen Markt zu groß sind. Probleme bei der Kapazitätsauslastung waren die Folge. Zwar können einige dieser Anlagen noch von großen Staatsbetrieben eingesetzt werden, nicht jedoch aber vom indischen Privatsektor, der zum größten Teil aus Klein- und Mittelbetrieben besteht. So erklärte V. P. Lakhtin, stellvertretender Vorsitzender von der sowjetischen Planungsbehörde GOSPLAN einem indischen Bericht zu Folge, daß das Problem auf der sowjetischen Seite sei, daß die meisten ihrer Fabriken von sehr großem Zuschnitt wären und daß ihre Kenntnisse über Mittel- und Kleinanlagen nur gering seien. Er erwähnte, daß, während die UdSSR einen großangelegten Transfer ihrer Technologie nach Indien wünschte, sie einige Schwierigkeiten bekommen könnte, kleinere Projekte für den indischen Privatsektor ausfindig zu machen."[3]

Die genannten Punkte verweisen auf grundlegende Probleme. Die ideologisch begründete vorrangige Förderung von Exporten für industrielle Großprojekte im staatlichen Sektor entspricht nicht den Bedürfnissen der indischen Seite. Im Rahmen der indischen Entwicklungsstrategie sind Produkte für den privaten Sektor in kleiner und mittlerer Größe und für die Landwirtschaft gefragt. So hat sich nach Einschätzung sowjetischer Experten eine „Nichtübereinstimmung zwischen der Struktur der wirtschaftlichen und technischen Unterstützung der UdSSR und der Entwicklungsstrategie der diese Unterstützung erhaltenden Länder"[4] entwickelt.

Unzuverlässig und teuer

Ein weiteres großes Problemfeld, das sich in der Praxis der vergangenen Jahre herauskristallisiert hat, läßt sich unter dem Stichwort „Kommunikationsproblem" subsumieren. Der Informationsfluß über die sowjetischen Produkte wird von indischer Seite als schlecht betrachtet. Informationen über Produkte liegen nur unzureichend vor, Anfragen indischer Firmen werden durch die sowjetischen Außenhandelsorganisationen weniger prompt als von den westlichen Konkurrenten beantwortet. Dieses „Kommunikationsproblem" verweist auf die geringe Bedeutung, die in der Sowjetunion bisher dem Außenhandel beigemessen wurde. Zielgerichtetes Marketing fand nicht statt. Gering waren die Fähigkeiten der sowjetischen Organisationen, maßgeschneiderte technische Lösungen zu liefern und Gesamtlösungen aus einer Hand zu verkaufen.

Große Probleme bestehen auch beim Technologie-Transfer von der UdSSR nach Indien. Zum einen zeigte sich die Sowjetunion in der Vergangenheit nicht bereit oder in der Lage, Technologietransfer vorzunehmen, der nicht an den Verkauf von gesamten Anlagen gekoppelt ist.

Hinzu kommen Probleme beim stattfindenden Technologie-Transfer. Gegenüber westlichen Firmen, die ihren indischen Partnern einen kontinuierlichen Zugang zu weiterentwickelten Technologien anbieten, beziehen sich sowjetische Angebote auf einmalige Projekte, die relativ schnell veralten. Auch werden die von der UdSSR eingeräumten finanziellen Konditionen für den Technologie-Transfer von indischer Seite als schlecht betrachtet. Im Vergleich zur westlichen Technologie seien die Gebühren zu hoch und die sowjetische Seite verlange, daß der Rechnungsbetrag auf einmal bezahlt wird, während im Handel mit westlichen Unternehmen Tantiemen als prozentualer Anteil der jährlichen Verkäufe in zehn oder mehr Raten bezahlt werden können.[5]

Nicht zuletzt gelten die ungenügende Versorgung mit Ersatzteilen und andere Formen der Betreuung nach dem Verkauf (z.B. Wartung) durch die sowjetischen Außenhandelsorganisationen als unzureichend und deshalb als mangelhaft.

Alle diese Probleme verstärkten die Westorientierung der indischen Wirtschaft. Und selbst mit sowjetischer Hilfe errichtete indische Staatsfirmen wurden in den letzten Jahren mit westlicher Hilfe modernisiert. Dies trifft insbesondere auf die „Bharat Heavy Electrical Limited" (BHEL) zu, die vor allem Anlagen zur Elektrizitätsgewinnung produziert.

Kritik sowjetischer Entwicklungshilfe aus sowjetischer Sicht

■ Produktionsanlagen seien vielfach ohne technische Lösungen, die den örtlichen Bedingungen entsprächen, gebaut worden und zudem sei ein großer Teil der gelieferten Technik für die Tropen ungeeignet gewesen. Geringe Anstrengungen seien unternommen worden, um diese Probleme zu lösen. Exemplarisch das Beispiel von Alexej Kuprijanov: "Uns ist längst bekannt, daß die Moskitos eine Schwäche für unser Schmieröl und unsere Isolationsmaterialien haben und diese in einer Nacht vernichten können, dennoch konnten wir dieses Problem bis heute nicht lösen."

■ Häufig seien Terminpläne nicht eingehalten und Lieferfristen überschritten worden. Zwischen 1981 und 1985 seien z.B. entgegen gemachter Zusagen, in Vietnam über 100 und in der Mongolei und in Kuba einige Dutzend Projekte nicht termingerecht fertiggestellt worden.

■ Die Fristen zwischen Planung, Baubeginn und Inbetriebnahme seien häufig zu lang, was dazu führte, daß die angewandte Technik schon bei Inbetriebnahme veraltet war.

■ Schwierigkeiten in der Ersatzteilversorgung hätten den Betrieb der Anlagen behindert.

■ Nicht immer seien genügend qualifizierte sowjetische Spezialisten entsandt worden.

■ Beim Bau von Produktionskapazitäten seien die infrastrukturellen Voraussetzungen (z.B. die Versorgung mit Brennstoffen, Energie, Rohstoffen, Materialien und Transportmitteln) sowie die Nachfragesituation nicht genügend berücksichtigt worden. So ist z.B. in Vietnam eine Fabrik zur Herstellung galvanischer Elemente errichtet worden. Diese sollte Rohstoffe nutzen, die jedoch weder in Vietnam noch in der Sowjetunion vorhanden sind.

■ Als Folge dieser Mängel arbeiten eine große Zahl von, mit sowjetischer Hilfe errichteten, Unternehmen nicht mit voller Kapazitätsauslastung. In der Mongolischen Volksrepublik hätten z.B. 1985 zwei Drittel aller Unternehmen ihre volle Kapazität nicht erreicht. 20 % aller Unternehmen waren nicht einmal mit 70 % ihrer Kapazität ausgelastet.

Klaus Fritsche
(Zusammengestellt aus sowjetischen Publikationen)

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor

Aber beide Seiten haben politisches und wirtschaftliches Interesse an der Überwindung dieser Schwierigkeiten. Eine neue Im- und Exportpolitik trat am 1.4.1988 in Kraft. Auch Neu Delhi mißt den Außenwirtschaftsbeziehungen heute eine größere Bedeutung für das binnenwirtschaftliche Wachstum bei. Indische Unternehmen befinden sich deshalb auf der Suche nach neuen Absatzmärkten. Auch hoffen indische Experten mit Hilfe von Importen aus der UdSSR, die in der indischen Währung und nicht in Dollars oder DM bezahlt werden müssen, der drohenden Schuldenfalle zu entgehen.[6] Bei Beibehaltung der Importmengen könnten die Devisenausgaben auf diesem Wege reduziert werden.

Für die Sowjetunion stellt Indien bei der angestrebten Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung einen wichtigen Absatzmarkt dar. Gleichzeitig ist Indien nach wie vor eine bedeutende Quelle für den Bezug von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Konsumgütern. Nicht zuletzt hoffen sowjetische Experten darauf, daß Indien für die UdSSR ein wichtiges Tor in den Weltmarkt werden kann.

Experten beider Seiten sind sich jedoch einig, daß mit dem heute noch vorherrschenden „reinen Handelsaustausch" das Ziel der Erweiterung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen nicht erreicht werden kann. Angestrebt wird eine verstärkte Zusammenarbeit sowjetischer und indischer Betriebe in verschiedenen arbeitsteiligen Formen. Allen Vorschlägen ist dabei gemeinsam, daß sie von einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen sowjetischen Firmen und denen des indischen Privatsektors ausgehen. Dies kann als ein Schlüsselelement der Umorientierung in der Zusammenarbeit betrachtet werden.

Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit wird dabei in der Konversion, d.h. der Verarbeitung von Vorprodukten mit anschließendem Reexport der Fertigwaren gesehen. So hat die UdSSR kürzlich angeboten, Rohfelle zu liefern und sie als Leder und Lederprodukte zurückzukaufen. Als eine

„höhere Form" wird die „Produktionskooperation auf der Grundlage der Spezialisierung" betrachtet. In diesem Fall werden verschiedene Vorprodukte zu einem neuen, höherwertigen Produkt zusammengefügt. Und nicht zuletzt hat der Gedanke von Joint Ventures auch in den indisch-sowjetischen Beziehungen Hochkonjunktur.

Und in Zukunft?

Im Sinne der klassischen Außenhandelstheorie soll Grundlage dieser Zusammenarbeit die jeweilige „natürliche Faktorausstattung" der beteiligten Länder in bezug auf Rohstoffe, Energieversorgung und technologisches Potential sein. Gedacht wird dabei zum einen an die Ausnutzung des indischen Potentials an billigen Arbeitskräften. Laut Prof. G.K. Shirokov, stellvertretender Direktor des Orient-Institutes der Akademie der Wissenschaften, könnten „für die Produktion sorgfältig ausgewählter Waren .. gewisse arbeitsintensive Tätigkeiten in Indien durchgeführt werden, während die damit verbundenen Kapital- und Maschineneinsatz erfordernden Tätigkeiten in der Sowjetunion verrichtet werden könnten."[7] Diskutiert wird auch die „Nutzung" indischer Arbeitskräfte in den zentalasiatischen Republiken der Sowjetunion wie bei der Mitarbeit an sowjetischen Projekten in dritten Ländern.
Indien wird aber zunehmend auch als möglicher Lieferant von höher entwickelten Industriegütern betrachtet, „angefangen bei Erzeugnissen aus dem Anfangsstadium der industriellen Entwicklung (Textilerzeugnisse, Konfektionswaren, Spielzeug, Sportartikel, Leder- und Schuhwaren, Eisenmetalle) über Waren der sogenannten mittleren Kategorie (Heimelektronik — Rundfunkempfänger, Fernsehgeräte, Tonbandgeräte — und auch Kraftfahrzeuge, Schiffe) bis hin zu modernen Erzeugnissen der Mikroelektronik". Entsprechend nimmt das sowjetische Interesse auch an der Produktionskooperation mit Zweigen der weiterverarbeitenden Industrie zu, vor allem auch mit den Unternehmen, die mit westlicher Technologie arbeiten.
Wie in der Zusammenarbeit mit dem Westen mißt die sowjetische Seite auch in der Zusammenarbeit mit Indien den Joint Ventures eine Schlüsselrolle zu. Der Besuch Gorbatschows im November 1986, während dem die erste Rahmenvereinbarung zur Gründung von sechs Joint Ventures unterzeichnet wurde, öffnete die Schleusen. Allein 1989 wurden Verhandlungen über 100 Joint Ventures geführt, von denen die eine Hälfte in der UdSSR, die andere in Indien realisiert werden soll. Es handelte sich dabei um kleine bis mittelgroße Projekte. Im Durchschnitt belief sich der sowjetische Anteil auf 200 — 300 Tsd. Rubel, in einigen Fällen auf 3 Mio. Rubel (bei dem offiziellen Wechselkurs 1 Rubel= 3 DM entspricht dies 600 bis 900 Tsd. DM bzw. 9 Mio DM). Die Verteilung der Anteile ist dabei unterschiedlich geregelt. Am häufigsten ist eine 60:40 Regelung zu finden, wobei das „Gastland" den höheren Anteil trägt. In einigen Fällen halten der indische und der sowjetische Partner jeweils 26 Prozent, die restlichen 48 Prozent werden in Form von Aktienkapital aufgebracht. Um in diesem Fall mögliche Probleme bei der Leitung des Unternehmens auszuschließen, sieht der Gesellschaftsvertrag die Bildung eines Leitungsausschusses vor, der alle grundsätzlichen Fragen entscheiden soll. Beschlüsse müssen dabei einmütig gefaßt werden.
Die Palette der angestrebten Abkommen ist groß und erfaßt nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Im Gegensatz zur früheren Strategie der Zusammenarbeit sollen solche Unternehmen auch für den Export produzieren. Dies gilt auch für angestrebte Projekte im Agrarbereich. Geplant sind Gemeinschaftsunternehmen aber nicht nur in Indien und der UdSSR, sondern auch in anderen Entwicklungsländern. Am weitesten sind dabei die Überlegungen gediehen, ein Joint Venture für die Produktion von Phosphorsäure zu errichten.

Jede Menge Kredite

Aber diese neuen Formen der Zusammenarbeit entwickeln sich nur langsam. Die im gegenwärtigen Zustand der sowjetischen Wirtschaft auf staatlicher und betrieblicher Ebene liegenden Hemmnisse sind groß. Die Produktivität vieler sowjetischer Betriebe ist noch gering. Immer noch stehen einer Verstärkung des Außenhandels mangelndes Interesse der sowjetischen Betriebe und institutionelle Hindernisse entgegen. Da schnelle Erfolge im sowjetischen Reformprozeß nicht zu erwarten sind, sind auch alle Hoffnungen, über die neuen Formen der Zusammenarbeit kurzfristig eine stabilere Wirtschaftskooperation zu erreichen, Wunschträume.



Der sowjetische Staatsgast umgeben von indischen Ehrenoffizieren

Nach wie vor kommt deshalb der Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene eine Schlüsselrolle zu. Seit 1985 wurden eine große Zahl von Abkommen über die „Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik" unterzeichnet. Besondere Bedeutung kommt dabei dem im Juli 1987 unterzeichneten Programm über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu. Dieses Abkommen sieht nicht nur einen gemeinsamen Fond zur Finanzierung von Forschungsarbeiten vor (Elektronik, Immunologie, Laser, Raumfahrt etc.), sondern zum ersten Mal auch die Schaffung gemeinsamer Forschungszentren und —laboratorien. Ein ähnliches Abkommen wurde auch mit der „Confederation of Indian Engineering Industry", einer Organisation des privaten Sektors, abgeschlossen.
Bestandteil dieser Abkommen sind umfangreiche Kredite an Indien zur Finanzierung von Großprojekten. Angesichts des indischen Finanzmangels ist dies der einzige Weg, um die Exporte insbesondere an Maschinen und Ausrüstungsgegenständen zu erhöhen. Und hier hat Moskau nicht gekleckert, sondern geklotzt. Seit 1985 wurden 5,7 Mrd. Rubel (18 Mrd. DM nach offiziellem Wechselkurs) als Kredit zur Verfügung gestellt. Diese Summe ist weit höher als die Gesamtsumme der von 1955 bis 1985 bewilligten Kredite. Und nicht zuletzt wurden diese Kredite zu günstigsten Konditionen gewährt: 2,5 Prozent Zinsen, drei zahlungsfreie Jahre, rückzahlbar nach 17 Jahren. Erstmalig hat die Sowjetunion 1988 auch einen Kredit in Höhe von 200 Mio. Rubel, und Anfang 1989 von 1 Mrd. Rubel für indische Privatfirmen eingeräumt.

Indien — eine Ausnahme?

Trotz aller Probleme waren die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR für Indien nicht nachteilig. Finanziell haben in den letzten Jahren sogar die Vorteile überwogen. Da der gegenseitige Außenhandel nicht in Dollar, sondern in der indischen Währung (Rupee) abgerechnet wird (sog. Clearing), konnte Indien seine steigenden Ölimporte statt mit Devisen mit z.T. nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen indischen Produkten bezahlen.
Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß heute insbesondere sowjetische Experten das Clearing kritisieren und den Übergang zur Abrechnung des Außenhandels in Devisen fordern. Ähnliche Forderungen werden auch in Indien erhoben. Dort kommen diese Forderungen aber vor allem aus dem relativ kleinen Teil der Wirtschaft, deren Produkte auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig sind.
Vorläufig ist das Clearing-Abkommen jedoch bis zum Jahre 2000 verlängert worden. Modifikationen, die sich aus der zu-

nehmenden Zahl von Direktbeziehungen zwischen indischen und sowjetischen Unternehmen ergeben (unter Umgehung des Staates), haben jedoch bereits zu ersten Aufweichungen geführt. Weitere Veränderungen sind auch zukünftig zu erwarten. Denn es ist offensichtlich, daß Moskau Formen der Zusammenarbeit wünscht, die „zumindestens mit den akzeptierten Geschäftspraktiken übereinstimmen müssen, die sich zwischen den industrialisierten kapitalistischen Staaten und den Dritte-Welt-Ländern seit Ende des 2. Weltkrieges entwickelt haben".[8]

Diese Entwicklung wird zumindestens die Teile der indischen Wirtschaft vor Anpassungsprobleme stellen, die in der Vergangenheit die Nische des sowjetischen Marktes nutzen konnte, um ihre auf dem Weltmarkt nicht absetzbaren Produkte zu verkaufen. Den sich aus dieser Entwicklung ergebenden Innovations- und Anpassungsdruck werden viele indische Unternehmen nicht bestehen. Schon jetzt können eine Reihe indischer Firmen, wenn überhaupt, selbst auf den sowjetischen Märkten nur noch mit Schwierigkeiten mit Anbietern aus anderen Entwicklungsländern mithalten. Die Beschwerden der sowjetischen Außenhandelsorganisationen über die mangelnde Qualität vieler indischer Waren häufen sich.

Indien wird aber dennoch in absehbarer Zukunft eine gewisse Sonderrolle für die UdSSR spielen. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die umfangreichen Kredite, die Neu Delhi zugesagt bekommen hat und die Moskau so schnell nicht anderen Länder einräumen kann und wird. Indien ist nicht nur ein wichtiger politischer Verbündeter, sondern wird zunehmend auch als wirtschaftliches Tor in den Weltmarkt betrachtet.

Klaus Fritsche

Anmerkungen

Vgl. zu diesem Thema ausführlicher meine Studie „Indien und UdSSR: Perestrojka der Wirtschaftskooperation. Köln 1990. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 21-1990".

1 Alexei Kiva: Developing Countries, Socialism, Capitalism. in: International Affairs. Moskau. (März 1989)3. S. 58
2 M. S. N. Menon/V. P. Morozov: Indo-Soviet trade and economic ties. New Delhi 1986, S. 16
3 India-USSR Chamber of Commerce & Industry Newsletter. New Delhi. 1(December 1986)3. S.5
4 L. Z. Zevin: Nekotorye voprosy ekonomceskogo sotrudnicestva SSSR s razvivajuscimisja stranami [Einige Fragen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der UdSSR mit den Entwicklungsländern]. in: Mirovaja Ekonomika i Mezdunarodnyi Otnosenija. Moskau. (März 1988)3. S.46
5 India-USSR Chamber of Commerce & Industry Newsletter. New Delhi. 1(December 1986)3. S.15. Vgl. Anhang 4 dieser Arbeit.
6 Zur indischen Verschuldung siehe W. Varghese/S. K. Verghese: India's mounting external debt and servicing burden. in: Economic and Political Weekly. Bombay. (26.11.88). S. 2537-2544
7 India-USSR Chamber of Commerce and Industry Newsletter. New Delhi. 1(March 1987)6. S.15. Den Konversionsgeschäften liegt eben dieses Prinzip zugrunde.
8 Nikolai Volkov: Cooperation with the Third World. in: International Affairs. Moskau. (September 1989)9. S. 103

Vietnam: Abnabelung von der sowjetischen Hilfe

Bei den vietnamesisch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen im Januar und Februar über die Finanzierung des Fünfjahresplans 1991-95 wurde die Hilfe der UdSSR in allen Bereichen um etwa 15-20 % gekürzt. Die Wirtschaftshilfe der UdSSR für den laufenden Fünfjahresplan bis Ende 1990 beträgt umgerechnet 14,5 Mrd. US-$. Die Hilfe aus den anderen Staaten des Ostblocks wird auf 20-30 % der sowjetischen Hilfe geschätzt. Die jährliche Kürzung um etwa 500 Mio. US-$ bedeutet eine erhebliche Belastung der Wirtschaft beim Versuch,die Inflation unter Kontrolle zu bringen, die Reisproduktion zu steigern und die Exporte zu erhöhen. Bereits für 1990 wurde die Hilfe für Treibstoffe, Baumwolle, Zement und Stahl um 20 % gekürzt.

Die Wirtschaftshilfe der UdSSR für Kambodscha betrug 1987 180 Mio. US-$, für Laos 125 Mio. US-$. Dafür sind keine Kürzungen vorgesehen.

Seit dem sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrag von 1978 wurden 250 Großprojekte, wie Produktionsstätten und Staudämme, von der UdSSR gefördert. Der Außenhandel wird zu 2/3 mit der UdSSR abgewickelt. In den vergangenen zehn Jahren bezog Vietnam fast den gesamten Bedarf an Treibstoffen aus der UdSSR, 2/3 des Kunstdüngers und an Zement und 40 % an Stahl. Die Verschuldung bei der UdSSR beträgt umgerechnet 16 Mrd. US-$ (bei westlichen Ländern 2 Mrd. US-$ und beim IWF 130 Mio. US-$).

Die Diversifizierung der Außenbeziehungen und die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den ASEAN-Staaten, Japan und westlichen Industrieländern ist bisher nicht gelungen und an der Isolationspolitik der USA seit 1975 und dem Embargo der Industrieländer seit der Invasion nach Kambodscha Ende 1978 gescheitert. Italien hat als erstes Land der EG im letzten Dezember ein Abkommen über bilaterale Wirtschaftshilfe und wissenschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen.

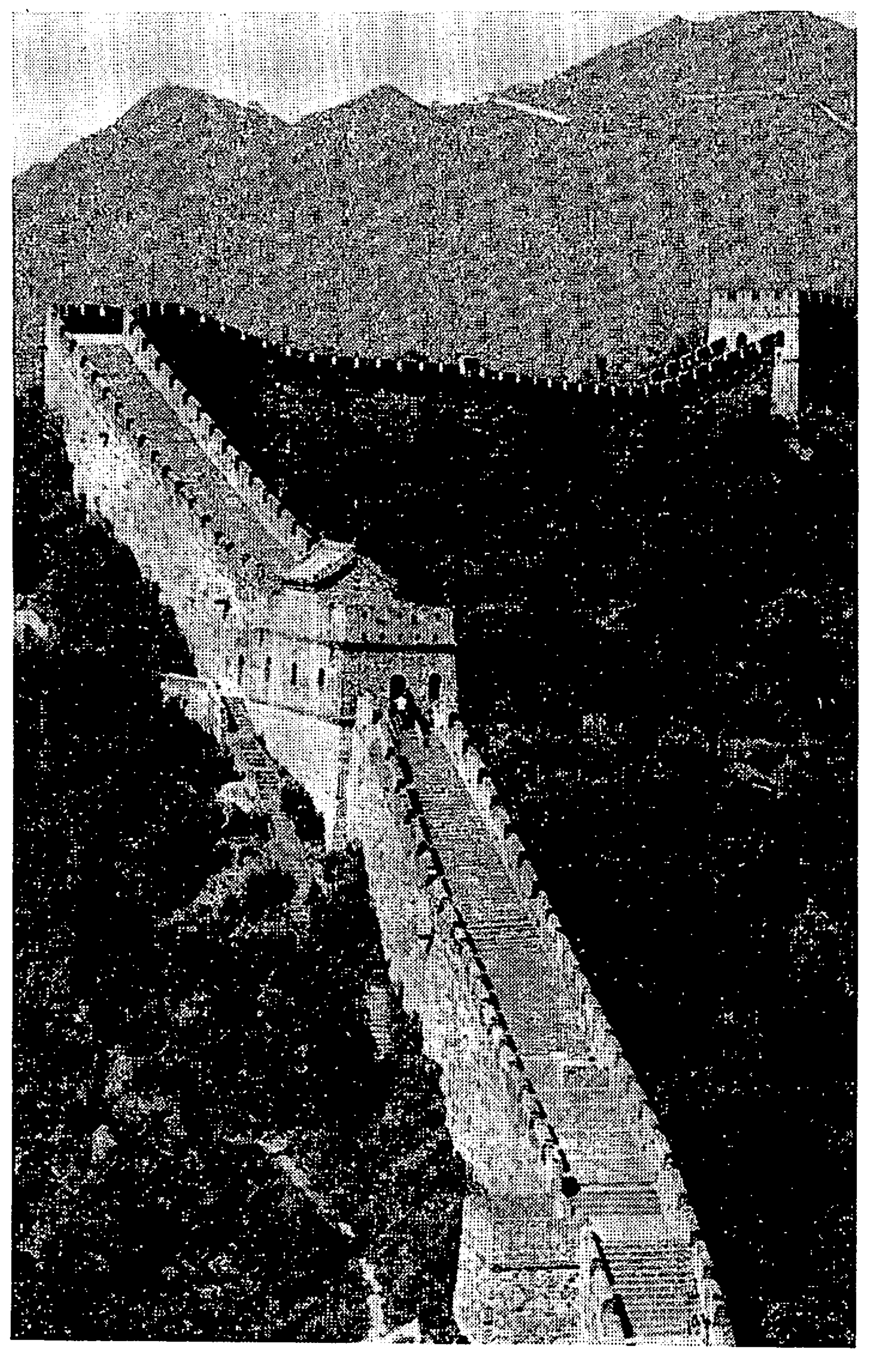
Die sowjetischen Delegierten der Wirtschaftsverhandlungen kritisierten die ineffiziente Zusammenarbeit Vietnams mit der UdSSR: "Bisher haben wir Geld gezahlt, ohne die Vietnamesen zu fragen, wofür sie es ausgeben. Aber das nützt nicht der Entwicklung und führt zu Stagnation. Wir streben jetzt eine neue Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen an." Die neue Grundlage heißt Konkurrenz und Preise zu Weltmarktbedingungen. Die Vorzugspreise für sowjetische Waren werden gestrichen. Und Geschäfte werden nur abgeschlossen, wenn sie sich lohnen. Bisher ist Vietnam nur zu 70 % den vereinbarten Exporten aus den sog. Kompensationsgeschäften mit der UdSSR nachgekommen.

Auch Polen und Ungarn wollen ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam reformieren. Polen hat z. Bsp. in den letzten Jahren Waren im Wert von 112 Mio. US-$ jährlich eingeführt, jedoch nur für 32 Mio. US-$ jährlich nach Vietnam exportiert. Polen sucht für die ineffizient arbeitenden Großprojekte aus den sechziger und siebziger Jahren Beteiligungen aus dem Westen, wie für die von Polen aufgebaute Schifftswerft in der Ha Long Bay und die Fabrik für Eisenbahnwaggons in Hanoi.

(aus: Südostasien Informationen 1/90)

Fällt die chinesische Mauer?

China und die Sowjetunion auf dem Weg zur Annäherung



Gorbatschow besuchte im letzten Jahr Peking.Er wollte damit einen Schlußstrich unter die Konflikte und Spannungen ziehen, die seit Ende der 50er Jahre die Beziehungen zwischen den beiden Mächten bestimmten. Die Protestbewegung in Peking zu jener Zeit ließ dieses Ereignis eher in den Hintergrund treten. Der jüngste Besuch Li Pengs in Moskau spielte sich vor einem ganz neuen Hintergrund ab: Peking fühlt sich nun nicht mehr militärisch, sondern ideologisch von der Sowjetunion eingekreist und bedroht: Die chinesische Führung macht nämlich Moskau für die Entwicklung in Osteuropa und das „Chaos" in der Welt verantwortlich. Überdies wurde Li in Moskau von Demonstranten gegen das Massaker im letzten Jahr „begrüßt".

Nordasien war in der langen Geschichte Chinas eine Region, aus der Steppenvölker das chinesische Reich angriffen oder eroberten. Anders als der Ost- und Westteil entbehrte der Norden natürlicher Grenzen. Der Sinologe Wolfgang Bauer hat darauf hingewiesen, daß dieser Bedrohungsfaktor auch heute noch psychologisch nachwirkt.[1]
Für die Russen kam die historische Bedrohung aus dem Osten: Mongolen und Tataren. Das Trauma dieser grausamen Herrschaft lebt bis heute als „asiatische Bedrohung" in der russischen Psyche fort.
Erste Berührungspunkte zwischen Russen und Chinesen sind ab dem 15. Jh. bekannt. Doch erst mit der Expansion Rußlands nach Südosten und Osten kam es zu häufigeren Kontakten, zum Teil auch zu militäri-

schen Konflikten. Dabei war das russische Interesse von Anfang an auf Expansion ausgerichtet. So lautete eine Anweisung des Zaren Michael (1613-45) an seine Statthalter: „Wo liegt China? Ist es reich? Welche Ansprüche können wir erheben?" Sibirien und große Teile Zentralasiens, bis dahin Einflußgebiet Chinas, kamen im 17. und 18. Jh. unter russische Herrschaft. Unter Ausnutzung der Schwäche Chinas nach dem Krieg gegen Frankreich und England 1857-60 annektierte Rußland durch die Verträge von Aigun und Peking zwischen 1858 und 1860 400.000 Quadratmeilen am Amur und an der Ostküste Sibiriens. In Zentralasien wurde zwischen 1864 und 1884 der Westteil Turkestans (heute die zentralasiatischen Sowjetrepubliken) einverleibt. Durch diese „ungleichen Verträge" erzielte das russische Reich Landgewinne von ca. 1,5 Mio. qkm.
Rußland war durch diese Annexionen zum Land mit dem größten Territorialgewinn auf Kosten Chinas und zur größten Kolonialmacht in Asien geworden. Heinzig weist darauf hin, daß der Begriff des Kolonialismus sich in der Regel auf den maritimen Kolonialismus beziehe. Da der „Unterwerfungscharakter des Gebietserwerbs" bei „kontinentalem" und „maritimem" Kolonialismus identisch sei, sei eine Unterscheidung nicht angebracht.[2]

Stalins China-Politik

Nach Gründung der Sowjetunion proklamierte die Sowjetregierung die Aufhebung der oben erwähnten „ungleichen Verträge" und die Rückgabe der betreffenden Gebiete an China. Da China damals in verschiedene Warlordtümer zerfallen war, fehlte eine Zentralregierung, mit der die Rückgabemodalitäten hätten vereinbart werden können. Allein die erwähnte Proklamation fand ein starkes Echo in China, besonders im Kontrast zum Verhalten der Westmächte, die im Versailler Vertrag die ehemalige deutsche Kolonie Qingdao (Tsingtau) nicht an China zurückgaben, sondern den Japanern übertrugen.
Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution entstand die KP Chinas, die sich mit sowjetischer Unterstützung in den 20er Jahren gemäß der sowjetischen marxistisch-leninistischen Doktrin entwickelte. Stalin negierte die Annullierung der „ungleichen Verträge" und kehrte zu einer russisch-nationalistisch bestimmten Außenpolitik zurück. Er verlangte die Beibehaltung der Privilegien in der Mandschurei, verstärkte die sowjetische Infiltration im westchinesischen Xinjiang und annektierte 1944 das an der sowjetisch-mongolischen Grenze gelegene Gebiet von Tanna-Tuwa, das bis 1911 zu China gehört hatte, dann aber von russischen Truppen besetzt worden und dessen Rückgabe China versprochen worden war.
In den 40er Jahren sprach sich die Sowjetunion offen gegen eine selbständige Entwicklung der KP Chinas aus und unterstützte primär deren Gegnerin, die Guomindang (GMD) Tschiang Kai-scheks. Im Kampf gegen die Japaner erhielt die GMD zum Teil mehr Unterstützung aus der Sowjetunion als von den Vereinigten Staaten, während die KPCh leer ausging. Dahinter stand das Kalkül der Wahrung der sowjetischen Interessen in der Mandschurei (Rechte am Hafen Port Arthur und an der mandschurischen Eisenbahn), die dann in Jalta 1945 sogar bestätigt wurden. In der KPCh sahen die Sowjets keinen Garanten für ihre scheinbar angestammten Interessen. Sie hielten sie darüberhinaus weder für eine Partei im streng marxistisch-leninistischen Sinne noch für stark genug zur Machtergreifung. Entsprechend hatte Stalin die KPCh in den 40er Jahren einmal mit einem



Radieschen verglichen: „außen rot, innen weiß".
Der Sieg der Kommunisten, die Stalin noch kurz vor der Machtübernahme zur Unterordnung unter die GMD überreden wollte, kam für die Sowjetunion überraschend. China war eines der wenigen Länder, in der der Sieg der Kommunisten nicht durch die sowjetische Armee, sondern aus eigener Kraft erreicht wurde. Stalin befürchtete daher, China könne sich zu einem zweiten Jugoslawien entwickeln, d.h., nach Unabhängigkeit von der Sowjetunion streben. Gründe für diese Befürchtung gab es durchaus: Die chinesische Parteiführung steuerte einen Kurs zwischen der Sowjetunion und den USA an, um ihre Unabhängigkeit zu wahren. Dieser Mittelkursversuch scheiterte allerdings an der starren Haltung der Vereinigten Staaten, die auf Tschiang Kaischek setzten und China damit in ein Bündnis mit der Sowjetunion trieben.

Gründung der Volksrepublik

In der ersten Hälfte der 50er Jahre wurde das chinesische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gemäß dem sowjetischen Vorbild umgestaltet. Dies war allerdings von Anfang an umstritten. Mitte der 50er Jahre, speziell nach der Verdammung Stalins durch den XX. Parteitag der KPdSU und die sowjetischen Bemühungen, mit dem Hauptgegner Chinas, mit den USA, zu kooperieren, regte sich offene Kritik. Bereits 1956 hatte Mao erklärt: „Wir dürfen nicht blindlings Folge leisten (der Sowjetunion), sondern erst nach einer kritischen Prüfung. Es gibt wohlriechende und stinkende Fürze. Man sollte nicht meinen, daß alle sowjetiscchen Fürze Wohlgeruch seien. Wenn jetzt andere feststellen, bei denen stinke etwas, schließen wir uns ebenfalls an und sagen, es stinkt."[3]
Mit eigenwilligen Wirtschafts- und Gesellschaftsexperimenten (Volkskommunen, „Großer Sprung nach Vorn" 1958-60) versuchte Mao einen unabhängigen „chinesischen" Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Die sowjetische Weigerung, China den Bau einer eigenen Atombombe zu ermöglichen und die chinesische Ablehnung einer militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion führten 1959 zum offenen Konflikt. Die Sowjetunion zog ihre Berater ab und stellte jegliche Entwicklungshilfe ein.

Der ideologische Bruch

Der Anfang der 60er Jahre ausbrechende Streit über ideologische Fragen war nur vordergründig ideologischer Natur. Tatsächlich standen dahinter die Ablehnung der sowjetischen Vorherrschaft in der sozialistischen Weltpolitik sowie auf dem Gebiet der Ideologie und das nationale Interesse Chinas an Unabhängigkeit auch vom Sowjetblock. Mit ihrer Kritik an sowjetischen Positionen wollte die chinesische Führung diese Unabhängigkeit demonstrieren.

Zunehmend beanspruchte China selbst die Rolle des „Zentrums der Weltrevolution". Die Beziehungen zur Sowjetunion verschlechterten sich. Durch die „Kulturrevolution", mit der Mao den erneuten Versuch eines national geprägten sozialistischen Weges unternehmen wollte, gerieten die Beziehungen zwischen beiden Ländern an den Nullpunkt. In der Sowjetunion provozierte die Kulturrevolution die Angst vor der „gelben Gefahr", während der Einmarsch in die CSSR 1968 bei den Chinesen die Befürchtung weckte, gestützt auf die Breschnew-Doktrin könne die Sowjetunion eines Tages auch einen ähnlichen Schritt gegenüber China unternehmen. Blutige Auseinandersetzungen an der nördlichen Grenze (Ussuri) im Jahre 1969 ließen beide Länder an den Rand eines Krieges geraten. Die Sowjetunion verstärkte von Mitte der 60er Jahre an Truppen an

der chinesischen Grenze und erwog Ende der 60er Jahre sogar einen atomaren Präventivschlag gegen China.

Furcht vor Einkreisung

In den 70er Jahren befürchtete China eine Einkreisung durch die Sowjetunion. Vietnam, Indien und Afghanistan lehnten sich an Moskau an und schlossen „Freundschaftsverträge" ab. Moskau errichtete einen Flottenstützpunkt in Vietnam und verstärkte seine Flottenpräsenz in Fernost. Zugleich bemühte es sich um Ausweitung seines Einflusses in Süd- und Südostasien. Dieser Bedrohung versuchte China mit einer stärkeren Anlehnung an die USA und mit dem Aufruf zu einer „weltweiten Einheitsfront" gegen die „gefährlichste Supermacht", die Sowjetunion, entgegenzuwirken. Das Kalkül eines antisowjetischen Schutzbündnisses bestimmte jahrelang die chinesische Außenpolitik.
Die Spannungen mit Vietnam, die vietnamesische Besetzung Kambodschas und der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan bestärkten die chinesischen Befürchtungen. Mit dem vietnamesisch-kambodschanischen Konflikt trugen China und die Sowjetunion einen Stellvertreterkrieg aus. Der chinesische „Bestrafungsfeldzug" gegen Vietnam Anfang 1979 provozierte neuerlich die Gefahr eines militärischen Konfliktes zwischen China und der Sowjetunion.

Allmähliche Wiederannäherung

Die Modernisierungs- und Reformbemühungen nach 1979 brachten eine Wende in der chinesischen Außenpolitik. China war im Interesse seiner neuen Zielbestimmung an Frieden und Entspannung interessiert und benötigte ein friedliches Umfeld. Das Schlüsselglied in dieser Überlegung war die Sowjetunion, in der China die größte Bedrohung erblickte. Sowjetischen Annäherungsversuchen trotzte China jedoch mit Verweis auf „drei Hindernisse", die vor grundlegenden Verhandlungen von der Sowjetunion aus dem Weg geräumt werden müßten: der Abbau der sowjetischen Truppen an der chinesischen Grenze, die Beendigung der vietnamesischen Besetzung Kambodschas und die Beendigung der militärischen Intervention in Afghanistan. Da die Sowjetunion Gespräche über die beiden letzten Punkte, mit dem Hinweis auf innere Angelegenheiten anderer Staaten, ablehnte, blieb das Verhältnis gespannt.
Erst unter Gorbatschow kam es zu einem Durchbruch. Die neuen politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen der Sowjetunion verlangten nun ebenfalls ein friedliches Umfeld und die Reduzierung militärischer Ausgaben. 1986 erklärte sich Gorbatschow in einer viel beachteten Rede in Wladiwostok bereit, die von China seit langem geforderte Grenzziehung entlang der Hauptfahrrinne des Amur zu akzeptieren und Truppen von der chinesischen Grenze abzuziehen. 1987 wurden darüber feste Vereinbarungen getroffen.
Die Aussöhnungsangebote an China müssen als Teil von Gorbatschows Plan gesehen werden, Chinas Wirtschaftspotential für die Erschließung des sowjetischen Fernen Ostens zu gewinnen.[4]
Der Abzug aus Afghanistan, die beginnende Truppenentflechtung an der chinesischen Grenze und der vietnamesische Rückzug aus Kambodscha haben die „drei Hindernisse" beseitigt und den Grundstein für bessere Beziehungen gelegt. Der Peking-Besuch Gorbatschows im Mai 1989 war als letzter Akt auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen gedacht. Die Reise Gorbatschows wurde von China mit Genugtuung als eine Art „Kotau" gewertet, dem sich Gorbatschow im Interesse der Versöhnung allerdings gerne unterzog. Das sowjetische Umdenken gegenüber China drückte sich auch in der selbstkritischen Aufgabe des „Modellcharakters" des sowjetischen Weges („Wir waren Sowjetzentristen") und der Aufforderung, von den chinesischen Wirtschaftsreformen zu lernen, aus.[5]

Trübung des Verhältnisses

Die beginnende Annäherung zwischen beiden Ländern wurde dann von dem Massaker in Peking im Juni 1989 sowie von der Entwicklung in Osteuropa und in der Sowjetunion vorerst beendet. China machte (parteiintern) Gorbatschow und seine Kooperation mit den USA für die „Auflösung des Sozialismus" und dås „Chaos" in Osteuropa„ verantwortlich. Die chinesische Führung fühlt sich durch die Politik Gorbatschows bedroht, und Deng Xiaoping warnte (in Anlehnung an traditionelle Muster) vor der „Gefahr, die aus dem Norden kommt".[6]
Das Blutbad vom 4. Juni 1989 und die folgende politische und ideologische Erstarrung veränderten auch die chinesische Außenpolitik. Die amerikanische Reaktion führte zunächst zu einer Trotzreaktion: dem Wunsch nach stärkerer Anlehnung an Osteuropa und an die Sowjetunion. Die Umwälzungen in Osteuropa vereitelten dieses Vorhaben. China ist globalpolitisch wieder in eine Isolierung geraten und entdeckte wieder seine „Freunde in der Dritten Welt".



Wird auch der China-Kohl bald maschinell geerntet werden?

Li Peng in Moskau

Der Besuch des Ministerpräsidenten Li Peng in Moskau Ende April hatte das Ziel, die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen und über die Sowjetunion wieder den Weg nach Osteuropa zu finden. Außerdem ist China auf der Suche nach neuen Wirtschaftspartnern, die über die Isolie-

rung durch den Westen hinwegzuhelfen vermögen. Sollten die Vereinigten Staaten die Meistbegünstigungsklausel für China streichen, dann käme der chinesische Export in enorme Schwierigkeiten. Hier erhofft man sich von der Sowjetunion einen Ausgleich. Überdies sollten Gemeinsamkeiten im Interesse möglicher internationaler Zusammenarbeit ausgelotet werden.

Wirtschaftlich-technische Kooperation, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten und der Truppenabbau an den gegenseitigen Grenzen waren weitere Gesprächspunkte. Seit dem Besuch Gorbatschows in Peking waren grundlegende Entscheidungen verschoben worden, da beide Seiten mit innenpolitischen Krisen konfrontiert wurden. Moskau lag daran, die sei überzeugt, daß die Perestroika eine „sozialistische Richtung" habe.

Bis zum Vorjahr hoffte China auf sowjetische Hilfe bei der Umrüstung technischer Anlagen und Betriebe, die die Sowjetunion in den 50er Jahren geliefert hatte. Da nicht in frei konvertibler Währung abgerechnet wurde, schien ein solcher Schritt auch im Interesse der Devisenreserven beider Länder zu sein. Die Ausbildung von Wissenschaftlern und Führungskräften in den sozialistischen Ländern sollte verstärkt werden, da man sich dort größere ideologische Nähe versprach und glaubte, so den ideologischen Einfluß des Westens auf den akademischen Nachwuchs geringhalten zu können. Die Umwälzungen in Osteuropa haben diese Illusion zerstört.

Eine enge Anlehnung Chinas an die Sowjetunion war von vornherein nicht zu erwarten, auch wenn die Konfliktfelder mit den USA heute größer sind als die mit Moskau. Wirtschaftshilfe für die Modernisierung, moderne Technologie und ausländische Investitionen können nicht von dort kommen, sondern nur aus dem Westen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan, den USA und der EG werden daher auch in Zukunft wichtiger bleiben. Nur 3,2% seines Außenhandels (2,5 Mia.US-$) wickelte China 1988 mit der Sowjetunion ab (die damit den 5. Platz einnahm), 37,2% dagegen mit den genannten Ländern. Der Anteil des Handels mit China am sowjetischen Außenhandel lag dagegen unter 2%.

Das Handelsvolumen im sowjetisch-chinesischen Handel war 1989 zwar auf 3,95 Mrd. US-$ gestiegen, dies war aber primär das Ergebnis verstärkter sowjetischer Konsumgüterkäufe in China. China kaufte dagegen weniger (billige) sowjetische Anlagen für die Modernisierung seiner in den 50er Jahren von den Sowjets errichteten Betriebe als von der Sowjetunion erhofft. Auf Grund des begrenzten Angebots vermag Moskau auch die chinesische Nachfrage nach Rohstoffen nicht zu decken.

Andererseits bot Li die Entsendung von 300.000 Arbeitskräften aus den Grenzregionen für das sowjetische Wohnungsbauprogramm in Fernost an. Die Sowjetunion ging darauf allerdings noch nicht ein, weil — bei weiterer Inanspruchnahme ausländischer Arbeitskräfte — die sozialen Spannungen und die Ausländerfeindlichkeit weiter wachsen könnten.

China möchte den Außenhandel beider Länder zunehmend auf Hartwährungsbasis umstellen. Überdies räumte Peking der Sowjetunion einen Kurzzeitkredit in Höhe von 334 Mio. US-$ für sowjetische Konsumgüterkäufe in China ein, um sein Exportvolumen in die Sowjetunion zu halten. Im Gegenzug gab die Sowjetunion die Zusage für einen Langzeitkredit für die Errichtung zweier Kernkraftwerke in China. Beide Seiten erzielten Vereinbarungen über wirtschaftlich-technische Kooperation sowie über den Abzug von Truppen an den beiderseitigen Grenzen. Die Sowjetunion hat zur Zeit noch 270.000 Mann, 820 Militärflugzeuge und 8.100 Panzer an der chinesischen Grenze postiert; dazu kommen 326.000 Marinesoldaten in Fernost. China hat 13 Armeegruppen mit 650.000 Mann an der sowjetischen Grenze stehen.

Bilaterales Handelsvolumen 1981-1989

Jahr	US-$ (Mrd.)
1981	0,22
1982	0,27
1983	0,67
1984	1,10
1985	1,88
1986	2,63
1987	2,50
1988	2,73
1989	3,95

Quellen: Beijing Rundschau 17/1990; Far Eastern Economic Review 26.4.1990.



Foto: Liu Heung Shing

Probleme in den Handelsbeziehungen zu klären, die militärische Entspannung an den Grenzen fortzuführen und seine innenpolitischen Zielsetzungen zu erläutern. Letzteres erscheint deshalb so notwendig, weil die sowjetischen Reformkräfte um Gorbatschow befürchten, die Konservativen in beiden Ländern könnten Verbindungen miteinander aufnehmen, um ihre jeweilige innenpolitische Position zu stärken. Es scheint Gorbatschow gelungen zu sein, Li gewisse Befürchtungen zu nehmen. Jedenfalls erklärte dieser nach dem Abschluß der Gespräche auf einer Pressekonferenz, er

Ideologisch gesehen ist die Sowjetunion kein Garant und Anlehnungspotentat mehr, sondern stellt eine Bedrohung dar. Der Wind von Glasnost und Perestroika droht nach China zu wehen droht. Der unsichere Ausgang der sowjetischen Entwicklung, wachsende Nationalitätenkonflikte, die bereits auf den Westteil China überschwappen und das Militärpotential lassen

die Sowjetunion auch künftig als Bedrohung erscheinen.
Die Sowjetunion hegt andererseits Befürchtungen gegenüber einem ideologisch verhärteten China, dessen künftige Entwicklung derzeit kaum prognostizierbar ist und das gegenwärtig als Instabilitätsfaktor kein berechenbarer Partner bei der Erschließung von sowjetisch Fernost zu sein vermag. Es bleibt auch die sowjetische Furcht vor einem mächtigen China mit über einer Milliarde Menschen, das zudem über Atomwaffen verfügt.

Auswirkungen auf Südost- und Ostasien

Die Entspannung zwischen den beiden Mächten hat gravierende Folgen für den ost- und südostasiatischen Raum. Dies betrifft zum einen die Einschränkungen sowjetischer Hilfe an die befreundeten Länder, vor allem auch im militärischen Bereich. Am stärksten ist Vietnam betroffen, das sich nun nicht mehr auf die Unterstützung des großen Bruders in Moskau verlassen kann und sich gegenüber China und den ASEAN-Staaten größere Zurückhaltung auferlegen muß. Da China von Vietnam von jeher als Bedrohung begriffen wurde, dürfte sich Hanoi, trotz weitgehender ideologischer Annäherung, eher den ASEAN-Staaten zuwenden als China, zumal die letzteren den Weg zu den westlichen Ländern öffnen können.
Nordkorea, das ebenfalls von den sowjetischen Kürzungen betroffen ist, wird sich noch stärker an China anlehnen müssen. Der Preis dafür ist die Akzeptanz der chinesisch-südkoreanischen Liebäugelei.
Die Äußere Mongolei bleibt dagegen auf die Schutzmacht Sowjetunion angewiesen. Die VR China hat den Verlust dieses Gebietes erst Anfang der 50er Jahre auf sowjetischen Druck hin akzeptieren müssen, Taiwan verweigert bis heute die Anerkennung.
Das sowjetische Interesse an guten Beziehungen zu China hat aber noch einen anderen Hintergrund: Die Sowjetunion erhofft sich über China einen besseren Zugang zu den Staaten Südostasiens. Die Normalisierung der Beziehungen zu China und die aktive Rolle bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Kambodscha-Konflikts hat in der südostasiatischen Region ebenso aufhorchen lassen wie die Tatsache, daß die UdSSR als einer der ersten Staaten den australischen Friedensvorschlag für die asiatisch-pazifische Region begrüßt hat. Der Abzug der Truppen aus Afghanistan und der Äußeren Mongolei, die Verdünnung der Militärpräsenz in Cam Ranh (Vietnam) und die Tatsache, daß Moskau Druck auf Vietnam ausgeübt hat, seine Truppen aus Kambodscha abzuziehen, haben der Sowjetunion großes Prestige eingetragen. Dies zeigt sich u.a. daran, daß die ASEAN-Staaten ihre bilateralen Kontakte zur Sowjetunion verstärkt haben. Im Frühjahr 1987 hatte erstmals seit Anfang der 60er Jahre wieder ein sowjetischer Außenminister Südostasien besucht (Thailand, Indonesien, Vietnam, Laos, Kambodscha). 1988 folgten die Phillippinen, Anfang dieses Jahres besuchte der sowjetische Ministerpräsident Thailand, Singapur und Australien. Die Regierungschefs von Thailand und Malaysia und der indonesische Präsident Suharto hielten sich im gleichen Zeitraum in Moskau auf. Die Sowjetunion gilt heute nicht mehr als Sicherheitsbedrohung für Südostasien, sondern könnte sogar die Funktion einer Schutzmacht übernehmen. Manche Beobachter glauben sogar, daß die Sowjetunion am Wirtschaftsmodell der Schwellenländer Ost- und Südostasiens interessiert sein könnte, mit seiner Kombination von staatlicher Interventionspolitik und Markt, als Alternative zum westlichen Kapitalismus.
Trotz zahlreicher noch nicht gelöster Probleme hat die sino-sowjetische Entspannung also zur Entspannung im asiatisch-pazifischen Raum beigetragen und die Gefahr militärischer Konflikte in diesem Raum verringert. Doch in beiden Ländern besteht eine instabile Übergangslage, die perspektivische Aussagen nahezu unmöglich macht.

Thomas Heberer

Beziehungen Vietnam - Sowjetunion

■ Vietnam war für mehr als ein Jahrtausend chinesische Provinz (111 v. bis 939 n. Chr.), danach teilweise ein an China tributpflichtiger Staat. Es mußte sich nicht nur jahrhundertelang gegen chinesisches Vordringen wehren, sondern wurde von der chinesischen Kultur geprägt. Daß die Vietnamesen ihre nationale Eigenständigkeit nicht verloren haben, wird dadurch erklärt, daß nur die höfische Kultur übernommen, die Volkskultur dagegen beibehalten worden ist. Die historische Furcht vor China dürfte auch eine Rolle bei der Anlehnung an die Sowjetunion nach Ende des Vietnamkrieges gespielt haben.

■ Im Kampf gegen die USA wurde der Norden Vietnams sowohl von der UdSSR als auch von der VR China unterstützt. Die Abhängigkeit von der potenteren Sowjetunion bei den Waffenlieferungen führte zu einer stärkeren Anlehnung an die Sowjetunion. Als Vietnam, nach der Vereinigung des Nordens mit dem Süden, 1978 Mitglied des Comecon wurde und mit der Sowjetunion einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit abschloß, kam es zum offenen Konflikt mit China. Dieser Konflikt eskalierte durch die teilweise Zwangsvertreibung der Auslandschinesen nach der Verstaatlichung des Handels in Vietnam und vor allem durch die vietnamesische Besetzung Kambodschas.

■ Der Kambodscha-Konflikt verstärkte die internationale Isolierung und machte Vietnam völlig von der Sowjetunion abhängig. Diese finanzierte die vietnamesische Kriegsführung mit täglich 6 Mio. US-$. Im Außenhandelsbereich mußte sich Vietnam fast ausschließlich auf den Ostblock stützen. 100 % seines Erdölbedarfs und seiner Baumwollfasern und 80 % seines Walzstahls stammten 1984 von dort. Diese Unterstützung führte zu wachsender Verschuldung und zur Überlassung des Marinestützpunktes Cam Ranh an die Sowjetunion.

■ Das sowjetische Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zu China bewirkte seit 1982 Differenzen im sowjetisch-vietnamesischen Verhältnis. Nach dem Machtantritt Gorbatschows deutete dieser Hanoi an, daß mit großzügiger Unterstützung künftig nicht mehr zu rechnen sei. Er zwang so Vietnam zum Rückzug aus Kambodscha. Die Sowjets, die seit 1988 mit China direkt über Kambodscha verhandelten, sollen sogar einen Zeitpunkt für den Abzug festgelegt haben. Die Preise für sowjetische Lieferungen nach Vietnam wurden zugleich beträchtlich angehoben. Der Sowjetunion, der die Führung in einer asiatisch-pazifischen Sicherheitskonferenz nach dem Vorbild der europäischen KSZE vorschwebt, gilt Vietnam heute eher als lästiger Partner. Um ihren Friedenswillen unter Beweis zu stellen, verdünnten die Sowjets sogar ihre Militärpräsenz im vietnamesischen Stützpunkt Cam Ranh und erklärten, in naher Zukunft werde es in Asien eine militärische Präsenz außerhalb der sowjetischen Grenzen nicht mehr geben.

■ Die vietnamesisch-sowjetischen Beziehungen steuern daher auf einen neuen Tiefpunkt zu. Auf dem Plenum der vietnamesischen Partei im März dieses Jahres hat Parteichef Nguyen Van Linh die Sowjetunion erstmals namentlich angegriffen.

Thomas Heberer

Anmerkungen:
1 Vgl. W. Bauer, Die Ideologie des heutigen China und ihr historischer Hintergrund, in: VR China im Wandel, Hg.: Bundeszentrale für polit. Bildung, Bonn 1988, S. 44.
2 D. Heinzig, Rußland und die Sowjetunion in Asien. Berichte des Bundesinstituts f. ostwiss. u. internat. Studien 48/1982, S. 21.
3 Rede auf der Erweiterten Konferenz des Politbüros des ZK, in: Mao intern, Hg. H. Martin, Erice 1974, S. 90.
4 Dazu M.E. Trigubenko, Der Sozialismus im asiatisch-pazifischen Raum. in: Südostasien-Informationen 3/1989, S. 6-13.
5 Vgl. z.B. Neue Zeit 32/1988.
6 Vgl. China aktuell Januar 1990, S. 12. 7 7 Far Eastern Economic Review 17.5.90, S. 18.

Wer zu spät kommt ...

Kuba und die Perestroika



Glückliche Jugend Foto: Birgit Koch

„Sozialismus oder Tod!“ Die Parole hat der Maximo Lider Kubas, Fidel Castro, an seine Landsleute ausgegeben, um Kuba vor revolutionären Umgestaltungen wie in Osteuropa zu bewahren. Aber selbst einer der verbliebenen Bündnispartner, die Sowjetunion, rät Kuba zur Kursänderung. Auf die Politik Gorbatschows, die Perestroika, antwortet Castro mit einer sozialistischen Variante, der Rectificación. Ob Kuba eine Chance hat, seinen eigenen Weg der sozialistischen Entwicklung zu gehen, bleibt aufgrund seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit fraglich.

Kuba hat seit der Revolution im Jahre 1959 nicht weniger als sieben verschiedene Perioden ökonomischer und gesellschaftlicher Organisationsformen durchschritten, um ein sozialistisches System zu errichten:

1. 1959-60, die Abschaffung der Kapitalistischen Wirtschaftsweise in Kuba.
2. 1961-63, der gescheiterte Versuch, das sowjetische Modell zentraler Planung aus der Zeit vor 1965 zu übernehmen.
3. 1964-66, die Debatte über das Modell von Che Guevara, das in starkem Maße auf idealistischen Vorstellungen einer Gesellschaft beruhte, in der materielle Anreize durch immaterielle ersetzt werden sollten. Durch die Konzentration auf den traditionellen Sektor der Zuckerproduktion sollten die notwendigen Devisen im Export verdient werden, um die kubanische Wirtschaft zu industrialisieren und zu diversifizieren.[1]
4. 1966 -70, mit dem Versuch, das Entwicklungsmodell Che Guevaras anzuwenden, wurden dessen Grenzen deutlich, was dann, zum Ende dieses Vorhabens Anfang der 70er Jahre führte.
5. 1971-76, die Schaffung der institutionellen Voraussetzungen für die Übernahme des sowjetischen Modells aus der Breschnew-Ära.[2]
6. 1977-84, das am sowjetischen Vorbild orientierte System der Leitung und Planung (Sistema de Dirección y Planificación de la Economia, SDPE).
7. seit der Mitte der achtziger Jahre der sogenannte Prozeß der Berichtigung (Proceso de Rectificación).

Das gegenwärtige System der „Rectificación“ ist durch eine starke Zentralisierung der Macht in der Person Fidel Castro gekennzeichnet, der zugleich Vorsitzender des Staatsrates, des Ministerrates, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Erster Sekretär der kommunistischen Partei Kubas ist. Die neue Politik hat die Rolle der zentralen Planung gestärkt.
Davon besonders betroffen sind die Verteilung und Kontrolle der Investitionsmittel. Zur gleichen Zeit erfolgte eine drastische Einschränkung bzw. ein Verbot von privaten Handwerkstätigkeiten, Dienstleistungen, Wohnungsbauaktivitäten und privater landwirtschaftlicher Produktion.
Diese Aktivitäten hätten, so Fidel Castro, zu einer starken Einkommensdifferenzierung und Korruption geführt und der Sozialismus könne letztlich nur mit Hilfe des richtigen Bewußtseins und moralischer Anreize erreicht werden.[3]

Die gegenwärtige Politik der Rectificación geht also in die entgegengesetzte Richtung verglichen zur Perestroika in der Sowjetunion, die die Schaffung eines 'regulierten' Marktes anstrebt.
Ab dem 1.7.1991 wird das Privateigentum in der UdSSR gleichberechtigt neben andere Eigentumsformen treten.
Ergänzend wird das staatliche Außenhandelsmonopol schrittweise abgeschafft, so daß die Unternehmen mit ausländischen Partnern direkt Beziehungen aufnehmen können. So soll bis spätestens zum Jahre 2000 die volle Konvertibilität des Rubels hergestellt werden. Auch im Handel zwischen Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sollen ab 1991 uneingeschränkt Weltmarktpreise gelten und konvertible Währungen als Zahlungsmittel benutzt werden. Mit diesen Veränderungen geht auch ein Wandel in der entwicklungspolitischen Konzeption der Sowjetunion einher. Die UdSSR akzeptiert Entwicklungsmodelle, wie sie in Südostasien, z.B. in Süd-Korea praktiziert worden sind und empfiehlt das Studium dieser Modelle sozialistischen Entwicklungsländern wie Vietnam.

Angesichts dieser gegenwärtig so unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundpositionen sind Spannungen im Verhältnis zwischen Kuba und der Sowjetunion zwangsläufig. In welchem Maße hat Kuba von der Sowjetunion Wirtschaftshilfe erhalten und Kredite

Tabelle 1: Der Anteil der UdSSR am Außenhandel Kubas 1970 — 1988

Jahr	Export	Import	Saldo in Mio. Pesos
1970	50,9	52,7	— 162
1975	56,3	40,2	+ 411
1980	56,8	62,2	— 650
1984	72,1	66,3	— 838
1985	74,9	67,3	— 894
1986	73,9	70,2	— 1380
1987	71,6	72,2	— 1628
1988	66,7	70,8	— 1681

Quelle: H. Brezinski, Cuba's Economic Ties with the Soviet Union and the CMEA in the Mid-Eighties, in: Polish Studies on Asia, Africa and Latin America Affairs, Vol. 1, No. 1, 1990.

gewährt bekommen? Und hat sich mit dieser Hilfe eine Wirtschaftsstruktur entwikkelt, die Kuba in Zukunft die Chancen einer eigenständigen Entwicklung beläßt?

Ausweitung des Außenhandels

Seit Beginn der70er Jahre hat sich der kubanisch — sowjetische Außenhandel stark ausgeweitet. Ab 1985 ist eine Stagnation im Handelsvolumen eingetreten, wie die untenstehende Graphik eindrücklich zeigt. Seither weist die chronisch defizitäre Handelsbilanz der Kubaner jährlich neue Rekordwerte aus, wie Tabelle 1 verdeutlicht. Während des betrachteten Zeitraumes ist es zu einer Ausweitung des Anteiles der Sowjetunion am Außenhandels Kubas gekommen.Mittlerweile ist jedoch der Anteil der Sowjetunion rückläufig. Der Anstieg ab 1970 ist zunächst darauf zurückzuführen, daß die Sowjetunion der größte Kreditgeber Kubas ist und in entscheidendem Maße sich am Aufbau der kubanischen Industrie beteiligt hat. Mittlerweile ist die Verschuldung Kubas von 4,8 Mrd. US-$ im Jahre 1975 auf 17,1 Mrd US-$ im November 1989 gegenüber der UdSSR gestiegen. Die hohen Handesbilanzdefizite in den letzten Jahren haben zu dieser Ausweitung beigetragen. Der plötzliche Anstieg der Verschuldung ist durch die spezielle Warenstruktur vorprogrammiert gewesen, die der sowjetisch-kubanische Außenhandel aufweist. Die kubanischen Exporte konzentrieren sich auf nur wenige Produkte, wie die Tabelle 2 verdeutlicht.

Tabelle 2: Anteile ausgewählter Güter an den Ex- und Importen Kubas mit der UdSSR

1970	1980	1985	1987	
Exporte				
— Rohzucker	76,9	89,9	81,7	83,8
— Nickel	20,1	4,0	4,3	5,0[4]
— Zitrusfrüchte	0,1	0,7	1,3	1,7
Importe				
— Erdöl u. Erdölprodukte	8,6	30,2	46.7	46,6[4]

Rohzucker, der volumenmäßig 55-60% der kubanischen Exporte ausmacht, jedoch wertmäßig teilweise in einzelnen Jahren mehr als 75%[5] betrug, ist das wichtigste Exportgut Kubas. Daß diese Monokultur beibehalten wurde liegt daran, daß die Sowjetunion Kuba Preise weit über dem Weltmarktniveau für den Zucker zahlt.

Angesichts dieser Preise bestand für Kuba ein großer Anreiz, die Zuckerkulturen, weiter auszubauen. Die Sowjetunion als auch die anderen RGW-Länder wie die DDR und Bulgarien haben durch Sonderprogramme und Kredite sich an dem Ausbau der Zuckerindustrie beteiligt, die 1990 10 Mio. t produzieren sollte. Ein Ziel, das ohne schwere Strukturschäden für die kubanische Volkswirtschaft nicht realisierbar ist.[6] Eine ähnliche Politik wurde auch bei der Förderung der kubanischen Nickel- und Kobalterze verfolgt. Auch dort wurde mit Präferenzpreisen gearbeitet, die über den Weltmarktpreisen lagen. Ebenfalls haben die Exporte von Zitrusfrüchten zugenommen. Mit Hilfe der Sowjetunion und anderer RGW-Staaten wurde der Anbau von Zitrusfrüchten auf Kuba verstärkt.[7] Für die qualitativ unter dem Weltmarktniveau liegenden Früchte wurden allerdings keine Präferenzpreise gezahlt. Ähnlich wie bei den Exporten wurde die kubanische Importstruktur bestimmt durch Vorzugspreise für sowjetisches Erdöl und Erdölprodukte. Diese lagen in der Vergangenheit unter den Weltmarktpreisen. Darüber hinaus hat die Sowjetunion trotz anlaufender kubanischer Eigenförderung von Erdöl weiterhin das Land mit 12 — 13 Mio. t jährlich beliefert. Davon konnten die Kubaner aufgrund der eigenen Förderung und aufgrund von Einsparungen einen Teil dieser Lieferungen gegen konvertible Devisen exportieren. Auf diese Weise hat Kuba in den letzten Jahren bis zur Hälfte seiner Hartwährungseinnahmen aus dem Reexport von sowjetischem Erdöl bezogen. Neben diesen Energieimporten ist die Sowjetunion der Hauptlieferant von Maschinen und Ausrüstungsgütern, die ca. 35% der kubanischen Importe aus der Sowjetunion ausmachen.

Große Abhängigkeit

Diese einseitige Struktur im Außenhandel mit der Sowjetunion, die weitgehend auch für den gesamten Exportbereich gilt, ist das Resultat einer Entwicklungspolitik, die in der Vergangenheit eher auf die Interessen der Sowjetunion als auf die Kubas ausgerichtet war. Kuba dürfte vor erheblichen Problemen stehen, wenn im RGW und damit auch im Außenhandel mit der Sowjetunion Weltmarktpreise zu Grunde gelegt werden und eine Verrechnung in konvertiblen Währungen erfolgt. Kuba, das jetzt schon mit insgesamt mehr als 31 Mrd. US-$ in Ost und Westverschuldet ist, wäre angesichts von Währungsreserven in einer Größenordnung von 234.5 Mio. US-$ Ende 1988[8], unverzüglich zahlungsunfähig. Es sei denn, Kuba würden neue Kredite gewährt werden.

Diese bisherige negative Entwicklung ist verstärkt worden durch das Instrument der Preissubventionen. Tabelle 3 gibt eine Einsicht in diese Zusammenhänge. Dabei soll nicht vergessen werden, daß Kuba für einige Produkte wie Weizen und Mais in der Vergangenheitauch höhere Preise als die Weltmarktpreise zahlte[9].

Tabelle 3: Vergleich der sowjetischen und Weltmarktpreise für Zucker, Nickel, (in US-Cent pro Pfund) und Erdöl

	1970	1975	1980	1984	1987
Rohzucker					
UdSSR	6,1	26,4	47,5	43,9	41,9
Weltmarkt	3,8	20,4	28,2	5,2	6,8
Sulfat					
UdSSR	284	273	319	492	
Weltmarkt	129	204	295	215	
Erdöl ($ pro Barrel)					
UdSSR	1,75	5,81	12,14	17,25	
Weltmarkt	1,80	11,53	28,67	28,47	

Quelle:
C. Mesa-Lago, F. Gil, Vingt ans de relations économiques entre l'URSS et Cuba, in Le Courrier des Pays de l'Est, no. 335, 1988, S. 59 ff.und UNO- Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, Notas para el estudio economico de America Latina y el Caribe, 1987 Cuba, Mexico City 14.11.1988, S.43.

Wenn Kuba also nicht nur Preisvorteile für sich verbuchen konnte, so scheinen die Schätzungen westlicher Institutionen das Ausmaß der Preissubventionen für die Periode von 1971-1984 mit einem Volumen von ca. 27 Mrd. US-$ zutreffend zu erfassen. 1985 wurden die Subventionen auf 3.75 Mrd. US-$ geschätzt[10]. Danach dürften die Subventionen etwas zurückgegangen sein, da die UdSSR den Erdölpreis 1987 auf einem höheren Niveau gegenüber Kuba beließ als gegenüber Polen und Bulgarien[11]. Auch wurden die Zuckerpreissubventionen geringfügig reduziert, dennoch dürften sich auch 1987 und 1988 noch die jährliche Preissubventionen auf eine Größenordnung von mindestens 2,5 bis 3 Mrd. US-$ belaufen haben. Die Entwicklungshilfe dürfte sich gemäß sowjetischen Angaben im Zeitraum von 1960-1989 auf ungefähr 8 Mrd. US-$ belaufen haben. Jedoch haben die Subventionen, projektbezogene Hilfsleistungen als auch Handelskredite in einer Größenordnung von mehr als 17 Mrd. US-$ nicht zu einer tragfähigen Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beigetragen haben. Nahezu alle Projekte auf Kuba sind erst mit mehrjähriger Verspätung in Betrieb genommen worden, wie z.B. die neuen Nikkelerzgruben oder das Atomkraftwerk in Cienfuegos, das statt 1990 erst 1993 fertiggestellt sein soll. Weiter hat die Sowjetunion zwar 1986 einer Aussetzung der Tilgung von Krediten in Höhe von ca. 2,6 Mrd. US-$ zugestimmt, jedoch selber angesichts eigener finanzieller Probleme die Zinssätze von 2,5% auf 4% angehoben[12]. Dennoch, auch ohne eine derartige Verschlechterung der Hilfsleistungen, wird Kuba zukünftig Probleme haben, die

Tabelle 4: Wachstumsraten ausgewählter Indikatoren der kubanischen Wirtschaft 1985-88 (in Prozenten)

	1985	1986	1987	1988
Produziertes Nationaleinkommen	4,2	-2,0	-4,8	2,1
Bruttoindustrieproduktion	8,3	2,1	-2,5	2,7
Bruttoproduktion der Zuckerindustrie	0,5	-3,7	-3,9	7,4
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	-0,9	4,7	-3,3	3,7
Zuckerproduktion	-2,5	-5,6	-3,2	12,2
Bruttoinvestitionen	7,0	0,5	-11,3	8,3
Arbeitsproduktivität in der Industrie	4,9	-1,9	-3,6	0,2
Export (f.o.b.*)	7,6	-11,0	1,4	2,2
davon in den RGW	10,2	-10,1	1,4	-3,7
in den Westen	30,8	— 5,7	-2,8	22,5
Import	9,2	-7,2	0,6	-0,4
davon aus dem RGW	11,2	-2,9	5,2	-3,1
aus dem Westen	10,1	-10,0	-20,5	24,1
Devisenbestände	26,8	-63,3	-51,6	19,3

*f.o.b. = free on bord

Quelle: Statistisches Jahrbuch des RGW, verschiedene Jahrgänge, Banco Nacional de Cuba, Quarterly Report 1984 — 89, eigene Berechnungen

Wirtschaft auf ein höheres Entwicklungsniveau zu bringen und der Verschuldungsfalle zu entkommen. Die Hauptexportgüter Kubas werden sich preismäßig nicht sehr positiv entwickeln. Die Nachfrage nach diesen Produkten entwickelt sich nicht unbedingt dynamisch und die Monokulturen sind anfällig für äußere Witterungseinflüsse.

Voll in die Krise

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war Kuba von einer wirtschaftlichen Rezession betroffen, die zum einen durch schlechte Ernten auf Grund äußerer Witterungseinflüsse bedingt war, aber auch durch die Wirtschaftspolitik der Rectificación verursacht wurde. Tabelle 4 gibt einen Überlick, über die Entwicklung einiger ökonomischer Indikatoren, die diesen wirtschaftlichen Einbruch widerspiegeln.
Mit der Schließung der privaten Bauernmärkte und der Einschränkung bzw. dem Verbot privatwirtschaftlicher Tätigkeiten, kam es zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote wurde mit 6% angegeben, wobei die rückkehrenden Truppen aus Angola dieses Problem noch verschärfen werden. Um das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zu reduzieren, hat man das Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen weiter reduziert. Im Januar 1990 wurden dann auf dem Lande die Brotrationen halbiert und in Havanna der Brotpreis um 30% heraufgesetzt. Ebenso wurden eine Reihe von Sozialleistungen gestrichen, wie die freien Mahlzeiten in den Fabrikkantinen. So war es kein Wunder, daß die Arbeitsproduktivität sank. Insgesamt scheint der moralisch geprägte Kurs der Rectificación ähnlich wie die Anwendung des Modells von Che Guevara 1966-70 von ökonomischen Mißerfolgen begleitet, die sich um so stärker auswirken als die externen Hilfsleistungen und Kreditmöglichkeiten zurückgehen.

Zunehmender Druck

Die Sowjetunion hat sich bisher sehr kritisch über den gegenwärtigen Kurs in Kuba geäußert. In der Prawda vom 9. April diesen Jahres wurde eine Revidierung der Zusammenarbeit mit Kuba verlangt[13]. Es wird zunehmend der ökonomische Nutzen dieser Wirtschaftsbeziehungen in Frage gestellt. Außenpolitisch und militär-strategisch ist Kuba immer noch ein wichtiges Pfand in der Hand der Sowjetunion. Denn bei einem durch sowjetischen Druck veranlaßten Kurswechsel in Kuba gegenüber den USA könnten durchaus materielle Vorteile für die Sowjetunion als auch für Kuba entstehen. Die Problematik für die UdSSR besteht jedoch darin, daß sie kein Interesse an einem politischen und ökonomischen Chaos auf Kuba haben kann und damit Castro nicht vollkommen fallen läßt. Der Außenhandel mit Kuba wird 1990 voraussichtlich um 8% zunehmen. Auf der anderen Seite hat Gorbatschow bei Ausübung von ökonomischem Druck auf Kuba, um es zu einem Kurswechsel zu bewegen und damit vor einem potentiellem finanziellen Kollaps 1991 zu bewahren, bei Einführung neuer Handelspraktiken im RGW, kein überzeugendes neues Entwicklungsmodell und keine Konzeption für eine neue internationale Arbeitsteilung anzubieten.
Castro, auf der anderen Seite, versucht die Bevölkerung auf einen radikalen und moralisch integren Sozialismus einzuschwören, wenn er die Parole „Sozialismus oder Tod" ausgibt. Bewußt werden gerade in diesem Jahr Informationen über die wirtschaftliche Lage in Polen, der DDR, Ungarn und der Sowjetunion gebracht, um der Bevölkerung die Nachteile der Perestroika bzw. des Übergangs zu einem marktwirtschaftlichen System plastisch vor Augen zuführen. Die Kubaner sind also doch in stärkerem Maße über den Wandel in Osteuropa informiert als es noch 1988 der Fall war. Die kubanischen Studenten als auch die Gastarbeiter sind bzw. werden noch bis Ende dieses Jahres aus Osteuropa nach Hause geholt. Dennoch zehren die Dissidentengruppen als auch die Studenten vom Bazillus der Perestroika. Zu Beginn des Jahres gab es auf Kuba gerade von jungen Leuten einige größere Demonstationen für Reformen und Perestroika. Fidel Castro hat darauf reagiert, indem er mit Jugendlichen diskutierte und an Demonstrationen den Schulterschluß mit der Jugend suchte, um sie für seine Politik der Rectificacion zu gewinnen. Anfang März erhöhte er zusätzlich die Stipendien für Studenten. Es ist jedoch fraglich, ob Castro so die reformfreudigen Gruppen bestechen kann. Was nützen höhere Stipendien, wenn die Wohnungs- und Versorgungssituation sich permanent verschlechtert. Angesichts der in der Vergangenheit aufgebauten „falschen" Wirtschaftsstrukturen und der immensen Schuldenlast sowie der permanenten Hilfsbedürftigkeit der kubanischen Wirtschaft scheint der ökonomische Zusammenbruch der kubanischen Wirtschaft fast zwangsläufig. Es stellt sich nur die Frage, ob Fidel Castro ähnlich wie Honecker den Gorbatschowschen Ratschlag überhört:„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben". Sollte er die Mahnungen ausschlagen, ergäbe sich eine ähnliche Situation wie zwischen der Bundesrepublik und der DDR, daß nämlich jetzt die in den USA lebenden Kubaner die Sanierung und Transformation Kubas in eine Marktwirtschaft mit Hilfe der USA übernehmen würden. Die Sowjetunion müßte dann offen das Scheitern eines von ihr großzügig geförderten Entwicklungweges hinnehmen.

Horst Brezinski

Anmerkungen:

1. H.Brezinski, Economic Relations between European and the Less-Developed CMEA Countries, in Joint Economic Committee, Congress of the United States, East European Economies: Slow Growth in the 1980's, Washington 1986, S.314.
2. J. Alvarez, A Chronology of Three Decades of Centralised Economic Planning in Cuba, in Communist Economies, Vol.2, No.1, 1990, S.108.
3. C.Mesa-Lago, Cuba's Economic Counter-Reform (Rectificación): Causes, Policies and Effects, in The Journal of Communist Studies, Vol.5, No.4., 1989, S.99ff.
4. 1986
5. C.Mesa-Lago, F.Gil, Vingt ans de relations économiques entre l'URSS et Cuba, in Le Courrier des Pays de l'Est, Nr. 335, 1988, S.59.
6. H.Brezinski, Structural Impacts of CMEA Integration on Cuba, Mongolia and Vietnam, in:K.Wohlmuth (ed.), Structural Adjustment in the World Economy and East-West-South Economic Cooperation, Bremen 1989, S.447.
7. Die Produktion ist von 181.000 t im Jahre 1975 auf 981.000 im Jahre 1988 gestiegen.
8. Banco Nacional de Cuba, Selected Statistical Information of the Cuban Economy, Havanna 1989, S.29.
9. C.Mesa-Lago, F.Gil, Vingt ans...,a.a.O.,S.62.
10. C.Fogarty, K.Tritle. Moscow's Economic Aid Programs in Less-Developed Countries: A Perspective on the 1980's, in: Gorbachev's Economic Plans, Vol.2, Joint Economic Committee, U.S. Congress, Washington 1987, S.540.
11. .H.Brezinski, Cuba's Economic ties...,a.a.O.,S.6.
12. K.Fritsche, Entwicklungshilfe der Sowjetunion: Der westliche Forschungsstand, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr.13, Köln 1987, S.50
13. „Chotja i chvatajet opyta...",Prawda,v.9.4.1990.

Das Ende der Konfrontation

Verhandlungslösungen am Kap

Mit dem Ziel, ein modernisiertes Südafrika als wirtschaftlich tonangebende Regionalmacht abzusichern, vollzieht sich am Kap ein Neuordnungsprozeß. Dabei sollen die Interessen der Herrschenden in Südafrika sowie die seiner westlichen Verbündeten gewahrt werden. Die Sowjetunion ist bei diesem Prozeß nicht tonangebend. Ihre Politik der "regionalen Konfliktlösung" sanktioniert nur eine Entwicklung, die sie aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Defizite kaum beeinflussen kann. Das heißt nicht, daß die Sowjetunion bislang keine eigenen Interessen in der Region verfolgt hat. Es existieren Freundschafts- und Kooperationsverträge mit Angola und Mocanbique. Die südafrikanische Kommunistische Partei (SACP), in enger Allianz mit dem ANC, ist bislang eine der reuesten Verbündeten der KPdSU gewesen. Die Sowjetunion hat die Positionen des ANC auf allen internationalen Foren und in der UNO offen unterstützt und weitreichende materielle und militärische Hilfe geleistet. Die Sowjetunion hat diese Länder in ihr geostrategisches Kalkül einbezogen. Sie hat sich den Zugriff auf wichtige mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe gesichert. Außerdem sind diese Länder wichtige Absatzmärkte für Maschinen, landwirtschaftliches Gerät und Industriegüter, die auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind.

Nach der Unabhängigkeit 1975 war Angola geprägt vom Krieg und den kolonialen Strukturen. Die Rohstoffvorkommen befanden sich in der Hand ausländischer Multis aus den USA, Großbritannien, Südafrika und der BRD. Verarbeitende Industrie war kaum vorhanden, 85 % aller angolanischen Haushalte lebten von der Subsistenzproduktion, die zumeist in den Händen der Frauen liegt. Noch vor der Unabhängigkeitserklärung im Oktober 1975 beginnt der sog. 2. Unabhängigkeitskrieg. Nur mit Hilfe der kubanischen Truppen hat die MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) sich damals behaupten und die Regierung übernehmen können. Der Krieg ist damit aber keineswegs beendet gewesen: nach wie vor kämpfte die UNITA gegen die Regierung in Luanda, militärisch von Südafrika und finanziell von den USA abgesichert.

Noch bevor sich die MPLA auf ihrem 1. Parteikongreß 1977 zur "marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit" erklärte, die die Führung beim Aufbau des Sozialismus übernehmen sollte, unterzeichneten Neto und Breschnew im Oktober 1976 einen auf 20 Jahre laufenden Freundschafts- und Kooperationsvertrag. Die sowjetische Unterstützung Angolas wurde nicht nur aus Solidarität, sondern auch aus strategischem Kalkül geleistet. Es trug der UdSSR großes Prestige ein, einem Land gegen die Apartheidsarmee zur Unabhängigkeit zu verhelfen. Außerdem konnte sie damit im südlichen Afrika Fuß fassen. Diese Initiative Moskaus paßte in den gesamten politischen Kontext: die Sowjetunion versuchte nach der Niederlage der USA in Indochina in die Offensive zu kommen, u.a. durch die Unterstützung progressiver Regimes in Ländern der 3. Welt. Diese Politik Breschnews beinhaltete starke militärische Hilfe für solche Regierungen, die wirtschaftlich weiter an den Westen gebunden waren.

Dieses Grundmuster gilt auch für Angola, jedoch hat Angola außerordentlichen Wert auf das Prinzip der Blockfreiheit gelegt. Obwohl der sowjetisch-angolanische Kooperationsvertrag auch eine wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit vorsieht, nimmt die militärische Unterstützung eindeutig die wichtigste Funktion ein.

Die Waffenlieferungen belaufen sich bis 1987/88 auf einen Wert von ca. 4 Mrd. US-$. Zusätzlich befinden sich mehrere hundert sowjetische Militärberater im Land. Angola bezahlt die Waffenlieferungen in Devisen. Nach offiziellen angolanischen Statistiken schuldet Angola der Sowjetunion bis Ende 1987 mehr als 2 Mrd. US-$, davon 90 % für Waffenlieferungen. So wundert es nicht, daß ca. 75 % der angolanischen Deviseneinnahmen (zu 90 % aus dem Verkauf des Erdöls) in den Verteidigungsetat fließen. Die gesamten Auslandsschulden Angolas belaufen sich inzwischen auf über 4 Mrd. US-$. Mit dem Hauptgläubiger Sowjetunion konnte Angola günstige Rückzahlungsbedingungen aushandeln: innerhalb von 10 Jahren inklusive 3 Jahren Schonfrist bei einem Zinssatz von 3 %. Außerdem konnte bis 1990 ein Moratorium der Zins- und Kreditrückzahlungen vereinbart werden.

Im Vergleich zur militärischen Kooperation ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Angola immer vergleichsweise bescheiden gewesen. Bis 1982 wickelte Angola 2/3 des gesamten Außenhandels mit den kapitalistischen Industrieländern ab, nur 1/4 mit den sozialistischen Staaten insgesamt. Die Sowjetunion liefert vor allem Maschinen, Landmaschinen und LKW gegen harte Devisen. Zudem werden Experten zur Verfügung gestellt, die die Lücken füllen, die nach dem portugiesischen Exodus entstanden sind. Besonders vorteilhaft für die Sowjetunion war das 1977 abgeschlossene Fischereiabkommen, das der Sowjetunion Fangrechte in angolanischen Gewässern einräumt. Die Sowjetunion hat seitdem die angolanischen Gewässer hemmungslos überfischt. Schon 1982 wurde dies auch in Angola kritisiert und davor gewarnt, daß das Land über kurz oder lang zu einem fischimportierenden Land werden würde. Heutzutage ist Fisch in Angola nur noch zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt erhältlich.

Trotz des relativ geringen Volumens der wirtschaftlichen Kooperation kann die UdSSR durch ihre Experten Einfluß nehmen. Diese aus der Not geborene, unkritische Übernahme von Strukturen für die Wirtschaft Angolas, aber vor allem der fortdauernde Krieg haben das Land zerstört. Im Oktober 1987 mußte Angola die Aufnahme in den internationalen Währungsfonds (IWF) und in die Weltbank (WB) beantragen und führte sozusagen als Vorgabe ein Programm zur "wirtschaftlichen Reform und zum Wiederaufbau" (SEF) ein, das alle Kennzeichen eines typischen IWF-Strukturanpassungsprogramms enthält. Inzwischen kann die Sowjeunion nicht mehr davon ausgehen, ihre Schulden einzutreiben bzw. durch die Kooperation mit Angola Devisen zu erwirtschaften, geschweige denn so zu intervenieren, daß Angola in seiner verzweifelten

wirtschaftlichen Lage geholfen werden kann. So ist es auch verständlich, warum die Sowjetunion und Kuba, trotz der militärischen Niederlage Südafrikas bei dem Namibia/Angola-Abkommen, das von Südafrika und der USA aufgestellte Junktim zwischen der Unabhängigkeit Namibias und den Truppenabzug Kubas akzeptiert haben.

Mocambique wurde fallengelassen

Die Situation in Mocambique war ähnlich. Auch die FRELIMO (Mocambikanische Befreiungsfront) fand bei der Unabhängigkeit des Landes eine Wirtschaft vor, die an den Interessen der Kolonialmacht Portugal und an denen des wirtschaftlich mächtigen Südafrika und des ehemaligen Rhodesien ausgerichtet war. Die Eckpfeiler der wirtschaftlichen Strategie der FRELIMO, die sich 1977 zur marxistisch-leninistischen Partei erklärte, sollten die Staatsfarmen sein. Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, daß das zu unkritisch übernommene, stark an der UdSSR ausgerichtete Wirtschaftsmodell nicht ohne weiteres auf mocambikanische Verhältnisse übertragbar war. Neben dem zunehmenden Verfall der Weltmarktpreise für seine Exportgüter hat Mocambique seit Anfang der 80er Jahre vor allem unter dem Krieg der von Südafrika gesteuerten MNR-Banditen zu leiden. Unter dem Druck von Umschuldungsverhandlungen erließ die mocambikanische Regierung 1987 ein "Programm zur wirtschaftlichen Rehabilitierung" (PRE), das zum Wiederaufbau von Marktmechanismen führen sollte. 1986 trat Mocambique dem IWF und der Weltbank bei. Auf ihrem V. Parteikongreß (1989) verabschiedete sich die FRELIMO offiziell vom Konzept des Marxismus-Leninismus. Die Streikwelle im Januar und Februar dieses Jahres deutete auf die enormen sozialen Spannungen, die durch die rigiden wirtschaftspolitischen Maßnahmen entstanden sind. Neben dem Krieg der MNR war das wirtschaftliche Umbauprogramm das Hauptthema bei der 1. Mai-Kundgebung in Maputo.
Bei diesem freien Fall in die Arme von IWF, Weltbank und Südafrika stellt sich die Frage, welche Rolle hat die Sowjetunion in Mocambique überhaupt gespielt? Die Sow etunion ist der wichtigste Waffenlieferant Mocambiques und schickt einige Experten. Aber Kapital für den Aufbau der mocambikanischen Wirtschaft konnte die Sowjetunion nie zur Verfügung stellen. Außer einem gemeinsamen Fischereiunternehmen gab es keine bedeutende wirtschaftliche Kooperation. Die Sowjetunion lehnte es auch ab, Mocambique in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufzunehmen. Für die UdSSR ist Mocambique offensichtlich nie von herausragender strategischer Bedeutung gewesen, da es sich standhaft weigerte, von seinem Grundsatz, "den Indischen Ozen zu einer atomwaffenfreien Zone des Friedens zu machen" abzuweichen. Der Sowjetunion ist es deshalb nicht erlaubt worden, eine Militärbasis einzurichten. Von den 4,3 Mrd. US-$ Zahlungsverpflichtungen schuldet Mocambique 2,4 Mrd. US-$ der Sowjetunion. Mocambiques Hoffnungen auf eine Schuldenstreigung sind zumindest 1989 nicht erfüllt worden. Stattdessen ist ein neuer Vertrag geschlossen worden, wonach die Sowjetunion Mocambique mit Erdölprodukten, Maschinen, Baumaterialien und gefrorenem Fisch (!) versorgen wird. Im Gegenzug erhält sie Tantalit und verschiedene agrarische Rohstoffe.[1] Der sowjetische Botschafter in Mocambique erklärte im Februar 1990, daß man zwar die Regierung weiter unterstützen werde, doch könnten die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion nicht ignoriert werden. Deswegen wünsche die Sowjetunion, die zukünftige Zusammenarbeit zum "gegenseitigen Vorteil" zu gestalten.[2] Der Trend ist offensichtlich: die Sowjetunion zieht sich zurück, die westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten sowie Südafrika rücken vor. Schon beginnt die BRD mit Waffenlieferungen und Südafrika vereinbart ein Umschuldungsabkommen. Selbst bei der Nothilfe für 1990/91 ist die Sowjetunion nicht mehr auf den ersten Rängen zu finden.

Verhaltene Einmischung

Auch in Südafrika baut die Sowjetunion auf eine politische Verhandlungslösung. Führende Repräsentanten des politischen und wissenschaftlichen Etablishments der Sowjetunion werden nicht müde zu beteuern, daß man keine spezifischen Interessen in Südafrika habe und alle Versuche bekämpft werden müßten, den Konflikt im südlichen Afrika zu einem Ost-West-Konflikt zu stilisieren. Schon 1987 erklärte Victor Goncharov, stellvertretender Direkter des Afrikainstituts der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, daß es zu einer für jede Seite akzeptablen Lösung in Südafrika kommen könne, da weder die USA, noch die Sowjetunion besondere Interessen in Südafrika habe.[3] Seitens des ANC erhoffte sich die Sowjetunion mehr "Flexibilität" und "Objektivität", anstelle "dogmatischer Formulierungen". Man sei beunruhigt durch einige ANC-Mitglieder, die versuchten, die sozialistische Revolution vor der nationalen Befreiung auf die Tagesordnung zu setzen. Dies sei eine Verwirrung es revolutionären Kampfes. Zwar solle der ANC seine sozialistische Propaganda nicht aufgeben, jedoch müsse die nationale Befreiung im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen. Letztendlich werde Südafrika sozialistisch werden, daran glaube er auch, vielleicht nicht unbedingt in den nächsten 25 Jahren, aber eventulle in einem Jahrhundert.[4]
Daß diese Überlegungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, macht nicht nur die gegenwärtige Verhandlungssituation klar. Joe Slovo, Generalsekretär der SACP, bezieht sich explizit auf Goncharovs Äußerungen, wenn er feststellt, daß die offizielle Verabschiedung der FRELIMO vom Marxis-



Maputo 15 Jahre nach der Unabhängigkeit: Die Sowjetunion zieht sich zurück

mus-Leninismus nur die "Korrektur einer voreiligen Umwandlung der Bewegung in eine kommunistische 'Vanquard-Party' gewesen sei.[5] Schon länger hat sich die SACP von dem Konzept des Ein-Parteien-Staates verabschiedes: "Wir haben genügend Erfahrungen in verschiedenen Teilen der Welt mit der Ein-Parteien-Herrschaft, um daraus schließen zu können, daß eine wirkliche Demokratie unter einem Ein-Parteien-System nicht nur schwierig, sondern langfristig gesehen unmöglich ist." Deswegen sei auch für Südafrika eine Mehr-Parteien-Demokratie wünschenswert, sowohl in der nationaldemokratischen wie in der sozialistischen Phase.[6]

Goncharov betont, daß die Sowjetunion nicht mehr bedingungslos die Politik des ANC unterstützen werde. Die prinzipielle Haltung der Sowjetunion gegenüber demANC bleibe gültig, d.h., man werden ihm weiterhin militärische und andere Unterstützung zukommen lassen. Doch sei die Gewährung von militärischer Unterstützung abhängig von den Erfolgsaussichten eines bewaffneten Kampfes. Die Sowjetunion sehe es zwar nicht als ihre Aufgabe an, dem ANC zu diktieren, welche Strategie, Taktik er anzuwenden habe oder auch welcher Basis er Verhandlungen mit der Regierung fühten sollte. "Aber prinzipiell sind wir natürlich bereit, unseren Genossen im ANC einige Ratschläge zu geben." Diese Äußerungen lassen Raum für Spekulationen. Deswegen legt ANC-Generalsekretär Alfred Nzo soviel Wert auf die Feststellung, daß individuelle Meinungen von Akademikern keineswegs Ausdruck der offiziellen sowjetischen Politik seien.[7]

In der Tat hat der ANC allen Grund, sich so vehement gegen die Meinungen von "Akademikern" zu verwahren, unterlaufen diese doch die ANC-Verhandlungspositionen. Ein anderes Mitglied des Afrikainstituts der Akademie der Wissenschaften, Gleb Starushenko, hat schon 1986 wesentlich weitreichendere Zugeständnisse des ANC an eine Verhandlungslösung verlangt. Er stellt fest, daß die anti-rassistischen Kräfte eine umfassende Nationalisierung des kapitalistischen Eigentums nicht als unverzichtbare Vorbedingung für Verhandlungen betrachtet haben. Außerdem müßten sie bereit sein, den Weißen Minderheitsrechte zu garantieren. Um die Widersprüche innerhalb des weißen Lagers zu vertiefen, könne der ANC doch schon heute der weißen Bevölkerung umfassende Garantien geben. Starushenko unterbreitet auch sogleich konkrete Vorschläge: ein zukünftiges Parlament solle aus zwei Kammern bestehen, die eine zusammengesetzt auf der Basis repräsentativer Vertretung, die andere mit einem Veto-Recht ausgestattet auf der Basis gleicher Vertretung aller vier Gemeinschaften - also auf rassischer Basis. Schum zum gegenwärtigen zeitpunkt könne die Ausarbeitung entsprechender Verfassungsprinzipien die Beziehungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsteiler verbessern und Mißtrauen beseitigen helfen.[8]

Diese Äußerungen sind so brisant, weil sie die zentralen Streitpunkte bei Verhandlungen zwischen ANC und der Regierung de Klerk sind. Der südafrikanische Staatspräsident de Klerk läßt keinen Zweifel aufkommen: nicht die Herrschaft der Mehrheit (majority rule) steht für ihn auf der Ragesordnung, sondern Teilung der Macht (sharing of power) ist das Gebot der Stunde. Pikanterweise sind seine Ideen zur Verwirklichung dieses Prinzips fast denkungsgleich mit Starushenkos: im Parlament könne es eine repräsentative Vertretung geben, vergleichbar mit dem US-amerikanischen Repräsentantenhaus und eine Vertretung nach Gruppen, die auch den Minderheiten Sicherheit gebe. Für de Klerk geht auch kein Weg vorbei an der Garantie bestimmter "grundlegender Werte": "Privateigentum" und "freies Unternehmertum".

Es kann also mit Recht gemutmaßt werden, daß Nelson Mandelas Haltung "prinzipiell über alles zu verhandeln"[9], u.a. auf die Haltung seines bisherigen Hauptverbündeten zurückzuführen ist. Er hat in letzten Interviews deutlich gesagt, daß die Freiheitscharta nie ein sozialistisches Dokument gewesen sei und daß es zu Nationalisierungen nur in dem Maße kommen werde, das der Wirtschaft eines künftigen Südafrika zuträglich sei. Zu den Minderheitenrechten äußerte er sich Anfang Februar: die Frage müsse zwischen ANC und der Regierung verhandelt werden. "Unsere Forderung ist klar, aber wie ich schon bei früheren Gelegenheiten erklärt habe, uns sind die Ängste der Weißen in diesem Lande vor der Dominierung durch Schwarze durchaus bewußt. Wir nehmen dies sehr ernst. Ich bin davon überzeugt, daß wir in den Diskussionen zwischen ANC und der Regierung eine Lösung finden werden."[10]

Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich noch nicht abschätzen, ob sich dieses Modell der Konfliktlösung für Südafrika tatsächlich realisieren läßt. Widerstände sind nicht nur in den Reihen des ANC zu erwarten. Besonders von den jungen Radikalen in den Townships und den Guerillas in den Ausbildungscamps, sondern vor allem seitens der starken unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, für die die Frage eines sozialistischen Südafrika trotz aller Umbrüche in Osteuropa längst nicht von der Tagesordnung ist. Black Consciousness Movement und PAC (Panafricanist Congress of Azania) haben schon längst deutlich gemacht, daß sie Verhandlungen unter den gegenwärtigen Bedingungen ablehnen. Zwar hat oben zitierter Starushenko der SACP bei der Disziplinierung dieser Kräfte eine wichtige Rolle beigemessen, ob sie diese allerdings erfüllen kann, steht noch auf einem anderen Blatt: "Die negative Haltung der südafrikanischen Kommunistischen Partei gegenüber linksextremistischer Demagogie zeigt deutlich, daß die SACP nicht nur eine Funktion als organisierende revolutionäre Kraft hat, sondern auch als ein Faktor der Stabilität und ein Garant gegen Abenteurertum, schwarzem Chauvinismus und Rassismus ist."

Dieser ausschließliche Blick auf die Politik der Sowjetunion in Südafrika ist nötig, beinhaltet aber die Gefahr, daß wichtigere Faktoren aus dem Blick geraten. Nach wie vor gilt: die Sowjetunion ist weder in Südafrika noch in der Region die z.Z. bestimmende Macht. Die Bedingungen und Aktivitäten in Richtung Befriedung der Region gehen von anderen Kräften aus: den dominierenden westlichen Interessen und ihren Verbündeten im südafrikanischen Herrschaftsapparat. Das Konzept der "regionalen Konfliktlösung" der Sowjetunion umschreibt eine Option, die schon längst unter dem Druck wirtschaftlicher und militärischer Destabilisierung unausweichbar geworden ist.

Werena Rosenke

Anmerkungen:

1 Mozambique Information Office (Hg.): News Review. No. 151, 30.3.89.
2 News Review. No. 177, 1.5.1990
3 Work in Prograss. No. 48. Juli 1987.
4 ebd.
5 Joe Slovo: Has Sicialism Failed? London 1990.
6 Es bedarf eines gesonderten Artikels, um sich mit Slovos Papier auseinanderzusetzen und die wenigen neuen Erkenntnisse von blankem Opportunismus zu scheiden.
7 SECHABA. May 1989.
8 AZANIA News. 6/86.
9 Weekly Mail, 16.-22.2.90.
10 Argus. 15.2.90.



Lesenswerte Bücher zum Thema

Zur allgemeinen Politik

Albers, Detlev u.a.: Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke. Kiepenheuer u. Witsch Köln 1989.
Segbers, Klaus: Der sowjetische Systemwandel. Suhrkamp Frankfurt 1989.
Haug, Wolfgang Fritz: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Argument Hamburg 1989.

Zur sowjetischen Dritte-Welt-Politik und sozialistischen Entwicklungsländern

Fritsche, Klaus (Hrsg.): Verlorene Träume. Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt. Schmetterling Stuttgart 1989. 142 Seiten.
Reichert, Helmut: Sozialistische Entwicklungsländer. Druck- und Verlagskooperative Osnabrück 1988. 192 Seiten.

Zur sowjetischen Regionalpolitik

Edelmann, Marc/ Fritsche, Klaus: Weder Schaf noch Wolf. Sowjetunion - Lateinamerika 1917-1987. Informationsstelle Lateinamerika Bonn 1988. 131 Seiten.
Glaubitz, Joachim (Hrsg.): Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren. Nomos Baden-Baden 1988. 370 Seiten
Fadil Rasoul: Großmachtpolitik und Freiheitskampf; Kurdistan und die sowjetische Nahost Politik, Junius Verlag 1988.

Die Peripherie sprengt das Zentrum

Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion

Die Politik der Umgestaltung in der UdSSR hat innerhalb von fünf Jahren gesellschaftliche Bruchstellen zutage gefördert, die heute den Bestand dieses Staates bedrohen, wie er seit 1922 existiert. Mit an erster Stelle stehen vielfältige nationale Konflikte. Die komplexen nationalen Verhältnisse im ganzen östlichen und südöstlichen Europa hatten in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, diese Region zu einem weltpolitischen Krisenherd zu machen. Jetzt zeigt sich, daß die Berücksichtigung nationaler "Minderheiten" durch die Schaffung administrativer Gliederungen, wie dies vor allem in der Sowjetunion, aber auch in Jugoslawien, Rumänien, der VR China oder Vietnam versucht wurde, zur Lösung dieser Probleme nicht ausreicht.



Armenische Freiwillige im Einsatz

Die Zuspitzung des Nationalitätenkonflikts zur Überlebensfrage der bestehenden staatlichen Struktur traf die Reformer unerwartet. Noch in seiner Rede vom 27. Januar 1987 nannte Gorbatschow zwar unter anderen "Schlüsselproblemen" auch "Klassenbeziehungen und Beziehungen zwischen den Nationalitäten" (1987, S. 217), verwies dann aber anläßlich kurz vorher ausgebrochener Unruhen in Alma-Ata nur auf die "offenkundig ungenügende Durchdringung der Fragen der Nationalitätenpolitik" (ebd., S. 52). Im Juli 1988 beklagt Gorbatschow bereits "die Verletzung des fundamentalen Gesetzes unseres Staates, des Gesetzes der Freundschaft". Zugleich betonte er die Richtigkeit der Verwirklichung der "Lenischen Nationalitätenpolitik" in der Sowjetunion (1988, S. 493f). Beschwörungen der Einheit der Völker der Sowjetunion stehen neuere soziologische Untersuchungen gegenüber, die schwere Spannungen zwischen den Nationalitäten im ganzen Land belegen (s. Novikova u.a. 1989, bes. S. 4f).

Lenins Nationalitätenpolitik

Der Anspruch, die "Leninsche Nationalitätenpolitik" verwirklicht zu haben, bezieht sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Lenin als Vertreter der herrschenden Nation im Vielvölkerstaat Rußland, der Großrussen, entschieden betonte. Selbstbestimmung schloß das Recht auf Verlassen des Staatsverbandes ausdrücklich ein. Effektiv konnte dieses Recht seit Bildung der Sowjetunion nicht wahrgenommen werden. Erst die Verfassung von 1989 sieht überhaupt eine — als umständlich und langwierig kritisierte — formale Prozedur zu seiner Wahrnehmung vor. Aus einer Reihe von Gründen muß die Verbindung eines formal föderativen Staatsaufbaus nach Gründung der UdSSR 1922 mit extrem zentralistischen Strukturen politischer Kontrolle und wirtschaftlicher Planung zum Kernbestand des stalinistischen Herrschaftssystems gezählt werden. Nicht zuletzt ist dies einer der Gründe für den Aufstieg Stalins zu einer fast unumschränkten persönlichen Herrschaftsposition.

Der extrem verschachtelte föderative Aufbau der Sowjetunion aus Unionsrepubliken (SSR), diesen unterstellten Autonomen Sowjetrepubliken (ASSR) sowie den autonomen Verwaltungseinheiten der Autonomen Gebiete (AG) und Nationalen Kreise (NK) entsprach in Wirklichkeit allenfalls einer beschränkten kulturellen Autonomie, die vor allem den eingeschränkten Gebrauch der Sprache der jeweiligen "Titularnation" im kulturellen Bereich, im Erziehungswesen, nicht aber als Amtssprache einschloß. Die komplexe nationale Struktur der UdSSR erlaubte kaum eine klare territoriale Abgrenzung der Nationalitäten, eine entscheidende Voraussetzung für die effektive Realisierung des "Selbstbestimmungsrechts". Dieses Problem wurde durch die Binnenwanderung vor allem der ostslavischen Nationalitäten (Großrussen, Ukrainer, in geringerem Maß Weißrussen)

noch verstärkt. Hinzu kam die Deportation ganzer Völker im Zweiten Weltkrieg. Die Folgen sind u.a. die heutige nationale Zusammensetzung der Kasachischen SSR (s.u.), die Präsenz starker russischer Bevölkerungsanteile in Estland und Lettland und die strategische Bedeutung ihrer Haltung gegenüber den dort politisch bestimmenden Unabhängigkeitsbewegungen, aber auch der Konflikt um das AG Nagornyi Karabach.

Die nationalen Regionen

Sehr grob lassen sich fünf Hauptgebiete nichtrussischer Besiedelung in der Sowjetunion ausmachen. Die europäische Peripherie besteht aus den drei baltischen Republiken, Moldavien, Weißrußland, Ukraine, sowie der Karelischen ASSR als Bestandteil der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR). Die vier Erstgenannten wurden als Folge des Hitler-Stalin-Paktes und durch Okkupationen während des Zweiten Weltkriegs in die Sowjetunion einbezogen. Ukraine und Weißrußland kamen im Lauf des Bürgerkrieges 1918/20 als Sowjetrepubliken unter bolschewistische Kontrolle und wurden 1922 Bestandteile der Sowjetunion. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ihr Territorium wesentlich nach Westen erweitert. Diese Völker haben jahrhundertealte, oft äußerst enge, aber auch konfliktreiche, vor allem durch Russifizierung bestimmte Beziehungen zum historischen Rußland, die schon vor 1917 zu Bestrebungen zur Eigenstaatlichkeit beitrugen. Diese Gebiete gehören größtenteils zu den relativ entwickelten Regionen der UdSSR, vor allem in der Ukraine liegen strategische Zentren der Schwerindustrie und der Getreideproduktion. Die nationalen Bewegungen im Baltikum haben hier zugleich die mit der industriellen Entwicklung verbundene ökologische Krise ins Bewußtsein gehoben. Fast im Zentrum der RSFSR leben die nationalen Minderheiten der Mittleren Wolga, teils lange hier siedelnde finno-ugrische Völker, teils islamisierte Turkvölker, die im Verlauf der mongolischen Eroberungen im 13. Jahrhundert einwanderten. Diese Gebiete wurden nach 1917 Teil der RSFSR und zu verschiedenen Zeiten in ASSR umgewandelt.

Das Kaukasusgebiet zerfällt in zwei durch den Gebirgskamm voneinander getrennte Teile. Der nördliche gehört zur RSFSR, ist ethnographisch überaus vielgestaltig und politisch-administrativ in unterschiedliche ASSR und AG gegliedert. Im Süden schließen die drei transkaukasischen Unionsrepubliken Grusinien, Armenien und Aserbajdschan an. Die gesamte Region unterlag seit ihrer Einbeziehung ins Russische Reich im 19. Jahrhundert forcierter Russifizierung, die z.T. auf gewaltsamen Widerstand stieß. Transkaukasien spielte Anfang des 20. Jahrhunderts, vor allem in beiden Haupt-Flügeln der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle. Nach 1917 entstanden unter wechselnder Protektion der Mittelmächte und der Entente formal selbständige Staaten, die am Ende des Russischen Bürgerkrieges von der Roten Armee besetzt und in die UdSSR einbezogen wurden. In Armenien erfolgte die Staatenbildung vor dem Hintergrund der Progrome, denen 1915/16 praktisch die gesamte armenische Bevölkerung der angrenzenden Gebiete der Türkei zum Opfer gefallen war. Darauf zurückzuführen ist der neuere armenische Nationalismus. Auf die frühen 20er Jahre geht auch die gegenwärtig so umstrittene Grenzziehung zurück, durch die Nagornyj Karabach und Nachitschewan von Armenien abgetrennt und der Aserbajdschanischen SSR zugeschlagen wurden. Transkaukasien unterscheidet sich von anderen nationalen Randzonen der UdSSR durch den vergleichbar geringen Anteil von Russen an der Gesamtbevölkerung, Armenien auch durch eine vergleichsweise hohe ethnische Homogenität. Die ökonomische Bedeutung der Region lag traditionell neben landwirtschaftlichen Erzeugnissen, darunter Baumwolle, Gemüse, Wein und Südfrüchte, im Nordkaukasus Getreide, vor allem in der Erdölförderung um Baku, der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, besonders von Baumwolle.

Die schweren, um die Jahreswende 1989/90 wieder aufgebrochenen Konflikte, die an der Republikzugehörigkeit von Nagornyj Karabach ansetzten und bis zur militärischen Konfrontation zwischen Armenien und Aserbajdschan sowie zur Unabhängigkeitserklärung Nachitschewans führten, sind allenfalls vorläufig durch die militärische Intervention der Moskauer Zentrale beigelegt. Sie stellen neben dem Baltikum weiter die unmittelbarste Gefahr für den territorialen Zusammenhalt der UdSSR dar. Wichtig ist, daß in den neuesten Auseinandersetzungen auf aserbajdschanischer Seite deutlich islamisch-fundamentalistische Parolen vorgebracht wurden.

An das Kaukasus-Gebiet schließt im Osten Zentralasien an. Die Kasachische SSR im Norden besteht größtenteils aus dünn besiedelter Steppe, Halbwüste und Wüste. Im Süden um die Hauptstadt Alma-Ata und in einigen Flußoasen wird Bewässerungsfeldbau betrieben. Dies ist die einzige Unionsrepublik, in der nicht nur die Titularnation in der Minderheit ist — dies gilt auch für Kirgizistan —, sondern auch von den Russen zahlenmäßig übertroffen wird. Die nördlichen Steppengebiete waren vor allem in den späten 50er und frühen 60er Jahren Gegenstand forcierter Neulandgewinnung zum Getreideanbau mit verheerenden ökologischen Folgen. Im Nordteil liegen große Bergbau- und Schwerindustriekomplexe und wichtige Erdgas- und Erdölvorkommen.

Die südliche Hälfte Zentralasiens besteht neben dem Südrand Kasachstans aus den Sowjetrepubliken Usbekistan, Turkmenistan, Kirgizistan und Tadschikistan. Die hier liegenden Oasen waren seit vielen Jahrhunderten wichtige politische und kulturelle Zentren der islamischen Welt. Das Gebiet wurde vom Zarenreich 1864-85 unterworfen und in kolonialer Manier zur Baumwollbasis und Siedlungskolonie gemacht. Nach Einbeziehung in die UdSSR wurden 1924-36 die heute noch bestehenden Sowjetrepubliken gebildet. Ob die 1924-36 gebildeten Sowjetrepubliken in einer immer schon ethnisch sehr heterogenen Region wirklichen nationalen Unterschieden oder eher den Interessen des "teile und herrsche" entsprechen, bleibt, vorsichtig gesagt, eine kontroverse Frage. Unstreitig blieben die europäischen, vor allem russischen Siedler und ein verschärfter Gegensatz zwischen autochthonem Land und russisch dominierter Stadt. Die Boden- und Wasserreform überwand dagegen zweifellos alte Ausbeutungsstrukturen. Die Landwirtschaft der Region blieb aber wie unter dem Zarismus einseitig festgelegt auf Baumwollproduktion (s. Kößler 1984, S. 13ff). Hinzu kam eine forcierte Modernisierungspolitik in allen Bereichen. Neben der besonders in den 30er Jahren forcierten antireligiösen Politik vor allem eine spezifische Sprachpolitik. Zunächst wurde analog zur kemalistischen Türkei die arabische Schrift durch das lateinische Alphabet ersetzt. Dies war eine symbolträchtige Modernisierung und bewirkte die Einleitung der Standardisierung der regionalen Sprachen, ihre Abgrenzung voneinander, aber auch eine einheitliche Wiedergabe der zentralasiatischen Turksprachen und des Türkischen. Vor allem um die Orientierung auf das Russische als zentraler Verkehrs- und Verwaltungssprache der UdSSR zu verstärken, wurden 1939/40 für alle sechs als

Natürlicher Bevölkerungszuwachs auf 1000 Einwohner

	1970	1980	1988
UdSSR	9,2	8,0	8,7
Usb. SSR	28,1	26,4	28,3
Kirg. SSR	32,1	21,2	23,8
Tadsch. SSR	28,4	29,0	33,0
Turk. SSR	28,6	26,0	28,2
Kas. SSR	17,4	15,8	16,9
Grus. SSR	11,9	9,1	8,3
As. SSR	22,5	18,2	19,7
Arm. SSR	17,0	17,2	11,3
Mold. SSR	12,0	9,8	11,2

Quelle: Nar. choz. 1989, S. 26.

eigenständig anerkannte regionale Sprachen — Kasachisch, Usbekisch, Krakalpakisch, Turkmenisch, Kirgizisch sowie das mit dem Persischen eng verwandte Tadschikisch — kyrillische Schriften eingeführt. Kulturelle "Errungenschaften" wie Modernisierung der Schrift waren mit Herrschaftsinteressen befrachtet, mit dem Bestreben also nach sprachlicher Vereinheitlichung des sowjetischen Staatsgebiets.

Regionale Arbeitsteilung

Im Norden und Osten der RSFSR schließlich leben außer Russen und Angehörigen sonstiger europäischer Völker eine Vielzahl meist zahlenmäßig kleiner Völker, die während der Ostexpansion des Zarenreichs unterworfen wurden, zuvor aber häufig vorstaatlich organisiert waren. Sie sind heute in einer ganzen Reihe von "Autonomien" gegliedert. In sowjetischer Zeit erfuhren diese Völker Modernisierungsschübe wie Verschriftlichung ihrer Sprachen und meist die Beendigung nomadisierender Lebensformen. Die ökoligischen Folgen deer erst angelaufenen Inwertsetzung Sibiriens sind schon jetzt gewaltig, bekannt ist die schwerwiegende Verschmutzung des Bajkal-Sees. Der Plan zur Umleitung der großen Ströme Westsibiriens nach Zentralasienist nach seinem offizielen Stop auf Druck ökologischer Gruppen, die auf zentraler Ebene in Moskau agieren konnten, auf ministerieller Ebene offenbar immer noch nicht endgültig vom Tisch. Besonders in diesen Gebieten, aber auch in anderen nationalen Regionen befanden sich Schwerpunkte des Gulag, des über die gesamte UdSSR verstreuten Systems der Strag- und Zwangsarbeitslager.

Zentralasien unterlag von allen Regionen historisch am eindeutigsten einem Kolonisierungsprozeß. Hier ist am ehesten zu fragen, wie das koloniale Erbe überwunden wurde und wie es fortwirkt. Abgesehen von den Unruhen vom Dezember 1986 in Alma-Ata, die wohl auf eine Provokation der gerade abgesetzten Breschnev-treuen Republikführung zurückgingen und den Übergriffen auf Mescheten und Armenier in Usbekistan 1989, ist Zentralasien kein ausgesprochener Brennpunkt des Nationalitätenproblems.

Die Region bleibt monostrukturell auf den Anbau Baumwolle und etwas Reis festgelegt. Dies wird ermöglicht durch eine nach Ausmaß und konkreter Form ökologisch ruinöse Bewässerungslandwirtschaft. Sie hat zur Versalzung des Bodens und zur weit fortgeschrittenen Austrocknung des Aralsees geführt mit den Folgen einer Klimakatastrophe und der Bedrohung der Lebensgrundlagen in der Region (vgl. FR 21.5.90). Usbekistan und die übrigen Oasen-Gebiete Zentralasiens wurden seit Anfang der 30er Jahre planmäßig als Baumwollbasis, unter bewußtem Verzicht auf eine vielseitige wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Republiken und Regionen, ausgebaut. An dieser Festlegung hat auch die Diversifizierung in Bereiche wie Bergbau, aber auch Stahlerzeugung und weiterverarbeitende Industrie nichts Grundlegendes geändert. Das geht aus dem Übergewicht der Kulturen von Rohstoffen für die Industrie (Baumwolle) an der gesamten bewässerten Anbaufläche in den zentralasiatischen Kerngebieten deutlich hervor. Diese Kulturen nehmen in Usbekistan 58 % der bewässerten Fläche ein, im Unionsdurchschnitt nur 22,5 %. In Zentralasien liegen 84,9 % der gesamten bewässerten Fläche, die für Industrierohstoffe aufgewandt wird; der Rest liegt zu weit über der Hälfte in Aserbajdschan. Die Monostruktur der Landwirtschaft, vor allem Usbekistans als der bevölkerungsreichsten zentralasiatischen Republik, wird auch durch die Produktziffern für andere landwirtschaftliche Produkte bestätigt.

Säuglingssterblichkeit in ausgewählten Unionsrepubliken (Todesfälle unter einem Jahr auf 1000 Geburten)

	1970	1980	1985	1988
UdSSR	24,7	27,3	26,0	24,7
Usb. SSR	31,0	47,0	45,3	43,3
Kirg. SSR	45,4	43,3	41,9	36,8
Tadsch. SSR	45,9	58,1	46,8	48,9
Turk. SSR	46,1	53,6	52,4	53,3
Kas. SSR	25,9	32,7	30,1	29,2
Grus. SSR	25,3	25,4	24,0	21,9
As. SSR	34,8	30,4	29,4	27,0
Arm. SSR	25,3	26,2	24,8	25,3
Mold. SSR	23,3	35,0	30,9	23,0

Quelle: Nar. choz. 1989, S. 29.

Die Bedeutung dieser monokulturellen Ausrichtung der Landwirtschaft wird durch ein weiteres Strukturmerkmal gerade der baumwollproduzierenden Republiken Zentralasiens verstärkt: durch den extrem hohen Anteil von Kolchosbauern an der Titularnation, mithin dem starken Gewicht der ländlichen Bevölkerung. Diese Zahl beträgt für Usbeken 32 %, für Turkmenen 45 %. Die Urbanisierung der zentralasiatischen Nationalitäten ist im Unionsvergleich extrem langsam oder sogar rückläufig. Sowjetische Autoren mußten trotz ihres Bemühens um den Nachweis einer Tendenz zur Nivellierung eingestehen, daß unter den Beschäftigten "das relative Gewicht qualifizierter Gruppen von Osten nach Westen zunahm". (Arutunjan/Ostapenko 1988, S. 134, 137.) Hinzu kommt ein "brain drain", da Höherqualifizierte eher in die Städte und in andere Unionsrepubliken abwandern. Die ländliche Überbevölkerung speziell unter den zentralasiatischen Ethnien führt zu Spannungen, die durch Einflüsse der islamischen Bewegungen in den südlich angrenzenden Ländern, Afghanistan und Iran, noch verschärft werden. Dieser Problematik ist auch angesichts der aktuellen Konflikte und der durch die sowjetische Afghanistan-Invasion zugespitzten Lage an der zentralasiatischen Südgrenze der UdSSR schwerlich durch ein Programm der "Anpassung der bodenständigen Bevölkerung an die moderne Produktion" zu begegnen — nach über 50 Jahren, in denen die teilweise forcierte Entwicklung eben dieser Produktion offenkundig an dieser Bevölkerung vorbeigegangen oder auf ihren hinhaltenden Widerstand gestoßen ist. Rückständigkeit, wie sie hier eingestanden und beklagt wird, ist in erster Linie Folge einer planmäßigen Politik, die Modernisierungsanstrengungen auf die Zuwanderung qualifizierter auswärtiger Kader in die Städte stützte. Die ländlichen Regionen wurden so nicht nur vernachlässigt und auf die Rolle von Rohstofflieferanten festgelegt, sondern zugleich zu kulturellen Rückzugsgebieten der einheimischen Bevölkerung. Anders läßt sich die Hartnäckigkeit "traditioneller" oder "patriarchalischer" Verhältnisse (Mukomel' 1989, S. 10-13) kaum erklären.

Weitgehende Peripherisierung

Verschärft wird die Situation durch die zur Bewahrung staatlicher Einheit kaum vermeidbare Privilegierung des Russischen als gemeinsamer Verkehrs- und Verwaltungssprache. Der XXVII. Parteitag der KPdSU hat das im neuen Programm noch einmal betont (vgl. Materialy 1986, S. 157). Einerseits wird so die sprachliche Einheit des Staatsgebiets gefördert, andererseits werden Russen und Russischsprechende durch höhere Mobllitätschancen begünstigt, Angehörige gerade der zentralasiatischen Nationalitäten benachteiligt. In dieser Region vertieft sich so noch die Kluft zwischen Stadt und Land durch die Akzentuierung des Gegensatzes zwischen russisch geprägten Städten und "traditionellem" Land. Geht in den Städten die Kenntnis der Landessprache auch unter denen zurück, die sich zu ihr bekennen, so bestehen auf dem Land weiter schwere Defizite in der Vermittlung des Russischen.

Die Ungleichheit zwischen den Unionsrepubliken kommt aber nicht allein in derartigen kulturellen Verwerfungen zum Ausdruck, die für die Zukunft unschwer weitere, verschärfte nationale Konflikte erwarten lassen. Gängige Entwicklungsindikatoren belegen aufgrund sowjetischer Statistiken den Tatbestand der Unterentwicklung (s. Kößler 1984, S. 14f). Ein schockierender Indikator für diese Ungleichheit ist auch, daß die zentralasiatischen Republiken mit Ausnahme des Sonderfalls Kasachstan un-

ter den Unionsrepubliken am Ende der Skala der Lebenserwartung rangieren. Insbesondere weisen sie gegenüber allen anderen Unionsrepubliken eine wesentlich höhere Kindersterblichkeit auf (s. Tab. 1). Im Gebiet des weitgehend ausgetrockneten Aralsees liegt die Säuglingssterblichkeit über 10 %. Hier, wie auch in Teilen Turkmenistans, herrscht regelrechte Hungersnot. Die Kindersterblichkeit weist bei erheblichen generellen Schwankungen ein durchgängig hohes Niveau für die zentralasiatischen Republiken auf. Das steht auch im Gegensatz zu anderen (ehemals) "rückständigen" Unionsrepubliken wie Moldavien. Auch mit der bekannten, vom Unionsdurchschnitt abweichenden, hohen demographischen Dynamik Zentralasiens besteht allenfalls ein lockerer Zusammenhang (s. Tab. 2). Eine "erhebliche Differenzierung zwischen den Republiken der UdSSR" (Ginter, Titma 1987, S. 8) ist kaum bestreitbar — diese Formulierung beschönigt vielmehr die Wirklichkeit.

Fortbestehende Ungleichheiten in der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen zwischen den Unionsrepubliken und die Benachteiligung gerade Zentralasiens als des eigentlichen früheren Kolonialgebiets sind unverkennbar. Darüber können auch Entwicklungsindikatoren nicht hinwegtäuschen, die sozioökonomische Differenzierung signalisieren. Aber weder erfassen sie in den zentralasiatischen Republiken das wichtige Moment der Binnenwanderung, noch die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in andere Republiken. Die wenigen hier angeführten Daten bestätigen vielmehr die Analyse auch kritischer sowjetischer Autoren, daß eine "nationale Integration" der ehemaligen Kolonien des Zarismus bisher weder auf politisch-kultureller, noch auf wirtschaftlicher Ebene erfolgt ist. Eine wesentliche Ursache dürfte die Festlegung der gesamten Region auf die primäre Rolle des Rohstofflieferanten sein. Halten wir uns die Dynamik vor Augen, welche die nationale Frage in der Sowjetunion seit 1985 angenommen hat, so ist eine weitere Verschärfung der nationalen Konflikte auch und gerade in den islamisch geprägten zentralasiatischen Unionsrepubliken sehr wahrscheinlich. Ein Vorgeschmack könnte die massenhafte Mobilisierung gewesen sein, die zur Jahreswende 1989/90 unter islamisch-fundamentalistischen Losungen und ausdrücklichem Bezug auf iranische Vorbilder die kriegerischen Auseinandersetzungen der Unionsrepublik Aserbajdschan mit der Nachbarrepublik Armenien begleitet haben.

Die auch militärisch geführte Konfrontation zweier Unionsrepubliken Anfang Juni 1990 anläßlich des Streits um Bodenrechte zwischen Usbeken und Kirgisen in der Stadt Osch in der Kirgisischen SSR bestätigt die brisante Situation gerade auch in dieser Region. Sie zeigt zugleich, daß die Konstruktion der bestehenden Unionsrepubliken nicht geeignet war, die komplexen Nationalitätenprobleme in Zentralasien wirklich zu lösen.

Reinhart Kößler

Weiterführende Literatur

Die Titel russischsprachiger Beiträge wurden übersetzt, nicht dagegen die Nachweise. Übersetzungen direkter fremdsprachiger Zitate stammen von mir, R.K.

Ju. V. Arutjunjan/L. Ostapenko 1988: "Die Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur der sowjetischen Nationen." In: Soveršenstvovanie nacional'nych otošenij v SSSR v svete rešenij XXVII s-ezda KPSS. Moskau, S. 131-147

Elizabeth E. Bacon 1966: Central Asians under Russian Rule. A Study of Cultural Change. Ithaca, N.Y.

Hélène Carrère d'Encausse 1979: Risse im roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion. Wien usw.

Hansgeorg Conert 1990: Die Ökonomi des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow. Münster.

Michail S. Gorbačev (Gorbatschow) 1987: Die Rede. 'Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen'. Reinbek.

-- 1988: "Die Brüderlichkeit und Freundschaft der Völker der UdSSR bewahren" (russ.). In: der., Izbrannie reči i stat'i Bd. 6, Moskau, S. 493-503.

Istorija 1979: Istorija nacional'no-gosudartsvennogo stroitel'-stva v SSR v period socializma i stroitel'stva kommunizma (1937-1978gg.) (Der national-staatliche Aufbau in der UdSSR in der Periode des Sozialismus und des Aufbaus des Kommunismus.) Moskau.

Boris Kagarlickij (Kagarlitsky) 1990a: "A Painful Question: Perestroika and Nationalism of Soviet Minorities". Critique 22, S. 105-109

-- (Kagarlitzkij) 1990b: "Leben nach Gorbatschow". links 241, S. 33-34

Reinhart Kößler 1984: "Nationalitäten in der Sowjetunion: Koloniales Erbe oder Emanzipation?" Blätter des iz3w 116, S. 9-18.

Moshe Lewin 1973: Lenin's Last Struggle. London.

Rudolf A. Mark 1989: Die Völker der Sowjetunion. Ein Lexikon. Opladen.

Materialy 1986: Materialy XXVII s-ezda Kommuističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza. Moskau.

Vladimir I. Mukomel' 1989: "Eine Zeit verantwortungsvoller Entscheidungen." (russ.) Sociologičeskie issledovanija 1989/1, S. 9-13.

Nar. choz. 1988: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1987 g. (Die Volkswirtschaft der UdSSR 1987.) Moskau.

Nar. choz. 1989: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1988 g. (Die Volkswirtschaft der UdSSR 1988.) Moskau.

Aleksandr Nekritch 1982: Les peuples punis. La déportation et le sort des minorités soviétiques à la fin de la Seconde Guerre Mondiale. Paris.

Lidija G. Novikova/Anatolij A. Ovsjannikov/David G. Rotmann 1989: "Stereotypen des historischen Selbstbewußtseins (nach Materialien einer interregionalen Forschung)" (russ.). Sociologičeskie issledovanija 1989/5, S. 3-12.

Hillel Ticktin 1981: "Der Krieg in Afghanistan. Eine verzweifelte Elite expandiert." In: ders. u.a. Planlose Wirtschaft. Hamburg, 93-116

Geoffrey Wheeler 1965: The Modern History of Soviet Central Asia. London.

Stéphanie Yérasimos 1989: "Caucase, la grande mêlée (1914-1921)". Hérodote 54-55: Les Marches de la Russie, S. 149-198

Osteuropa und Dritte Welt

Osteuropa ist heute, Anfang der 90er Jahre, nur noch eine geographische Angabe, nachdem der Ruf "Wir sind das Volk" die ehemaligen Staaten des Ostblocks erschütterte. Aus Verfolgten wurden Verfolger, die Herrschenden der vier Nachkriegsjahrzehnte sind in Pension gegangen oder haben sich zum demokratischen Sozialismus bekehrt. Kurz: Alles, was den Europäer zur Zeit interessiert, spielt sich vor seiner Haustür ab.

Kaum einer hingegen macht sich Gedanken über die Beziehungen der ehemaligen sozialistischen Staaten zu den Ländern und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Da wird viel orakelt und vermutet. Zumindest was die jungen Demokratien im Osten Europas betrifft, dürfte alles klar sein: Damit beschäftigt, ihre eigenen Volkswirtschaften zu modernisieren, werden sie sich nicht länger mit aufwendigen entwicklungspolitischen Vorhaben "belasten". Auch die Sowjetunion kündigt eine Reform ihrer Entwicklungspolitik an: Das Ende der sozialistischen Bruderhilfe ist für manche Länder der "sozialistischen Orientierung" Chance und Risiko zugleich.

In Zeiten des Umbruchs sind Bestandsaufnahmen wichtig. Der in der Reihe OstEuropaForum erschienene Band "Osteuropa und die Dritte Welt" informiert den Leser gründlich über die verschiedenen Aspekte der Ost-Süd-Kontakte. Aufgelegt im Frühjahr 1989 bietet die Aufsatzsammlung eine Übersicht an Zahlen und Fakten, die den Stand der Beziehungen zwischen den RGW-Staaten und der Dritten Welt beschreiben. Während die meisten Artikel bereits historischen Charakter haben, ist der Artikel von Lothar Jung über den Umdenkungsprozeß in der KPdSU und der sowjetischen Gesellschaft noch aktuell, weil er die verschiedenen Ausgangspositionen für eine neue Entwicklungspolitik der Sowjetunion beschreibt.

Die anderen Artikel behandeln sowohl die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Osteuropa und der Dritten Welt im Allgemeinen, als auch spezielle Aspekte. So geht Klaus Fritsche näher auf die Arbeitsteilung zwischen der Sowjetunion und Vietnam ein. Ob die nicht-europäischen RGW-Mitgliedsstaaten ein Modell für Entwicklungsländer sind, wie Giovanni Grazini seinen Aufsatz in dem Band betitelt, diese Frage dürfte sich heute erübrigt haben. Über die Probleme, die die kommunistischen Parteien mit der Einschätzung revolutionärer Veränderungen in der Dritten Welt haben, schreibt Elizabeth Kridl Valkenier.

Der 112 Seiten starke Band mit Fachaufsätzen ist damit mehr als nur Bestandsaufnahme. Er läßt abschätzen, welche Folgen das Auseinanderbröckeln des RGW für die Länder des Trikont haben wird.

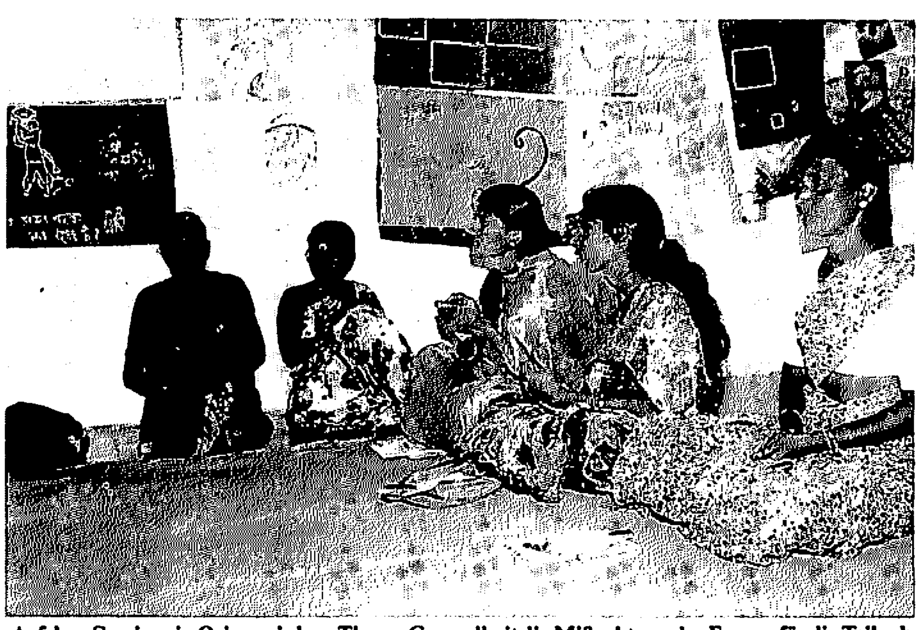
hh

Osteuropa und die Dritte Welt, Junius Verlag, Berlin 1989, 112 Seiten, DM 12,-.

Es liegt Hoffnung in der Luft

Frauengruppen in Indien

Austausch und die gegenseitige Ermutigung von Frauen war das Ziel mehrerer Seminare, die auf Initiative der ASW (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt)[1] an verschiedenen Orten Indiens stattfanden. Die Teilnehmerinnen waren zum größten Teil Frauen aus sog. Frauenselbstvertretungsgruppen (Sanghams), die die ASW seit Jahren unterstützt. Die Arbeit dieser Gruppen zielt auf Selbsthilfe und Bewußtseinsbildung gerade der Frauen aus den untersten Gesellschaftsschichten des Landes.



Auf dem Seminar in Orissa wird am Thema Gesundheit die Mißachtung der Frauen für die Teilnehmerin deutlich. (Foto: Manuela Geis)

Eine Teilnehmerin eines sehr vielversprechend verlaufenen Seminars im indischen Bangalore im Mai 1989, zu dem auch Vertreterinnen städtischer Frauenaktionsgruppen angereist waren, berichtet stellvertretend für die meisten indischen Frauen: "Das Problem beginnt schon in der Kindheit. Seit ich mich erinnern kann, hat mein Vater sich immer nur Gedanken um die Zukunft meines Bruders gemacht. Als ich erstmals den Wunsch äußerte, zur Schule zu gehen, hat mein Vater mich nur ausgelacht. Ich mußte lange darum kämpfen und viele Tränen vergießen, bis ich endlich die Schule besuchen durfte. Der Wunsch, nach meiner Ausbildung in einer sozialen Aktionsgruppe (SAG) mitzuarbeiten, stieß dann auf völliges Unverständnis. Alle Verwandten regten sich furchtbar auf und versuchten, mich davon abzubringen. Für eine indische Tochter kommt normalerweise nur eines in Frage: sie muß verheiratet werden und ist dann in erster Linie für Haus und Kinder zuständig. Nur wenn die ökonomische Situation der Familie es erfordert, geht sie arbeiten. Nachdem ich mich zuhause endlich durchsetzen konnte, gingen die Probleme im Arbeitsbereich weiter. Die Männer akzeptieren uns Mitarbeiterinnen nicht als gleichwertig. Besonders die unverheirateten Frauen sind ihren Belästigungen und zweideutigen Bemerkungen ausgesetzt. Schwierigkeiten dürfen wir schon gar nicht äußern. Wenn wir zum Beispiel spät abends im Dunkeln von einer Dorfversammlung heimkehren müssen, sind wir nach Meinung der Kollegen selbst dafür verantwortlich. Wir hätten uns den Job ja schließlich ausgesucht."

Zu allen Fragestellungen des Seminars konnten die Frauen aus eigener Erfahrung berichten. Die Begeisterung der 50 Teilnehmerinnen am Ende des Treffens war einhellig. Die ASW-Mitarbeiterin Indira schreibt: "Auf diesem Workshop passierte etwas Bemerkenswertes. Etwas, das sich nur schwer auf dem Papier einfangen läßt. Wir hatten ausgezeichnete Referentinnen - vielleicht die besten im Land. Aber als diese mit der Intensität und den Bedürfnissen konfrontiert wurden, die die Teilnehmerinnen mitgebracht hatten, begannen sie, anstatt ihre Vorträge zu halten, einfach mit ihnen zu diskutieren; so, als ob ihr Leben davon abhinge, diese Frauen zu erreichen. Konzepte und Zusammenhänge, von denen wir niemals dachten, daß sie auf diesem Treffen erarbeitet werden könnten, wurden in diesen Topf geworfen, der immer kurz vor dem Siedepunkt stand, aber niemals überkochte. Was in dieser Maiwoche geschah, war für uns alle bedeutend."

Um noch weiteren Frauen diese Art von Austausch, Lernen und gegenseitiger Ermutigung zu ermöglichen, beschlossen die Teilnehmerinnen von Bangalore, vier ähnliche Seminare auf regionaler Ebene durchzuführen. Diese Treffen sollten vor allem für Frauen angeboten werden, die auf dem Dorf in Sanghams (Selbstvertretungsgruppen) mitarbeiten. Ziel der Sanghams ist es, Frauen der untersten Schicht, meist landlose Arbeiterinnen, ein Forum zu bieten und sie zu organisieren. Dies geschieht oft in Form von Treffen in Näh- oder Webkursen. Was für uns eher traditionell klingt - übrigens ist Weben in Indien ein typischer Männerberuf - hat im indischen Kontext eine ganz andere Bedeutung. Für viele Frauen ist dies die einzige Möglichkeit und Legitimation, das Haus überhaupt verlassen zu dürfen und der einzige Zugang zu Ausbildung und Bewußtseinsbildung. In den



Die Frauen eines Workshops mit ihren selbstgefertigten Postern (Foto: Manuela Geis)

Frauensanghams, -komitees und -genossenschaften werden "alltägliche" Probleme wie geringe Wertschätzung und Mißhandlung von Frauen und Mädchen, ungleiche Löhne und Mitgift aufgegriffen. Die Frauen erfahren, wie sie Zugang zu Regierungsgeldern für Brunnenbau, Straßenbeleuchtung und Organisierung von (Kredit-)Kooperativen bekommen. Die Mehrheit der armen Dorfbewohnerinnen sind Analphabetinnen und wissen oft überhaupt nichts von den Regierungsprogrammen, geschweige denn, wie die Gelder zu beantragen sind. Die Mitarbeiterinnen in den Sanghams informieren die Dorffrauen über ihre Rechte und Möglichkeiten und helfen ihnen, Anträge zu stellen. Wenn es ihnen auf diese Weise gelingt, einen Brunnen finanziert zu bekommen, steigt das Ansehen der Frauengruppe auch bei der männlichen Dorfbevölkerung.

Wie entstanden die Frauengruppen

Die von der ASW unterstützten Frauengruppen stehen in engem Zusammenhang mit den sozialen Aktionsgruppen, die Mitte der 70er Jahre begannen, die Ärmsten in den Dörfern gegen lokale Eliten zu organisieren. Durch Bildungs- und Bewußtseinsarbeit sollte den Unterprivilegierten ermöglicht werden, ihre Lage und ihren Handlungsspielraum zu reflektieren und Möglichkeiten zur Veränderung zu entwikkeln.
Den Anstoß für diesen Aufbruch gaben die fehlgeschlagenen Regierungsprogramme, die völlig an den Landlosen, den untersten Kasten und der Stammesbevölkerung vorbei gingen, die "Grüne Revolution", die die Reichen reicher und die Armen noch ärmer machte und nicht zuletzt der von Indira Gandhi verhängte Ausnahmezustand mit Massenarbeitslosigkeit, Wirtschaftsmisere und einer Kampagne der Zwangssterilisierung unter der Schirmherrschaft der Weltbank.
Zur gleichen Zeit, 1975, wurde die UNO-Dekade der Frau ausgerufen, die in Indien einen Aufschwung an Aktivitäten und Diskussionen in Frauenfragen mit sich brachte. In vielen Städten gründeten sich Frauenorganisationen. Frauen spielten eine entscheidende Rolle im Eisenbahnerstreik von 1974. Drei Jahre später machte die Chipko-Bewegung Schlagzeilen: in Dörfern des Himalayas rebellierten Stammesfrauen gegen die Abholzung der Wälder. Seit 1979 wird in Delhi das Frauenmagazin "Manushi" publiziert.

In den Dörfern hatten die Frauen es zum Teil noch schwerer, sich zusammenzuschließen. In den SAGs (Sozialen Aktionsgruppen) war noch Mitte der 80er Jahre die Mitarbeit von Frauen nicht erwünscht. Die Gruppe fürchtete um ihren Ruf bei der Dorfbevölkerung. Forderungen äußerten die Frauen nur sehr zaghaft. Die Mitarbeiterinnen in den SAGs waren mit gleichen Problemen konfrontiert wie in ihren Familien: wichtige Entscheidungen und besonders die Verfügung über das Geld behielten sich die Männer vor. Dies bestätigten auch die Teilnehmerinnen des Bangalore-Workshops. Die permanente Ausgrenzung der Frauen und die Vernachlässigung ihrer Probleme führte dazu, daß separate Frauentreffen organisiert wurden und die Frauen unabhängige Gruppen gründeten.
Für die meisten Frauen, die mit der ASW zusammenarbeiten, ist es eine neue Erfahrung, sich auch über ihre Dörfer hinaus mit anderen Frauen auszutauschen und von der Möglichkeit zu erfahren, sich gegenseitig, zum Beispiel bei Protestaktionen gegen Mitgift, zu unterstützen.

Hauptsache die Söhne sind gesund

Am Thema Gesundheit wird die Mißachtung von Frauen und Mädchen und die Verinnerlichung patriarchaler Strukturen besonders deutlich. Auf dem Regionalseminar in Orissa wurde vertiefend darauf eingegangen. Die medizinische Versorgung auf dem Land ist völlig unzureichend. Eine Gesundheitsarbeiterin ist für 5000 Menschen zuständig, das nächste Krankenhaus Dutzende von Kilometern entfernt. Schlechte Verkehrsverbindungen oder schlicht nicht vorhandene Verkehrsmittel machen die Fahrt zum Arzt zur Odyssee. Für eine Tochter wird dieser Aufwand erst gar nicht getrieben.
Wenn es um die Söhne geht, sieht es schon anders aus. Es beginnt bereits bei der Ernährung der Säuglinge: Jungen werden länger gestillt als Mädchen. Im Säuglingsalter leiden 19 % der Mädchen, aber nur 2,3 % der Jungen an schwerer Unterernährung. Im Alter bis zu fünf Jahren haben 71 % der

Mädchen Mangelerscheinungen, dagegen nur 28 % der Jungen.[2]
Binapani von der Frauengruppe Fellowship erzählt dazu: "Wenn eine Frau schwanger ist, gibt es große Spekulationen, welches Geschlecht das Kind wohl haben wird. Besonders die Schwiegereltern und der Ehemann wollen vor allem Söhne. Den Wunsch und das Bemühen darum bekundet sich das Brautpaar bei der hinduistischen Hochzeitszeremonie ausdrücklich. Auch die Mehrzahl der Frauen hat diesen Wunsch völlig verinnerlicht, weil ihr Ansehen in der Familie durch die Geburt eines Sohnes enorm steigt, bzw. sie überhaupt erst akzeptiert werden. Außerdem wollen sie ihrer Tochter ein Schicksal wie ihr eigenes ersparen, indem sie sie erst gar nicht zur Welt bringen.
Wenn nun 'unglücklicherweise' doch ein Mädchen geboren wird, ist die Enttäuschung groß. Die Mutter, während der Schwangerschaft noch mit auserlesenen Speisen verwöhnt - in der Hoffnung, daß das, was in ihr wächst, ein Junge ist - wird plötzlich unsichtbar und mit ihr die Tochter. Nur wenn sie für Hausarbeiten oder als Sündenbock gebraucht wird, taucht sie aus der Versenkung auf. Ihr Geschlecht wird ihr permanent zum Vorwurf gemacht.
Wie es unter diesen Umständen um die Gesundheitsversorgung und Ernährung bestellt ist, beantwortet sich von selbst."

"Die besten Töchter sind die, die gar nicht erst geboren werden."

Der Wunsch nach Söhnen hat in den Städten Indiens besondere Auswüchse angenommen. Das Verfahren der Amniozentese (Fruchtwasserentnahme), vor ca. 15 Jahren zur Früherkennung genetischer Deformationen bei Föten entwickelt, ermöglicht auch, das Geschlecht des Fötus zu bestimmen.
Eine Untersuchung des Women's Center in Bombay 1982 ergab, daß sich allein in Bombay täglich 10 Frauen diesen Tests unterzogen. Nach Schätzungen wurden schon zwischen 1978 und 1983 etwa 78.000 weiblichen Föten aufgrund der Fruchtwasseruntersuchung in Indien abgetrieben und die Tendenz steigt erheblich.
Paare, die sich für diese Tests entscheiden, machen folgende einfache Rechnung auf: für die Amniozentese mit anschließendem Schwangerschaftsabbruch müssen sie umgerechnet etwa zwanzig bis einhundert DM bezahlen, für die Verheiratung eine Mitgift von 1.000 bis 50.000 DM je nach Status. Auch in den unteren Schichten, in denen Mitgift früher nicht üblich war, greift die Abtreibung weiblicher Föten - trotz gesetzlichen Verbots - immer weiter um sich.
Das *Forum Against Sex Determination and Pre-Selection Techniques* (Forum gegen Geschlechtsbestimmungs- und -auswahltechniken) hat im Bundesstaat Maharashtra einen Gesetzesentwurf gegen die Anwendung der Amniozentese zur Geschlechtsbestimmung erwirkt. Die Gruppe organisierte Streikposten vor Kliniken, die diese Tests durchführten.

Bewußtsein ist die wichtigste Voraussetzung für Veränderungen

Wie das Gesetz gegen Mitgift zeigt, nützen rechtliche Regelungen überhaupt nichts, solange sich nicht auch die Einstellung und das Bewußtsein der Menschen ändern. Dies ist das Hauptanliegen der Frauen in ihren sozialen Aktionsgruppen. Erst wenn die Frauen verinnerlichen, daß sie ein Recht auf eigene Identität, Gesundheit, Gerechtigkeit und selbständige Entscheidung sowohl im Privaten als auch im Arbeitsbereich haben, können sie etwas verändern. In dieser Hinsicht zeigten die Frauentreffen sehr positive Wirkung:

"Ich war bisher sehr still und schüchtern," sagt Seema. "Meinen männlichen Kollegen habe ich nie widersprochen. Durch den Workshop in Bangalore gewann ich soviel Selbstvertrauen, daß ich meine Meinung jetzt vehement vertrat. Alle waren überrascht und kommentierten ironisch: 'Das ist wohl das Training, das du in Bangalore genossen hast.' Ich fühle mich aber jetzt um so stärker."

Rani fährt fort: "Mein Mann verprügelte mich regelmäßig. Als ich vom Frauenworkshop zurückkam, fand ich zum ersten Mal den Mut, zurückzuschlagen. Ich muß gestehen, daß da immer noch ein tief verwurzeltes Gefühl von Schuld in mir ist. Ich zittere noch heute bei dem Gedanken an meine mutige Reaktion. Meine Familie hält das natürlich für einen unverzeihlichen Fehltritt. Die gute Hindufrau muß ihrem Gatten demütig untergeben sein. Ich halte das aber nicht mehr für richtig. Und die anderen Seminarteilnehmerinnen haben mich darin bestärkt. (...) Manchmal habe ich noch das Gefühl, nachgeben zu müssen, mich anzupassen ... das kann ich nicht mehr. Die ständigen Ungerechtigkeiten sind mir ein Dorn im Fuß. Dieses Gefühl und das Bewußtsein, etwas ändern zu können, mußte ich auch den Frauen in meinem Dorf mitteilen."
Das Seminar schloß mit der hoffnungsvollen Feststellung, daß eine Bewegung angefangen hat und wachsen wird. "Der Prozeß geht weiter ... es wird Stolpersteine geben, wir werden uns mit neuen Konzepten, Komplexitäten und Komplikationen herumschlagen müssen. Aber die Kontinuität wird hoffentlich nicht abbrechen," so endet Indira in ihrem Bericht.

Manuela Giese

Anmerkungen
1 Die ASW ist eine entwicklungspolitische Organisation, die Informationsarbeit macht und Selbsthilfegruppen in der Dritten Welt finanziell unterstützt.
2 Christa Wichterich, Stree Shakti: Frauen in Indien: Von der Stärke der Schwachen, Lamuv Taschenbuchverlag, Bornheim-Merten, 1986.

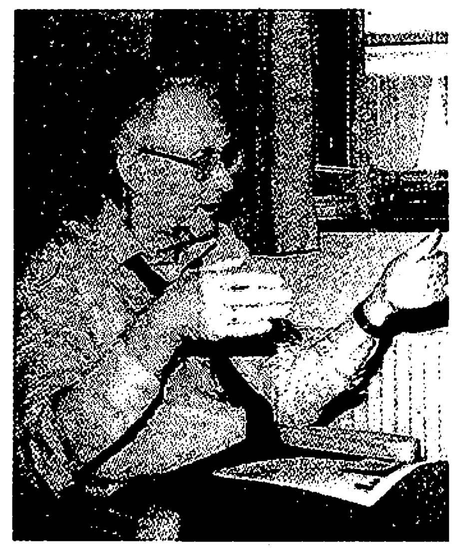
Weitere Informationen zum Thema bei:
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Flaggschiff im Westen - Titanic im Osten

Johan Galtung zur Europäischen Integration

Das "amerikanische Jahrhundert" geht zur Neige, das sowjetische Imperium löst sich auf. Die neue Weltmacht heißt Europa. Der norwegische Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung warnt vor einem europäischen Großraum, dessen stärkster Teil als "Viertes Reich" in Richtung Osten expandiert. Hannes Hofbauer von der MONATSZEITUNG aus Wien führte mit ihm das folgende Gespräch.

Hofbauer: Das sowjetische Dissoziationsmodell, also das Ausscheren aus der kapitalistischen Weltwirtschaft, ist gescheitert. Dieses Modell, so sehr es auch in seiner stalinistischen Art der Modernisierung pervertiert war, hat Sie, Prof. Galtung, in den 70er Jahren von einer Bi-Polarität der Welt sprechen lassen. Die eine Supermacht löst sich nun vor unseren Augen auf. Gibt es jetzt nur mehr eine monocouleure, eine einpolige Welt?
Galtung: Das wäre sehr europäisch gesehen. Wir haben heute in der Welt sechs Supermächte: die USA, die Sowjetunion, die Europäische Union - und ich sage bewußt "Union", und nicht "Gemeinschaft" -, China, Japan und Indien. Die Situation ist folgende: Die Sowjetunion befindet sich in wilder Desintegration und existiert fast nicht mehr. Die Vereinigten Staaten sind teilweise bankrott, haben aber noch eine integrierte politische Struktur und die Europäische Union wächst außerordentlich schnell.
Hofbauer: Die entscheidenden Veränderungen passieren in Europa.
Galtung: Hier in Europa erleben wir gerade die Transformation des Systems von einer Bipolarität zur Unipolarität. Es gibt jetzt eine Hegemonialmacht, die Europäische Union. Aber die besteht aus mehreren Komponenten, zuallererst Großdeutschland - ich spreche nicht von "Wiedervereinigung", weil Deutschland ja in fünf Teile geteilt war und jetzt nur zwei Teile zusammenkommen.
Hofbauer: Die anderen Teile sind ...
Galtung: ... Österreich, die polnischen und die sowjetischen Gebiete, also Ostpommern.
Die zweite Komponente der europäischen Hegemonialmacht ist Westeuropa mit einer riesigen ökonomischen und kulturellen Ausstrahlung.
Hofbauer: Das Zauberwort für das sich öffnende Osteuropa heißt Integration in dieses Großeuropa - unter der Führung Deutschlands oder Großdeutschlands.
Galtung: Ich nenne es nicht Integration, ich nenne es Unterwerfung.
Hofbauer: Einverstanden. Integration heißt immer auch gleichzeitig Desintegration. Wer ist von dieser Desintegration betroffen, sowohl regional, als auch sozial gesehen?


Johan Galtung

Galtung: Es gibt Integration in Westeuropa und Desintegration in Osteuropa. Was zusammenbricht, ist die Pax sowjetica in ihrer politischen, militärischen, ökonomischen und kulturellen Ausprägung. Was die Kultur betrifft, so glaubt niemand mehr an die Marxsche Mystik, an die Idee, daß nach dem Kapitalismus der Sozialismus und dann der Kommunismus folgt. Ökonomisch ist der Comecon, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, zerbrochen; und das war Planwirtschaft auf internationaler Ebene. Militärisch ist der Warschauer Pakt de facto nicht mehr existent, sondern nur mehr eine militärische Verhandlungsgemeinschaft, die keine Rolle mehr spielt. Und die politische Integration in Osteuropa ist ebenfalls obsolet geworden.
Hofbauer: Im Westen allerdings formiert sich ein stark integrierter Wirtschaftsraum.
Galtung: Wiewohl ich meine, daß 1992 nur ein kleiner Schritt im Vergleich zu dem sein wird, was einige Jahre später folgen wird, nämlich die politische und militärische Integration der Europäischen Union. In Wirklichkeit läuft alles auf diese europäische Supermacht hinaus, die ist schon in den Schubladen vorbereitet und ausgedacht.
Hofbauer: Und Sie finden das gefährlich?
Galtung: Das gefährlichste dabei ist, daß der Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa noch nie so groß war wie heute. Aber wir müssen auch sagen, daß die Gefahr nichts neues ist. Früher hatten wir den Stalinismus im Osten und die Gefahr eines Nuklearkrieges, die vom Westen ausging. Diese beiden Gefahren scheinen jetzt überwunden.

Hofbauer: Warum meinen Sie, daß die Gefahr eines Nuklearkrieges gebannt ist?
Galtung: Weil diese Art der Kriegführung eine Bipolarität von Supermächten auf dem Kontinent voraussetzt.
Hofbauer: Deshalb auch der militärstrategische Rückgriff auf Einsatzpläne unterhalb der Ebene des Atomkrieges?
Galtung: Ja, denn wir leben heute in Europa in einer Konstellation Zentrum-Peri-

pherie, statt Zentrum-Zentrum. Die neue Problemstellung wird sein, daß wir mit ständigen Unruhen an der Peripherie der Europäischen Union konfrontiert sein werden. Nehmen wir die deutschen Investitionen bis zum Ural - da kann ich mir nicht vorstellen, daß das ohne Unruhen vor sich gehen wird, wenn es Millionen von Arbeitslosen gibt.

Hofbauer: Warum rechnen Sie mit Millionen von Arbeitslosen?

Galtung: Wenn wir eine Erfahrung vom Kapitalismus haben, dann ist es die: Kapitalismus ist das beste System für ökonomisches Wachstum und das schlimmste für die Verteilung. D.h., daß es am Rande der Zentren des kapitalistischen Systems immer Armut und Arbeitslosigkeit gibt. Die Voraussage für Polen z.B. zum nächsten Jahreswechsel ist eine Million Arbeitslose. In Warschau werden schon Suppen in Armenküchen verteilt.

Und für diese bevorstehenden sozialen Unruhen braucht man keine Nuklearwaffen, sondern rasche und flexible Einsatztruppen, Rapid Deployment Forces, die den „Frieden" garantieren können.
Hofbauer: ... die befrieden.

Galtung: Genau. Alles bewegt sich in diese Richtung. Und die meisten Menschen in Osteuropa glauben, daß ihre neugewonnene, formale Demokratie alle Probleme lösen wird und vergessen dabei die ökonomische Lage, die Stärke des Westens bei gleichzeitiger Schwäche des Ostens.

Hofbauer: Wo orten Sie die potentiellen sozialen Opfer dieser Entwicklung? Bei den Rentnern, den kinderreichen Familien, bei jenen, die der rasanten Modernisierung nicht folgen können?

Galtung: Vor allem bei den nicht gut genug geschulten Arbeitern, und das sind eigentlich fast alle. Sie können zwar lesen und schreiben - und das unterscheidet sie von den Arbeitern in Lateinamerika -, aber sie haben durch den Sozialismus das Arbeiten verlernt. Ein beliebter Arbeiterspruch im Osten war: Sie, die Fabriksdirektoren, tun so, als ob sie uns bezahlen, und wir tun so, als ob wir arbeiten. Das findet man vielleicht noch am wenigsten in der Tschechoslowakei und der DDR, aber sonst überall. Das jetzige Problem ist, daß die aus dem Westen importierte neue Technologie ja nicht besonders viel Arbeitskräfte brauchen wird. Die modernen Fabriken produzieren kapital- und forschungsintensiv, nicht arbeitsintensiv.

Hofbauer: Das heißt, Sie geben der Tschechoslowakei, der DDR, Teilen Ungarns und Sloweniens die Chance, sich in den Westen zu integrieren, allen anderen nicht.

Galtung: Genau. Aber differenzieren wir noch etwas mehr: Ostdeutschland wird in Deutschland eingeordnet, das wird eine Menge Geld kosten, und es wird mit der Ausbeutung des übrigen Osteuropas bezahlt werden.
Hofbauer: Wie soll das funktionieren?
Galtung: Ganz einfach. Man bezahlt dem polnischen Arbeiter eine D-Mark pro Stunde. Der macht vielleicht nicht so gute Arbeit, aber er macht Arbeit. Und dann verkauft man die Produkte für kapitalistische Preise anderswo, macht damit eine Riesenmenge von Geld, und damit finanziert man die Integration Ostdeutschlands. Innerhalb von fünf bis zehn Jahren wird es so keine großen Unterschiede mehr geben zwischen Ost- und Westdeutschland.

Hofbauer: Kommen wir nochmals zur Auflösung des bipolaren Konfliktes, des Stalinismus und des Nuklearismus zurück.



Hannes Hofbauer

Welche Konfliktfelder sind jetzt an seine Stelle getreten?
Galtung: Ich sehe vier neue Konfliktfelder: Erstens - nach dem Verschwinden der Pax sowjetica, die wie ein Teppich über den verschiedenen Nationen lag - das Auftauchen lokaler europäischer Stammeskriege.
Hofbauer: Also nationalistische Konfliktherde.
Galtung: Das ist die Sprache, die die Herren gebrauchen. Die Knechte sehen es anders. Für sie ist es Befreiung.
Zweites Konfliktfeld ist die Dritt-Weltisierung von Osteuropa, die durch die ökonomische Durchdringung unweigerlich entsteht. Da stehen die Deutschen dahinter. Sie nennen es "ökonomische Zusammenarbeit" und "Integration", aber es ist Unterwerfung und Ausbeutung. Als drittes Konfliktfeld sehe ich die Wiederauferstehung von Deutschland als Viertes Reich.
Hofbauer: Das ist doch dasselbe wie die ökonomische Unterwerfung.
Galtung: Nein. Ich sehe das als eigenständigen Konflikt. Denn, als Deutschland gespalten war, war ökonomische Unterwerfung auch möglich. Aber damals war Deutschland gezähmt, heute oder in naher Zukunft ist es das nicht mehr. Nazideutschland hat 17 europäische Länder besetzt, zehn davon waren neutral, die Sowjetunion allein hatte 26 Millionen Opfer zu beklagen. Ich möchte als Norweger sagen, daß ich nichts gegen die Vereinigung Deutschlands habe, aber ich will garantiert haben, daß das Sache der europäischen Saaten ist. Der vierte Konfliktfaktor ist die Europäische Union als Supermacht.
Hofbauer: Konfliktfeld drei und vier schließen sich tendenziell aus. Entweder gibt es ein Großdeutschland oder eine Europäische Union.
Galtung: Es gibt Leute, die das sagen, ich glaube nicht, daß das stimmt. Was im Moment vor sich geht, ist folgendes: Frankreich bejaht die deutsche Vereinigung, unter der Bedingung, daß Deutschland sich als ein Teil der Europäischen Union versteht.
Hofbauer: Also ein Viertes Reich in der Festung Europa.
Galtung: Oder man könnte sagen, die Mutter Europa, die mit einem Riesenbaby schwanger ist. Die Frage ist nur, wie lange sie mit einem solchen Baby schwanger sein kann.
Hofbauer: Und Sie haben Angst vor der Geburt?
Galtung: Ja, um die Mutter. Sehen Sie, die Europäische Union ist von Frankreich gedacht und von Deutschland bezahlt. Und so war es ab 1950. Und wenn die Deutschen nicht bezahlen, dann sagen die Franzosen, daß die Deutschen Nationalisten sind. Und wenn die Franzosen das sagen, schweigen die Deutschen ... und bezahlen.
Hofbauer: Und wo sehen Sie überhaupt noch einen Widerpart zu diesem europäischen Reich?
Galtung: In Europa gibt es keinen.
Hofbauer: Die USA, Japan?
Galtung: Japan vielleicht. Meine Voraussage ist, daß es bald einen gemeinsamen Markt zwischen China, Japan und Korea geben wird. Die dynamische ökonomische Macht ist Japan, der größte Exporteur der Welt Deutschland. Das sind die Riesen der Zukunft. Die USA wird eine sehr viel kleinere Rolle spielen.
Hofbauer: Also ist das amerikanische Jahrhundert, das nur 35 Jahre seit 1945 gedauert hat, bereits zu Ende?
Galtung: Richtig. Anfang 1980 war das bereits ersichtlich.
Hofbauer: Sehen Sie, Herr Prof. Galtung, Alternativen zu den Großraumprojekten?
Galtung: Zum ersten sähe ich gerne eine Zusammenarbeit zwischen den sechs EFTA-Ländern, Osteuropa und der Sowjetunion.
Hofbauer: Aber die Führer der osteuropäischen Länder streben direkt in Richtung EG.
Galtung: Das weiß ich. Die EG hat eine phantastische Anziehungskraft. Aber es wäre für den Erhalt des Friedens besser, wenn Osteuropa mit der EFTA kooperieren würde. Später könnte dann ein gemeinsamer EG-EFTA-Vertrag unterzeichnet werden, für einen sogenannten Europäischen Ökonomischen Wirtschaftsraum. So hätte man anstelle des vergangenen militärischen „Gleichgewichts" ein ökonomi-

sches. Mit der "Europäischen Union"-Lösung allerdings droht ein militärisches und ökonomisches Ungleichgewicht.
Hofbauer: Der einzige politisch namhafte Akteur, der Ihr Projekt derzeit betreibt, ist Gorbatschow.
Galtung: Ich weiß nicht genau, was er jetzt betreibt. Er hat die Geschichte verändert, und ich bin nicht so überzeugt, daß er das auch in der Zukunft machen kann. Denn jetzt liegt die Initiative in den Händen der politischen Führer in Westeuropa.
Hofbauer: Wohin kann das ganze führen, bestenfalls ... oder schlechtestenfalls?
Galtung: Ich fürchte zwei Sachen. Die Ausbeutung und Armut in Osteuropa und die Konfrontationen, die sich daraus ergeben.
Hofbauer: Sie meinen Krieg.
Galtung: Eher viele kleine Konfliktherde und einen oftmaligen Einsatz von Rapid Deployment Forces. Krieg ist ein wenig überholt als Begriff. Wahrscheinlicher sind punktuelle gewalttätige Konfrontationen. Das beste, was sein könnte, wäre ökonomisches Gleichgewicht und Aufbau einer paneuropäischen Sicherheitsstruktur, vielleicht ausgehend von der KSZE-Konferenz.
Ich hätte gerne drei Konföderationen mit jeweils mehreren Regierungen in Europa gesehen. Erstens eine deutsche Konföderation mit der BRD, der DDR und Westberlin als drittem Teil. Zweitens wäre mir statt der Sowjetunion eine sowjetische Konföderation lieber, mit 15 oder mehr Teilnehmern. Also Unabhängigkeit Litauens und der anderen Republiken und dann Zusammenarbeit und Konföderation mit Moskau. Ich sehe ja gar nicht, wie z.B. diese baltischen Länder ökonomisch überlebensfähig sind ohne den sowjetischen Rahmen. Und die dritte Konföderation wäre eine Bewahrung der EG, wie sie sich in etwa heute darstellt. Es gibt dort - noch - eigenständige Regierungen, die fruchtbar zusammenarbeiten können.
Hofbauer: Und die Länder dazwischen. z.B. Österreich?
Galtung: Die setzen ihre bisherige Politik fort. Österreich bleibt Österreich.
Hofbauer: Das ist ein sehr konservativer Plan.
Galtung: Ja, und deswegen ein guter Plan. Außer man ist begeistert von einer Supermacht und einem unter deutscher Hegemonie stehenden europäischen Großraum. Aber die Welt braucht heutzutage keine Supermächte. Davon hat sie in der Vergangenheit schon genug gehabt.
Hofbauer: Danke für das Gespräch.

Integration in die Weltwirtschaft

Vision oder Alptraum?

Die Integration der Dritten Welt in die Weltwirtschaft und die Ausrichtung ihrer Ökonomien auf die kapitalistischen Zentren galt in der kritischen Entwicklungstheorie lange Zeit als die Entwicklungsblockade schlechthin. Folgerichtig wurde der Dritten Welt zur Einleitung von Entwicklung eine Abkoppelung vom Weltmarkt empfohlen.

Seit einige ostasiatische Schwellenländer demonstrierten, daß auch auf dem Wege einer Ausrichtung auf den Weltmarkt eine Aufhebung des Peripherie-Status möglich ist, konnte das Abkoppelungskonzept nicht mehr überzeugen und mußte ad acta gelegt werden.

Erst neuerdings, seit dem durch das Zusammenrücken von erster und zweiter Welt das ökonomische Interesse an der Dritten Welt zurückgeht, taucht der Begriff Abkoppelung wieder in der entwicklungstheoretischen Diskussion auf. Allerdings ist er nun negativ besetzt. Es gibt nur wenige, die von der real stattfindenden (Zwangs-)Abkoppelung der Dritten Welt von der Weltwirtschaft neue Entwicklungsimpulse für deren Ökonomien erwarten. Ist diese Sichtweise berechtigt?
Die Autoren des folgenden Beitrags jedenfalls gehören zu den Abkoppelungsskeptikern. Sie erblicken in einer selektiven und aktiven Eingliederung in die Weltwirtschaft die für die meisten Dritte Welt Ökonomien angezeigte Rezeptur.
Wir möchten diese Sichtweise zur Diskussion stellen und hoffen, mit dem Abdruck des Beitrags eine neue entwicklungstheoretische Debatte in Gang zu setzen. Die Redaktion

Die IWF- und Weltbank-Funktionäre gehen davon aus, daß ihre seit Anfang der 80er Jahre den Entwicklungsländern verordneten Anpassungsstrategien zu deren Integration in den Weltmarkt führen. Notwendige Maßnahmen auf dem Weg zur Weltmarktintegration seien die Rücknahme staatlicher Interventionen in die Ökonomie, die Kürzung des Staatshaushaltsdefizits,die Streichung von Nahrungsmittelsubventionen, die Liberalisierung des Finanzmarktes und der Abbau von Importrestriktionen. Viele Kritiker der beiden Finanzinstitutionen teilen deren Position, daß die den Entwicklungsländern aufoktroyierten liberalen Roßkuren zur stärkeren Eingliederung in die Weltwirtschaft beitragen. Entsprechend richtete sich auch während der Anti-IWF- und Weltbankkampagne 1988 die Kritik gegen die vermeintliche "Zwangsintegration" der Dritten Welt in die Weltwirtschaft. Nach 10 Jahren orthodoxer Anpassungspolitik kann heute jedoch festgestellt werden, daß der Anspruch von IWF und Weltbank, die Weltmarktintegration der Entwicklungsländer zu fördern, nicht realisiert wurde. Vielmehr erleben wir eine zunehmende Abdrängung der Entwicklungsländer aus dem Weltmarkt.
Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel - Schwellenländer mitgerechnet - sank zwischen 1980 und 1987 von 25,8 auf 19,5 Prozent[1]. Die Zuflüsse von Direktinvestitionen in die Dritte Welt verringern sich drastisch. 1982 erhielten die Dritte-Welt-Länder 30,4 % aller weltweiten Direktinvestitionen, 1985 waren es nur noch 23,3 %. Die Tendenz ist weiter fallend. Der Rückgang der bundesdeutschen Direktinvestitionen in die Dritte Welt ist besonders krass. 1970 flossen 23,7 % aller Auslandsinvestitionen in die Peripherie, 1987 10,4 % und 1988 nur noch 2,8 %. Der Trend zur Marginalisierung der Entwicklungsländer ließe sich an weiteren Indikatoren zeigen.

Der IWF erklärt diese Entwicklung mit dem Verweis darauf, daß seine Anpassungspolitiken nicht konsequent genug durchgeführt worden sind. Interessant ist

jedoch, daß die wenigen erfolgreichen Entwicklungsländer solche sind, die gerade nicht den IWF-Rezepten gefolgt waren. Einige ost- und südostasiatische Länder, speziell Taiwan und Südkorea, praktizierten keineswegs den neoliberalen IWF-Kurs. Genauere Untersuchungen zeigen die entscheidende Rolle des Staates, bis hin zur Verstaatlichung des Bankensystems, im Prozeß nachholender Entwicklung in diesen Ökonomien.

Die IWF-Politiken sind primär auf die Sicherung der Schuldendienstzahlungen ausgerichtet. Daher müssen schnell Handelsbilanzüberschüsse angestrebt werden. Es gilt daher die Importe zu senken, so daß häufig auch notwendige Importe von Maschinen und damit notwendige Modernisierungen ausbleiben. Zudem stehen die Exportüberschüsse in der Regel nicht etwa für Neuinvestitionen zur Verfügung, sondern müssen an die internationalen Banken überwiesen werden. Brasilien beispielsweise realisierte in den vergangenen Jahren beachtliche Handelsbilanzüberschüsse von jeweils über 10 Mrd. US-$ und mußte diese vollständig an die internationalen Banken transferieren. Modernisierungen blieben infolge dieser Deinvestitionsstrategie aus, der Abstand zu den Produktivitätsniveaus in der Weltwirtschaft wird immer größer, der tendenzielle Abkopplungseffekt wird verstärkt. Zudem führen die ziellosen Handelsliberalisierungen des IWF dazu, daß auch potentiell weltmarktfähige Industrien durch Billigimporte zerstört werden. Ein sukzessives Hineinwachsen in den Weltmarkt wird so unmöglich, die Länder bleiben auf ihre traditionellen Agrar- und Rohstoffexporte, deren Preise immer weiter fallen, angewiesen. Damit wird die traditionelle Weltarbeitsteilung verfestigt.

Es ist daher irreführend, wenn die IWF-Vertreter von einer Weltmarktintegration als "Entwicklungsziel" und ein großer Teil ihrer Kritiker von einer "Zwangsintegration" der Entwicklungsländer als Folge der orthodoxen IWF-Anpassungsprogramme reden. Vielmehr führen diese bisher zur Fortschreibung des Trends der tendenziellen "Zwangsabkopplung" von zwei Dritteln der Welt aus der Weltwirtschaft. Lange Zeit galt die Abkopplung der Entwicklungsländer aus der Weltwirtschaft in der kritischen Entwicklungstheorie als positive Utopie. Könnte die nun festgestellte "Zwangsabkopplung" nicht als Chance aufgefaßt und genutzt werden, um Exportzwänge und Abhängigkeiten von den Industrienationen abzubauen, einen höheren Grad an Selbstversorgung der eigenen Bevölkerung zu erreichen, um regionale Integrationsprozesse in Gang zu setzen und endlich ein eigenes binnenmarktorientiertes Entwicklungsmodell durchzusetzen? Sollte gerade der IWF günstige Bedingungen für eine "autozentrierte Entwicklung" geschaffen haben?

Abkopplung: Vom Traum zum Alptraum

In Lateinamerika zumindest ist der Traum, eine nationale Industriestruktur aufzubauen, diese auf den Binnenmarkt zu konzentrieren und so die Abhängigkeit vom Weltmarkt sukzessive zu verringern, gescheitert.
Erst einmal wurde das Devisenproblem, das entsprechend des ursprünglichen Konzepts durch die Substitution der Importe nach und nach überwunden werden sollte, immer weniger lösbar. Da Exporte von Industriegütern nicht vorgesehen waren (binnenmarktorientierte Industrialisierung), waren die Ökonomen weiter auf (steigende) Ausfuhren von Agrargütern und Rohstoffen angewiesen, um die notwendigen Vorprodukte zum Aufbau und zur Instandhaltung der nationalen Industrien zu finanzieren. Die Industrialisierung blieb abhängig vom Agrarsektor und von Exportprodukten, deren Weltmarktpreise nach dem zweiten Weltkrieg immer weiter sanken.
Die binnenmarktorientierte Industrialisierung führte paradoxerweise aufgrund der ungenügenden Binnennachfrage in allen lateinamerikanischen Staaten zu einer Stagnation des Volkseinkommens und damit des Binnenmarktes, der eigentlich entwickelt und ausgebaut werden sollte. Die Strategie entpuppte sich als ineffizient, unsozial und unökologisch.

Ineffizient, weil sich hinter den hohen Zollmauern Oligopole herausbildeten, die mit veraltenden Maschinen weder von Konkurrenten auf dem Binnenmarkt noch durch Weltmarktkonkurrenz unter Innovationsdruck gesetzt wurden. Damit wurde der Abstand zum internationalen Produktivitäts- und Preisniveau immer größer. Zudem führte die Idee, möglichst die gesamte Palette der Industriegüter im Land selbst fertigen zu müssen, dazu, daß in kleinen Serien zu hohen Kosten produziert wurde.
Die sozialen Kosten dieses Modells wurden immer deutlicher sichtbar. Die Konsumentenpreise blieben trotz niedriger Löhne hoch. Das Preisniveau lag häufig 400 % über den Weltmarktpreisen. Gerade viele multinationale Konzerne dominierten die Konsumgüterbranchen (Automobilindustrie u.a.) und schöpften auf den hochprotektionierten Märkten Extraprofite ab.
Unökologisch war diese Entwicklung, weil auf den vermachteten Märkten nur langsam technologische Neuerungen eingeführt wurden. Die veralteten Anlagen waren und sind ressourcen- und energieintensiv.

Das Fazit fällt ernüchternd aus. Die nahezu ausschließliche Orientierung der nationalen Industrien auf die Binnenmärkte hat keinesfalls die Abhängigkeit vom Weltmarkt verringert bzw. die nationalen Autonomiespielräume erhöht. Im Gegenteil. Die Kehrseite dieser Strategie ist eine "passive Integration" in die Weltwirtschaft und

eine ökonomische Dauerstagnation. Die lateinamerikanischen Gesellschaften blieben bis heute, nach 100 Jahren Industrialisierung, weitestgehend auf Rohstoffexporte angewiesen. Die IWF-Strategien verfestigen diese "passive Weltmarktintegration" und die alte Form der internationalen Arbeitsteilung (Rohstoffe gegen Industriewaren).
Es geht also gar nicht um den lange gepflegten Konflikt Weltmarktintegration vs. Abkopplung, sondern um "passive Integration", die zu tendenzieller Zwangsabkopplung der Dritten Welt aus der Weltgesellschaft führt, vs. Formen "aktiver Integration", um die nationalen Handlungsspielräume zu erweitern und die Dauerstagnation und Verarmung ganzer Länder zu überwinden.
Eine Alternative zur letztgenannten Option ist nur schwer denkbar, wenn man weiterhin den armen Ländern das Recht auf Entwicklung und Industrialisierung zubilligt.

Regionalisierung als Ausweg?

Seit Beginn der Verschuldungskrise richtete sich die Hoffnung vieler auf die Region als Ausweg aus der Krise. Doch die reale Entwicklung gibt kaum Anlaß zu Optimismus. Der lateinamerikanische Regionalmarkt ist von den weltwirtschaftlichen Umbruchprozessen negativ betroffen, während der gesamte Welthandel prosperiert. Der Welthandel wuchs seit 1983 um jährlich sieben Prozent, der Handel zwischen den lateinamerikanischen Ländern sank demgegenüber zwischen 1981 und 1987 von 11,3 Mrd. Dollar auf 7,6 Mrd. Dollar.
Der Regionalmarkt allein kann daher keine Alternative zur gescheiterten Beschränkung auf den Binnenmarkt darstellen.
Es gilt Binnen-, Regional- und Weltmarktpotentiale zugleich zu nutzen. Dabei spielt der Regionalmarkt als Absicherung einer "selektiven Weltmarktintegration" sicher eine wichtige Rolle.
Eine selektive und aktive Integration in die Weltwirtschaft und die regionale Integration können sich gegenseitig bedingen und verstärken und zur Voraussetzung füreinander werden. Die Entwicklungsländer müssen sich um eine sukzessive Verbesserung der produktiven Basis ihrer Ökonomien und damit um Produktivitäts- und Effiziensssteigerungen kümmern, um aus der Stagnation des Binnenmarktes ausbrechen zu können.
Dennoch geht es nicht um eine einseitige Weltmarkt- oder Exportorientierung, sondern um die Überwindung der einseitigen und gescheiterten Binnenmarktbeschränkung. Es geht auch nicht um nachholende Entwicklung im Sinne von "kopierter Entwicklung" und "nachholender Umweltzerstörung". Neue Entwicklungsoptionen und gesellschaftliche Neuorientierungen sind im Süden, aber auch im Norden gefragt.

Reformen im Norden sind angesagt

Im Norden stehen einschneidende Veränderungen an, wenn den Ländern der Dritten Welt Entwicklungsoptionen ermöglicht werden sollen.

Erstens ist eine umfassende Entschuldung, also ein Schuldenverzicht der Industrieländer unverzichtbar. Im Falle der DDR weist jeder Ökonom von rechts bis links ganz selbstverständlich und richtig darauf hin, daß die Sanierung und Modernisierung einer maroden Ökonomie Milliardenbeträge kostet. Demnach sind Kapitalzuflüsse notwendig, um überhaupt an eine Wiederbelebung der Ökonomie denken zu können. Diese Binsenweisheit gilt nicht nur für die maroden Ökonomien in Osteuropa, sondern überall auf der Welt - auch in Lateinamerika.

Zweitens läßt sich eine asymmetrische Entwicklung des Protektionismus beobachten. Die Entwicklungsländer müssen unter dem Einfluß des IWF ihre Märkte liberalisieren und öffnen. Gleichzeitig verstärken sich protektionistische Tendenzen in den Industrieländern. Diese Entwicklungstendenz muß umgekehrt werden. Es sind die Entwicklungsländer, die selektiven Protektionismus benötigen, um in die Weltwirtschaft hineinwachsen zu können.

Drittens darf das uneingeschränkte Primat der Ökonomie, das in den "Volkswirtschaften" der Industrieländer längst vielfach durch politische, soziale und ökologische Regulierungen gebrochen und modifiziert wurde, nicht uneingeschränkt und ungezügelt auf weltwirtschaftlicher Ebene walten.

Viertens ist der rasche ökologische Umbau der Industriegesellschaften Bedingung dafür, den Entwicklungsländern Chancen einer Entwicklung zu eröffnen. Der pro-Kopf-Energie-Verbrauch und die CO_2-Emission in den Industrieländern müssen durch effizientere Nutzung drastisch gesenkt werden, um die notwendige entwicklungsbedingte Steigerung des Energieverbrauchs in den Entwicklungsländern zu ermöglichen.
Fatal und zynisch wäre es, die Klima- und Ozonlochproblematik gegen Industrialisierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in der Dritten Welt auszuspielen. Es muß vielmehr darum gehen, die Entwicklungsprozesse im Süden sofort auf der Basis modernster umweltfreundlicher Energiesysteme und effizienter Energieumwandlung und -nutzung aufzubauen. Das Öko-Institut in Freiburg spricht zu Recht von der Notwendigkeit einer "Effizienzrevolution", die im Norden und im Süden im Bereich der Energieumwandlungstechnologien, der Reduzierung des Individualverkehrs etc. stattfinden müsse.
Falsche Bescheidenheit und der Verzicht auf Entwicklung ist von Seiten der Entwicklungsländer völlig unangebracht, nicht zuletzt, weil sie den Norden von Anpassungslasten befreit: beim ökologischen Umbau, bei Abbau von Protektionismus, bei der Zurückdrängung der Automobilisierung. Die scheinbar radikalsten Positionen derer, die Abkopplung, den Abschied von jeglicher Form industrieller Entwicklung und das Zurück zu "einfachen Lebensformen" - für die Völker der Dritten Welt, versteht sich - fordern, entsprechen dabei durchaus den Interessen der Industrieländer, notwendige ökologische Veränderungen hinauszuschieben.
Die Gefahr eines "Ökoimperialismus", der darin besteht, daß im Norden auf dem zerstörerischen Pfad fortgeschritten und der längst überfällige Umbau unserer Industriegesellschaften hinausgezögert, der Süden aber zur einfachen Agrar- oder gar Subsistenzwirtschaft angehalten wird, darf nicht unterschätzt werden. Die Sorge der Industrieländer um die Regenwälder dieser Welt ist sicher nicht nur altruistischer Natur.

Angesichts dieser Problemfülle scheint es sicher, daß die ungelösten Probleme unserer Welt wieder auf der politischen Tagesordnung stehen, wenn in Ost- und Westeuropa die Nebelschwaden der alten und neuen Ludwig Erhard-Ideologen verzogen sind: Ökologiekrise - soziales Unrecht - und das Elend der Dritten Welt. Es gilt das politische Vakuum, das die idealistischen Markteuphoriker zurücklassen werden, auszufüllen. Dazu müssen jedoch auch wir auf eigene, falsche Idealismen und Illusionen verzichten. Die alte Utopie der Abkopplung von der Weltwirtschaft hat sich als Alptraum entpuppt. Die Vision ist die selektive und aktive Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, auf der Grundlage durchgreifender ökonomischer, ökologischer, sozialer und demokratischer Reformen im Norden, im Osten und im Süden.

Leopoldo Mármora/Dirk Messner

Anmerkung:
[1] Hinter diesen Zahlen verbergen sich große Unterschiede: Die Länder Süd- und Südostasiens erfuhren während des genannten Zeitraumes einen kontinuierlichen Aufschwung. Lag ihr Anteil am Welthandel 1970 noch bei 5,3 %, so wuchs er auf 7,3 % bis 1980 und erreichte 1987 9,6 %. Dafür war der Marginalisierungsprozeß für die anderen Regionen umso stärker. Lateinamerikas Anteil am Welthandel fiel von 5,7 % im Jahre 1980 auf 3,55 % im Jahre 1987 und lag damit knapp vor dem Afrikas und Westasiens.

Wer sich intensiver mit der Thematik beschäftigen will, sei verwiesen auf folgende Publikationen der beiden Autoren:
Alte Entwicklungstheorien - neue Internationalismusbegriffe. Arbeitspapier des Instituts für internationale Politik Wuppertal, Anfang 1990. Bezug: Institut für internationale Politik, Neue Friedrichstr. 12, 5600 Wuppertal

Die Berlinale '90 und der 'junge' Dritte Welt Film

Das 20. Internationale Forum des jungen Films der diesjährigen Berlinale war ebenso wie alle anderen Ereignisse von dem politischen Umbruch in Osteuropa und insbesondere von jenem im anderen deutschen Nachkriegsstaat gekennzeichnet. Seinen Niederschlag fand diese Entwicklung in dem Programmschwerpunkt: Verbotsfilme aus der DDR. Mit dem 11. Plenum des ZK der SED endete das politische Tauwetter der Jahre 1965/66 ebenso abrupt wie es begonnen hatte. Fast die gesamte Jahresproduktion der ostdeutschen 'DEFA'-Studios landete in den ideologischen Panzerschränken der stalinistischen SED. Nun, 25 Jahre später, gelangten sieben dieser Verbotsfilme im 'Forum des jungen Films' zur Aufführung.

Die Präsenz von Filmen aus der 'Dritten Welt' hat darunter freilich stark gelitten, der prozentuale Anteil am Gesamtprogramm des 'Forums' war weit geringer als in den vergangenen Jahren. Für die Präsentation des in der BRD meist unbekannten Filmschaffens einzelner Länder der 'Dritten Welt' hat das 'Internationale Forum des jungen Films', das in den nunmehr 20 Jahren seines Bestehens zum festen Bestandteil der Filmfestspiele geworden ist, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gewonnen. Es bleibt zu hoffen, daß die diesjährige Auswahlpraxis nicht zur Regel wird. Immerhin fällt diesmal die Auswahl vorzustellender Filme - es waren nur vier - nicht schwer.

LA NACION CLANDESTINA - 'Die geheime Nation' - ist in Bolivien entstanden und erzählt am Beispiel eines individuellen Schicksals die fortdauernde Unterdrükkung und menschliche Geringschätzung, die die Indianer in diesem Land - ebenso wie in anderen lateinamerikanischen Ländern - erfahren. Es ist die Lebensgeschichte eines Sargtischlers von dem Volke der Aymaras, der sich nach langen Jahren der 'inneren Emigration' in der Stadt entschließt, in sein Dorf auf der bolivianischen Hochebene, dem Altiplano, zurückzukehren. Eine lange Reise beginnt, die immer wieder unterbrochen wird von biographischen Rückblenden. Das durchgängige Merkmal dieser realistisch geschilderten indianischen Lebensgeschichte: Der Protagonist ist als Indianer ein Fremder im eigenen Land, der von der herrschenden Gesellschaft nie respektiert wurde.

Der Film thematisiert viele Aspekte der Lebensrealität der Indianer Lateinamerikas. Dem Zuschauer offenbart sich, was es in Südamerika bedeutet, einer unterdrückten und nicht geachteten ethnischen Minderheit anzugehören. Auch wenn der Film mit seinem Anliegen eine spürbare inhaltliche Dichte entwickelt, ist er mit seinen zwei Stunden zu langatmig, fordert dem Interessierten ein gehöriges Maß an Konzentration ab. Immer wieder wird eine der rückblickenden Sequenzen eingeschoben. Der Film wird so zu einer nicht endenwollenden Aufzählung von Situationen der Benachteiligung, die die Indianer durch die bolivianische Gesellschaft erfahren.

Realisiert wurde LA NACION CLANDESTINA von der vor 20 Jahren gegründeten Gruppe 'Ukamau', die bis heute das einzige Filmkollektiv Boliviens geblieben ist, und die bereits mit ihrem ersten Spielfilm UKAMAU die Kultur der Aymaras, dieser 'verborgenen Nation' zum Thema gemacht hatte.

BODA SECRATA - 'Die heimliche Hochzeit' - ein argentinischer Film, beginnt mit einer eigentümlichen Szene. Ein nackter Mann rennt durch die Häuserschluchten der argentinischen Metropole Buenos Aires. Zwei Polizisten greifen ihn auf und identifizieren ihn als einen gewissen Fermin Gracia, einen Revolutionär, der angeblich vor dreizehn Jahren unter der Militärdiktatur ermordet worden war. Fermin wird wieder entlassen, verläßt die Hauptstadt mit dem Bus und kehrt in ein kleines Dorf im Norden des Landes zurück, in dem er vor fünfzehn Jahren seine Geliebte Tota zurückgelassen hat. Obwohl für Tota das Warten auf Fermin zu einer Obsession geworden ist, erkennt sie ihn bei seiner Rückkehr nicht. Für den kleinen Ort stellt die Anwesenheit des 'Fremden', zumindest in den Augen der Obrigkeit, eine Gefahr dar. Der Pfarrer der Gemeinde deckt die Vergangenheit Fermins auf und droht ihn zu denunzieren. Aus Verzweiflung bringt er den Pfarrer um, gesteht Tota seine Liebe und will mit ihr heimlich fliehen. Fermin wird gefaßt und deportiert. Wie fünfzehn Jahre zuvor verspricht er zurückzukehren und es schließt sich der Kreis, wenn auch unter veränderten politischen Vorzeichen. Die argentinische Vergangenheitsbewältigung ist noch nicht geleistet, und die 'Altlasten' einer düsteren und nicht allzufernen Zeit werfen ihre Schatten. Man denke nur an die derzeitige politische Lage unter dem popularistischen Führer Menem. Die Gefahr eines rechtsgerichteten Regimes mit faschistoiden Zügen scheint noch lange nicht gebannt.

Der Regisseur Agrestis, der bereits 1988 seinen Film DIE LIEBE IST EINE DIKKE FRAU im Forum vorgestellt hatte, nimmt in seinem neuesten Film die gesellschaftliche Realität Argentiniens unter die Lupe und attackiert jene Heuchlerei, an welcher die argentinische Gesellschaft krankt.

Der zweite argentinische Film **ULTIMAS IMAGENES DEL NAUFRAGIO** - 'Letzte Bilder des Schiffbruchs' - thematisiert einen anderen Aspekt der Geschichte Argentiniens. Dieses lateinamerikanische Land hatte sich immer stärker nach Europa ausgerichtet als auf seine unmittelbaren Nachbarländer. Mit Nationen wie Chile und Mexiko sieht man sich nicht in einem Boot - so zumindest die Auffassung der Generation der 60er Jahre in Argentinien. Die politischen Erfahrungen, die diese Generation in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, widersprechen jedoch diesen Vorstellungen. Die Spirale des Elends beginnt auch dieses Land und seine Mittelschicht zu erfassen.

Roberto ist Versicherungsvertreter, der aus seinem trüben Dasein ausbricht, um einen Roman zu schreiben. Eines Tages beobachtet er in der U-Bahn, wie eine junge Frau sich auf ihren Selbstmord vorbereitet. Er kann sie daran hindern, muß jedoch erkennen, daß dieser Versuch nur vorgetäuscht war und - ganz rational - der Selbsterhaltung dienen sollte. So lernt er ihre bemerkenswerte Familie kennen, die irgendwo am Rande der Großstadt Buenos Aires - gleichsam wie am Ende der Welt und am Rande der Gesellschaft - lebt. Diese seltsame Familie hofft auf die Rückkehr des Vaters, oder mehr noch auf ein Ereignis, das ihr die Rückkehr zu einem besseren Leben ermöglicht. In diese Welt bricht der schriftstellerisch tätige Versicherungsvertreter ein, auch er auf der Suche nach Selbstverwirklichung.

Der Regisseur Eliseo Subiela beschreibt die seltsamen Existenzen in langen, reflektiven Einstellungen und verbindet die Handlungsstränge zu Sinnbildern des argentinischen 'Schiffbruchs', der insbesondere einer der Mittelschicht ist; und er macht die in Argentinien herrschende Verzweiflung und Apathie zum Thema.

Der vierte Film **SIDDHESHWARI** wurde von dem indischen Autorenfilmemacher Mani Kaul, der sowohl das Drehbuch geschrieben wie auch Regie geführt hat, vorgestellt. Mani Kaul zählt zu den wichtigsten Filmemachern des 'New Indian Cinema' und eröffnet in allen seinen Filmen einen Blick auf die indische Gesellschaft, der über eine nur aktuelle Analyse weit hinausweist. Er sucht nach den kulturellen Wurzeln seiner Gesellschaft und deren Traditionen. So auch in seinem neuesten Film, der vom schwierigen Aufstieg einer der bedeutendsten Sängerinnen der Thumri-Musik, Siddheshwari Devi erzählt. Siddheshwari, die als große Persönlichkeit der Thumri-Musik in Indien gilt, knüpft an die Tradition der Thumri-Musik an, die

sich 'Gandharva' nennt und ihre Ursprünge in einer der großen Sagen Indiens hat. Der Regisseur erzählt die ganz persönliche Lebensgeschichte dieser eigenwilligen Frau und Sängerin. Mani Kaul gelingt es, die Lebenslinie der Sängerin in filmisch faszinierenden Bildern einzufangen. Die Grenzen zwischen Dokumentar- und Spielfilm verschwimmen. Die Bilder des Films, der Filmmaterial aus Siddheshwaris Leben mit darstellendem Spiel verbindet, sind in blaues Licht getaucht, kommen und vergehen in Blau - Krishna, der blaue Gott, ist überall, im Wasser und am Himmel, auf den Mauern und den Straßen.
Kaul eröffnet dem unbedarften europäischen Betrachter eine Zugangsmöglichkeit, indem er traditionelle filmische Erzählformen hinter sich läßt. Er eröffnet den Blick auf eine traditionelle und zugleich moderne indische Gesellschaft, die nur vordergründig, für ein europäisches Auge, die eines Entwicklungslandes ist.

Detlev Kanotscher

Der Marsch auf die Festung Europa

Im Rahmen des Medienereignisses "Eine Welt für alle" flimmerte als Top-Act der in europäischer Zusammenarbeit produzierte Film "Der Marsch" über die Bildschirme. Schon im Vorfeld löste dieser Film heftige Kritik aus, da er den Hunger im Sahel auf fragwürdige Weise thematisiert.
Die Handlung des Films ist einfach: Eine Gruppe hungernder Sudanesen, angeführt von Isa El Mahdi - einer Art afrikanischem Gandhi -, macht sich auf den Weg ins reiche Europa. Die Europäer fühlen sich bedroht, hektische Debatten folgen im Europarat. Die rastlose EG-Kommissarin für Entwicklungshilfe, Clare Fitzgerald, kämpft verbissen für ihre Lösungsvorschläge. Für die Verhandlungen mit dem "Moralisten" Mahdi scheint sie bestens gerüstet. Zum einen wird sie als Frau auch unterdrückt und zum anderen ist sie frei von jeglicher Sentimentalität, weil sie diesen Job doch nicht aus Überzeugung gewählt hat, sondern lediglich, um Karriere zu machen - wie sie selbst betont. Doch ihre Rechnung geht nicht auf, beide Lösungsvorschläge kommen zu spät. Das Nothilfeprogramm kann den Marsch kurz vor seinem Ziel nicht mehr stoppen und der Vorschlag, die Afrikaner in kleinen, kontrollierbaren Gruppen einwandern zu lassen, wurde von ihren Kollegen im Europarat nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Längst hat sich die europäische Sicherheitsarmee in Spanien postiert, um die Festung Europa zu verteidigen.
Wie muß man diese Festung Europa interpretieren? Braucht Europa ein neues Feindbild? In Zeiten, in denen die osteuropäischen Staaten nicht mehr als Feindbild dienen können, sondern für die neue positive Bestimmung des europäischen Hauses benötigt werden, in Zeiten, in denen der imperialistische Gegenspieler USA immer noch zu mächtig ist, um einen brauchbaren Feind abzugeben, drängt sich die sogenannte Dritte Welt geradezu als neues Feindbild auf. Das ökonomische Europa der Banker und Manager ist bereits Realität. So liegt es nahe, daß das Feindbild Dritte Welt dazu dient, ein neues europäisches "Wir"-Gefühl zu erzeugen, um damit den EG-Binnenmarkt ideologisch zu verankern. Der EG-Binnenmarkt bedeutet jedoch für die Länder der Dritten Welt eine massive Bedrohung. Damit stellt das Bild - die defensive Festung Europa - die realen Machtverhältnisse auf den Kopf.

anbei, rw, ck

Verschuldung verständlich erklärt

Das vorliegende Büchlein - ursprünglich für die arme Bevölkerung Lateinamerikas geschrieben und gezeichnet - geht den Ursachen der hohen Verschuldung nach und zeichnet den Weg des Geldes von Norden nach Süden und von Süden nach Norden auf. Texte und Bilder zeigen, wie sich die Banken und der Internationale Währungsfond das Zurückzahlen der Schulden vorstellen und welche Konsequenzen dies für Frauen, Männer und Kinder Lateinamerikas hat. Und es stellen sich Fragen: Wer steht überhaupt in der Schuld wessen? Ist es nicht unmoralisch, die Not der Armen durch hohe Zinssätze auszunützen? Warum haben die Kirchen ihr Zinsverbot mehr und mehr vergessen und erinnern sich nicht mehr an das biblische 'Gnadenjahr Gottes', in dem alle gepfändeten Landstücke zurückgegeben, die Sklaven freigelassen und die Schulden gestrichen werden?

**Lateinamerika:
Schulden und kein Ende
Ein Sachcomic zur lateinamerikanischen Verschuldungskrise
Edition Exodus 1990
48 S. ca. DM/Sfr 6.80
ISBN 3-905575-03-5**

**Südafrika 1990
Trotz Wandel kein Ende der Apartheid —
Sanktionen weiterhin notwendig**

**Autor: Klaus Heidel
Reihe: Werkstattberichte Nr. 8, März 1990**

**Inhalt:
Die Reformen unter De Klerk; Repressionen und Unruhen in den Townships; Anhaltende Sanktionsforderungen; BRD-Wirtschaftsbeziehungen zur RSA
mit zahlreichen Schaubildern
Preis: 4,- DM**

Bezug: Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg

Zionismus, gestern und heute

Beim Lesen der Aufsätze Hannah Arendts hält man es kaum für möglich, daß diese Texte in den vierziger Jahren entstanden sind. Der Leser ist geneigt anzunehmen, Zerrissenheit und Identitätskrise der heutigen israelischen Gesellschaft seien Gegenstand der Betrachtungen. Arendt untersucht indessen die Krise der jüdischen Nationalbewegung vor der Gründung des Staates Israel. Die Wesensgleichheiten sind enorm, Arendts Prophezeihungen bezüglich zukünftiger Entwicklungen im Nahen Osten und innerhalb der jüdischen Gemeinschaft verblüffend.

Hannah Arendt bedauert die Richtung, die der Zionismus eingeschlagen hatte: das Bestreben einer nationalstaatlichen Lösung der Judenfrage und die damit verbundene Teilung Palästinas sowie das Setzen auf die militärische Karte. Die Sicherheit der palästinensischen Juden degeneriere zu militärischer Sicherheit. Arendt warnt vor einer Entwicklung, in der legitime Selbstverteidigung in zwanghafte Selbstzerstörung übergehen müsse. Selbstzerstörung ist hier nicht nur physisch gemeint, sondern meint auch die Verabschiedung von der humanistischen Tradition des Judentums. Ein jüdischer Staat inmitten einer zwangsläufig feindlich eingestellten Umwelt verkomme zu einem Kriegerstaat. Die Teilung Palästinas zementiere den Konflikt.

Hannah Arendt unterscheidet zwei Richtungen des Zionismus. Die in der Tradition Herzls stehende hoffte, dem "ewigwährenden, in der Natur des Menschen angelegten" Antisemitismus mit der Schaffung eines souveränen jüdischen Staates begegnen zu können. Die andere Richtung, von Ahad Ha'am inspiriert, sah in Palästina ein spirituelles Zentrum, "von welchem Impulse zur geistigen Entwicklung aller Juden anderer Länder ausgehen würden - und nicht ein Land, das ethnische Homogenität und nationale Souveränität bräuchte."

Die Wege der beiden Strömungen waren verschieden. Während Anhänger der Ha'am-Richtung sich als Bestandteil der Region ansahen und demzufolge eine Verständigung und einen Austausch mit der ansässigen arabischen Bevölkerung suchten und ihren Anspruch auf eine Heimstätte (nicht Staat!) in Palästina aus den Früchten ihrer Arbeit ableiteten, konzentrierten sich die Herzl-Nachfolger nicht auf die Volkssouveränität sondern auf nationalstaatliche Unabhängigkeit. Sie traten in Palästina als Anhängsel imperialistischer Interessen auf, leiteten ihren Anspruch auf das Land aus der "Schenkung" eines britischen Lords (gemeint ist Lord Balfour) ab und vertraten einen Zionismus, der den Interessen aller in Palästina lebenden Menschen entgegenstand.

Hannah Arendt legt die Wurzeln des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern bloß. Ob die von ihr favorisierte föderative Lösung mit politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verflechtung der in Palästina lebenden Volksgruppen zum Frieden geführt hätte, ist Spekulation. Doch daß der politische Horizont der jüngsten israelischen Regierung immer nur so weit reichte, wie ihre Raketen fliegen können, daß der jüdische Staat von Schlacht zu Schlacht siegreich war, ohne den Krieg gewinnen zu können, und vor allem, daß Israel nahezu mit Besessenheit dem palästinensischen Volk seine Selbstbestimmung zu verweigern versucht, hat seine Ursachen in der von Arendt aufgezeigten Krise des Zionismus.

Henryk M. Broder beschließt sein Nachwort im Sinne Hannah Arendts mit der Feststellung, daß die letzte große Herausforderung für den Zionismus hundert Jahre nach seinem Entstehen die Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß den Palästinensern endlich Recht zuteil wird.

Jörg Späther

Hannah Arendt: Die Krise des Zionismus. Essays und Kommentare 2
Aus dem Amerikanischen v. Eike Giesel, mit einem Nachwort v. Henryk M. Broder; Verlag Klaus Bittermann; Berlin 1989; 237 S.; DM 28,-

Olga Benario, jüdische Kommunistin aus Deutschland

Seit einiger Zeit liegt die deutsche Übersetzung einer brasilianischen Version der Lebensgeschichte Olga Benarios vor. Fernando Morais, der Autor, kann auf einen guten Erfolg zurückblicken. Bereits ein Jahr nach Erscheinen (1985) des Buches in Brasilien gab es sieben Auflagen mit inzwischen sicherlich mehr als 100.000 verkauften Exemplaren.

Olga Benario wurde 1908 in München-Schwabing geboren und ging Mitte der 20er Jahre nach Berlin, wo sie sich der KP anschloß. Sie nahm 1928 an der Befreiung ihres Freundes Otto Braun aus dem Moabiter Gefängnis teil und flüchtete mit ihm nach Moskau. Hier arbeitete Olga Benario bei der Komintern und lernte Luis Carlos Prestes, den berühmten brasilianischen Kommunisten, kennen, den sie auf seiner Rückreise nach Brasilien begleitete.

Beide reisten unter falschen Namen und aus Sicherheitsgründen mit großen Umwegen nach Brasilien, wo sie im Auftrag der Komintern einen Aufstand für 1935 planten. Leider schlug dieser fehl und die Verfolgung der Beteiligten begann.

Durch besondere Härte und Brutalität trat dabei Filinto Müller, Polizeichef von Rio de Janeiro, hervor. Folterungen der Gefangenen standen an der Tagesordnung. Müller arbeitete sowohl mit der Gestapo als auch mit dem britischen und nordamerikanischen Geheimdienst zusammen.

Auch Prestes und Olga Benario, die ein Kind erwartete, wurden verfolgt und im Frühjahr 1936 schließlich festgenommen. Olga Benario sollte umgehend an das Nazi-Deutschland ausgeliefert werden, obwohl nach dem brasilianischen Recht die Auslieferung einer Schwangeren verboten war. Die Mutter von Prestes initiierte zusammen mit ihrer Tochter eine internationale Kampagne gegen die geplante Auslieferung Olgas. In Rio setzte sich ein Rechtsanwalt dafür ein, und auch die Mitgefangenen protestierten, soweit es ihnen möglich war. Alles blieb jedoch erfolglos. Staatspräsident Vargas und Polizeipräsident Müller setzten ihren Willen gegen großen Widerstand unter Mißachtung der brasilianischen Verfassung durch und lieferten die inzwischen im 7. Monat Schwangere 1936 an die Gestapo aus.

Viele Einzelheiten über ihr Leben danach sind nicht bekannt, gewiß ist aber, daß Olga Benario im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße im November 1936 eine Tochter zur Welt brachte, die später Prestes Mutter übergeben wurde. Olga kam anschließend ins KZ Lichtenburg und 1939 nach Ravensbrück und wurde 1942 in Bernburg in einer Gaskammer umgebracht.

Prestes kam 1945 durch eine Amnestie frei und lebt heute in Rio de Janeiro, zusammen mit der gemeinsamen Tochter.
Bemerkenswert ist, daß die Geschichte dieser Frau in Brasilien vielleicht bekannter ist als hier; erfreulich, daß wir schließlich durch ein neues, ins Deutsche übersetztes Buch mehr über eine Heldin deutscher Geschichte erfahren können.
Vor 28 Jahren erschien in der DDR bereits eine Biographie Olga Benarios (Ruth Werner: Olga Benario - Die Geschichte eines tapferen Lebens, Berlin Ost, 1961), die 1984 in Westberlin wieder aufgelegt wurde. Im selben Jahr brachte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Berlin-Neukölln einen Katalog zu einer Ausstellung über Olga Benario heraus.
Das lange Zögern mit der Herausgabe einer deutschen Übersetzung der brasilianischen Biographie ist verständlich, wenn man gewisse Nachlässigkeiten des Autors bei der Recherche in Betracht zieht. Es war notwendig, die Originalausgabe nicht einfach nur ins Deutsche zu übersetzen, sondern auch wissenschaftlich zu überarbeiten, was der Übersetzerin Sabine Müller-Nordhoff gelungen ist.
Der Autor Fernando Morais ist dem brasilianischen Publikum bereits bekannt durch sein 1976 erschienenes Buch "A Ilha", ein beeindruckender Reisebericht aus Kuba, der übrigens auch auf deutsch vorliegt (Fernando Morais: Die rote Insel, Peter Hammer Verlag, 1978). Hauptberuflich ist Morais Journalist, u.a. bei der wohl wichtigsten brasilianischen Wochenzeitschrift 'Veja' und seit 1988 hat er den Posten als Kulturminister des Staates São Paulo inne.
Fernando Morais schreibt in seinem Nachwort, daß er 7 Jahre lang mit Recherchen für das Buch beschäftigt war. Wichtige Informanten waren u.a. der damals etwa achtzigjährige Luis Carlos Prestes und die DDR-Schriftstellerin Ruth Werner. Auch dienten zahlreiche Dokumente verschiedener Archive mehrerer Länder als Informationsgrundlage. Im Vergleich zur deutschen Biographie liegt in dieser brasilianischen Version der Schwerpunkt der Darstellung des Lebens O. Benarios auf ihrer brasilianischen Zeit und trägt somit neben der Aufarbeitung deutscher Geschichte auch zum besseren Verständnis eines Teils der brasilianischen Geschichte bei.

Mir persönlich stieß beim Lesen der leicht sensationelle Unterton auf, in dem Morais vom Leben dieser kämpferischen Frau schreibt. Ich suchte oft vergeblich die Nähe zur Protagonistin, die ich von einer guten Biographie erwarte. Der Autor vermittelt zweifelsohne das Bild einer mutigen und widerstandsfähigen Kommunistin, bringt sie dem Leser als Person jedoch nicht wirklich nahe.
Es lohnt sich, dieses Buch von Fernando Morais zu lesen und die Geschichte dieser Frau kennenzulernen. Die vorliegende Ausgabe enthält zahlreiche Fotos, die das Geschriebene veranschaulichen und belegen. **Barbara Schlüter**

Fernando Morais: Olga. Das Leben einer mutigen Frau.
Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Sabine Müller-Nordhoff. Wissenschaftliche Bearbeitung der deutschen Übersetzung von H.D.Heilmann Volksblatt Verlag, Köln 1989, 415 Seiten, DM 39,80

Unfreiwillige Beiträge zum Exotismus

"Ein Land mit so lebendigen, sinnlichen, erlebnishungrigen, begeisterungsfähigen Menschen, so erotischen Frauen wie Brasilien ..."
Ein "politisches Reisebuch" über Brasilien, dessen Herausgeber ihren Lesern gleich im ersten Satz des Vorwortes die erotischen Frauen als Reisemotiv ans Herz legen, — das sollte frau den Herren Herausgebern am besten gleich um die Ohren hauen.
Aber das ist noch nicht alles. Es geht weiter mit dem "Versuch einer Mentalitätsbeschreibung" von Herausgeber Klaus Hart unter der Überschrift: »Der Brasilianer ist lustig und tanzt gerne Samba.« "Jahrelang bin ich um Hamburgs Alster gerannt, kaum Blickkontakt zwischen den sich begegnenden Joggern, jeder reißt sein Pensum herunter. Auf meiner Strandstrecke in Rio de Janeiro ist das jetzt ganz anders. Als eine brasilianische Joggerin neben mir auftauchte und sagte: »Weißt Du, daß Du wunderschöne Augen hast?« wäre ich beinahe hingeschlagen." Die Rezensentin auch.
Dankenswerterweise setzt der andere Herausgeber, Luiz Ramalho, mit einem kurzen Artikel über "Mentalitätstourismus" hinterher. Hier scheint ein Brasilianer, der in Europa lebt, seinem europäischen Mitherausgeber, der in Brasilien lebt, den Spiegel vorzuhalten:
"Kann man denn über die Improvisationsfähigkeit der Brasilianer reden, damit Sehnsüchte für ordnungsgestreßte Europäer wecken, ohne das alltägliche Leiden am Wirtschaftschaos zu erwähnen? Über die »anschmiegsamen« Baianos und Baianas berichten (wie Klaus Hart es genüßlich tut), ohne dabei die Erfüllung von Wünschen nach einer »ganz anderen Sexualität« zu versprechen?"
Jemandem, der soviel Problembewußtsein, Takt und diplomatisches Geschick aufbringt, hätte frau ein solches Elaborat, das sich Vorwort nennt, nicht zugetraut. Distanzieren Sie sich, Herr Ramalho! - kann da eigentlich nur die Aufforderung lauten, schon im Interesse der anderen Autorinnen und Autoren.
Denn wer mehr als nur einen Reiseführer will, der wird bei ihnen fündig. Von deutschen und brasilianischen Landeskenner/innen wird auf knapp 300 Seiten, zu einem vernünftigen Preis, ein facettenreiches Bild der sozialen, politischen und kulturellen Situation Brasiliens geboten. Die Beiträge begnügen sich in der Regel nicht damit, thematische Einzelaspekte wie Fußball, Film und Küche nur zu beschreiben, sondern betten sie jeweils in den sozialpolitischen Kontext ein. Da berichtet z.B. ein promovierter Soziologe (Thomas Fatheuer) über Brasilien als "Land des Fußballs" und hängt ein politisches Fragezeichen dran. Fußball und Verschuldungskrise? "Debt for Football swaps" - doch das gibt es!

Oder, wenn Fernando Albuquerque den Leser/innen einen begeisternden Einblick in die hier weitgehend unbekannte Filmgeschichte Brasiliens liefert, stehen nicht die wenigen internationalen Erfolge des brasilianischen Kinos im Vordergrund, sondern das weitaus interessantere Experimental-Kino. "Cinema Novo", mit seinen *special defects*. Auch hier keine eindimensionale Fixierung auf den Gegenstand. IWF-Auflagenpolitik und die Auswirkungen auf die staatliche Filmförderung gehören dazu.
Moema Parente Augel, Autorin eines hervorragenden brasilianischen Kochbuches (Brasilianisch kochen. Edition dia, 1985), plaudert über Essen und Trinken, gibt praktische Tips, aber auch Erläuterungen zur Herkunft der einzelnen Rezepte.
Andere Beiträge - wie der von Hubertus Rescher - machen mit einer grundlegenden Aufarbeitung der historisch gewachsenen Abhängigkeits- und Ausbeutungsstruktur "Brasiliens offene Adern" - und damit auch die heutigen Probleme des Landes - verstehbar.
Diese werden entlang der Hauptkonfliktlinien, Verschuldung, Agrarreform, Gewerkschaften und Umweltproblematik, vor dem Hintergrund der "Demokratisie-

rung“ genannten Veränderungen in der “Nova Republica“, von Peter Feldmann, Stefan Knauer und Michael Schwartzkopff analysiert.
Nur der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, daß natürlich auch Reiserouten, Sehenswürdigkeiten und sonst nützliche Tips in einem übersichtlichen “Brasilien A-Z“ zusammengestellt wurden.
Ein insgesamt empfehlenswertes Buch, auch für schon fortgeschrittene Brasilienreisende. Wenn nur nicht dieses unsägliche Vorwort wäre.

Petra C. Homen

Klaus Hart und Luiz Ramalho (Hg.): Brasilien. Ein politisches Reisebuch, Hamburg: VSA, 1989

Erklärung des Herausgebers

In der von Petra C. Homen verfaßten Besprechung des von mir mitherausgegebenen Buches “Brasilien. Ein politisches Reisebuch“ werden einige Stellen wegen “unfreiwilligem Exotismus“ und Sexismus kritisiert. Zugleich werde ich aufgefordert, mich vor allem vom ersten Absatz des Vorwortes zu distanzieren. Nichts leichter als das: Alle inkriminierten Stellen (es gibt leider noch einige mehr) sind gegen mein Votum ins Buch gekommen, auf Druck des Mitherausgebers. Gegen die in der Tat peinlichen Sätzes des Vorwortes hatte ich beim Verlag mein ausdrückliches Veto eingelegt. Um so erstaunter und verärgerter war ich dann, als ich in der gedruckten Fassung des Buches eben jenen unsäglichen Absatz des Vorwortes wiederfand. Es wird keine weitere Auflage des Buches mit dieser Peinlichkeit geben!
Ich bedaure sehr, daß die sonst informativen Beiträge im Buch, die auch von der Besprecherin für gut befunden werden, durch diese Ausfälle in Mitleidenschaft gezogen werden.

Luiz Ramalho

Internationale Kampagne gegen Kinderprostitution

Vom 1.-5. Mai trafen sich in Chiang Mai / Thailand VertreterInnen von verschiedenen kirchlichen und staatlichen Organisationen, NGO's wie Frauengruppen, Kinderschutzorganisationen sowie ExpertInnen, um gemeinsam Maßnahmen gegen die zunehmende Kinderprostitution zu erörtern. Der Sextourismus hat in den asiatischen Ländern die Kinderprostitution ausgeweitet bzw. in einigen Fällen sogar verursacht.
Über zwei Jahre hinweg hatten ExpertInnen aus Thailand, Sri Lanka und den Philippinen die Ursachen und das Ausmaß der Kinderprostitution im Auftrag der Ecumenical Coalition on Third World Tourism (ECTWT) erforscht.
Diese drei Länderarbeitsgruppen stellten nun ihre erschreckenden Ergebnisse der Öffentlichkeit vor.
In Thailand sind, so die Arbeitsgruppe, mindestens mehrere zehntausend Prostituierte unter 16 Jahre alt. Das Zentrum zum Schutz der Kinder in Bangkok spricht sogar von mehreren hunderttausend Kindern, die allein in Thailand im Sexbusiness arbeiten. Im Norden und Nordosten des Landes sind in einzelnen Dörfern keine Mädchen mehr zu sehen; sie sind in den Städten und Vergnügungszentren meist zwangsweise in Bordells und Bars tätig. Eltern berichten, daß sie um zu Überleben ihre Töchter an Agenten verkauft haben und ihre Töchter nun den Familienunterhalt für die gesamte Familie bestreiten. Daß diese Mädchen als Prostituierte arbeiten, wird von den Familien oftmals verdrängt.
In den Philippinen hat sich die Nachfrage nach Jungen und Mädchen rund um die Militärbasen und in den Tourismuszentren vervielfacht. Einige Dörfer, so beklagte die Arbeitsgruppe in ihrem Report, sind wirtschaftlich fest in der Hand der Pädophilen und in den dortigen Gästehäusern sind die Jungen im Übernachtungspreis inbegriffen. Die Touristenstadt Pagsaajan kam vor kurzem in Verruf, weil die lokalen Behörden diese Praktiken unterstützten und deckten.
Während der letzten sechs Jahre verzeichnete Sri Lanka gewaltige Einbußen im Tourismus. Doch die Touristen, die zum Zwekke der Prostitution, vor allem mit Jungen, das vom Bürgerkrieg gebeutelte Land besuchten, nahmen ständig zu. Die singhalesische Arbeitsgruppe berichtete von den physischen und psychischen Schäden, die diesen Kindern zugefügt werden. Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft können angesichts des riesigen Ausmaßes nicht ausbleiben.
Die Konferenz beschloß, eine internationale Kampagne gegen Kinderprostitution in den asiatischen Ländern zu starten. Die Kinderprostitution wurde von den Teilnehmern als sexueller Mißbrauch von Abhängigen, als moderne Form der Sklaverei verurteilt, was nicht mehr länger stillschweigend hingenommen weden könne. Da die Ursachen der Kinderprostitution eng mit dem Tourismus in diesen Ländern verknüpft sind, sollen sich die geplanten Aktivitäten sowohl auf die asiatischen Staaten als auch auf die Herkunftsländer der Touristen erstrecken. Die Teilnehmer sprachen sich dafür aus, daß die männlichen Touristen aus den westlichen Ländern ins Visier dieser Kampagne genommen werden sollen, da sie in der Regel keinerlei Unrechtsbewußtsein empfinden, sondern eher geneigt sind, sich als die Opfer, die Verführten hinzustellen.
Für die Kampagne wird ein breites Bündnis mit NGO's angestrebt, um auch auf die Regierungen politischen Druck ausüben zu können. Im vorläufigen Koordinierungskomitee, das sich aus VertreterInnen aus den asiatischen Ländern, den Herkunftsländern und aus ExpertInnen wie z.B. Frauenorganisationen zusammensetzt, ist das ZEB, Gerokstr. 18, 7000 Stuttgart, Ansprechpartner für die Bundesrepublik.

mm

Philippinen: Mißbrauch der Entwicklungshilfe

Im Netz der Militarisierung. Am Beispiel des Entwicklungsvorhabens Bondoc werden die Interessen der Bundesregierung beleuchtet und Hintergründe aufgezeigt.
Hrsg. Die Grünen
78 Seiten, Februar 1990
Bezug:
Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Postfach 1422, 5300 Bonn 1

Frauen und Exil

Unter dem Titel “Verrückte Welten - Rationale Welten“ berichten Autorinnen u.a. aus Sri Lanka, der Türkei, BRD über die Probleme internationaler Frauensolidarität.
1990, 200 Seiten, 13,- DM

Bezug: Intenationales Kulturwerk, Bahrfeldstr. 1, 3200 Hildesheim

Freiheit für Hong Song Dam

Am 1. Juni diesen Jahres ist der südkoreanische Künstler Hong Song Dam in zweiter Instanz von einem Strafgericht in Seoul zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Laut Urteil soll Hong von Nordkorea Geld für Spionagedienste erhalten haben. Im Sommer 1989 soll ein Foto von einem seiner Werke in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang gezeigt worden sein, weswegen er sich der "Zusammenarbeit mit dem Feind" schuldig gemacht hat.

Hong ist ein bekanntes Mitglied der südkoreanischen "Minjung"-Bewegung, einer Kulturbewegung, die sich als Organisation der Unterdrückten und der einfachen Leute versteht. In diesem Sinne hat Hong viele regimekritische Werke geschaffen. Vor zwei Jahren besuchte der Künstler auf Einladung der Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche Niedersachsen die Bundesrepublik. Aus einer Ausstellung seiner Holzschnitte in einer Marburger Galerie kamen 1.900 DM zusammen. Bei seiner Verhaftung im August letzten Jahres in Südkorea wurde ihm dieses Geld als Honorar für seine Spionagetätigkeit ausgelegt. Obwohl zwei Deutsche zum Revisionsprozeß, darunter auch die Marburger Galeristin, nach Südkorea geflogen sind und in ihrer Zeugenaussage die Herkunft des Geldes aus der Ausstellung bestätigten, hielt das südkoreanische Gericht in diesem Anklagepunkt an seinem Urteil fest. Während der Vernehmungen seit der Verhaftung im August 1989 wurde Hong gefoltert, was Informationen des Auswärtigen Amtes in Bonn bestätigen. Ein Mediziner in Seoul attestierte schwere Mißhandlungen am ganzen Körper.

Nähere Informationen, Unterschriftenlisten und Angaben für Prozeßspenden erhält man bei

"Malttugi - Initiative zur Freilassung von Hong Song Dam", c/o Galerie A. Henke, Weidenhäuserstr. 49, 3550 Marburg, Tel. (06421) 13 889.

uju

Grüne fragen nach Litef-Exporten

Zu einem Nachspiel im Bundestag führten jetzt die vor über drei Jahren bekanntgewordenen Exporte der größten Freiburger Rüstungsfirma LITEF nach Südafrika.

Die vom "Spiegel" behaupteten militärischen Fähigkeiten sogenannter Marine-Trägheitsnavigationssysteme des Typs PL-41/MK 3 der Firma LITEF könnten nicht bestätigt werden, antwortete die Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag; die Anfrage kam auf Initiative der Freiburger "Informationsstelle Rüstungsproduktion und Waffenhandel" zustande.

Die Darstellung des "Spiegel" von 1987, das nach Südafrika gelieferte Gerät könne automatisch die exakten Abschußwinkel von Raketen, Kanonen und Torpedos berechnen, sei falsch, hieß es in Bonn. Der "Spiegel" behauptete damals, daß die Freiburger Firma (860 Beschäftigte) bereitwillig das elektronische Herzstück für U-Boote und Überwasserkriegsschiffe lieferte.

Die Bundesregierung teilte weiter mit, daß Genehmigungen zum Export der Navigationssysteme nach dem Außenwirtschaftsgesetz (Position 1485 der Ausfuhrliste Teil I C) in zwölf Länder erteilt wurden; in dieser Liste sind sogenannte "dual-use-Produkte" aufgeführt, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können.

Allerdings sei, so hieß es weiter, die Entwicklung des PL-41/MK 3 durch die Firma LITEF nicht mit Mitteln des Bundesverteidigungsministeriums gefördert worden. Dagegen erhielt LITEF in den achtziger Jahren für andere Projekte 13,4 Millionen DM aus dem Etat des Forschungsministeriums.

Über Einzelgenehmigungen nach Israel, Südkorea und Indonesien wollte die Bundesregierung jedoch keine Auskunft erteilen - "aus Gründen der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen."

Ebensowenig wollte die Bundesregierung die Aussage der Geschäftsleitung und des Betriebsrats, das PL-41/MK 3 werde nur auf Schiffen der Bundesmarine und "befreundeter Streitkräfte" verwendet, kommentieren. Die Grünen wiesen darauf hin, daß diese Aussage von 1983 stammt, und Südafrika ausgerechnet zwischen 1982 und 1983 mit offizieller Genehmigung beliefert wurde. Dazu die Bundesregierung knapp: "Das UN-Rüstungsembargo gegenüber Südafrika wird strikt eingehalten." as

Bundesgrenzschutz experimentiert mit neuem Ausländergesetz

Insgesamt vier türkischen Kindern wurde am Samstag, den 21.4.90, um 5.30 Uhr morgens auf dem Frankfurter Flughafen die Einreise verweigert, ohne daß dafür eine gesetzliche Grundlage bestand.

Wie der IAF* mitteilt, versuchten das Bundesinnenministerium und die Bundesgrenzschutzzweigstelle Frankfurt/Flughafen mit dieser Aktion das neue Ausländergesetz, das Anfang nächsten Jahres in Kraft treten soll, noch vor seiner Verabschiedung im Bundestag anzuwenden.

Die Kinder wurden den ganzen Tag Befragungen unterzogen und erhielten keinerlei Möglichkeit, mit ihren Angehörigen, die seit dem frühen Morgen auf dem Flughafen ausharrten, Kontakt aufzunehmen.

Zwei 12 und 15 Jahre alte Kinder wollten zu ihrem allein sorgeberechtigten Vater, der legal im Bundesgebiet lebt, einreisen. Ein 13-jähriges Kind beabsichtigte, seine hier lebenden Eltern zu besuchen. Ein vierjähriges Kind schließlich, dessen Eltern in der Türkei leben, wollte zu seinem in Unter-

franken lebenden Großvater reisen. Der BGS hat, wie zu erfahren war, allen vier Kindern die Einreise verweigert, weil diese bei ihrer persönlichen Befragung angegeben hätten, auf Dauer bei ihren Angehörigen in der Bundesrepublik wohnen zu wollen. Das 4-jährige Kind sei zurückgewiesen worden, da es kein Rückflugticket bei sich gehabt habe.

Am Samstagnachmittag gelang es dem zwischenzeitlich von den Angehörigen beauftragten Rechtsanwalt schließlich, einen Richter des Verwaltungsgerichts zu erreichen. Am frühen Samstagabend, noch rechtzeitig vor dem vom BGS beabsichtigten Rückflug der Kinder in die Türkei, erließ der Verwaltungsrichter eine einstweilige Anordnung, mit der der BGS verpflichtet wurde, die Einreisesperre aufzuheben und den Kindern die Einreise ins Bundesgebiet zu gestatten. Wie zu vernehmen war, ist in der richterlichen Entscheidung unmißverständlich ausgeführt, daß die erfolgte Zurückweisung der Kinder ohne gesetzliche Grundlage passierte. Nach noch geltendem Ausländerrecht bedürften ausländische Kinder bis zum 16. Lebensjahr für Einreise und Aufenthalt keinerlei ausländer- oder grenzpolizeilicher Genehmigung.

I.K.

*** IAF: Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften - Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V.**

Aggressive Werbung für Babynahrung gehört weiterhin zum Geschäft

Die Brüsseler Kommission macht ihrem schlechten Ruf mal wieder alle Ehre: Halbherzig wie gewohnt ist ein Entwurf einer Direktive zur Vermarktung von Muttermilchersatz und Folgenahrungen, der Mitte Mai an die Öffentlichkeit gelangte. Er bleibt weit hinter dem zurück, was der nunmehr neun Jahre alte WHO-Kodex an Maßnahmen zu dieser Materie vorsieht.

Gerade die wichtigsten Empfehlungen des WHO-Kodex, nämlich das Verbot allgemeiner Werbung für Babynahrung in Schriften über Babypflege, Schwangerschaft etc. und das Verbot kostenloser oder preiswerter Lieferungen von Babynahrung an Einrichtungen des Gesundheitswesens werden in dem Entwurf nicht berücksichtigt.

Lediglich zwei gute Vorschläge machen die KommissarInnen in ihrem Papier: ein Verbot der Gratisprobenabgabe an Frauen, die gerade entbunden haben, sowie eine informativere Etikettierung von Babynahrungsprodukten.

Daß Babynahrungshersteller dem Entwurf zufolge weiterhin Krankenhäuser in der Dritten Welt gratis mit ihren Produkten beliefern dürfen, ist besonders ärgerlich, stellt diese Unsitte doch eine der wirksamsten Werbepraktiken in dieser Branche dar. Der schon seit Jahren heftig attackierte Babynahrungsproduzent Nestle etwa belieferte in den vergangenen Monaten Kliniken in Peru, der Dominikanischen Republik, Indien, Argentinien und Malaysia kostenlos mit Säuglingsnahrung, mit der die Säuglinge oft routinemäßig ernährt wurden. Dabei sind 95 % aller Frauen in der Lage, ihr Kind ausreichend mit Muttermilch zu ernähren, und es ist längst allseits bekannt, daß Jahr für Jahr eine große Zahl von Säuglingen aufgrund unsachgemäßer Flaschenernährung stirbt und eine noch viel größere Zahl erkrankt.

Daß der Nestle-Konzern sich wider besseres Wissen noch immer der beschriebenen Werbemethode bedient, gibt Anlaß, eine neue Runde im Kampf gegen den weltweit größten Babynahrungshersteller einzuläuten. Die Aktionsgruppe Babynahrung (AGB) in Göttingen ruft zu einer neuen Boykottaktion auf, die auf das bekannte Nestle-Getränk NESQUIK zielt.

isar

Für weitere Informationen bitte wenden an: Thomas Koch, Aktionsgruppe Babynahrung, Tel. 0551/73934

Internationale Kampagne gegen die kommenden Weltwirtschaftsgipfel

Parallel zum letzten Weltwirtschaftsgipfel, dem Treffen der Regierungschefs der sieben reichsten Länder der Welt im Juli 1989 in Paris, hatten französische Dritte-Welt-Gruppen eine Gegenveranstaltung durchgeführt: auf ihre Einladung hin waren sieben Vertreter aus den ärmsten Völkern der Welt angereist, um auf die Auswirkungen der Entscheidungen der Regierungen der reichen Länder und der von ihnen kontrollierten Organisationen (IWF, Weltbank) auf die armen Völker der Erde aufmerksam zu machen.

Daraus entstand die Idee, sich längerfristig mit dem Weltwirtschaftsgipfel zu beschäftigen und für alle daran interessierten Gruppen und Einzelpersonen ein Netzwerk aufzubauen. So laufen jetzt unter dem Titel "Observatoire de la démocratie internationale / Observatory of international democracy" bereits die Vorbereitungen für die Gegenkampagnen zu den nächsten Weltwirtschaftsgipfeln im Juli 1990 in Houston und 1991 in London.

Auch in Houston soll ein Gegengipfel mit Vertretern der ärmsten Völker stattfinden. Außerdem ist ein Bericht über die Konsequenzen der Beschlüsse des Weltwirtschaftsgipfels auf die armen Menschen der Erde geplant. Am Rande sei noch erwähnt, daß ein Geldpreis für Forschungsarbeiten zu entsprechenden Themen gestiftet wurde.

Für die weitere Internationalisierung der Kampagne werden noch Verbündete gesucht. Kontaktadresse für Interessierte:

Observatoire de la démocratie internationale
17, place de l'Argonne
F - 75019 Paris
Tel. 0033-1-40350700

br

Brutale Polizeiaktion gegen Umweltdemonstranten in Nordostthailand

Viele Bauern und Studenten wurden am 15. April verletzt, als die Polizei gewaltsam gegen 3.000 Personen vorging, die friedlich gegen illegalen Salzabbau demonstriert hatten. Zwei Tage vor Beginn des thailändischen Neujahrsfestes, am 10. April, hatten sich im Wapi Pathum Distrikt in der Provinz Maha Sarakham im armen Nordosten etwa 1.000 Dorfbewohner zu der Protestaktion zusammengefunden, die sechs Tage lang über die Feiertage andauern sollte.

Der Unmut der ländlichen Bevölkerung richtet sich gegen ortsfremde Firmen - die größte hiervon ist die japanische Asahi Glass Company -, die in Maha Sarakham illegal Salz zur Herstellung von Glas für den Export gewinnen. Das Gebiet ist reich an unterirdischen Salzvorkommen. In großem Maßstab wird salzhaltiges Grundwasser an die Erdoberfläche befördert und auf speziell angelegte Felder geleitet. Durch die rasche Verdunstung entsteht eine schneeweiße Landschaft, in der kein Baum und Strauch mehr wächst und keine Tiere überleben. Abwässer fließen ohne jegliche Umweltkontrolle in den nahegelegenen Siew-Fluß, der eine lebenswichtige Wasserquelle für die dürregeplagten Nordostprovinzen darstellt. Das hat dazu geführt, daß die Salzkonzentration im Siew-Fluß nun stellenweise mehr als doppelt so hoch wie im Meer ist. Wenn der Fluß in der Regenzeit über seine Ufer tritt, dringt das übermäßig versalzene Wasser in die angrenzenden Reisfelder ein. Mehr als 5.000 ha fruchtbares Ackerland wurden schon auf diese Weise verdorben und somit die Existenzgrundlage von 300.000 Menschen in etwa 500 Dörfern zerstört.

Das Geschäft mit dem Salz begann 1972 in Maha Sarakham und hat seitdem ständig zugenommen. Zweimal hat die thailändische Regierung bereits den Salzabbau verboten, erstmals im Jahre 1980 und erst kürzlich wieder im November 1989 infolge verstärkter Beschwerden und Proteste der betroffenen Bevölkerung. Gedeckt von korrupten Polizisten und Politikern ließen sich die Betreiber allerdings nicht durch die Verbote stören, und der Umweltfrevel ging unvermindert weiter.

Als den Bauern klar wurde, daß sie von offizieller Seite keinen Beistand zu erwarten hatten, schlossen sie sich zu einem "Volkskomitee zur Rettung des Siew-Flusses" zusammen und riefen - inzwischen verstärkt durch Studenten aus verschiedenen thailändischen Städten - zur Demonstration am 10. April auf, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen: Die Verordnung, die den Salzabbau verbietet, soll endlich durchgreifend Anwendung finden und umgehend technische Maßnahmen gegen die Versalzung des Flusses und des Ackerlandes eingeleitet werden, so daß die geschädigten Bauern ihre Felder wieder mit Reis bestellen können. Ferner verlangen die Bauern die Versetzung einiger Polizeioffiziere, die nachweislich an dem illegalen Salzgeschäft beteiligt sind. Und schließlich gilt es, ein neues Gesetz zur Legalisierung der Salzgewinnung zu verhindern, das die Regierung noch in diesem Sommer durchpauken will.

Als die Anliegen der Bauern trotz tagelanger Proteste wiederum nicht angehört wurden, blockierten am 15. April etwa 3.000 Demonstranten eine Hauptstraße. In der Nacht zuvor hatte der Innenminister bereits Spezialeinheiten der Polizei aus Bangkok, Grenzpolizei und Soldaten nach Maha Sarakham beordert, um die Demonstranten in Schach zu halten. Als sich die Straßenbesetzer mit einer 600 Mann starken, schwerbewaffneten Kampftruppe konfrontiert sahen, räumten sie das Feld, ließen sich allerdings zuvor vom zuständigen Kommandeur versichern, daß am darauffolgenden Tag ein hochrangiges Regierungsmitglied zu Verhandlungen mit den Bauern bereit sei.

Völlig unerwartet und aus unverständlichen Gründen begann dann die Polizei gewaltsam gegen die Menschenmenge vorzugehen, die gerade dabei war, sich zurückzuziehen. Ortsansässige sprechen von dem "brutalsten Polizeieinsatz", der je in der Gegend stattfand. Eine Augenzeugin berichtet: "Ich war plötzlich von Polizei umgeben. Sie schnappten sich eine wehrlose junge Frau, die nur zwei oder drei Meter vor mir stand, und prügelten sie zu Boden, anstatt sie einfach festzunehmen. Sie jagten nicht nur die Leute, sondern gingen gleich mit Holzknüppeln auf sie los ..." Um eine Dokumentation des Geschehens zu verhindern, beschlagnahmte die Polizei Filme aus Fotoapparaten und Kassettenrekorder.

Ungezählte Menschen wurden verletzt. 41 Personen, darunter Bauernführer und 19 Studenten, wurden verhaftet.

Inzwischen sind zwar alle Inhaftierten auf Kaution wieder frei, aber der Konflikt spitzt sich weiter zu. Jeden Tag versammeln sich Hunderte von Bauern und Studenten, sowohl in Maha Sarakham als auch in Bangkok, und verkünden unnachgiebig ihre Forderungen. Gleich nach Bekanntwerden der gewaltsamen Polizeiaktion haben sich der Nationale Studentenverband, Akademiker, Menschenrechts- und Umweltgruppen sowie andere Nicht-Regierungsorganisationen eingeschaltet, um die Bauern in Nordostthailand zu unterstützen. Die thailändische Regierung, die sich bisher stur gestellt hat, gerät nun auch zusätzlich durch kritische Stimmen aus dem Ausland in Bedrängnis, die ihr Menschenrechtsverletzungen und eine unverantwortliche Umweltpolitik vorwerfen.

- Ann Pfläumli -

Betr.: Stefan Flaig "Das Ende einer Utopie", in: blätter des iz3w Nr. 164

Mit Ernüchterung und Frustration hat die Solidaritätsbewegung auf die Wahlniederlage der FSLN in Nicaragua reagiert - mit dieser Einschätzung hat Stefan Flaig in seinem Leitartikel sicher recht. Nicht nur in der Bundesrepublik, auch in Nordamerika war dies die vorherrschende Gefühlslage der Solidaritätsaktivisten, zumal niemand mit einer Niederlage und schon gar nicht in dieser Größenordnung gerechnet hatte. Wenn auch momentan noch niemand den genauen Kurs der UNO-Überraschungsregierung vorhersagen kann, eines ist sicher: die sozialen und politischen Errungenschaften von zehn Jahren sandinistischer Revolution sind in Gefahr, abgebaut oder drastisch zurückgestutzt zu werden. Auch nach dem Amtsantritt Violeta Chamorros sind zu viele Determinanten der künftigen UNO-Herrschaft noch im unklaren: Welchen Einfluß werden die Contras haben, was wird mit Landreform und Nationalisierungen geschehen, wie grundlegend werden die institutionellen Bastionen der FSLN, die Armee und das Innenministerium umstrukturiert werden?

Trotz dieser Unklarheiten wird man aber nun damit klarkommen müssen, daß der phänomenale Wahlerfolg der UNO den erklärten Willen des nicaraguanischen Volkes darstellt. Wie dieser Wille zustandegekommen ist, ob durch die katastrophale Wirtschaftskrise, massive Wahlpropaganda und finanzielle Unterstützung der UNO von seiten der USA, oder gar durch "falsches Bewußtsein" der Nicaraguaner, wie das in Flaigs Artikel manchmal anklingt, ist dabei erst einmal zweitrangig. Die Respektierung des Wahlergebnisses, und das haben vor allem die Sandinisten immer wieder betont, hat allererste Priorität. Gerade hiermit scheint Flaig seine Probleme zu haben und die Art, wie er sich mit ihnen auseinandersetzt, wirft ein schräges Licht auf die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, wenn sie denn repräsentativ sein sollte.

Wenn man ihn richtig interpretiert - denn interpretieren muß man Flaig, weil es an den entscheidenden Stellen arg nebulös wird - dann ist seine größte Sorge die "Sozialdemokratisierung" und "Parlamentarisierung" der FSLN. Wenn dies eintrete, so Flaig, dann könne "man mit Sicherheit von der Utopie einer partizipatorischen Demokratie endgültig Abschied nehmen". Wieso eigentlich? Offensichtlich weil eine partizipatorische Demokratie weder parlamentarisch noch sozialdemokratisch sein kann. Eine solche These scheint mir sehr problematisch, zumal die Wähler in Nicaragua sich gerade - in demokratischer Abstimmung - für eine solche parlamentarische Demokratie entschieden haben. Natürlich besteht das Risiko, daß die FSLN den Kontakt mit den Volksmassen verliert, aber das war nicht anders, als sie die Regierung stellte. Im übrigen sollte man den Sandinisten zunächst einmal selbst überlassen, wie sie mit der Oppositionsrolle fertig werden und ihnen nicht in altbekannter revolutionärer Oberlehrermanier vorschreiben, wie sie sich zu verhalten haben. Flaig schwant offenbar Schlimmes, denn er droht mit Liebesentzug: Für die Solidaritätsbewegung bestehe der "absolute Imperativ, die Entwicklung der FSLN in der Opposition genauestens zu beobachten", um "mit den Sandinisten eine Perspektivdiskussion über die weitere gemeinsame antiimperialistische Arbeit (zu) beginnen".

Wenn man den ganzen Artikel liest, muß man zu dem Schluß kommen, daß Flaig nur eines meinen kann: Wenn die FSLN vom Pfad der revolutionären Tugend abweicht, wird ihr die Unterstützung entzogen. Abgesehen davon, daß es, wie gesagt, problematisch ist, die korrekte Linie der nicaraguanischen Revolution von der Bundesrepublik aus zu definieren, stellt sich hier eine andere Frage. Steht denn die Revolution in Lateinamerika überhaupt noch auf der Tagesordnung? Die Entwicklung gerade in Nicaragua hat doch gezeigt, so traurig das auch sein mag, daß sozialrevolutionäre Ansätze zunächst an der Blockade- und Sabotagepolitik der USA, später dann aber auch am Widerstand der zermürbten Bevölkerung scheitern. Scheitern müssen? Nicht unbedingt, aber wer soll denn im Moment die unbedingt notwendige internationale Unterstützung liefern, wenn selbst die sowjetische Hilfe an Kuba zu bröckeln beginnt? Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung bestimmt nicht. Wenn die Sandinisten sich also "pragmatisch" zeigen, die Niederlage akzeptieren und versuchen, auch in einem veränderten Rahmen Politik zu machen, dann sollte man diesen Weg unterstützen und sich nicht vom bequemen Zuhause aus revolutionärer als die Revolutionäre gebärden.

Nicht zufällig geht zur Zeit in den meisten Ländern Lateinamerikas die Entwicklung in Richtung parlamentarische Demokratie - mit allen Risiken und Mängeln und durchaus nicht immer zugunsten der breiten Massen. Die Linke ist in diesen Ländern zu dem Schluß gekommen, daß ein gewaltsamer Umsturz und radikale strukturelle Veränderungen zur Zeit gegen den Widerstand der alten Eliten und der USA nicht durchsetzbar sind. Die Einschätzung fiel nicht vom Himmel, sondern ist Ergebnis langer Kämpfe, die mit hohen Opfern und oft, wie z.B. in Argentinien, mit der physischen Vernichtung weiter Teile der Linken verbunden waren. Daß nach solchen Erfahrungen viele der Ansicht sind, die Opfer seien einfach zu hoch, sollte niemanden verwundern. Und wenn manche zu dem Schluß kommen, daß der Kampf für die Achtung elementarer Menschenrechte für das Ende von Armut und politischer Unterdrückung am besten in den Parlamenten zu führen sei, dann besteht vielleicht kein Grund, dies zu glorifizieren. Respekt verdient eine solche Entscheidung aber allemal.

Gerd Schönwälder

Betr.: Beate Horlemann, "Kambodscha und noch keine Lösung", in: blätter des iz3w, Nr. 164

Der Artikel ist ziemlich enttäuschend, weil wenig informativ. Die Autorin behauptet im Vorspann, »das wesentliche Hindernis für eine Friedensregelung ist nach wie vor das strategische Ziel Vietnams, Laos und Kambodscha im Status einer Einflußsphäre zu erhalten« - bleibt den Beleg für diese These dann aber im Artikel selbst schuldig. Ich halte das für eine unreflektierte Wiedergabe von Positionen, die zwar beispielsweise von der US-Administration vertreten werden, aber haarscharf an der Realität vorbeigehen.

Das Hauptproblem für einen Frieden in Kambodscha ist doch, daß die Völkermörderbanden der Roten Khmer in Kambodscha nach dem Abzug Vietnams wieder auf dem Vormarsch sind. Jahrelang hat der Westen, namentlich die USA, und haben noch mehr die in Peking immer noch regierenden Massenmörder eine verantwortungslose Politik betrieben und alles getan, um eine Stabilisierung der kambodschanischen Regierung zu verhindern. Seit Jahren liefern die USA und China den Roten Khmer und ihren Verbündeten Waffen. Hauptsache, der gemeinsame Feind Vietnam wird geschwächt. Daß dabei das kambodschanische Volk grausam leiden muß, weil ein Wiederaufbau systematisch verhindert wurde, war diesen Leuten in Washington und Peking völlig egal. Thailand läßt offenbar immer noch chinesische und amerikanische Waffenlieferungen an die Roten Khmer und ihre Helfershelfer über sein Territorium zu.

Die Roten Khmer haben weit über eine Million Menschen auf dem Gewissen. Sie müssen restlos zerschlagen werden, so wie die SS nach der Niederlage der Nazis auch. Vietnam hat dies durch die Obstruktion Washingtons und Pekings leider allein nicht geschafft. Es darf aber auf keinen Fall zugelassen werden, daß diese Völkermörder jetzt wieder direkt oder indirekt an die Macht kommen. Die Koalition aus den Roten Khmer, Sihanouk und Son Sann besteht militärisch im wesentlichen nur aus den Roten Khmer. Sie zu unterstützen, ist daher nicht nur verantwortungslos, sondern ist auch nicht gerade hilfreich, um Sihanouk von den Roten Khmer zu trennen. Das Hauptproblem in Kambodscha ist nicht Vietnam, sondern die Roten Khmer. Natürlich verfolgt Vietnam auch hegemoniale Ziele, doch kann dies nur jemand glaubwürdig kritisieren, der nicht direkt oder indirekt die Roten Khmer unterstützt (...).

Jürgen Maier,
Bundesvorstand Die Grünen

"Afrikanische Alternativen mit Hilfe der Europäer?" Wirtschaftsmacht Europa und die Zukunft der Ökonomien Schwarzafrikas. Eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 9.-11. Juli 1990.
Information und Anmeldung: Evangelische Akademie, 3056 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766/81113

"Ökokrise - Hungerkrise - Menschenrechte". Auswirkungen der weltweiten ökologischen Krise auf die Ernährungssituation der Menschen in der Dritten Welt, 31.8.-2.9. in Freudenberg bei Siegen. Eine Wochenendtagung des Food First Informations- und Aktionsnetzwerkes (FIAN).
Information und Anmeldung: FIAN, Postfach 102243, 60900 Heidelberg

Seminare des Arbeitskreises Entwicklungspolitik in Vlotho, (AKE):
- Die Situation der Frontstaaten im Südlichen Afrika nach der Unabhängigkeit Namibias, 14.9.-16.9. in Hattingen
- Interkulturelles Lernen, 19.-21.10. in Alken/ Belgien
- Kurdistan, 19.-21.10. in Bruchhausen
- Umweltzerstörung und Umweltschutzbewegung in Brasilien. 19.-21.10. in Augustdorf
- Drei Welten oder Eine? 15.-20.10. in NRW (Ort noch offen)

Information und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho

Patriarchatsanalyse als Aufgabe feministischer Befreiungstheologie. Feministisch-theologische Sommeruniversität, 13.-24.8. in Hofgeismar.
Information und Anmeldung: Ev. Akademie, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar

"Kolonialismus und Entwicklung Lateinamerikas". Eine Gemeinschaftsveranstaltung der STUBE (Studienbegleitprogramm für StudentInnen aus der 3.Welt in Ba-Wü) und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 6.-8.7. in Freudenstadt.
Information und Anmeldung: Fritz Erler Akademie, Am Zollernblick, 7290 Freudenstadt

Achte Konferenz der Internationalen Vereinigung biologischer Landbaubewegungen (IFOAM) in Budapest, 27.-30. August. Thema: "Socio - Economics of Organic Agriculture".
Anmeldung: Biokultura Association, Conference Secretariat, Arany Jànos, Utca 25, Budapest, H-1051
Information: IFOAM/PPC, Glümerstr. 2a, 7800 Freiburg, Tel. 0761/701640

Ankündigung

In den nächsten Wochen wird der Verein L.U.P.E. Kurzinformationen zu den wichtigsten Personen und Organisationen innerhalb und um die U.N.O. und die Chamorro-Regierung in Nicaragua erstellen. Das Material wird gegen einen geringen Preis für Solidaritärsgruppen und interessierte Einzelpersonen zu beziehen sein über: **L.U.P.E.**
Kohlfurterstr. 40, 1000 Berlin 36

Der Verein L.U.P.E. will u.a. über Verbindungen der internationalen Rechten und ihren Verbindungen zu deutschen Konservativen und Reaktionären Hintergrundmaterial erstellen, das zur Informations- und Solidaritätsarbeit dient.
Schreibt uns!

Andreas Küstermann: **Vorsicht Tropenholz.** Ein praktischer Führer durch Banalitäten und kniffige Details. Schmetterling Verlag, Stuttgart 1990, 84 Seiten

Kritische Aktionäre der Deutschen Bank (Hg.): **Macht ohne Kontrolle. Bericht über die Geschäfte der Deutschen Bank.** Schmetterling Verlag, Stuttgart 1990, 182 Seiten, DM 22,80

Joan Davidson/Irene Dankelmann
Frauen und Umwelt in den südlichen Kontinenten
Peter Hammer Verlag 1990
DM 18,80 / 263 S.

Klaus Heidel
Südafrika 1990 - Trotz Wandel kein Ende der Apartheid.
Werkstatt Bericht Nr. 8, März 1990, 30 Seiten
bezug: Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg

Peter Imbusch
'Das moderne Weltsystem' . Eine Kritik der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins
162 Seiten, Verlag Arbeit und Gesellschaft, Marburg 1990, DM 25,-

P. Kelly/G. Bastian/K. Ludwig)Hg.):
Tibet klagt an . Zur Lage in einem besetzten Land
Peter Hammer Verlag 1990
DM 18,80 / 252 S.

Dirk Messner
Von der Importsubstitution zur weltmarktorientierten Spezialisierung - Optionen für den Industriesektor Uruguays
Eine Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Fraunhofer Str. 33-36, 1000 Berlin 10
März 1990

Bellmann, Kenntner
Die Perfektionisten . Eine parteiische Einführung in Reproduktions- und Gentechnologie
Schmetterling Verlag Stuttgart, 1989, 148 Seiten, DM 18,80

Andreas Stamm
Agrarkooperativen und Agroindustrie in Nicaragua
Selbstverlag Abt. Kultur- und Sozialgeographie, Geographisches Institut der Universität Göttingen, 1990, 104 Seiten

Uwe Hartwig/Uwe Jungfer
Zum Beispiel Verschuldung
Lamuv Verlag, Göttingen, Mai 1990, 96 Seiten, DM 7,80

Pieck, Peter
Lassen sich afrikanische Tradition und europäische Moderne versöhnen?
Wisslit-verlag, Konstanz 1990, 400 Seiten, 46 DM

Raimund Hörburger/Helmut Nehr/Sabine Neuweg/Klaus Pichlwanger (Hrsg.)
Burkina Faso
Unterentwicklung und Selbsthilfe in einem Sahelland
Brandes & Apsel/Südwind, Frankfurt 1990. 233 Seiten

ila Nr. 135, Mai 1990,
Schwerpunktthema: USA und Lateinamerika - Führen die Veränderungen in Osteuropa auch zu einem "neuen Denken" in der US-Lateinamerikapolitik? Nein, meinen zumindest die sechs us-amerikanischen AutorInnen, deren Beiträge zur aktuellen Situation der US-Ökonomie, zum sog. Drogenkrieg, zur US-"Entwicklungs"hilfe, zu den Umsetzungen von Santa Fe II und zur Lateinamerikapolitik der Demokraten in der neuen ila enthalten sind.

ila Nr. 136, Juni 1990,
Schwerpunktthema: Fußball und Fußballer aus Lateinamerika. Zur variantenreichen Vorgeschichte der Ballsportarten; über Argentiniens, Uruguays und Brasiliens Probleme, ihre devisenträchtigen Spitzenspieler im Land zu behalten; über kickende Frauen in Mexiko; über die rechten und linken Versuche, das runde Leder politisch zu instrumentalisieren, u.v.a. berichten Kenner und SympathisantInnen des Fachs.
Außerdem Hintergründiges zu: Nicaragua nach der Regierungsübergabe, Frauenbewegung in Honduras, Cubas Insellage und zu US-Dollars für El Salvador.
Einzelpreis DM 4,-; Jahresabo 40,-.
Bezug: ila, Heerstr. 105, 5300 Bonn 1

Bolivia Nr. 82, März/April 1990, u.a.
Lithium: Ein Neues Kapitel in der Ausbeutung bolivianischer Bodenschätze / Der Drogengipfel von Cartagena: Paz Zamora, Alan Garcia, Virgilio Barco, Rambo Bush / VIII. Kongress der Tieflandindianer / Banzer vs. Max Fernandez: Zwei Versionen - ein Revolver / Infrastruktur: u.a. Verbindung zwischen Chuquisaca und Santa Cruz / Fotoausstellung aus Siglo XX.
Bezug: Bolivia, SAGO-Informationsblatt, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30; Preis: 2,50 DM

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Nr. 192, Mai 1990
Ecuador: Feminismus/Schulden/Ökologie und schwarzes Gold * Peru: Asiatisches Fieber * Kolumbien: politische Krise/Drogenhandel und Gewalt * International: Medienmacht * Argentinien: Impressionen aus einem krisengeschüttelten Land/Kalter Putsch * Brasilien: Collor schockt alle/Landfrauen im Nordosten * Chile: Vergangenheitsbewältigung/Wer schoß auf Ex-General Leigh? * Mexiko: alte Konflikte * El Salvador: Dialog als Lösung * Surinam: Friedensgespräche * Rezensionen
Bezug: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Abo: 55,-, Einzelpreis: 5,- DM

epd-Entwicklungspolitik 8/90
Analyse/Bericht: Schuldenkrise: Kein Grund zur Entwarnung * Kirchen lassen Initiativen zur Verschuldung vermissen * Zehn Jahre Zimbabwe: Bilanz mit Licht und Schatten * Erfahrungen eines Hörfunk-Reporters in Zimbabwe * Giftmüll: Neue Strategie der Exporteure * Weltversammlung in Seoul erteilt Auftrag zum Teilen * Waffenexporte: Deutschland kann verzichten * Perus Abhängigkeit von Drogendollars * Südafrikas Zukunft nach der Freilassung Mandelas
Dokumentation: Ökonom Oscar-René Vargas über die Zukunft Nicaragua * Leitlinien der Grünen für ein ökologisch-solidarisches Weltwirtschaftskonzept * Die OECD-Entwicklungsstrategie für die 90er Jahre * Filmemacher Peter Heller über den Schlußverkauf der Weltbilder * Südafrika nach Mandelas Freilassung * Gutachten zum Ausschluß südafrikanischer Aussteller bei Messen in Berlin
Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Westerbachstr. 33-35, 6000 Frankfurt 90

Südostasien Informationen, Nr. 1/90 (März):
"Das Bild Südostasiens in der BRD". * Erfahrungen eines Südostasien-Hörfunkkorrespondenten * Südostasien in den Medien der BRD * Philippinen und Indochina in der Solidaritätspresse * Südostasien in Kinder-, Jugend- und Schulbüchern * Thailänderinnen und Filipinas in der BRD
Außerdem: - Vietnam: 100 Jahre Ho Chi Minh: Vietnam-Flüchtlinge in Hongkong; - Kambodscha: Friedenslösung mit UN? - Laos: Perestroika am Mekong - Birma: Liberalisierung oder Machterhaltung? - Philippinen: CPP - Irrtümer-Erfolge-Krise und weitere Berichte und Nachrichten.
64 Seiten, Einzelpreis DM 6,-, Abo DM 24,- (Institutionen DM 48,-)
Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1

EPK 1/90 (März)
Handeln gegen die Zerstörung - Umweltgruppen in der Dritten Welt
Überblicksartikel: Entwicklung und Umweltzerstörung; Armut, Bevölkerungswachstum und Ressourcenausbeutung; Umweltbelastungen der Metropolen. Länderbeispiele: Umweltschutzgruppen in Thailand; Nationale Selbstbestimmung - ein zentrales Anliegen der brasilianischen Umweltbewegung; Umweltbewegungen in Indien; Penhuenche-Indianer in Chile. Lösungsansätze: Aufforstungen; "Debt for Nature Swaps". Außerdem: Porträt: Wangari Maathai, kenianische Umweltschützerin; Internationale Programme zur Umwelterziehung; Umweltflüchtlinge; Giftmüllexport aus der BRD. Rezension: Vandana Shiva, Das Geschlecht des Lebens.
Bezug: EPK, Postfach 20 31 07, 2000 Hamburg 20
Preis: DM 6,-, Abo DM 24-, (4 Themenhefte), Institutionen DM 40,-.

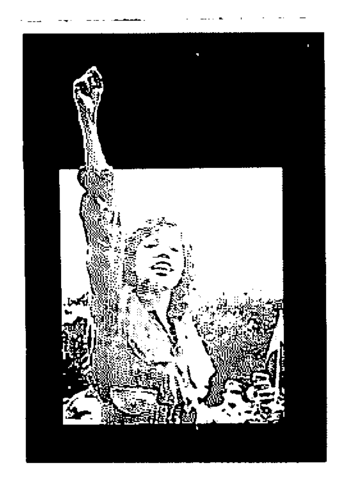
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

807/ 1/166/56412

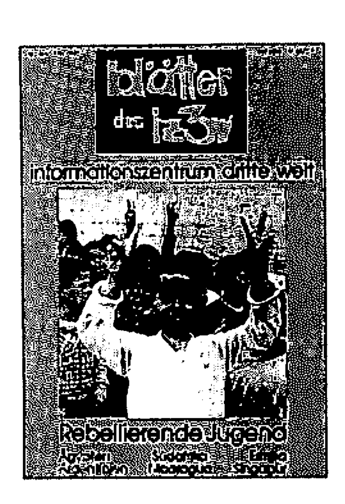
ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15
D-7800 Freiburg

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

...nszentrum dritte welt - iz3w









- **seit zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik . . .**
- **Informationen über die Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Politik hier und den Verhältnissen in der Dritten Welt**
- **Nachrichten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung . . .**
- **gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute**

---

erscheint acht mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,- + 1,80 Porto
Bezug:
iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste
☐ Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
☐ im Abonnement
☐ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
  ☐ in bar
  ☐ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift